

## 3. Theoretischer Hintergrund

---

### 3.1. GLOBALISIERUNG

Um sich dem für diese Studie zentralen Terminus Globalisierung anzunähern, soll zunächst eine Orientierung im Forschungsdiskurs erfolgen, um so die konzeptionelle Diversität, die teilweise verschwimmenden Demarkationslinien der Zugangsperspektiven und Phasen der wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen zumindest heuristisch zu ordnen (Kap. 3.1.1). Darüber hinaus sollen theoretische Definitionsbeispiele des weithin im Sinne eines paradigmatischen Perspektivenwechsels rezipierten Globalisierungskonstruktes beschrieben werden (Kap. 3.1.2), um diese sogleich mit gegenläufigen Positionen zu kontrastieren (Kap. 3.1.3). Zeitgleich sollen aber die Verflechtungen der unterschiedlichen Vergesellschaftungsniveaus unterstrichen und mit dem Konzept globaler Assemblagen näher beschrieben werden (Kap. 3.1.4).

#### 3.1.1. Orientierung im Forschungsdiskurs

Die akademischen Auseinandersetzungen mit der stetig wachsenden Literatur zum Forschungskomplex der Globalisierung lassen sich mit Holton (2005) und McGrew (2007) in zeitlicher Perspektive nunmehr überlappenden, wenngleich distinkten Wellen mit entsprechenden Forschungsfoki zuordnen. Während Holton zwischen Hyper-Globalisierern, Skeptikern und Post-Skeptikern unterscheidet, differenziert McGrew darauf aufbauend entlang der unterschiedlichen Forschungsagenden modifiziert zwischen den zeitlich aufeinander folgenden Phasen bzw. Wellen der Theoretiker, Historiker, Institutionalisten und Dekonstruktivist\*innen. Während sich somit die erste Phase mit der theoretischen Konzeption, den Dynamiken sowie mit den strukturellen und systemischen Implikationen von Globalisierung auseinandersetzt, wendete sich

das Interesse in der historisch-vergleichenden Forschungsphase Fragen zur zeitgeschichtlichen Einzigartigkeit und zum epochalen oder transformatorischen Charakter gegenwärtiger gesellschaftlicher Globalität zu. Die Institutionisten fokussierten vor allem Fragestellungen des institutionellen Wandels bzw. der jeweiligen Widerstandsfähigkeit vor dem Hintergrund globaler Konvergenz- bzw. Divergenzvermutungen, dies vor allem in den Bereichen nationaler Kapitalismusmodelle, Staatsrestrukturierung und Kultur. Die aktuelle Phase der Dekonstruktivisten ist demnach vor allem durch die theoretischen Einflüsse von Poststrukturalismus und Konstruktivismus geprägt und betont die konzeptionelle Bedeutung von Ideen, Kommunikation und der grundsätzlichen Kontingenz für die analytische Beurteilung der (Re-)Produktion von (De-)Globalisierung als historischen Prozess oder aber hegemonialen Diskurs. Debatten bestimmend sind somit normative bzw. empirisch gestützte Überlegungen eines post-globalen Zeitalters oder konkurrierender bzw. alternativer Globalisierungen.<sup>70</sup>

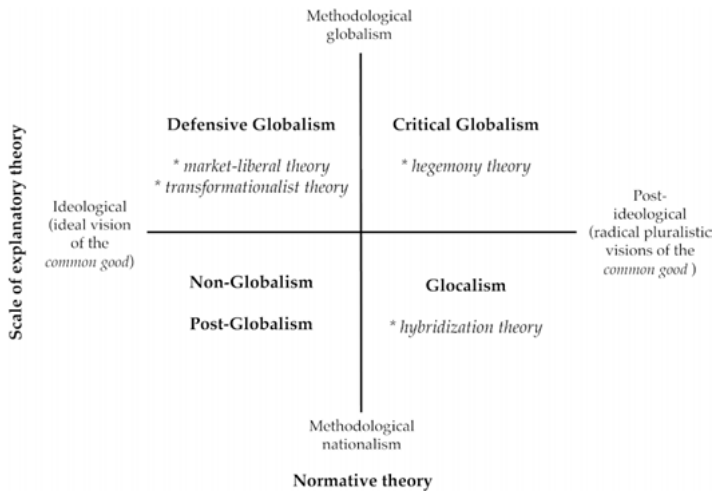
Um, über diese periodische Einordnung hinaus, eine Übersimplifizierung vorliegender Globalisierungskonzepte auf dichotome Pro-Kontra-Positionierungen zu vermeiden, soll nachfolgend kurz auf die von McGrew (2007) vorgeschlagene Systematisierung möglicher Analysemodi innerhalb der gegenwärtigen Globalisierungskontroverse eingegangen werden. Diese bietet eine erste Orientierung im Forschungsdiskurs (vgl. Abb. 3.1).

McGrew unterscheidet entlang einer mittels zweier Dimensionen ( $D_1$ : Normative Theorie;  $D_2$ : Skalierung des Theoriemodells) aufgespannten Matrix mit dem *Defensiv Globalism*, *Critical Globalism*, *Glocalism*, *Post-Globalism* und hier ergänzend hinzugefügten *Non-Globalism* zwischen vier (fünf) im akademischen Diskurs auftretenden Analysemodi, die sich den entsprechenden Polen ( $D_1$ : ideologisch vs. post-ideologisch;  $D_2$ : methodologischer Nationalismus vs. Globalismus) zuordnen lassen. Die unter diesen Schlagworten gefassten Ansätze verweisen dabei auf einen hohen Grad an theoretischer und methodischer Heterogenität und auf ein breites Spektrum der eigentlichen Argumentationslinien (orthodox bis radikal).<sup>71</sup> Verfechter der Globalisierungsthese lassen sich somit vor allem unter Vertretern der markt-liberalen

<sup>70</sup> | Vgl. Holton 2005, S. 5; vgl. McGrew 2007, S. 33.

<sup>71</sup> | Vgl. McGrew 2007, S. 31, 34; für einen ähnlich systematisierenden Klassifizierungsversuch vgl. Held und McGrew 2002, S. 99. Vergleiche auch Held und McGrew 2003, S. 38, wobei eine Strukturierung entlang der Diskussionspunkte konzeptionelle Ausgestaltung, Machtverteilung, Kultur, Wirtschaft, globale Ungleichheit und Weltordnung erfolgt. Dass das Globalisierungsparadigma per se keine eindeutigen kausalen Beziehungen zwischen theoretischem Entwurf und sozialen bzw. politischen Handlungsoptionen impliziert, darauf verweist auch Sparks 2007, S. 155f. Diese erwachsen vielmehr auf Basis der jeweiligen normativen Wertvorstellun-

Abbildung 3.1.: Globalisierungstheoretische Analysemodi



Quelle: Modifizierte Darstellung in Anlehnung an McGrew (2007, S. 34)

Ökonomie<sup>72</sup> und innerhalb der transformationsorientierten Schule<sup>73</sup> finden. Letztere konstatiert eine fundamentale Metamorphose nunmehr weltweiter ökonomischer, politischer, kultureller und gesellschaftlicher Beziehungen, die in ihrer Komplexität, Reichweite und Intensität einen historisch ungekannten Globalisierungseffekt bzw. -prozess initiieren. Mit diesen Überlegungen ist als politisch Idee das Projekt einer ethischen Globalisierung bzw. einer globalen Demokratie assoziiert, welches auf eine verstärkte Verteilungsgerechtigkeit und (Re-)Demokratisierung existierender Global Governance Strukturen abzielt. Die kritische Globalisierungsforschung (*Critical Globalism*) erkennt gleichfalls den integralen und einzigartigen Charakter von Globalisierung für die gegenwärtigen Gesellschaftskonstellationen an, analysiert diese globalen Strukturen jedoch aus der Perspektive transnationaler Herrschaftsverhältnisse bzw. einer hegemonialen global-kapitalistischen Weltordnung sowie entspre-

gen und können damit in einem Spektrum von markt-liberalen bis hin zu alter-mundialistischen Vorstellungen angesiedelt werden.

**72** | Beispielhaft werden hier die Arbeiten von Bhagwati (2004) und Wolf (2004) genannt.

**73** | Exemplarisch sind hier die aus der »theoretischen« bzw. »historischen« Phase resultierenden Arbeiten von Giddens, Castells, Rosenau oder Held einzuordnen.

chender Prozesse des Widerstandes. Gleichzeitig werden alternative Formierungen von Globalisierung gefordert, dies bei einem betont pluralistischen Verständnis normativer Visionen ethischer Globalisierung.<sup>74</sup> Die synkretistische Perspektive (*Glocalism*) hebt ihrerseits den gegenseitig konstitutiven Charakter des Globalen und Lokalen hervor und distanziert sich damit von einem exkludierenden Verständnis der an sich von Hybridität und Überlappungen gekennzeichneten gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse.<sup>75</sup> Trotz der Differenzen zwischen einer grundsätzlichen Globalisierungsskepsis (*Non-Globalism*) und einer post-globalistischen Perspektive (*Post-Globalism*), welche eine normative oder empirische Kritik unter impliziter oder expliziter Annahme der zumindest temporären Existenz von Globalisierungsprozessen vornimmt, fallen die jeweiligen Schlussfolgerungen der beiden Argumentationslinien in ihrer Kritik der deskriptiven und explikativen Qualität von Globalisierungsphänomenen jedoch zusammen. Bei der normativen Neuformulierung gesellschaftlicher Verhältnisse wird dem Nationalstaat eine maßgebliche Funktion zugeordnet, wenngleich er nicht als alleiniger und autark agierender Akteur das sozio-politische Definitionsprimat auf sich vereinen kann bzw. soll. Mögliche Argumentationslinien erstrecken sich aus Perspektive des post-globalistischen Modus demnach über Ideen einer post-kapitalistischen Gesellschaft oder eines progressiven Internationalismus bis hin zu liberalen Entwürfen der internationalen Ordnung.<sup>76</sup>

Nachfolgend soll nun vor dem Hintergrund der dargestellten Analysemodi eine Reduktion zugunsten der grundlegenden Fragestellung nach der Gültigkeit von Globalisierungsannahmen vorgenommen werden. Dazu sollen zunächst Definitionsansätze von Globalisierung vorgestellt (Kap. 3.1.2) und anschließend mit skeptischen bzw. post-skeptischen Überlegungen kontrastiert werden (Kap. 3.1.3).

---

**74** | Als Vertreter des kritischen Globalismus können u.a. Hardt und Negri (2000), Mittelman (2000) sowie Gill (2003) genannt werden.

**75** | Genannt werden hier u.a. die Arbeiten von Appadurai (1996).

**76** | Vgl. für diesen Abschnitt McGrew 2007, S. 35-42.

### 3.1.2. Definitiorische Ansätze von Globalisierungskonzepten

Wie gestalten sich nun die theoretischen Konzeptionalisierungen von Globalisierung, die ihrerseits als Ausgangspunkt einer kritischen Evaluierung einer vielfach suggerierten »epoch of instant global communications«<sup>77</sup> dienen können?

Albrow (1998) konstatiert den Anbruch eines »globalen Zeitalters«, wobei Globalisierung in ihrer historischen Singularität und Irreversibilität eine Phase epochalen weltgeschichtlichen Wandels markiert. Diese ist demnach durch eine Zunahme der weltweiten Proliferation von Praktiken, Werten, Technologien und Produkten und der wachsenden Bedeutsamkeit des Globus als handlungsleitenden Bezugspunkt gekennzeichnet.<sup>78</sup>

Giddens (1990) betrachtet Globalisierung aus soziologischer Perspektive als eine aus dem historischen Prozess der Modernisierung<sup>79</sup> resultierende transformatorische Wirkkraft und versteht sie als eine Intensivierung weltweiter gesellschaftlicher Beziehungen. Im Modus der Vernetzung räumlich distanter sozialer Kontexte oder Regio-

---

<sup>77</sup> | Ebd., S. 36.

<sup>78</sup> | Vgl. Albrow 1998, S. 138, 141ff., 152. Zur retrospektiven Evaluierung des (epochalen) Charakters von Globalisierung vgl. auch Albrow 2007, S. 319ff. bzw. 336ff.; vgl. ebenfalls R. Robertson 1995, S. 35, 34. Dieser verbindet mit Globalisierung ebenfalls ein »consciousness of the potential for world ›unity‹« bzw. den Gedanken einer »world-as-a-whole«. Vergleiche auch Robertson und Inglis 2004, wonach sich dieses Weltbewusstsein bzw. ein Verständnis von Globalität bis in die früheste griechisch-römische Periode zurückverfolgen lässt. Gleichzeitig spiegelt sich in letzterer Analyse eine oft zu beobachtende eurozentrisch-restringierte Globalisierungsperspektive wider.

<sup>79</sup> | An dieser Stelle soll die Diskussion zum Verhältnis von Globalisierung und Modernisierung bzw. zur Moderne nur kursorisch benannt werden. Eine fundierte Auseinandersetzung wird jedoch im Kontext dieser Studie ausgeklammert, wenngleich nicht als unwesentlich betrachtet. Giddens verknüpft die Ursprünge, der aus seiner Sicht aktuellen »major period of historical transition«, mit der Phase der Aufklärung, die demnach insbesondere für die westliche Kultur prägenden Einfluss besaß. Wenngleich die Prozesse der Globalisierung stark von westlichen Einflüssen bestimmt werden, erkennt Giddens jedoch keine Dominanz dieser, sondern eine tendenzielle Dezentrierung inklusive entsprechender Effekte auf die westliche Welt (vgl. Giddens 1999, S. 1, 4, 16). Auch Rosenau (1997, S. 97) setzt Globalisierung nicht mit einer unidirektionalen Westernisierung gleich, da die zugrunde liegenden Technologien als Basis multidirektionaler Ideenzirkulationen jeglichen kulturellen Ursprungs verstanden werden können. Konkurrierende Zugangsperspektiven, die Globalisierung im konzeptuellen Kontext von Kapitalismus, Imperialismus oder Neokolonialismus interpretieren, verweisen selbsterklärend auf gegenläufige und keinesfalls zu vernachlässigende valide Deutungsmuster.

nen ist dabei eine zunehmende Interdependenz im Sinne einer wechselseitigen Prägung des Lokalen durch das Entfernte und vice versa zu beobachten. Der Prozess der Globalisierung umfasst damit parallel sowohl lokale Transformationen als auch die zeitlich-räumliche Ausdehnung gesellschaftlicher Zusammenhänge, wobei die Dialektik des Gesamtprozesses in den zumeist kontradiktorischen bzw. sich diametral verhaltenen lokalen Konsequenzen dieser Verflechtungen offensichtlich wird.<sup>80</sup> Gegenüber einem ausschließlich ökonomisch inspirierten Verständnis von Globalisierung wie es beispielsweise von Ohmae (1990) postuliert wird,<sup>81</sup> hebt Giddens daneben die Relevanz der politischen, technologischen und kulturellen Dimensionen von Globalisierung hervor. Dabei wird der Entwicklung von fortschrittlichen Kommunikationssystemen eine grundlegende Rolle zugesprochen. In der Konsequenz erscheinen demnach Formen traditioneller Geopolitik obsolet und Vergesellschaftungsprozesse kulminieren in einer globalen kosmopolitischen Gesellschaft.<sup>82</sup>

Rosenau (1997) hebt vor allem den grenztranszendierenden Charakter von Globalisierungsprozessen hervor, die in ihrer Multidimensionalität sowohl aus top-down als auch bottom-up Perspektive (transnationale Eliten oder lokale Zivilgesellschaft) initiiert werden können und sogar nur auf das kognitive Potential zur Grenztransgression verweisen müssen, um als Quelle oder konkrete Expression pan-globaler Prozesse zu gelten.<sup>83</sup>

---

**80** | Vgl. Giddens 1990, S. 64.

**81** | Ohmae (1990) argumentiert hierbei aus einer nahezu antiquiert wirkenden, wenngleich vielfach dominierenden, marktliberalen Perspektive, die Globalisierung mit grenzenlosen und global-integrierten Ökonomien gleichsetzt – diesen zugleich das gesellschaftliche Primat einräumt.

**82** | Vgl. Giddens 1999, S. 10, 18f. Eine ähnlich kommunikationstechnophile Euphorie findet sich bei Cairncross 1997, S. XI ff. Mit dem prognostizierten »death of distance« werden im Kontext der Ausbreitung neuer elektronischer Medien Aspekte der globalen Ideenproliferation, Kulturbewahrung und -vermittlung, der politischen (Re-)Demokratisierung und die Etablierung globalen Friedens verknüpft. Eine andere Perspektive offerieren Heine und Thakur 2011, wenn sie die »dark side of globalization« beleuchten und dabei Aspekte wie transnationale Terrorismusnetzwerke, den internationalen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel ansprechen, dies mit einem besonderen Fokus auf die Länder des globalen Südens und einen für das historische Vermächtnis des Kolonialismus sensibilisierten Blick.

**83** | Vgl. Rosenau 1997, S. 80f. Lokalisierungsprozesse werden hier als Pendant zu denen der Globalisierung angesehen. Paradoxerweise kann die weltweite Tendenz reaktiver Lokalisierungsprozesse aber auch als uniformer Globalisierungsprozess verstanden werden (vgl. ebd., S. 98).

Anknüpfend an diesen Gedanken der Multidimensionalität von Globalisierungsprozessen und insbesondere deren Beziehungen untereinander schlägt das analytische Konzept von Appadurai (1996) fünf Dimensionen vor, die die angenommenen globalen kulturellen *flows* beschreiben. Die Dynamiken globaler Beziehungen können in den Dimensionen a) Ethnoscapes (anthropomorphische Mobilität durch Reisen, Migrations- oder Flüchtlingsströme), b) Technoscapes (materielle, informationelle Technologiefloes), c) Financescapes (globale Kapitalflüsse), d) Mediascapes (Dissemination elektronischer Produktions- und Distributionsmöglichkeiten von Informationen, Images und Narrativen) und e) Ideoscapes (politische (Counter-)Ideologien von Staaten und Bewegungen) gefasst werden. Globale Beziehungen sind nunmehr vor allem durch die höchst unterschiedlichen Intensitätsgrade von Flüssen innerhalb der an sich divergierenden Dimensionen gekennzeichnet, wobei zunächst keine Hierarchie zwischen den Dimensionen angenommen wird, der jeweilige Kontext hier definierend wirkt, kausal-historische Pfade aber dennoch, entgegen der Annahme absoluter Kontingenz, prägend sind.<sup>84</sup>

Ähnlich wie Giddens argumentiert auch Castells (1996), wenn er im Kern der von ihm konstatierten aktuellen Revolution die Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ausmacht. Diese schaffen die infrastrukturellen Voraussetzungen einer globalen informationellen Ökonomie und bilden die Basis einer kulturellen und gesellschaftlichen Transformation in Richtung einer globalen Informationsgesellschaft. Deren sozio-strukturelle Morphologie entspricht in Analogie zum informationstechnologischen Paradigma der einer Netzwerkgesellschaft, in der Medien Knotenpunkte eines globalen Netzes von *flows* kultureller Ausdrucksformen und öffentlicher Meinungsäußerungen repräsentieren.<sup>85</sup>

Auch für Held (2007b) wird der Prozess der Globalisierung unter anderem durch den IT-induzierten Fortschritt global-kommunikativer Infrastruktur und die Formierung einer globalen öffentlichen Meinung durch die Emergenz einer globalen Zivil-

---

<sup>84</sup> | Vgl. Appadurai 1996, S. 33ff., 47.

<sup>85</sup> | Vgl. Castells 1996, S. 31, 92f., 328f., 470; vgl. zur kritischen Einschätzung des informationellen globalen Kapitalismus Castells 1998, S. 82ff. Der Autor diskutiert in diesem Zusammenhang Prozesse der simultanen Ent- bzw. Unterentwicklung, der gesellschaftlichen In- bzw. Exklusion und damit sowohl Phänomene der globalen als auch lokalen Ungleichheit, Wohlstandspolarisation und Armut im globalen Informationszeitalter – dies insbesondere am Beispiel Afrikas südlich der Sahara. Vergleiche abweichend zu diesem Verständnis der Basis von Globalisierung Albrow 1998, S. 126. Dieser unterstreicht den im Kontext einer Theorie des globalen Zeitalters sichtbaren Bedeutungsverlust des »informationstechnologischen Determinismus« für die Interpretation gegenwärtiger sozialer Beziehungen.

gesellschaft forciert.<sup>86</sup> Aus dieser global-transformativen Perspektive entsteht aus der zunehmenden Verflechtung internationaler politischer Autoritäten und Governance-Ebenen mit Held (1995b) die Notwendigkeit eines alternativen Demokratiemodells – einer *cosmopolitan democracy* –, als deren institutioneller Mittelpunkt das reformierte System der Vereinten Nationen fungiert<sup>87</sup> und welches als eine Variante globaler Demokratievorstellungen gelesen werden kann.<sup>88</sup>

---

**86** | Vgl. Held 2007b, S. 243.

**87** | Vgl. Held 1995a, S. 267ff.; Held 1995b, S. 106ff.; vgl. zur Bedeutung der UN Archibugi 1995, S. 122, 126; auch Falk 1998, S. 318ff. Zu wesentlichen Elementen der Konzeption kosmopolitischer Demokratie und einer Auseinandersetzung mit kritischen Rezeptionen des Konzeptes vgl. zudem Archibugi 2004.

**88** | Der Begriff der »globalen Demokratie« beschreibt eine Formierung von Demokratie, die sich oberhalb der nationalstaatlichen Ebene auffinden lässt oder aber sich auf eine post-nationalstaatliche Konstellation bezieht. Als Synonyme konkurrierende Bezeichnungen wie kosmopolitische, transnationale und supranationale Demokratie verweisen auf die Ausdehnung von Demokratie jenseits nationalstaatlicher Grenzen, wobei insbesondere die Epitheta »global« und »kosmopolitisch« Demokratie als weltumfassend konnotieren, während »transnational« und »supranational« die geographische Reichweite und einbezogene Anzahl von Staaten zunächst unbestimmt lassen (vgl. Holden 2000, S. 2f.). In der Konzeptionalisierung von Koenig-Archibugi (2010) zeichnen sich die tragenden rechtlichen und institutionellen Strukturen einer globalen bzw. kosmopolitischen Demokratie durch folgende, wenngleich nicht abgeschlossene, Auflistung von Eigenschaften aus: a) die Inklusion aller geographischen Weltregionen; b) die Autorisierung supranationaler Institutionen zum Treffen verbindlicher Entscheidungen hinsichtlich Themenstellungen globaler Relevanz; c) die Einhaltung des Repräsentations- und Zurechnungs- bzw. Verantwortungsprinzips gegenüber den Bürgern durch adäquate Wahlmechanismen oder andere formale und transparente Formen der politischen Delegation; d) eine gleichwertige Repräsentation aller Bürger bzw. territorialer Einheiten sowie eine Balance bei der Verteilung von Repräsentationsfunktionen; e) Entscheidungskompetenz der supranationalen Körperschaften in Übereinstimmung mit einem definierten Set an Entscheidungsregeln, bei zeitgleicher Absenz von Vetorechten für Minoritäten – außer wenn diese auf rechtmäßigen sowie unparteiisch und unabhängig festgestellten essentiellen Interessen basieren; f) die Etablierung unabhängiger Gerichtsbarkeiten als verfassungskonforme Konfliktlösungsinstanzen und g) robuste Mechanismen zur Entscheidungs- und Regeldurchsetzung durch ein ggf. zentralisiertes Gewaltmonopol (vgl. ebd., S. 4). Zusammenfassend resümiert Koenig-Archibugi, dass eine umfassende global-demokratische Transition für die nähere Zukunft als äußerst unwahrscheinlich erscheint, demokratisierte Globalinstitutionen jedoch nicht grundsätzlich auszuschließen sind (vgl. ebd., S. 18).



In vielen der vorherigen Argumentationen spiegeln sich, aus kommunikations- und medienwissenschaftlicher Perspektive besonders interessant, vielfach die frühen Überlegungen von McLuhan (1962) wider, deren zufolge »[t]he new electronic interdependence recreates the world in the image of a *global village*«. <sup>89</sup> Eine These die ihrerseits zur parabolischen Deskription anthropologischer Globalbeziehungen avancierte <sup>90</sup> und die es durchaus zu hinterfragen gilt.

### 3.1.3. Überzeichnungen globalisierungstheoretischer Annahmen

In den fachspezifischen Diskursen zur Globalisierung ist jedoch parallel eine zunehmende Skepsis hinsichtlich des Konzeptes von Globalisierung zu beobachten, auch wenn dieses immer noch sowohl von Globalisierungsverfechtern als auch (implizit) von Vertretern des Anti-Globalisierungsspektrums als das strukturdeterminierende Zeitphänomen anerkannt wurde und wird. Dabei erscheint es jedoch gerade durch seine inflationäre Verwendung innerhalb unterschiedlichster Kausal- und Kontextbeziehungen als ein konturloser Terminus ohne entsprechendes empirisches Korrelat. <sup>91</sup>

Rosenberg (2000) unterstreicht im aktuellen Globalisierungsdiskurs die notwendige Einführung einer sozialen Basaltheorie, die für das Phänomen der Globalisierung kausale Begründungszusammenhänge bereitstellt und Globalisierung als phänomenologisches Resultat nicht einfach durch einen diffus-evozierten, gleichlautenden Globalisierungsprozess zu erklären versucht. Rosenberg spricht hierbei aus einem deduktiv-nomologischen Verständnis heraus von einer Inversion von Explanans und Explanandum, wenn letzteres (Globalisierung als Resultat eines historischen Prozesses) einer zunehmenden Verständnistransformation zum Explanans unterliegt (Globalisierung als Erklärung dieses historischen Wandlungsprozesses). <sup>92</sup> Gleichzeitig be-

---

<sup>89</sup> | McLuhan 1962, S. 31, Hervorhebung DCU.

<sup>90</sup> | Vgl. hinsichtlich einer dezidiert kritischen Auseinandersetzung mit diversen Aspekten und Implikationen der obigen These die Beiträge in Browne und Fishwick 1999.

<sup>91</sup> | Anekdotisch und theoretisch kaum abstrahiert wirken hier exemplarisch die Ausführungen des Journalisten Friedman (2005), der proklamierend und wenig differenzierend schließt: »The world is flat«.

<sup>92</sup> | Vgl. Rosenberg 2000, S. 2ff. Einen interessanten Aspekt hierzu liefert auch Sassen 2006, S. 4. Sie kritisiert die Interdependenzen betonende Globalisierungsliteratur als tendenziell im Deskriptiven verharrend, denn als zur Erklärung von Globalisierung beitragend. Das fehlende kausale Erklärungsmoment bezeichnet sie als methodische »endogeneity trap«, wenn sie unterstreicht, dass historisch Neues selten als *creatio ex nihilo* verstanden werden kann und vielmehr hintergründige, sich oftmals überlappende historische Prozesse geprüft werden müssen.

merkt er, dass »[t]he wild, speculative debut« des Globalisierungsdiskurses nicht unbegrenzt fortzuführen ist und fordert wie bei jeder sozialwissenschaftlichen Theorie: »substance, soon, or silence«. <sup>93</sup> Globalisierung wird entsprechend der Prognose von Rosenberg (2005) im Kontext der internationalen Beziehungen zukünftig schlicht als Synonym zum Begriff der Interdependenz verwandt. <sup>94</sup>

Jedoch aufgrund dieser fehlenden empirischen Substanz haben Hirst und Thompson (1999) aus einer skeptischen ökonomischen Perspektive bemerkt, dass es sich bei einer Vielzahl von Globalisierungsaspekten größtenteils um einen konstruierten Mythos handelt, wobei sie den Konsequenzen ihrer Einschätzungen auch innerhalb der Bereiche Kultur und Politik eine Relevanz zumessen. <sup>95</sup> Die von A. Scott (1997) edierte Publikation verweist für letztgenannte Bereiche nachdrücklich auf eine Reihe globalisierungsspezifischer Einschränkungen, dies u.a. im Hinblick auf den unterstellten kulturellen Homogenisierungstrend und den vermuteten nationalstaatlichen Autoritätsverlust. <sup>96</sup> Mit Hirst und Thompson ist demnach der gegenwärtige internationale ökonomische Verflechtungsgrad keineswegs als zeitgenössische Singularität zu betrachten, sondern verweist vielmehr auf eine Reihe von äquivalenten historischen Phasen, deren wirtschaftliche Vernetzungsintensität bzw. Integration tiefgreifender und die von einer größeren Offenheit der Ökonomien gekennzeichnet waren, als es aktuell zu beobachten ist. Zudem ist die Anzahl tatsächlich transnationaler Unternehmen vergleichsweise gering und die Bedeutung nationaler Bezüge (hier v.a. im Hinblick auf Vermögensanlage, Produktion und Verkauf) punktuell, aber auch in der Trendbetrachtung, von nicht abnehmender Signifikanz. Entgegen der Globalisierungsthese wird zudem das Fehlen extensiver Kapitalaustauschbeziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern belegt, wobei sich Direktinvestitionen vor allem auf den globalen Norden konzentrieren und in Bezug auf Investitionen und Handel eine tendenzielle Marginalisierung des größten Teils des globalen Südens festzustellen ist. <sup>97</sup> Auch Thompson und Reuveny (2010) konstatieren auf Basis ihrer Langzeitstudie (1870 - 2005) globaler (ökonomischer) Entwicklungen eine kontinuierliche Disparität zwischen globalem Süden und Norden und prognostizieren

---

**93** | Rosenberg 2000, S. 165.

**94** | Vgl. Rosenberg 2005, S. 66; vgl. hierzu auch Keohane und Nye, Jr. 2000, S. 105. Globalisierung oder De-Globalisierung werden hier als ein zunehmender oder abnehmender Grad an Globalität verstanden, wobei Globalität als eine Art von Interdependenz aufgefasst wird, die sich durch ihren Netzwerkcharakter und interkontinentalen Geltungsbereich auszeichnet.

**95** | für eine direkte Kritik der Argumentationslinie vgl. Perraton 2000.

**96** | Vgl. aggregiert A. Scott 1997, S. 18ff.

**97** | Vgl. für eine Zusammenfassung ihrer Argumentation Hirst und Thompson 1999, S. 2f.

eine Konstanz dieser auch für die kommenden Dekaden des 21. Jahrhunderts. Empirische Belege für ihre pessimistische Einschätzung sehen die Autoren vor allem in den – für die langfristige ökonomische Entwicklung bedeutsamen – ausbleibenden Hemisphären übergreifenden Innovationszyklen bzw. den beschränkten technologischen Diffusionen. Als Konsequenz erscheinen Globalisierungsprozesse partiell und asymmetrisch (v.a. innerhalb der nördlichen Hemisphäre konzentriert) und mögliche Nord-Süd-Spannungen übertreffen in ihrer Wahrscheinlichkeit die Chance auf eine globale gesellschaftliche oder ökonomische Konvergenz.<sup>98</sup> Das lässt sie schließen, dass eine »[a]ccelerated globalization may or may not continue but there will be very clear constraints on its ability to operate on a genuinely global basis«,<sup>99</sup> dies vor allem wenn »globalization contributes to inequality and [...] the future of globalization is constrained by the extent of inequality«. <sup>100</sup> Die These einer globalen Wirtschaft reduziert sich mit Hirst und Thompson (1999) danach eher auf die einer »triadischen« Ökonomie mit intensiven Kapital- und Handelsverflechtungen zwischen den USA, Europa und Japan.<sup>101</sup> Parallel dazu konstatiert Ravenhill (2008) als wesentliches Strukturmuster der internationaler Wirtschaftsbeziehungen seit Mitte der 90er Jahre einen neuen Regionalismus, dessen Ursprung sich oft auf die geopolitische Domäne zurückführen lässt und nicht ausschließlich aus der wirtschaftlichen Sphäre resultiert.<sup>102</sup> Mit dem Hinweis auf die »power of closed regional/triad blocs« schlussfolgert auch Rugman (2000), »that a paradox of globalization is that it has never really occurred anyway; it is a myth« und kann darüber hinaus auch keinen Trend zur Globalisierung erkennen.<sup>103</sup> Auf den letztgenannten Aspekt der Möglichkeit zur nationalen bzw. internationalen politischen Regulierung »globaler« Märkte verweisen auch Hirst und Thompson (1999) und wenden sich damit gegen die Diagnose eines absoluten Autoritätsverlustes des Nationalstaates oder korrespondierender interna-

<sup>98</sup> | Vgl. Thompson und Reuveny 2010, S. 5, 149ff. Als Bedingungsfaktoren werden grundsätzliche Pfadabhängigkeiten sowie historische, infrastrukturelle, finanzielle, edukative Aspekte, aber auch ökonomisches und politisches Interesse angeführt.

<sup>99</sup> | Ebd., S. 155.

<sup>100</sup> | Ebd., S. 3f.

<sup>101</sup> | Entgegengesetzt argumentieren z.B. De Angelis und Harvie (2008), die für die Entwicklungsländer einen wesentlich höheren global-ökonomischen Integrationsgrad konstatieren.

<sup>102</sup> | Vgl. Ravenhill 2008, S. 178, 183ff. *Regionalism* wird hier als formaler Prozess der intergouvernementalen Zusammenarbeit einer oder mehrerer Staaten verstanden. Dahingegen wird mit *regionalization* der Zuwachs an ökonomischen Interdependenzen innerhalb eines spezifischen geographischen Gebietes verstanden (vgl. ebd., S. 174).; vgl. auch Hay 2008, S. 336ff.

<sup>103</sup> | Rugman 2000, S. 3, 12, vgl. S. 218.

tionaler Governance-Strukturen.<sup>104</sup> Vergleichbar argumentiert Gilpin (2000), der die Notwendigkeit des politischen Fundaments einer Globalökonomie unterstreicht und gleichzeitig festhält, dass »an open and integrated global economy is neither as extensive and inexorable nor as irreversible as many assume«.<sup>105</sup> Der vorangegangenen Argumentation wird im Wesentlichen auch von Hay (2008) gefolgt, der damit ebenfalls die Kernannahmen einer ökonomisch verstandenen Hyperglobalisierung hinterfragt und auf die unverminderten potentiellen Handlungskapazitäten und die Persistenz des Nationalstaates hinweist, wenngleich er den fehlenden Gesamtkonsens in der Forschungsliteratur ebenfalls betont.<sup>106</sup>

Ergänzend konstatiert Saul (2005) aus post-globalistischer Perspektive den »collapse of globalism«<sup>107</sup> und kritisiert dabei die Aura der Unumgänglichkeit von Globalisierung,<sup>108</sup> deren Reduktion auf eine ausschließlich ökonomische Dimension sich als allzu simplifizierend sowie in den Auswirkungen als negativ erwiesen hat. Vor allem den verbundenen Erwartungen hinsichtlich einer globalen Demokratisierung, eines global-redistributiven Wohlstandszugewinns und einer Verringerung der (politischen) Gewalt und Nationalismen ist demnach nicht gerecht geworden.<sup>109</sup> Vergleichbar bemerkt Stiglitz (2005) im Hinblick auf das Verhältnis der Länder des globalen Nordens und Südens, dass »[g]lobalization's impact has been oversold«,<sup>110</sup> wenn er

---

**104** | Vgl. Hirst und Thompson 1999, S. 2f.; Ähnlich hierzu Rieger und Leibfried 2003, S. 9, die schließen: »it is not so much the welfare state, but globalization which is endangered« (H.i.O.). Konträr hierzu verläuft die Argumentation von Bauman 1998, S. 65ff., der einen Verlust der politischen Souveränität der Staaten gegenüber den ökonomischen Globalisierungstendenzen beobachtet und in dieser politischen Fragmentierung schwacher Staaten die Grundlage einer *new world disorder* erkennt. Vgl. auch Albrow 1998, S. 260, 284. Dieser versteht den Nationalstaat als historisch kontingente Entität und betont die zukünftig untergeordnete Rolle des Nationalstaates im Rahmen der Etablierung globaler Staatsstrukturen.

**105** | Gilpin 2000, S. 13, vgl. auch S. 294ff. Allerdings wird von Gilpin auch die – anderweitig zu kritisierende – Bedeutung einer integrierten Globalökonomie zur Sicherstellung US-amerikanischer Hegemonialinteressen beschrieben, denen globalisierungsgegenläufige Entwicklungen wie ein zunehmender Protektionismus und Regionalismus entgegenstehen (vgl. ebd., S. 347).

**106** | Vgl. Hay 2008, S. 316, die maßgeblichen Evaluationsindikatoren zusammenfassend S. 341, 344.

**107** | Saul 2005, S. 30.

**108** | Vgl. ebd., S. 31.

**109** | Vgl. ebd., S. 34, 139ff.

**110** | Stiglitz 2005, S. 256.

Defizite wie die Konstanz von globalen Ungleichheiten, der global-ökonomischen Instabilitäten oder der demokratischen Unzulänglichkeiten internationaler Institutionen benennt. Primär kritisiert er hierbei die vorherrschende marktorthodoxe Politik, betont jedoch das konzeptuelle Potential alternativer Pfade von Globalisierung gleichermaßen.<sup>111</sup> Bello (2004) hingegen erkennt eine fundamentale Krise des neoliberalen Globalisierungskonzeptes und empfiehlt neben einer Deglobalisierung das Re-empowerment des Lokalen und Nationalen, dies innerhalb eines alternativen, pluralistischen Systems global-ökonomischer Governance.<sup>112</sup> Pointiert urteilt Rosenberg (2005), wenn er konstatiert »[t]he ›age of globalization‹ is over«<sup>113</sup> und nähert sich der skeptischen Perspektive globalisierungstheoretischer Annahmen an, wenn er die Existenz von Globalisierungstendenzen grundsätzlich anzweifelt.<sup>114</sup>

Auch innerhalb des hier im Vordergrund stehenden medien- bzw. kommunikationswissenschaftlichen Fachdiskurses mehren sich, wenngleich aus unterschiedlichen basaltheoretischen Perspektiven, skeptische Einschätzungen bezüglich des nahezu omnipräsenten Globalisierungstheorems, wobei viele der bisher genannten Kritikpunkte ihr fachspezifisches Pendant finden. Wang, Servaes und Goonasekera (2000) halten eine Entmystifizierung dieses nebulösen Konzeptes für angebracht, vor allem da Termini wie Medienglobalisierung und globale Medien zu »Klischees in der Kommunikationswissenschaft« avanciert sind.<sup>115</sup> Exemplarisch hält Sparks (2007) in seiner Auseinandersetzung mit den Interrelationen von Medien, Entwicklung und Globalisierung fest, dass »the globalization paradigm has the status of orthodoxy«<sup>116</sup> und ergänzt, dass Globalisierung zumindest im Hinblick auf die als essentiell charakterisierten Massenmedien im Vergleich zur früheren Paradigmen eher als »populäre Rhetorik denn als eine Orientierungshilfe seriöser Analysen«<sup>117</sup> erscheint. M. Fer-

---

**111** | Vgl. ebd., S. 238ff., 247, 256.

**112** | Vgl. Bello 2004, S. xii ff., 114.

**113** | Rosenberg 2005, S. 3. Insbesondere ist hier die Phase der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts gemeint, in der Globalisierung als Metapher des damaligen Zeitgeistes diene. Vergleichbar argumentiert der konservative Historiker N. Ferguson 2005, S. 64. Im Kontext aktuellerer Entwicklungen verwendet er die Umschreibung der »sinking globalization«. Zum Hinweis auf die grundsätzliche historische Kontingenz und Reversibilität komplexer Interdependenzen vergleiche auch Keohane und Nye, Jr. 2000, S. 118. Exemplarisch zur Tendenz der Re-Nationalisierung bzw. De-Globalisierung auch Greider 2010.

**114** | Vgl. Rosenberg 2005, S. 65.

**115** | Wang, Servaes und Goonasekera 2000, S. 3.

**116** | Sparks 2007, S. 190.

**117** | Ebd., S. 184.

guson (1992) kritisiert eine Reihe weithin akzeptierter globalisierungstheoretischer Grundannahmen, wenn sie insbesondere die massenmedial induzierte Irrelevanz von Zeit-Raum-Beziehungen, die vermuteten Homogenisierungstendenzen im Sinne einer globalen Metakultur oder westlichen Demokratisierungsimpulse und die Konfiguration einer neuen Weltordnung anzweifelt – obgleich sie Globalisierung als »teleologisches Doktrin« zur Propagierung, Deskription und Rechtfertigung des global-ökonomischen Systems begreift.<sup>118</sup> In eben dieser medienökonomischen Dimension ist Globalisierung mit Flew (2007) ebenfalls als Mythos zu begreifen, wenn er argumentiert, dass Medienunternehmen durchschnittlich einen geringeren Transnationalisierungsgrad aufweisen als Unternehmen in anderen Wirtschaftsbranchen, womit »globale« Medien eher als multinationale Unternehmen zu begreifen sind, die zwar dispers operieren, aber in ihrer fundamentalen ökonomischen Geographie einen deutlichen Bezug zu ihrer jeweiligen nationalen Ursprungsbasis aufweisen.<sup>119</sup> Im Widerspruch zur Betonung der zentralen Rolle der Massenmedien im Prozess der Globalisierung steht mit Sparks (2007) auch die ausstehende ökonomisch prädominante Stellung einzelner Medienorganisationen in Relation zu anderen zentralen Wirtschaftsunternehmen. Zudem lässt die momentane Produktions- und Distributionssituation nicht auf einen historisch außergewöhnlichen globalen Charakter des massenmedialen Komplexes schließen. Während es für die einzelnen Medientypen (Film, Serien, TV-Kanäle, Zeitungen, Magazine usw.) Beispiele globaler Verfügbarkeit und Reichweite gibt, ist die Mehrzahl der medial-kulturellen Erzeugnisse lokal eingebunden und an den landesspezifischen Rechts- und Publikumseigenschaften ausgerichtet.<sup>120</sup> Sowohl Jarren und Meier (2000) als auch Waisbord und Morris (2001) zeigen, dass der Nationalstaat fortwährend als ein elementarer Akteur im Rahmen der Gestaltung der (globalen) Medienordnung und strukturellen Ausgestaltung der Medienmärkte zu betrachten ist und keineswegs das politische Einflusspotential zur Zählung operierender Globalisierungskräfte verloren hat, wenngleich sich dieses nun auf das nationale und supranationale Niveau erstrecken muss.<sup>121</sup> Kriener und Meckel (1996) gehen ihrerseits von einem graduellen Modell struktureller Globalisierung aus, welches entlang der technisch-infrastrukturellen Ebene, institutionellen Ebene bzw. der Ebene der Medienangebote und Medieninhalte ein zunehmend regressives Interna-

---

**118** | Vgl. M. Ferguson 1992, S. 78ff., 83ff., 87.

**119** | Vgl. Flew 2007, S. 85ff.

**120** | Vgl. Sparks 2007, S. 156ff.

**121** | Vgl. Jarren und Meier 2000, 366f.; Waisbord und Morris 2001, S. xvi; unisono Sparks 2007, S. 158ff.

tionalisierungsniveau aufweist.<sup>122</sup> Sinclair, Jacka und Cunningham (1996) verstehen Globalisierung als ein überholtes Klischee<sup>123</sup> und grenzen sich mit ihrem Konzept der kulturellen, linguistisch oder historisch geformten »geolinguistic regions« von paradigmatischen Metanarrativen wie denen des Kulturimperialismus und der Globalisierung ab.<sup>124</sup> Aber gerade der Versuch die Welt in ihrer grundsätzlich verwobenen Globalität zu fassen, wird mit Moisy (1996) durch die Tendenz zu einem isolationistischen »capsule journalism« im Bereich der internationalen Medienberichterstattung konterkariert.<sup>125</sup> Auch Globalisierungstheoretiker wie Held (1995b) konstatieren in ihrer dialektischen Lesart, dass Globalisierungsprozesse im Kommunikations- und Informationsbereich, weit entfernt von kosmopolitischen Interessens- und Wertvorstellungen, die Bedeutung von Identität und Abgrenzung sowie die Nationalisierung von Politik feststellbar verstärkt haben.<sup>126</sup> Lokale Pressetitel, deren Verbindungen zu den »globalen« Massenmedien tendenziell schwach ausgeprägt sind und die in ihrer Anzahl die Titel nationaler Reichweite bei weitem übersteigen, zeigen insbesondere durch die in den westlichen Industrienationen prägnanten Konzentrationsprozesse eine deutliche Fixierung auf und Stärkung des nationalen Rahmens. Zudem weisen gegenläufige Entwicklungen in den Schwellen- und Entwicklungsländern wie beispielsweise Indien darauf hin, dass die faktische Proliferation lokaler Pressetitel den Postulaten des Globalisierungsparadigmas entgegenstehen. Auch die Ausdifferenzierung diasporischer Medien, als neuartige lokale Entitäten, erreicht demnach nicht das Niveau einer historischen Neuartigkeit, die sich als eine Epoche radikal veränderter sozialer Dynamiken auszeichnet.<sup>127</sup> Entgegen der Annahme rückläufiger nationalistischer Tendenzen ist keine Intensivierung transnationaler Kommunikationen zu erkennen, vielmehr ist eine gleichbleibende Nationenzentriertheit medialer Produktions-, Repräsentations- und Konsumtionsmuster ersichtlich, die Mihelj (2011) aufgrund der Interdependenz von Nationalismus und Massenkommunikation auch von der Persistenz der »media nations« sprechen lässt.<sup>128</sup> Vergleichbar in der Argumentation unterstreicht auch Nossek (2007) den manifesten Einfluss der nationalen Identität von

**122** | Vgl. Kriener und Meckel 1996, S. 18. Grundsätzlich jedoch betrachtet Meckel 2001, S. 190, Globalisierung trotz aller Widersprüche als einen fundamentalen gesellschaftlichen Transformationsprozess der Modernisierung.

**123** | Vgl. Sinclair, Jacka und Cunningham 1996, S. 22.

**124** | Vgl. ebd., S. 5, 11ff.

**125** | Moisy 1996, S. 11.

**126** | Vgl. Held 1995b, S. 115.

**127** | Vgl. Sparks 2007, S. 165ff.

**128** | Vgl. Mihelj 2011, S. 2, 165.

Journalisten und Herausgebern auf die Definition von Nachrichten im Kontext internationaler Beziehungen.<sup>129</sup> Darüber hinaus zeigen Benson und Hallin (2007), dass keineswegs von einem unilinearen Homogenisierungstrend der Mediensysteme ausgegangen werden kann, wenn auf inhaltlicher bzw. journalistisch-stilistischer Ebene Differenzen für Schreibstile, narrative Schemata, Kritikintensitäten und Argumentationsspektren auch in der historischen Entwicklung erkennbar bestehen bleiben.<sup>130</sup> Insbesondere Hafez (2005b) unterstreicht auf Basis seiner facettenreichen und systematisierenden Studie, in der kommunikationswissenschaftlich relevante Bereiche wie die Auslandsberichterstattung, das Satellitenfernsehen, Entertainment, Internet, Auslandsrundfunk, Medien und Migration, Medienpolitik und auch das Feld der Medienökonomie einer kritischen Evaluation unterzogen werden, dass globalisierungstheoretische Annahmen im Kontext der Massenmedien zumeist als Mythos begriffen werden müssen. Letztere Argumentationslinie wird zu einem späteren Zeitpunkt in ihrer Ausführlichkeit nachgezeichnet, um die vielfach kontrafaktische Globalisierungseuphorie einer nachweislich defizitären Verflechtung »globaler« Medienkommunikation zu relativieren bzw. zu widerlegen (Kap. 3.5.5).

#### **3.1.4. »Globale Assemblagen« als Analysekonzept gesellschaftlicher Mehrebenenbeziehungen**

Wenngleich der Autor dieser Studien einer faktischen Globalisierung – dies insbesondere für den kommunikationswissenschaftlich zu analysierenden Bereich potentieller Globalverflechtungen von Massenmedien – skeptisch gegenübersteht, so kann doch als Spezifika des hier zugrunde liegenden Verständnisses anthropogener Beziehungen eine konstante Bedeutung von Interdependenzen, Überlappungen bzw. Assemblagen unterschiedlichster Niveaus von Vergesellschaftung (lokal, micro-regional, national, macro-regional, supra- oder international, global) angenommen werden.

Schon Rosenau (1967b) hat auf die nicht zu vernachlässigende Bedeutung innerstaatlicher Faktoren und gesellschaftsinhärenter Prozesse für die inhaltliche Formulierung und Qualität außenpolitischen Agierens aufmerksam gemacht und die politische Relevanz extra-nationaler Problemstellungen bei gegebener innergesellschaftlicher Resonanz bzw. Betroffenheit hervorgehoben.<sup>131</sup> Eben diese Verquickungen und Interdependenzen zwischen nationaler und internationaler Ebene erfordern mit Ro-

---

**129** | Vgl. Nossek 2007, S. 60f.

**130** | Vgl. Benson und Hallin 2007, S. 41f.

**131** | Vgl. Rosenau 1967b, S. 2ff. vgl. Rosenau 1967a, S. 49.



senau (1969) die Etablierung einer (politikwissenschaftlichen) »linkage theory«<sup>132</sup> oder eines »transversalen« Politikverständnisses, insbesondere wenn »domestic and foreign issues converge, intermesh, or otherwise become indistinguishable within a seamless web«.<sup>133</sup> Forderungen wie diese finden ihren Widerhall in den Überlegungen zur Konzeption von Global Governance (Kap. 3.2) oder Globalisierung im Allgemeinen.

Sassen (2006) offeriert an dieser Stelle eine darüber hinausreichende Perspektive, wenn sie, obgleich der Annahme eines in Form der Globalisierung vorliegenden epochalen Transformationsprozesses, die konstitutive Bedeutung der komplexen Architektur des Nationalstaates als eine der Schlüsselinstanzen zur Emergenz globaler Dynamiken, Prozesse oder Strukturen hervorhebt. Globalisierung realisiert sich demnach vielfach innerhalb des Nationalen, womit die oftmals dominierende interdependenztheoretische bzw. globalisierungstheoretische Dichotomisierung des Verhältnisses zwischen dem Globalen und Nationalen bzw. die Annahme eines wechselseitigen Ausschlusses als obsolet verstanden werden kann. Dieses »Paradox des Nationalen«<sup>134</sup> formuliert sie folgendermaßen:

»The fact that a process or entity is located within the territory of a sovereign state does not necessarily mean it is a national process or entity; it might be a localization of the global or a denationalized instance of the national«.<sup>135</sup>

Das Territorialitätsprinzip, wonach der Nationalstaat als umfassender Container sozialer Prozesse agiert und damit das jeweilige nationale Gebiet uneindeutig mit dem Nationalen korrespondiert, wird entsprechend in Frage gestellt. Ein umfangreicher Teil von Globalisierung resultiert damit aus mikro-prozessualen Denationalisierungstendenzen von jeweils historisch national konstruierten Entitäten der politischen, finanz-ökonomischen, rechtlichen oder gesellschaftlichen Sphäre, die auf globalem Niveau durch neuartige Dynamiken oder Institutionen transformative Resonanz finden können oder unmaterialisiert bzw. unerkannt national-interpretiert verbleiben. Gleichwohl behalten globale Formationen ihre Bedeutung, wenngleich die alleinige Beschränkung auf das selbstevidente globale Niveau (inter- bzw. supranationale Institutionen und Prozesse) als unzureichend anzusehen ist. Denn eben diese globalen Instanzen entfalten ihre Geltung oft erst mit dem Eintritt in die nationale Sphäre<sup>136</sup> und

**132** | Vgl. Rosenau 1969, S. 3ff.

**133** | Rosenau 1997, S. 5.

**134** | Titel der deutschen Ausgabe von Sassen (2006).

**135** | Sassen 2007b, S. 2.

**136** | Vgl. unisono hierzu Randeria 1999b, S. 376.

initiiieren gegebenenfalls weitere Denationalisierungsprozesse.<sup>137</sup> Vieles von dem, was als national bzw. lokal wahrgenommen oder repräsentiert wird, kann demnach auch als »microenvironment with global span«<sup>138</sup> verstanden werden und das nationale Niveau kann somit simultan Räume und Beziehungen enthalten, die sowohl einen historisch bedingten nationalen, denationalisierten oder aber globalen Charakter aufweisen. Beispielhaft kann hier die Nutzung internationaler Rechtsinstrumente durch nationale Gerichtsbarkeiten genannt werden (Menschenrechte, Umweltstandards oder das Völkerstrafgesetzbuch als nationalrechtliche Translation des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH)<sup>139</sup>). Aber auch lokal implementierte Politiken von Organisationen des UN-Systems (WTO, ILO, UNCTAD u.a.) oder Finanzzentren als lokale Entitäten, die gleichzeitig als Teil des global skalierten elektronischen Finanzmarktes agieren, können hier angeführt werden.<sup>140</sup> Sassen spricht auch von einer »incipient denationalization of several highly specialized national institutional orders«.<sup>141</sup>

Das vielfach unhinterfragt akzeptierte Lokale etabliert damit »multiskalare Systeme«, was eine Rekonzeptualisierung des traditionellen Hierarchiemusters (lokal, mikro-regional, national, international, makro-regional, global) erfordert, da entsprechende Kommunikationen nicht zwangsläufig dieser Ebenenlogik folgen, sondern sie parallel besetzen bzw. quer zu ihr liegen.<sup>142</sup> Potentielle Globalisierungsprozesse in ihrer Multiskalarität zeichnen sich insofern nicht durch eine Stufenordnung aus, so dass sowohl das Supranationale oberhalb des Staates als auch das Subnationale unterhalb des Staates nicht exklusiv verortet werden kann und subnationale Prozesse die Ebene des Nationalen nicht zwangsläufig durchbrechen müssen, um global Resonanz zu erzielen – ebenso vice versa.<sup>143</sup>

So ist mit Sassen Globalisierung nicht primär aus der Perspektive zunehmender Interdependenzen zu betrachten, sondern im Kontext der jeweiligen historisch gewachsenen Konstruktion des Nationalen. Aus dieser Perspektive erwächst zunächst die beschriebene Denationalisierung von nationalen Komponenten zur Ermöglichung

---

**137** | Vgl. Sassen 2006, S. 1ff.

**138** | Sassen 2007a, S. 195.

**139** | Dieses findet im Prozess des Oberlandesgerichtes Stuttgart seit dem 4. Mai 2011 gegen den FDLR-Präsidenten Ignace Murwanashyaka und den FDLR-Vizepräsidenten Straton Musoni zur Aufklärung der Kriegsverbrechen in der DR Kongo erstmals in Deutschland Anwendung.

**140** | Vgl. Sassen 2007a, S. 23.

**141** | Sassen 2003[1999], S. 180.

**142** | Vgl. Sassen 2007a, S. 41ff., 197.

**143** | Vgl. Sassen 2007a, S. 16f., 33; vgl. Sassen 2007b, S. 6.

globaler Entitäten. Da sich eine Vielzahl der Voraussetzungen für ein globales System somit an lokalen Spezifika orientieren,<sup>144</sup> sind Globalisierungsprozesse vor dem Hintergrund lokaler Handlungskapazitäten und historischer Pfadabhängigkeiten keineswegs als ubiquitär und uniform zu verstehen.<sup>145</sup>

In Anlehnung an diese Überlegungen können politisch-mediale Öffentlichkeiten als sozial-verdichtete und national konstruierte Entitäten betrachtet werden, die in ihrer historischen Spezifität auf Lokalisierungs- und Denationalisierungsmomente untersucht werden können. Dabei sind sie nicht als nationale Container einer exkludierenden Global-Lokal-Dichotomisierung zu begreifen, sondern können im Rahmen des mit Sassen beschriebenen Konzeptes globaler Assemblagen als mögliche Ausgangspunkte emergierender globaler Öffentlichkeitsformationen gelten.<sup>146</sup>

---

**144** | Vgl. Sassen 2007a, S. 241, Anm. 1; vgl. Sassen 2007b, S. 4.

**145** | Vgl. Sassen 2006, S. 7ff.

**146** | Exemplarisch kann die mit Sreberny-Mohammadi u. a. (1985, S. 38) in der internationalen Berichterstattung vorgenommene Aufgliederung in »foreign news abroad« (ausschließlich externe Ereignisse), »foreign news at home« (lokale Ereignisse mit externem Bezug) und »home news abroad« (extra-nationale Ereignisse mit direktem Inlandsakteurbezug) den »multiskalaren« Charakter von Globalisierungstendenzen in (nationalen) Medien verdeutlichen. Erstere Kategorie kann mit dem (lokalisierten) »globalen« Niveau gleichgesetzt werden, während letztere die Diametralität des Lokalen und Globalen unterlaufen und öffentlichkeitsspezifische Denationalisierungseffekte initiiert werden können. Auch Rantanen (2010, S. 37) hat die Sinnhaftigkeit einer dichotomen Trennung explizit internationaler und nationaler Nachrichtenflüsse als einen unterschiedliche Paradigmen (internationale Propaganda, Medien und Entwicklung, Medienimperialismus) überdauernden »methodological inter-nationalism« hinterfragt.

## 3.2. GLOBAL GOVERNANCE

Ein im Kontext der wissenschaftlichen Globalisierungsdebatte verstärkt diskutierter Ansatz zur Beschreibung der veränderten und sich verändernden global-politischen Strukturen ist das Konzept der Global Governance. Dieses soll zunächst in seinen Grundzügen und hinsichtlich seiner Distinktionsmerkmale zum vorrangig national-staatlichen Verständnis innerhalb der Internationalen Beziehungen (IR) vorgestellt werden und darüber hinaus mit kommunikationswissenschaftlichen Überlegungen zur globalen/internationalen Berichterstattung von Massenmedien verknüpft werden (Kap. 3.2.1). In einem nachfolgenden Abschnitt werden sodann die in der Forschungsliteratur diskutierten theoretischen und empirischen Problemfelder und Defizite des Global Governance Konzeptes exemplarisch betrachtet, um eine informiertere Perspektive auf den Gesamtansatz zu erhalten (Kap. 3.2.2).

### 3.2.1. Konzeption des Global Governance Ansatzes

Als analytisches Konzept, welches eine alternative politik- bzw. sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Strukturen und Prozesse von Weltpolitik in Abgrenzung zum primär nationalstaatlichen Fokus der klassischen Internationalen Beziehungen impliziert, kann das der *Global Governance* verstanden werden.<sup>147</sup> Vor dem Hintergrund der Herausforderung nationalstaatlicher Souveränität kann diese neugewählte Perspektive auf die internationale politische Sphäre als Ergänzung oder Substitut betrachtet werden, welches sich insbesondere an der zunehmenden Interdependenz und Verflechtung von sub-, inter-, supra- und transnationalen oder intergouvernementalen Beziehungen in global relevanten Entscheidungsprozessen orientiert. Letztere sind ihrerseits vor allem durch den Umstand des regierungsäquivalenten Handelns im internationalen Raum gekennzeichnet, dies in unterschiedlichsten globalen Akteurskonstellationen bei paralleler Abwesenheit einer formalen Hierarchie oder integrierter Weltregierung.<sup>148</sup>

Aufbauend auf einem komplexitätstheoretischen Verständnis ko-evoluierender und selbstorganisierender Systeme beschreibt Rosenau (1995) den Begriff der Global Governance mit folgender Formulierung:

---

**147** | Vgl. Dingwerth und Pattberg 2006, S. 189, 198; vgl. auch Rosenau 2004, S. 7. Dieser unterscheidet u.a. aufgrund der staatsdezentrierten Ausrichtung zwischen Globalisierungsstudien und Internationalen Beziehungen wenn er festhält: »[...] while it is reasonable to speak of many globalizations, there is essentially only one IR« (ebd., S. 8).

**148** | Vgl. Finkelstein 1995, S. 367f.

»[...] global governance refers to more than the formal institutions and organizations through which the management of international affairs is or is not sustained. The United Nations system and national governments are surely central to the conduct of global governance, but they are only part of the full picture. [...] global governance is conceived to include systems of rule at all levels of human activity – from the family to the international organization – in which the pursuit of goals through the exercise of control has transnational repercussions.«.<sup>149</sup>

Bedeutung als Governance Entitäten können demnach neben dem System der Vereinten Nationen und staatlichen Instanzen auch NGOs, INGOs, (transnationale) soziale Bewegungen und (internationale) profit-orientierte Unternehmen erhalten, aber auch Städte, Micro-Regionen, (grenzüberschreitende) Verbrechersyndikate, supranationale Institutionen wie die Europäische Union<sup>150</sup> oder Expertengremien wie beispielsweise das IPCC.<sup>151</sup>

Diese Perspektive wird in der Forschungsliteratur auch als analytischer oder deskriptiver Ansatz von Global Governance behandelt, da er die Gesamtkomplexität grenzüberschreitender Akteurs- und Steuerungskonstellationen zu erfassen versucht und sich nicht als präskriptive politische Programmatik eines normativ anvisierten globalen Integrationsprojektes und damit als Lösungsansatz von Globalisierungsverwerfungen (asymmetrischer Welthandel, Sozialstrukturdisparitäten zwischen globalem Norden und Süden, Verschuldungskrise, Degradierung der Ökosysteme) versteht.<sup>152</sup> Rosenau (2007) betont vielmehr den non-hierarchischen Charakter gegenwärtiger politischer Formationen und beschreibt die Abwesenheit einer zentral-autoritativen Instanz in Form einer dominanten Nation oder globalen Institution, dies insbesondere durch die Proliferation unterschiedlichster »spheres of authority«. Als deren Resultat kann eine Heterogenisierung und Multiplizierung von Machtinstanzen bzw. Autoritätspolen und damit eine »global disaggregation of authority« beobachtet werden, deren dezentralisierten sowie vernetzt-interagierenden Charakter das Konzept der Global Governance als Koordinationsmechanismus definitorisch zu fas-

**149** | Rosenau 1995, S. 13.

**150** | Vgl. ebd., S. 20ff.

**151** | Vgl. Dingwerth und Pattberg 2006, S. 191.

**152** | Vgl. Zürn 2006, S. 126f.; vgl. ebenso Dingwerth und Pattberg 2006, S. 189; vgl. Brunnengräber und Stock 1999, S. 446, 455. Der präskriptive Zugang wird von letzteren Autoren als »emphatische Variante« bezeichnet. Darüber hinaus erkennen sie in der *politisch-strategischen Variante* eine alternative Lesart des Konzeptes seitens der institutionalisierten Linken gegenüber dem dominanten neoliberalen Ökonomie- und Politikmodell.

sen versucht.<sup>153</sup> Die konzeptionellen Besonderheiten dieser grundsätzlich nicht anarchischen Auslegung des internationalen Raums und die legitimatorischen Anforderungen einer notwendigerweise mehrheitlichen Akzeptanz grenztranszendierender Mehrebenenregelsysteme können folgendermaßen umschrieben werden:

»[...] governance is not a synonymous with government. Both refer to purposive behavior, to goal-oriented activities, to systems of rule; but government suggests activities that are backed by formal authority, by police powers to insure the implementation of duly constituted policies, whereas governance refers to activities backed by shared goals that may or may not derive from legal and formally prescribed responsibilities and that do not necessarily rely on police powers to overcome defiance and attain compliance. Governance [...] is a more encompassing phenomenon than government. It embraces governmental institutions, but it also subsumes informal, non-governmental mechanisms [...]. Governance is thus a system of rule that is as dependent on intersubjective meanings as on formally sanctioned constitutions and charters. [...] governance is a system of rule that works only if it is accepted by the majority [...].«<sup>154</sup>

Vor dem Hintergrund systemübergreifender Interdependenz wird Global Governance mit Rosenau (1995) als non-statisches Konstrukt zur Analyse dynamischer, pfadabhängiger Entwicklungen internationaler Regelsysteme und Steuerungsmechanismen betrachtet, wobei den verflochtenen Mikro-Makro-Prozessen insgesamt eine Entgrenzung im geographischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen oder politischen Sinne zugesprochen wird. Die angesprochene legitimatorische Akzeptanz und die daraus resultierende Wirksamkeit von Governance-Mechanismen erwächst dabei am wahrscheinlichsten und nachhaltigsten durch eine transparente Inklusion der formal Involvierten und Betroffenen, womit diese bottom-up Perspektive als Basis global-politischer Vergesellschaftungsformationen und -prozesse erscheint.<sup>155</sup>

**153** | Vgl. Rosenau 2007, S. 89ff. Einen Klassifikationsversuch dieser komplexen Governance Konstellationen bietet Koenig-Archibugi 2002, S. 50ff. Entlang der Dimensionen a) *Publicness*: Akteursart, Interaktionsmodus; b) *Delegation*: Scope (legislative, exekutive Delegation oder juristische Schlichtungsinstanz), Autonomie bzw. Unabhängigkeitsgrad und c) *Inclusiveness*: Zugang, Einflussgewichtung lassen sich demnach Governance Architekturen einordnen. Darüber hinaus lässt sich eine exemplarische UN-zentrierte organisational-thematische Kartierung gegenwärtiger Global Governance Arrangements finden (vgl. ebd., S. 64). (Massen-)Medien als relevante Governance-Akteure finden allerdings in einem umfangreichen Teil der Forschungsliteratur zur Global Governance keine explizite Beachtung.

**154** | Rosenau 1992, S. 4.

**155** | Vgl. Rosenau 1995, S. 15, 17f.

Dingwerth und Pattberg (2006) haben darauf hingewiesen, dass Massenmedien als relevante Governance-Akteure betrachtet werden können.<sup>156</sup> Damit lassen sie sich sowohl als Objekte als auch als Subjekte globaler bzw. internationaler Politik begreifen und in politischen Prozessen als gestaltete und gestaltende Instanzen von Global Governance konzipieren, dies nicht nur auf den engeren Kontext der Global Media Governance beschränkt, sondern in ihrer Beobachter-, Kritik-, Advokats- oder Vermittlerfunktion potentiell alle gesellschaftlichen Bereiche und Vergesellschaftungsniveaus umfassend. In dieser Verknüpfung der politik- und medien- bzw. kommunikationswissenschaftlichen Perspektive können Massenmedien in Abhängigkeit von der jeweiligen theoretischen Einschätzung des zugesprochenen Vermachtungsgrads, der tatsächlichen Wirk- und Einflusspotentiale, des Aufmerksamkeitspektrums bzw. hinsichtlich eines existenten ideologischen Bias aus analytischer Sicht als Akteure einer möglichen demokratischen Ausgestaltung, Kritik und Legitimation von Global Governance gedacht werden.

Allerdings betont Hafez (2011a), dass insbesondere die Komplexität internationaler Ereignis- und Prozesse und die aus der journalistischen Praxis nationalzentrierter Relevanzstrukturen resultierenden thematischen Vernachlässigungen allenfalls zu restringierten Auslandsagenden führen. Diese begründen ihrerseits keine global-konsensuale Kernagenda und unterliegen selbst bei einer thematischen Minimaldefinition einem primär ethnozentrischen Framing.<sup>157</sup> Um sich den konzeptuellen Überlegungen von Global Governance anzunähern, besteht innerhalb der internationalen Medienberichterstattung damit zunächst die Notwendigkeit die dichotome Differenzierung zwischen dem Globalen bzw. Internationalen und Lokalen aufzugeben. Angestrengt werden sollte eine stärkere Fokussierung auf lokale Kontexte in einem Bewusstsein der grundsätzlichen thematischen Interdependenz und Verflechtung der globalen und lokalen Sphäre sowie eine damit einhergehende journalistisch initiierten Diversifizierung der politischen Agenda über die wenigen global rezipierten Themen hinaus. Andererseits bedarf eine verstärkte Integration oberhalb des Nationalstaates einer konsistenten nationalen bzw. umfänglichen zivilgesellschaftlichen Verankerung jeweiliger (außen-)politischer Belange durch erweiterte öffentliche Diskurse, denn eben in dieser vermehrten Transparenz und Demokratisierung vertikaler nationaler

**156** | Vgl. Dingwerth und Pattberg 2006, S. 191.

**157** | Doch insbesondere diese Partikularperspektiven innerhalb der internationalen Berichterstattung besitzen politische und gesellschaftliche Implikationen. Dazu können u.a. die Stabilisierung des nationalstaatlichen Primats, die Verstärkung internationaler politischer, ökonomischer und kultureller Konflikte, aber auch die Forcierung innerstaatlicher interkultureller und ethnischer Konflikte gezählt werden (vgl. Hafez 1999, S. 55f.).

Kommunikationen liegt die Basis effektiver horizontaler Globalkommunikation.<sup>158</sup> Die geforderte Lokalisierung von globalen oder extra-nationalen Themenkomplexen kann in national-konstruierten Öffentlichkeiten Denationalisierungseffekte auslösen, die gepaart mit Global Governance Akteuren unterschiedlichsten geographischen Ursprungs – als möglichen Kristallisationspunkten – Impulse für horizontale Kommunikationsverflechtungen initiieren können. Gleichwohl bleiben diese Öffentlichkeitsarrangements primär der Meinungsformierung verbunden und sind damit auch im Kontext aktueller Global Governance Konstellationen von Öffentlichkeitsräumen der Positionsbestimmung *und* anschließenden konkreten Entscheidungsfällung («strong publics») zu differenzieren.<sup>159</sup> Die Effektivität der politischen (Medien-)Öffentlichkeit ist dabei nicht zuletzt von einer Reihe von situativer Kontextfaktoren abhängig, welche die Responsivität des politischen Systems beeinflussen. Gleichzeitig wird jedoch nochmals der Unterschied zwischen Regierungs- und Governancehandeln deutlich, wenn nicht alle Governance-Akteure mit tatsächlicher Exekutivkraft agieren können, sondern Entscheidungen oftmals einer anschließenden Ratifizierung bedürfen.<sup>160</sup> Potentiell globale Öffentlichkeiten müssen sich entsprechend an dieser im Vergleich zur nationalen Ebene dezentrierten global-politischen Konstellation ausrichten.

### 3.2.2. Kritik des Global Governance Ansatzes

In der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Global Governance sind eine Reihe von Unzulänglichkeiten identifiziert worden, die sich sowohl auf theoretischer als auch empirischer Ebene im Wesentlichen den Kritikfeldern Inklusions- und Partizipationsdefizite, Transparenz- und Verantwortlichkeitsdefizite sowie der Dominanz einzelner (ökonomischer, politischer oder geographischer) Akteursgruppierungen zuordnen lassen. Wenngleich Messner (2000) Global Governance als kognitiven Referenzrahmen bzw. Leitbild für den Entwurf eines multilateralen System von Institutionen und Regeln mit dem Ziel der kontinuierlichen Bearbeitung und Lösung globaler bzw. grenzüberschreitender Probleme begreift, erkennt er a) in der Fortführung des hegemonialen Politikstils und der einhergehenden Schwächung multilateraler kooperativer Politikformen, b) im selektiven, tendenziell eigenzentrierten Engagement internationaler Politik und c) im Reaktionismus und Kriseninterventionismus anstelle einer präventiven Globalpolitik eine Reihe substantieller Defizite. Diese stehen der Etablie-

158 | Vgl. Hafez 2011a, S. 8f.

159 | Vgl. zur grundsätzlichen Überlegung Fraser 1992, S. 134.

160 | Beispielhaft kann hier die Notwendigkeit zur Ratifizierung von Konventionen der UN-Generalversammlung angeführt werden.



rung einer stabilen, vertrauensvollen, paritätischen und prozessorientierten globalen Kooperationskultur der politisch-ökonomischen Hemisphäre des globalen Nordens und Südens maßgeblich entgegen.<sup>161</sup> Für Zürn (2006) zeigen sich strukturelle Defizite von Global Governance vor allem im Hinblick auf a) die fehlende Ausbildung kohärenz- und koordinationsbegünstigender politischer Reglements (Konstitutionalisierungsdefizit); b) Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit und c) die demokratische Legitimität, womit die tendenziell ablehnende Haltung innerhalb der (globalen) Öffentlichkeit zu begründen ist.<sup>162</sup> Roth und Rucht (2009) konstatieren pointiert, dass »Global Governance [...] vorerst kaum mehr als ein Versprechen, mehr Rhetorik denn Realität« sei und »[s]oweit Global Governance gar die Hoffnung auf eine grundsätzliche Demokratisierung internationaler Politik wecken will, gehört sie ins Reich der Träume«.<sup>163</sup>

Grunder und Randeria (2011) haben darüber hinaus darauf aufmerksam gemacht, dass in der gegenwärtigen Architektur von Global Governance durch den Umstand der tendenziellen Rechtspluralität und überlappenden Souveränitäten es zu einer substantiellen Aushöhlung des formal-demokratischen Rahmens kommt, die die nationalstaatliche Autonomie und die Ausübung elementarer Bürgerrechte gleichermaßen beeinflusst. Einerseits reduziert sich der Prozess der Formulierung und Implementierung transnationaler Politiken auf die Einflussnahmen von Akteuren der global-institutionellen sowie national-exekutiven oder -administrativen Ebene und damit weitgehend entkoppelt von Prozessen legislativer und öffentlicher Deliberation und Meinungsbildung.<sup>164</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch die *Kampagne für die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen* (UNPA) von Relevanz, die eine direktere Einbindung der Bürger fordert, damit UN- und Global Governance Strukturen zu demokratisieren sucht und gleichzeitig auf die Relativierung des Exklusivstatus staatlicher, wenngleich zumeist demokratisch legitimierter, Akteure bei global-kollektiven Entscheidungen abzielt.<sup>165</sup> Andererseits begünstigt

**161** | Vgl. Messner 2000, S. 279ff., 284, 292.

**162** | Vgl. Zürn 2006, S. 122f., 138ff.

**163** | Roth und Rucht 2009, S. 279. Die Autoren schlussfolgern hier auf Basis einer detaillierten Analyse der demokratischen Legitimation von Global Governance Prozessen in den spezifischen Beziehungen von Weltbank, IWF, WTO und NGOs und analysieren dabei insbesondere den Umfang und die Qualität von Partizipationsmöglichkeiten, den Grad demokratischer Verantwortlichkeit und Transparenz (vgl. ebd., S. 256).

**164** | Vgl. Grunder und Randeria 2011, S. 139, 154; vgl. unisono Lübke-Wolff 2009, S. 138ff.

**165** | Vgl. Heinrich 2010, S. 9f. Vergleiche zu den Kernforderungen der Initiative auch die *Deklaration von Brüssel* aus dem Jahr 2013.

die Vielzahl an politischen und rechtlichen Verflechtungen die Intransparenz von Rechenschaftsverpflichtungen und führt insbesondere im Zusammenhang mit unpopulären oder defizitären Entscheidungen zu einer gegenseitigen Verantwortungszuschreibung<sup>166</sup> zwischen den jeweiligen Instanzen nationalen bzw. internationalen Niveaus.<sup>167</sup> Darüber hinaus konstatiert Randeria (2007a) sowohl auf nationaler als auch extra-nationaler Ebene eine »de-politicization of democracy« bei einer parallelen »judicialization of politics« in deren Zusammenhang das Primat der nationalen bzw. internationalen Politik von der sich verstetigenden Dominanz des juristischen Komplexes unterlaufen wird und Fragen der Legitimität, Partizipation und Repräsentation zunehmend nicht auf öffentlich-politischem, sondern auf rechtlichem Wege begegnet wird.<sup>168</sup>

Exemplarisch verweist Dingwerth (2008) zudem auf die Diskrepanz zwischen formal-fixierten affirmativen Verfahrensprozeduren zur Sicherstellung eines paritätischen Verhältnisses von Akteuren des globalen Nordens und Südens und den faktischen Repräsentations- und Einflusspotentialdefiziten in globalen Entscheidungsprozessen, die vor allem für die südliche Hemisphäre zu beobachten sind. Diese Disbalance zuungunsten sich entwickelnder afrikanischer oder asiatischer Gesellschaften sowie eine Diskursdominanz des globalen Nordens im Hinblick auf die Agendadefinition relevanter Problemstellungen sowie den diesbezüglichen Lösungshorizonten können de facto als Unzulänglichkeiten eines normativ inklusiven Global Governance-Verständnisses gewertet werden, die den globalen Anspruch auf einen primär transatlantisch geprägten Status quo reduzieren.<sup>169</sup>

Andere Autoren wie Conzelmann und Faust (2009) haben in diesem Zusammenhang aus meta-theoretischer Perspektive betont, dass die Diskussion des Global Governance Ansatzes einer empirischen und konzeptionellen Differenzierung bedarf.

---

**166** | In diesem Zusammenhang führt Randeria (2003, S. 28f.) in Abgrenzung zur Konzeption des »weak state« oder »failed state« die Begrifflichkeit des »listigen Staates« ein, welche die Strategie subalternen Staaten bzw. derer politischen Eliten im Verhältnis zu supra- oder internationalen Institutionen beschreibt. Staatliche Akteure generieren demnach vor allem in Momenten einer vermeintlich wahrgenommenen bzw. antizipierten Handlungsschwäche eigenstrukturellen Nutzen. Dies geschieht durch die – jeweils von nationalstaatlichen Interessenskonstellationen anhängige – Selbstdarstellung als rechenschaftspflichtige bzw. verantwortliche oder nicht verantwortliche Instanz gegenüber den Staatsbürgern oder internationalen Institutionen (vgl. auch Randeria 2007b, S. 3, 6f.).

**167** | Vgl. ebd., S. 1.

**168** | Vgl. Randeria 2007a, S. 39.

**169** | Vgl. Dingwerth 2008, S. 61ff.

Diese sollte mit einer Dezentrierung des vorherrschenden Theorie- bzw. Erhebungsfokus auf die industrialisierten OECD-Länder einhergehen und insbesondere die Verhältnisse in den Schwellen- bzw. Entwicklungsländern einbeziehen (z.B. innenpolitische Machtstrukturen, Transformationsprozesse, Performanz der Zivilgesellschaft). So können nicht nur valide Erklärungen für politisch-strategische Verhaltensmuster der Akteure der Entwicklungsregionen generiert werden, sondern normative Aspekte und Anforderungen an globale Governance Prozesse (Effizienz, Effektivität und Legitimität) einer primär »westlichen« Perspektive auch aus dem Blickwinkel der südlichen Hemisphäre diskutiert werden.<sup>170</sup>

Eine noch umfassendere und grundsätzlichere Kritik des Global Governance Entwurfes lässt sich bei Brunnengräber und Stock (1999) finden, die das Fehlen eines mit dem Konzept verbundenen gesellschaftstheoretischen Fundamentes als eklatantes Theoriedefizit beanstanden und Global Governance aufgrund seiner Unbestimmtheit, den fehlenden Handlungsinstruktionen und skizzenhaften Meta-Entwürfen mit jedoch universellem Anspruchshorizont als ein zu simplifizierendes Konstrukt bezeichnen, das gesellschaftlichen Komplexitäten kaum entsprechen kann.<sup>171</sup> Hauptkritikpunkt ist die Ausblendung einer kritischen Reflexion vorherrschender Macht- und Herrschaftsstrukturen, die angesichts der komplexen und intransparenten und keineswegs egalitären global-politischen Strukturen nicht als veraltetes Relikt betrachtet werden können. Die vom Global Governance Ansatz suggerierte top-down Perspektive eines vorrangig technokratisch, effizienzgesteuerten und modernisierungstheoretisch inspirierten Verständnisses internationaler Politik verweist im Hinblick auf ihr definitorisches Vokabular demnach primär auf Konzepte wie Ordnung und Steuerung. Er distanziert sich jedoch damit von hegemonialanalytischen Phänomenen wie gesellschaftsinhärenten oder globalen Konflikten und Antagonismen und verliert somit das Explikationsvermögen für die beobachtbaren globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Verwerfungslinien.<sup>172</sup>

**170** | Vgl. Conzelmann und Faust 2009, S. 205, 217.

**171** | Vgl. Brunnengräber und Stock 1999, S. 455, 465.

**172** | Vgl. Brunnengräber und Stock 1999, S. 455f., 459; vgl. zu letzterem Aspekt auch Murphy 2000, S. 789, 794. Dieser bezweifelt die Möglichkeiten des Global Governance Ansatzes im Hinblick auf die normativen Prinzipien (re-)distributiver Gerechtigkeit und moniert neben der erkennbaren Ausrichtung an neoliberalen Marktimperativen auch die Konstanz traditioneller globaler Machtstrukturen. Zudem weist er auf die keineswegs ausschließlich positive Entwicklung einer zunehmender Autonomie von internationalen Institutionen hin und kritisiert die vom Elitenkonsens abhängigen politischen Themenfelder und die resultierenden internationalen Reglements. Dem Konzept affirmativer gegenüber steht hier Zürn 2006, S. 141. Dieser gesteht

Grundsätzlich verweist keine dieser Einschätzungen auf eine abnehmende Notwendigkeit von funktionierenden global vernetzten (Medien)Öffentlichkeiten, die sich ihrerseits parallel als kritische Instanzen gegenüber der Komplexität und tendenziellen Intransparenz von Global Governance Strukturen etablieren müssen, um als ein Gravitationspol global-demokratischer und legitimatorischer Minimalanforderungen gelten zu können.

### 3.3. DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT INTERNATIONALER INSTITUTIONEN

Im nachfolgenden Abschnitt soll zunächst das für diese Studie maßgebliche Begriffsverständnis von Legitimität in seiner grundsätzlichen Begründung von Autorität im internationalen politischen Raum beschrieben und auf die Bedeutung von grenzüberschreitenden Öffentlichkeiten als Basalkriterium demokratischer Legitimierung von Global Governance Strukturen und internationalen Institutionen eingegangen werden (Kap. 3.3.1). Darüber hinaus werden die konzeptionellen Merkmale einer internationalen Legitimitätskrise benannt (Kap. 3.3.2) und die Existenz dieser sowie die jeweilige Ausprägungen am Beispiel unterschiedlicher Akteure diskutiert. Beispielfindend dabei mit dem UN-Sicherheitsrat, dem Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation, dem Kyoto-Protokoll und den G8 normative und empirische Studien zu Akteuren und Regimen aus dem System der Vereinten Nationen Beachtung (Kap. 3.3.3).

#### 3.3.1. Legitimität als Basalkategorie internationaler Politik

Legitimität kann mit Hurd (1999) als Konkordanz zwischen den normativen Vorstellungen eines Akteurs und der Sinnhaftigkeit einer Folgsamkeit gegenüber Institutionen und Reglements verstanden werden. Legitimität unterliegt dabei als Beziehungsgeflecht zwischen Akteuren und Institutionen stets subjektiven qualitativen Askriptionen, wird durch die akteursspezifische *Perzeption* der jeweiligen Institution definiert und damit nicht nur durch eine reine Verlagerung von Kompetenzen in Richtung der entsprechenden global agierenden Institution. Die Wahrnehmung durch den Akteur resultiert dabei aus der eigentlichen Substanz der Regelung, ihrem prozeduralen

---

dem Ansatz zu, dass er »herrschaftskritisch gegen vorhandene Machtasymmetrien gewendet werden kann«, um zu einem Verständnis der strukturellen Defizite internationaler Institutionen zu gelangen.

Konstitutionsprozess oder ihrer initiiierenden Quelle. Aufgrund von Internalisierungsprozessen wirken die Perzeptionen insofern verhaltenssteuernd, als dass sie die Interessensformulierungen seitens der Akteure beeinflussen<sup>173</sup> bzw. ihnen einen interpretativen Rahmen zugrunde legen. In Anlehnung an Suchman (1995) verweist Hurd

**173** | Vgl. Hurd 1999, S. 381. Hurd scheint hierbei in der Begründung von Legitimationszuschreibungen vor allem auf den von M. Weber identifizierten Idealtypus der *legalen Herrschaft* zu rekurrieren, der im Wesentlichen durch die Orientierung an formal abstrakten Normen bzw. deren regelkonformen Setzung und Abänderung, wie sie in allen Instanzen bürokratischer Verwaltung aufzufinden sind, gekennzeichnet ist. Wenngleich der Typus der *traditionellen Herrschaft* (patriarchalische Herrschaft) eine geringere Rolle im internationalen Raum spielt, so kann der Verweis seitens Hurd auf die regelinitiiierende Quelle als Legitimationsmotiv durchaus mit Bezugnahme auf den Weberschen legitimationsbegründenden Typus der *charismatischen Herrschaft* bzw. der charismatischen Autorität gelesen werden, wenn man hierbei an die Qualitäten einzelner Persönlichkeiten internationaler Institutionen denkt (vgl. zur Typologie M. Weber 2005, S. 726ff., 729ff., 734ff.). Zudem klammert Hurd bei diesem Definitionsversuch explizit Fragen der legitimatorischen Universalität sowie des moralischen Wertes oder der Gerechtigkeit jeweiliger internationaler Regeln aus – maßgeblich in dieser Lesart ist das subjektive Legitimitätsempfinden der Akteure, womit divergente Perspektiven anderer Akteure wahrscheinlich sind. Auch Claude, Jr. (1966, S. 368f.) konstatiert, dass Legitimität in letzter Konsequenz eine multiperspektivische politische Dimension umfasst, die über rechtliche und moralische Aspekte hinausgeht. Luhmann (1969, S. 30) vertritt die Auffassung, dass in komplexen Gesellschaften die Legitimation politischer Macht im politischen System erfolgen muss, wobei er im Gegensatz zum Verständnis von Hurd (1999) erkennbar allein die Legitimation durch Verfahrensprozesse präferiert. Verfahren werden als soziale Systeme mit der Funktion der Herbeiführung verbindlicher Entscheidungen betrachtet, wobei sie ihrerseits durch die Indeterminiertheit der Ergebnisse, der resultierenden Konsequenzen und durch ihre Offenheit für Ablaufalternativen gekennzeichnet sind (vgl. Luhmann 1969, S. 40f.). Dabei unterstreicht Luhmann die mit der konstatierten relativen Autonomie des Verfahrens von der Mikroebene (freiwillige Anerkennung, individuelle Überzeugung) verbundene Notwendigkeit der Abstraktion von individuellen Akteursspezifika (Generalisierung), da insbesondere gesellschaftliche Strukturen die Institutionalisierung von Legitimität begründen, weniger akteursspezifische Entscheidungen oder Einschätzungen (vgl. ebd., S. 32, 34, 49). Hurd verweist zudem darauf, dass der Akteursglaube in die Legitimität einer Norm nicht zwangsläufig zu einem autoritätskonformen Verhalten führt, vielmehr können normative Legitimitätsüberzeugungen eine Nonkonformität gegenüber geltendem Recht begünstigen, wenn die existenten Gesetze in konfliktärem Verhältnis zu diesen Überzeugungen stehen (vgl. Hurd 1999, S. 381). Man könnte damit dem Prinzip der Legitimität einen dialektischen Impetus zusprechen, der sowohl ein konformistisches als auch (r)evolutionäres Potential besitzt.

auf die Kontext- bzw. Kulturgebundenheit der individuellen Perzeptionen innerhalb eines gesellschaftlichen Systems von Normen, Werten, Überzeugungen und sozialen Definitionen als wirkende Standardreferenzen von Legitimationswahrnehmungen.<sup>174</sup>

In der Existenz autoritativer Institutionen im internationalen Raum, d.h. Institutionen im Modus legitimer politischer Macht (Autorität bzw. Herrschaft), erkennt Hurd zudem die Überwindung des anarchischen Zustandes des internationalen Systems bzw. die Inadäquatheit des Konzeptes der Anarchie in den internationalen Beziehungen, wenngleich die internationalen Herrschaftsstrukturen sich im Vergleich zu innerstaatlichen Strukturen vor allem durch ihre Dezentralität auszeichnen. Entscheidend ist demnach die Anerkennung der historischen Kontingenz des territorialstaatlichen Herrschaftsmonopols, denn autoritative Strukturen (ko-)existieren auf nationalstaatlicher Ebene und auf Ebene legitimer internationaler Institutionen.<sup>175</sup>

Grundlegend für die hier eingenommene Legitimitätstheoretische Perspektive ist neben dem heterogenen Charakter der möglichen Legitimationsquellen, der Diversität und Parallelität der Legitimationsniveaus (inner-, inter- oder suprastaatlich) und der Dezentralität der jeweiligen Instanzen (Institutionen, Regime und Netzwerke) somit der Aspekt der akteursspezifischen Legitimitätsformenden Perzeption von Global Governance Instanzen. Es wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass die Perzeptionen für eine Vielzahl der nationalen oder internationalen Akteure der politischen und zivilgesellschaftlichen Sphäre aufgrund fehlender oder diskontinuierlicher Primärerfahrungen zu einem wesentlichen Anteil durch öffentliche Kommunikationsprozesse in (globalen) massenmedialen Diskursen geprägt werden.<sup>176</sup> Somit kann in Anlehnung an den diskurstheoretischen Ansatz von Steffek (2003) die Etablierung bzw. die Infragestellung von Legitimationszuschreibungen einzelner Global Governance Konstellationen im Modus rationaler Diskurse Habermasscher Vorstellungen erfolgen, in denen die Legitimierung oder Delegitimierung von internationalen Institutionen idealtypisch im kommunikativen Austauschprozess valider Argumen-

---

**174** | Vgl. Suchman 1995, S. 574, zitiert nach Hurd 1999, S. 387f.; vgl. aus kommunitaristischer Perspektive Etzioni 2011, S. 108f. Zur Einschätzungen der Legitimität von Institutionen und Politiken sind hier, neben der Individualebene explizit die normativen Kulturkonzepte der entsprechenden Gemeinschaft(en), somit die Ebene kollektiver Prozesse, in die Betrachtungen einzubeziehen.

**175** | Vgl. Hurd 1999, S. 400f., 404; vgl. mit ähnlichem Tenor bezüglich der Vereinten Nationen Claude, Jr. 1966, S. 368, 373ff.

**176** | Ähnlich argumentieren Schneider u. a. 2006, S. 204ff.

te erfolgt.<sup>177</sup> Entsprechend der vorherrschenden Logiken und Reichweiten globalen Regierens, bei paralleler Abwesenheit global-repräsentativer Strukturen, kann daher die Etablierung grenzüberschreitender Öffentlichkeiten als ein grundlegendes Kriterium demokratischer Legitimierung von Global Governance Strukturen begriffen werden.<sup>178</sup> Die im idealtypischen Fall globaler öffentlicher Diskurse erfolgende Aggregation unterschiedlichster Argumentationsstränge tangiert damit in wesentlichem Umfang die perzeptionsabhängigen Legitimationsaskeptionen gegenüber internationalen Institutionen.<sup>179</sup> In jedem Fall sieht sich das politische System bei einer tendenziellen Verselbstständigung und einer in geringem Maße etablierten politischen Öffentlichkeit mit Legitimationsdefiziten konfrontiert, die einem »legitimatischen Dilemma« gleichkommen,<sup>180</sup> dies sowohl auf nationalem als auch globalem Niveau. Konzeptuell erachtet Zürn (2004) entsprechend einen »societally backed multilateralism with full multi-media coverage« als entscheidende Notwendigkeit zur Vermeidung potentieller Akzeptanz- und Effektivitätskrisen multilateraler Institutionen angesichts der momentan vorherrschenden Exklusivität der Exekutiven. Gleichwohl betrachtet er jedoch die Existenz entsprechender sozio-kultureller Bedingungen wie die einer politischen Gemeinschaft oder einer geteilten kommunikativen Basis auf extra-nationalem Niveau skeptisch.<sup>181</sup> Aber eben diese zwei Aspekte werden auch von Clark (2003) hervorgehoben, wenn er die Bedeutung des politischen Disputes um einen potentiellen (kommunikativen) Konsens und eine adäquate Konzeption von Gemeinschaftszugehörigkeit als elementare Prinzipien von internationaler Legitimität in Konstellationen internationaler Vergesellschaftung betont und sowohl das Verhältnis als auch die Entwicklung von Legitimität und Gesellschaft bzw. Gemeinschaft als gegenseitig konstitutiv begreift.<sup>182</sup>

---

**177** | Vgl. Steffek 2003, S. 263, 265. Dieser weist jedoch auch darauf hin, dass mit zunehmender Kompetenzausweitung auf der Ebene der inter- oder supranationalen Institutionen die Exklusivität des rationalen Modus diskursiver Legitimitäts(de)generierung Limitationen erfährt und ähnlich wie auf nationalstaatlichem Niveau »irrationale« Aspekte (Emotionen, Mythen, Hymnen) an legitimatorischer Relevanz gewinnen (vgl. ebd., S. 271).

**178** | Vgl. Nanz und Steffek 2004, S. 315, 318.

**179** | Wenngleich Nanz und Steffek (ebd.) in ihrer Arbeit tendenziell die Zivilgesellschaft als hauptsächlich legitimationskontribuierendes Element einer globalen öffentlichen Sphäre verstehen, so wird der hier gewählte Fokus auf die Massenmedien mit Hafez (2005b, S. 34) als äquivalent bedeutsame Dimension globaler Kommunikation angesehen.

**180** | Vgl. Habermas 1992a, S. 466f.

**181** | Vgl. Zürn 2004, S. 286f.

**182** | Vgl. Clark 2003, S. 80, 95.

Ecker-Ehrhardt (2009) gibt hinsichtlich des Zusammenspiels von Medien und internationaler Legitimität zu bedenken, dass insbesondere symbolische Autoritäten (int. NGOs, UNO),<sup>183</sup> die aufgrund ihrer historisch akkumulierten Reputation auf ein über den simplen argumentativen Beitrag hinausreichendes Ausmaß an Aufmerksamkeit und Überzeugungskraft verweisen, verstärkt eine prominente Stellung im medialen politischen Kommunikationsprozess einnehmen. Die Vertrauenswürdigkeit internationaler Organisationen ist jedoch vor allem im Kontext moralischer Appelle und konkreter Verantwortungszuschreibungen zu prüfen. In Abhängigkeit vom Umfang, in welchem inter- bzw. transnationale Organisationen als Instanz eines moralischen »Weltgewissens« betrachtet werden, erwächst ihren Aussagen eine normative Autorität, die aus legitimatorischer Perspektive zumindest hinsichtlich ihrer Repräsentativität kritisch hinterfragt werden kann.<sup>184</sup> Darüber hinaus scheint die zunehmende (Quellen-)Abhängigkeit der Medien von trans- bzw. internationalen Organisationen<sup>185</sup> die demokratietheoretisch erforderliche Kontrollfunktion gegenüber weltpolitischen Akteuren bzw. Autoritäten zu konterkarieren.<sup>186</sup> Damit sind, auch wenn nur auf spezifische weltgesellschaftliche Autoritätssphären begrenzt, »[d]ie Stellungnahmen von trans- und internationalen Organisationen im Falle humanitärer Krisen [...] also *weder per se vertrauenswürdig noch kompetent*, die professionelle Skepsis gegenüber diesen Quellen nicht zuletzt aus demokratietheoretischer Sicht essenziell. [Es] müssen noch höhere Ansprüche an die Medien gestellt werden, denn die [...] Organisationen sind nicht nur als »gute Quellen« humanitärer Berichterstattung bedeutsam. Sie sind auch weltpolitisch machtvoll und daher darüber hinaus hochgradig »kontrollbedürftig«, wenngleich eine verstärkte Thematisierung dieses Problemfeldes unter dem Begriff der Rechenschaftspflichtigkeit (accountability) durch einen Teil der global wirkenden Organisationen in Eigeninitiative erfolgt.<sup>187</sup>

Ganz allgemein erscheinen aufgrund der starken Heterogenität und Nonkonvergenz gesellschafts- bzw. akteursspezifischer Eigenperspektiven politische, thematische oder räumliche Muster einer an sich kontextabhängigen »Legitimationsgeographie« als hochwahrscheinlich. Diese kann – je nach Lesart – auch virulente Symptome einer Legitimationskrise im internationalen Raum in sich tragen.

**183** | Vgl. hier auch Ecker-Ehrhardt 2007, v.a. S. 31, 35.

**184** | Vgl. Ecker-Ehrhardt 2009, S. 587, 602.

**185** | Vergleiche zu den v.a. in Kriegs- und Krisensituation offensichtlich werdenden Kapazitätsproblemen der Auslandsberichterstattung (Korrespondenten, Hintergrundwissen) auch die Zusammenfassung gegenwärtiger Trends in der internationalen Berichterstattung in Kap. 3.5.1.

**186** | Vgl. Ecker-Ehrhardt 2009, S. 599.

**187** | Ebd., S. 602, H.i.O.



### 3.3.2. Krise internationaler Legitimität

Die in der Diskussion um das Konzept von Global Governance angeführten kritischen Stimmen verweisen im Ansatz schon auf die von einer Reihe von Autoren geführte Auseinandersetzung um die Existenz und die Formen einer allgemeineren »*international crisis of legitimacy*«. Exemplarisch konstatiert Dahl (1999), wenngleich nicht von einer Krise sprechend, ein aktuell vorherrschendes und demnach auch zukünftig kaum reversibles Demokratiedefizit innerhalb der internationaler Organisationen (organisatorisch, entscheidungsbezogen) und fordert eine explizite Benennung dieser partizipatorisch restringierten Verhältnisse insbesondere vor dem Hintergrund der Notwendigkeit ihrer demokratischen Legitimation.<sup>188</sup>

Mit Reus-Smit (2007) kann eine internationale Legitimitätskrise als der kritische Wende- bzw. Zeitpunkt definiert werden, an dem der nachlassende Legitimationsgrad eines Akteurs oder einer Institution entweder einen Prozess der Adaptation (durch Relegitimierung oder kompensatorische Nutzung materieller Anreize) oder den der Depotenzierung bis zur faktischen Irrelevanz erzwingt.<sup>189</sup> Unabhängig von ihrem zeitlichen Umfang stellen Phasen legitimatorischer Uneindeutigkeit Quellen internationaler Instabilität dar, insbesondere dann, wenn fundamentale Institutionen internationaler Vergesellschaftung betroffen sind – und damit auch Fragen des globalen Friedens und der internationalen Stabilität.<sup>190</sup> Gleichwohl könnte diese Perspektive um die Sichtweise des inhärenten (r)evolutionären Potentials legitimatorischer Umbruchsphasen ergänzt werden, welches sich in der Formierung alternativer Akteur-Struktur-Konstellationen (Staat und Normen) ausdrückt und in der die Betonung des transformatorischen Aspektes bzw. der Interdependenz von Delegitimierung und Relegitimierung überwiegt.<sup>191</sup> Die Auflösung internationaler Legitimationskrisen kann demnach nur durch einen Prozess der Rekalibrierung erfolgen, in dem eine kommunikative Annäherung von institutionsspezifischen Identitäten, Interessen oder Praktiken und den normativen Erwartungen relevanter Akteure der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Sphäre erfolgt.<sup>192</sup> Idealtypisch eröffnet sich somit ein dialogischer

---

**188** | Vgl. Dahl 1999, S. 32.

**189** | Vgl. Reus-Smit 2007, S. 167, 172. »International« wird in diesem Zusammenhang in Konsonanz zum vorgestellten Global Governance Verständnis eingeführt, umfasst damit staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie deren konstituierte Institutionen und politische Ordnungen – dies in nationalen oder transnationalen Kontexten (vgl. ebd., S. 166).

**190** | Vgl. ebd., S. 168, 170.

**191** | Vgl. Hurd 2007, S. 206ff.

**192** | Vgl. Reus-Smit 2007, S. 172.

Raum in dem responsive internationale Institutionen, wie beispielsweise die Vereinten Nationen, erkannte Legitimationsdefizite gegenüber einer globalen Öffentlichkeit glaubwürdig kommunizieren und gleichzeitig eine aktive Zivilgesellschaft, aber auch nationalstaatliche Instanzen, legitimatorisch relevante Strukturprobleme und alternative Lösungsvorschläge wahrnehmbar und nachdrücklich thematisieren. Wenn die Etablierung von Legitimität als öffentlich-diskursives Phänomen zu verstehen ist,<sup>193</sup> dann erhalten in gegenwärtigen (westlichen) Gesellschaftsformationen damit vor allem (globale) Massenmedien in Phasen internationaler Legitimitätskrisen als Konsequenz ihrer Funktion als Thematisierungsmultiplikatoren eine hervorgehobene Bedeutung – dies naheliegend für die Krisendefinition und -formierung, Krisenpotenzierung sowie den medienöffentlichen Prozess legitimatorischer Rekalibrierung.

### 3.3.3. Legitimitätsdiagnosen internationaler Organisationen

Konkretisiert werden kann die Diagnose einer legitimatorischen Krise internationaler Akteure<sup>194</sup> am Beispiel des im multilateralen Weltgefüge als zentral zu betrachtenden UN-Sicherheitsrates. Dieser sieht sich mit Morris und Wheeler (2007) aus zweierlei Perspektiven mit einer Anzweiflung seiner legitimatorischen Basis konfrontiert. Einerseits wird die Unfähigkeit des Sicherheitsrates zur Reglementierung unilateralen Handels durch hegemoniale Machtzentren, wie z.B. den USA, als legitimatorische Unterminierung des Gremiums verstanden, da die ohne Zustimmung der internationalen Gemeinschaft erfolgenden Interventionen humanitärer Art oder der präemptive Einsatz von Gewalt im Sinne eines »new liberal interventionism«<sup>195</sup> die normengeleitete und kollektiv-legitimierte Entscheidung zur Gewaltausübung mit dem Ziel der Sicherung des internationalen Friedens und der globaler Sicherheit konterkarieren (Missbrauch als geopolitisches Machtinstrument). An diesem Punkt knüpft andererseits eine weitere Gruppe von Kritikern an, für die der UN-Sicherheitsrat, als stellvertretendes Symptom der Unfähigkeit des gesamten UN-Sicherheitsregimes, sein legitimatorisches Primat verloren hat und unilaterales Handeln umso notwendiger erscheint. Beide Perspektiven implizieren einen krisensymptomatischen Autoritäts- bzw. Machtverlust für eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen, womit es ins-

---

**193** | Vgl. Reus-Smit 2007, S. 163.

**194** | Besorgt zeigt sich diesbezüglich u.a. Held (2007b, S.245f.), der den zahlreichen Defiziten von Global Governance mit den politischen Konzepten einer »social democratic globalization / human security agenda« bzw. »cosmopolitan democracy« begegnen will.

**195** | Morris und Wheeler 2007, S. 220.

gesamt eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Diskurses zur Wiederherstellung der institutionellen Legitimität bedarf.<sup>196</sup>

Mit Bezug auf die oft geäußerte Kritik an der fehlenden exekutiven Durchsetzungskraft der Vereinten Nationen hält Claude, Jr. (1966) fest, dass die Funktion der *kollektiven Legitimation* als eine der wichtigsten politischen Aktivitäten der Vereinten Nationen betrachtet werden kann, die sie mit Hinblick auf die strukturellen Limitationen (z.B. von Sicherheitsrat und Generalversammlung gemäß UN-Charta) und politischen Möglichkeiten wahrnehmen kann. Damit generieren die UN in einem *verbalen* statt exekutiven Modus internationale politische Akzeptanz oder Missbilligung und dies allein sollte unter gegebenen Umständen als Ausgangsbasis einer fundierten Kritik der institutionellen Performance der UN gelten.<sup>197</sup>

Ein erhöhtes Ausmaß an legitimatorischem Zuspruch ist aber gerade dann unabkömmlich, wenn der UN-Sicherheitsrat mit seinen Entscheidungen, gemessen an der UN-Charter, zunehmend in einer Grauzone internationalen Rechts agiert, indem er quasi-judikative und quasi-legislative Funktionen übernimmt und damit die Grenzen klassischer Gewaltenteilung überschreitet.<sup>198</sup> Gerade dieses Zusammenfallen der Legislativen und Exekutiven kritisiert auch Kreuder-Sonnen (2012), wenn er im Kontext des internationalen Terrorismus eine »entgrenzte Diktatur des Sicherheitsrates«<sup>199</sup> erkennt, die insgesamt einen »globalen Ausnahmezustand à la Carl Schmitt«<sup>200</sup> konstatieren lässt. Dem Ziel eines zunehmend autoritativen und effektiven UN-Sicherheitsrates ist damit vielmehr die Perspektive einer Einhegung gegenwärtiger »diktatorischer Macht«<sup>201</sup> entgegenzusetzen.

Für Mahbubani (2007) erscheint darüber hinaus die disproportionale und damit undemokratische westliche Dominanz innerhalb des Sicherheitsrates bzw. der internationalen Strukturen an sich zunehmend als legitimatorisches Problemfeld.<sup>202</sup> Schon Falk (1998) weist darauf hin, dass eine ausbleibende Erweiterung des UN-Sicherheitsrates den Eindruck verstärkt, dass »the Security Council is an unrepresentative anachronism, reflecting an illegitimate structure of authority that bears the stigmas of being both outdated and Eurocentric«, womit sich die Vereinten Nationen als Gesamt-

**196** | Vgl. ebd., S. 216ff., 225.

**197** | Vgl. Claude, Jr. 1966, S. 372f.

**198** | Vgl. Sato 2001, S. 340f.

**199** | Kreuder-Sonnen 2012, S. 105.

**200** | Ebd., S. 106.

**201** | Ebd., S. 107.

**202** | Vgl. Mahbubani 2007, 55f.

institution mit einer erodierenden Unterstützung und einem schwindenden Vertrauen seitens der Bürger und Medien konfrontiert sehen.<sup>203</sup>

Jedoch insbesondere die Rolle der Medien lässt sich mit Merkel (2012) hinterfragen, wenn diese beispielsweise für Prozesse des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) allenfalls punktuelles öffentlichkeitswirksames Interesse zeigen, ihrer innerjournalistischen Logik folgend oft unreflektiert vorverurteilen und damit das Gericht kaum aus seiner Losgelöstheit, Abgeschiedenheit und Klandestinität herauszulösen vermögen. Gleichauf mit anderen Akteuren erscheinen sie zudem kaum befähigt, noch willens zu sein, den entscheidenden Fragen zu hintergründigen, über die rein juristischen Sachgründe hinausreichenden, hegemonial-politischen Motivkonstellationen nachzugehen, welche die vermeintliche Unabhängigkeit des Strafgerichtshofes – als das elementare Legitimitätskriterium – zweifelhaft erscheinen lassen.<sup>204</sup>

Vergleichbar konstatiert Seabrooke (2007) für den Internationalen Währungsfonds (IMF) eine Legitimitätskrise, die sich als »legitimacy gap« insbesondere in einer Diskrepanz zwischen reklamierter Fairness und Rechtmäßigkeitsansprüchen von Politiken seitens der gestaltenden Akteure (v.a. Kreditoren-Staaten) und der tatsächlichen Legitimitätszusprechung seitens der betroffenen Mitgliedsstaaten (i.d.F. Debitoren bzw. Schuldnerländer) zeigt. Vergleichbares ist sowohl auf institutionell-formaler Ebene der Mitgliedschaftsbeziehungen, der regulatorischen Prozeduren und

**203** | Falk 1998, S. 311; Hurd 2008, S. 208ff., weist darauf hin, dass der in den vorliegenden Reformvorschlägen zur Gestaltung des Sicherheitsrates zumeist implizit unterstellte kausale Zusammenhang zwischen formaler Sicherheitsrat-Mitgliedschaft und institutioneller Legitimation hinterfragt werden muss. Wenngleich der Reformnotwendigkeit zugestimmt wird, wird eine direkte Verknüpfung der formalen Ausweitung des Sicherheitsrates mit positiven Legitimitätseffekten kritisch betrachtet und im Hinblick auf die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten und das Niveau der Deliberationsprozesse verworfen.

**204** | vgl. Merkel 2012, S. 7f. Merkel nimmt mit seinen Einschätzungen Bezug auf den Prozess gegen den ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, dessen Arbeit er kritisch vor dem Hintergrund US-amerikanischer Partikularinteressen (afrikaspezifische Außenpolitik, »American Service Invasion Act«, Paradox der institutionellen Förderung bei paralleler Nicht-Ratifizierung) und der afrikanischen Zeitgeschichte reflektiert (die fünfzehn Prozesse und Anklagen des IStGH, ausgenommen der Sondertribunale in Ruanda und Jugoslawien, richten sich ausnahmslos gegen Individuen auf dem afrikanischen Kontinent). Auch Benvenuto (2013, S. 5) unterstreicht die Virulenz dieses Spannungsverhältnisses zwischen den Sphären der Politik und Rechtsprechung und betont zudem die Gefahren eines überhöhten institutionellen Symbolismus, wenn unerfüllte Erwartungen einen legitimatorisch negativ konnotierten Langzeiteffekt begünstigen.

Entscheidungsprozesse als auch auf programmatischer Implementierungsebene und den dort zu beobachtenden wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen erkennbar. Legitimationsdefizite werden damit vor allem in der aktuellen Ausgestaltung des Stimmrechtssystems (dem tendenziellen Bias zugunsten der westlichen Industrienationen), der globalen Standardverfahrensweise bzw. Universalkonzeption politisch-ökonomischer Reformkonzepte sowie in der Tendenz ausbleibender Implementierungserfolge bzw. Programmfehlschläge gesehen.<sup>205</sup> Interessant bleibt in diesem Zusammenhang die von Seabrooke geäußerte Kritik an einer Ausweitung öffentlichkeits- bzw. zivilgesellschaftsinkludierender Strategien als mögliche legitimationskompensatorische Ansätze. In diesen erkennt er ein kapazitäten- und autorisationsüberschreitendes Handeln des Währungsfonds und möchte den Reformfokus primär auf die deliberativen Qualitäten zwischen den zuvorderst souveränen Staaten bzw. den unterschiedlichen Mitgliedergruppierungen (Geber- oder Empfängerländern) gerichtet sehen.<sup>206</sup>

Auch Keohane und Nye, Jr. (2002 [2001]) beobachten am Beispiel der Welt handelsorganisation (WTO) wie sich das »club model of multilateral cooperation« durch die verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Inkludierungsansprüche der Entwicklungs- und Schwellenländer, die Proliferation nicht-staatlicher Akteure sowie durch die globale Verbreitung demokratischer Normen zunehmend der Kritik demokratischer Defizite ausgesetzt sieht. Dieser Kritik sollte, so die Autoren, mit einer Ausweitung der Transparenz in Verhandlungs- und Schlichtungsprozessen, erweiterten Partizipationsmöglichkeiten (i.d.F. durch Beobachter und Presse, jedoch keiner direkten Öffentlichkeit) und insbesondere durch vermittelnde Politiker, die als legitimatorische Promotoren und responsive Instanzen zwischen globalen Institutionen und der Zivilgesellschaft wirken, begegnet werden.<sup>207</sup>

Ähnlich kritisch argumentiert Eckersley (2007) bezüglich der legitimatorischen Basis des Kyoto-Protokolls, dessen Legitimität als globales Umweltregime insbesondere von der Anzahl der sich den Umweltzielen verpflichtet fühlenden Ländern abhängt, jedoch gegenwärtig von mächtigen, unilateral agierenden Staaten (hier v.a. die USA) unterminiert wird. Vor allem das Festhalten an Normen des traditionellen Multilateralismus (Unteilbarkeits-, Gleichheits-, und Reziprozitätsprinzipien) verhindert die Etablierung eines komplexen Multilateralismus, der dem hohen Heterogenitätsgrad unter den Staaten bzw. deren unterschiedlichen Grad an Betroffenheit, institutio-

**205** | Vgl. Seabrooke 2007, S. 252f., 255, 258.

**206** | Vgl. ebd., S. 263ff.

**207** | Vgl. Keohane und Nye, Jr. 2002 [2001], S. 223ff., 229ff.

nellen Fähigkeiten und tatsächlicher Verantwortlichkeit gerecht wird und der Erosion globaler Legitimationsquellen (internationaler Umweltpolitik) entgegenwirkt.<sup>208</sup>

Aus einer globalisierungsbejahenden Perspektive heraus konstatiert Junne (2001) eine besondere Bedeutung der vermehrten Formierung informeller Netzwerke, die als flexible Alternativstrukturen ein wesentlich höheres Marginalisierungsrisiko für die internationalen Organisationen darstellen, als dies die »klassischen« Kritikfelder fehlender globaler Handlungsfähigkeit und bürokratiebedingter Ineffektivität tun.<sup>209</sup> Bezüglich der Legitimität dieser in komplexen Global Governance Konstellationen häufig informell bzw. wenig formalisiert agierenden Organisationen, Gruppierungen und Vereinbarungen stellen Nonhoff u. a. (2009) für die G8 fest, dass »ein bemerkenswerter Politisierungs- und Deligitimierungsprozess in der Sphäre internationaler Politik« zu beobachten ist.<sup>210</sup> Entsprechend ihrer These sind es weniger die inter- oder supranationalen Institutionen, die sich einem kontinuierlichen und verstärkten Legitimationsdruck ausgesetzt sehen, sondern vielmehr die klassischen Formen des intergouvernementalen Regierens, wie die der »Gruppe der Acht Staats- und Regierungschefs« (G8), die sich mit einer kritischen Öffentlichkeit konfrontiert sehen – womit insgesamt mediendiskursive Legitimitätsascriptionen im internationalen Raum ungleich verteilt bleiben.<sup>211</sup> Wenngleich die G8 im Mediendiskurs nicht als a-legitime Institution betrachtet werden (es sind umfangreiche positive bzw. negative Legitimitätsäußerungen beobachtbar), so ist doch bei einem zunehmenden Trend der allgemeinen Medienaufmerksamkeit bzw. Legitimationskommunikation für die G8 ein länderübergreifendes konstant hohes Delegitimitätsniveau im öffentlichen Diskurs erkennbar.<sup>212</sup>

Im empirischen Teil dieser Arbeit werden die Legitimationsascriptionen der UN-Medienberichterstattung für die Akteure und Institutionen des UN-Systems analysiert, anschließend im breiteren Zusammenhang anderer vorliegender Studien und Meinungserhebungen zur legitimatorischen Anerkennung der Vereinten Nationen diskutiert und zudem soll versucht werden, Rückschlüsse für das Global Governance Konzept zu ziehen (vgl. Kap. 4.3.7).

**208** | Vgl. Eckersley 2007, S. 321.

**209** | Vgl. Junne 2001, S. 218f.

**210** | Nonhoff u. a. 2009, S. 238. Für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Bedeutung, den Vorteilen und Limitationen von *informellen* Vereinbarungen in den internationalen Beziehungen vgl. Lipson 1991, S. 500f.

**211** | Vgl. Nonhoff u. a. 2009, S. 239.

**212** | Vgl. ebd., S. 249f., 252f.

### 3.4. KONZEPT, STRUKTUREN UND EVALUATIONSDIMENSIONEN GLOBALER ÖFFENTLICHKEITEN

Die Vorstellungen über die Ausgestaltung der theoretisch-konzeptionellen Grundzüge von globaler Öffentlichkeit, die damit verbundenen funktionellen und normativen Ansprüche sowie die Einschätzungen zum gegenwärtigen Entwicklungsstand unterliegen in den öffentlichkeitstheoretischen Debatten einigen Kontroversen. Zunächst sollen somit die konstitutiven Aspekte des dieser Studie zugrunde liegenden deliberativen Öffentlichkeitsverständnisses herausgearbeitet werden (Kap. 3.4.1). Vor dem Hintergrund der Entfaltung legitimierter kommunikativer Macht (Kap. 3.4.2) erfolgt dann die Beschreibung idealtypischer gesellschaftlicher Kommunikationsbeziehungen (Kap. 3.4.2.1) sowie die Problematisierung thematischer Auslassungen (Kap. 3.4.2.2) im Kontext öffentlicher bzw. massenmedial vermittelter Deliberations- bzw. Politikprozesse. Nachfolgend sollen einige wesentliche Argumentationslinien vorgestellt werden, die sich kritisch mit dem deliberativen Paradigma auseinandersetzen und in der späteren Diskussion der Untersuchungsergebnisse wiederum aufgegriffen werden (Kap. 3.4.3). Globale Öffentlichkeiten sollen entsprechend dem hiesigen Grundverständnis zudem in ihrer historischen Spezifität und hinsichtlich ihrer Verflechtungen betrachtet werden und konzeptionell um den Begriff des »Entanglement« erweitert werden (Kap. 3.4.4). Das Kapitel wird mit der Darstellung verschiedener Dimensionen zur Evaluation transnationaler bzw. globaler Öffentlichkeiten (Kap. 3.4.5) vervollständigt.

#### 3.4.1. Deliberation als normatives Konzept von Öffentlichkeit

Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen zur Existenz einer globalen Weltöffentlichkeit sind einerseits die deliberationsinspirierten Überlegungen von Jürgen Habermas, für die als basal-normativer Fokuspunkt das Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft prägend ist, sowie andererseits die weiterführenden deliberationstheoretischen Spezifikationen von Gutmann und Thompson, welche die alleinige Verfahrensfixierung vieler Deliberationskonzeptionen durch ergänzende Prinzipien aufzulösen suchen. Folgt man Habermas, so ist für gesellschaftliche Analysen die Diskrepanz zwischen dem Status quo der politischen Realität und dem angestrebten Ideal kein Grund, normative Theorieentwürfe zu verwerfen, da die Potentiale für zukünftige

Entwicklungen immer auch schon als Elemente der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellation aufzufinden sind.<sup>213</sup>

Unter dieser, wenngleich diskutablen, Prämisse erfolgen nun auch die Untersuchungen zur Existenz oder Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit, wobei der Begriff nicht nur die Intention der alleinigen Beschreibung von Kommunikationsflüssen in sich trägt, sondern seine Bedeutung insbesondere im Kontext einer normativen politischen Theorie der Demokratie erhält.<sup>214</sup> Damit bleibt die Frage bestehen, ob und in welchem Ausmaß eine primär durch Massenmedien dominierte Öffentlichkeit es den Mitgliedern der Zivilgesellschaft in ihrem Spannungsverhältnis zur politischen und ökonomischen (Medien-)Macht erlaubt, Veränderungen in Werteinstellungen, Themensetzungen und Argumentationslinien herbeizuführen, diese in den medial-gesellschaftlichen Diskurs einzubinden und kritisch abzuwägen.<sup>215</sup> Diese Fragestellung erhält einen potenzierten Charakter wenn man sie im Umfeld einer noch zu hinterfragenden Globalisierung der Massenmedien bzw. Transnationalisierung von Öffentlichkeiten stellt, die sich ihrerseits mit einer exponentiellen Proliferation komplexer Global Governance Konstellationen konfrontiert sehen.

Das theoretische Fundament der Habermasschen Konzeption von »politischer Öffentlichkeit«<sup>216</sup> im Kontext des normativen demokratietheoretischen Paradigmas der politischen *Deliberation*<sup>217</sup> soll nachfolgend rekonstruiert werden.<sup>218</sup>

**213** | Vgl. Habermas 2006, S. 412; auch Gutmann und Thompson 2004, S. 37; vergleichbar ebenfalls Peters 2007[1994], S. 67f. Dieser betrachtet Öffentlichkeit im normativen Sinn als variables Element der Realität und betont in empirischer Sicht den heuristischen Charakter von normativen Modellen.

**214** | Vgl. Fraser 2007, S. 7; vgl. Fraser 1992, S. 111.

**215** | Vgl. Habermas 1992b, S. 455.

**216** | Vgl. Habermas 1990, S. 38.

**217** | Für die 1990er Jahre konstatiert Mansbridge (1990) eine »minirevolt« (ebd., S. 19) bzw. erkennbare Revidierungsanstrengungen gegenüber dem in den Politikwissenschaften und der Philosophie omnipräsenten Paradigma des »Eigeninteresses« und den darauf aufbauenden Rational-Choice-Modellen zugunsten der schon vor dem zweiten Weltkrieg einflussreichen deliberativ-normativen Perspektive. Chambers (2003) verweist auf eine Reihe von Diskussionsfelder und Disziplinen in denen die Theorie deliberativer Demokratie zunehmend an Relevanz gewinnt (z.B. Öffentliches Recht und Politik, Internationale Beziehungen oder Identity/Diversity Studien). Dagegen kritisiert Geuss (2011) vehement die nahezu alternativlose Dominanz des deliberationstheoretischen Ansatzes.

**218** | Im Vordergrund nachfolgender Ausführungen stehen die *normativen* Imperative deliberativer Öffentlichkeiten, welche hier im Kontext globaler bzw. sich ggf. transnationalisierender



J. Cohen (1997 [1989]), auf den Habermas rekurriert, benennt elementare Bedingungen einer »ideal deliberative procedure«, denen gesellschaftliche Deliberation idealtypisch genügen sollte und die als modellhaft für eine Implementierung entsprechender Strukturen in demokratische Institutionen gelten können:<sup>219</sup>

*Freiheit:* Deliberative Prozesse sind durch die Abwesenheit externer Restriktionen charakterisiert. Die Sprecher agieren insofern in Souveränität, als dass sie sich ausschließlich den argumentativen Verfahrensregeln und ihren Deliberationsresultaten unterwerfen.

*Rationale Argumentation:* Als für die politische Diskussion obligatorisch wird die logisch-rationalisierende Form der Argumentation angesehen, wobei der eigentliche Prozess der Deliberation in seiner Unde-

Öffentlichkeiten diskutiert werden sollen. Diese Fokussierung impliziert die Trennung von normativen Anforderungen und der von Habermas (1965) explizit vorgenommenen Verortung des idealisierten Konstruktes »bürgerlicher Öffentlichkeit« in einem europäischen gesellschaftshistorischen Kontext bürgerlicher Gesellschaft und öffentlicher Meinungsbildung. Fraser (1992) kritisiert diese Konzeption von Öffentlichkeit, wenn sie eine »post-bourgeoise« Konzeption dieser einfordert, um faktischen (historischen) Exklusions- und Konfliktmechanismen Rechnung zu tragen. Kritik geübt wird somit u.a. an der Vernachlässigung der grundlegend notwendigen Eliminierung gesellschaftlicher Ungleichheit (Klassen, Gender- und Rassendiskriminierung) als Voraussetzung öffentlichkeitsbasierter politischer Demokratie. Zudem betont sie die konzeptionelle Zwangsläufigkeit der Multiplizität von Öffentlichkeit in Form von konkurrierenden, mit der bürgerlichen Öffentlichkeit konfligierenden, alternativen subalternen Gegenöffentlichkeiten in egalitären, multikulturellen Gesellschaften (vgl. ebd., S. 118ff., 121ff.). Von Schudson (1992, S. 160f.) wird, in analoger Anwendung des Habermasschen Modells, die Idee einer rational-kritischen Öffentlichkeit in der frühen US-Geschichte verworfen. Zudem warnt er grundsätzlich vor einer Idealisierung historischer Öffentlichkeitsformationen. Gestrich (2006) kritisiert und relativiert eben aus solch einer historischen Sicht die von Habermas konstatierten Bedingungsfaktoren und Entwicklungslinien der Genese und Degeneration der konstatierten bürgerlichen Öffentlichkeit. Habermas (1990, S. 15ff.) revidiert bzw. modifiziert jedoch eine Reihe von ursprünglich getroffenen Annahmen, wenn er die Pluralität kompetitiver Öffentlichkeiten, faktische Exklusionstendenzen aufgrund von Geschlechtergrenzziehungen u.ä. oder aber die Kritik an der Unilinearität seiner Entwicklungsprognosen in seine Neubewertungen einbezieht.

**219** | Vgl. im Original J. Cohen 1997 [1989], S. 74f., bzw. hier auch in Anlehnung an den Wortlaut Habermas 1992a, S. 370f. Die obigen Aspekte spiegeln weitestgehend die Überlegungen von Habermas 1984, S. 177f., zum Konzept der *idealen Sprechsituation* wider.

terminiertheit möglichen Erwartungen antizipierter Interessenskonstellationen übergeordnet bzw. unabhängig davon sein sollte. Allein ausschlaggebend für die Kritik oder Akklamation eines Vorschlages ist nicht eine akteursspezifische Machtposition, sondern allein der »zwanglose Zwang des besseren Argumentes«<sup>220</sup> im Austausch von Informationen und Begründungen. Dieses kann im Idealfall zu einer Revision der bis dato maßgeblichen eigenen Präferenzen und Überzeugungen führen.

*Egalität:* Deliberative Verfahren zeichnen sich durch ihre formale Inklusivität und Öffentlichkeit aus, die jedem Akteur eine äquivalente Stimmengewichtung (Irrelevanz gegebener Macht- und Ressourcenallokationen) sowie Zugangs- und Partizipationsmöglichkeiten zu jedem Zeitpunkt des Prozesses garantieren.<sup>221</sup>

*Konsensus:* Das Erreichen eines rational motivierten Konsenses wird unter umfassender Berücksichtigung existierender Alternativen angestrebt, wobei im Falle der Unmöglichkeit eines umfänglichen Einvernehmens oder aufgrund anderer Entscheidungszwänge (z.B. elementare Dringlichkeit) das Majoritätsprinzip Anwendung findet. Begründet durch die grundsätzliche deliberative Ausgestaltung der kollektiven Entscheidungsfindung kann das Mehrheitsprinzip, selbst bei erkennbarer Fallibilität und damit notwendiger Revidierung, zumindest temporär als Basis gesellschaftlicher Konventionen fungieren.

Als Implikationen dieser Bedingungsfaktoren idealer Deliberationsverfahren diskutiert Cohen weiterführende Aspekte gesamtgesellschaftlicher Relevanz, an die sich Habermas zur Spezifizierung des politischen Charakters von deliberativen Konsultationen anlehnt und welche nun benannt werden sollen:

*Ubiquität:* Hiermit wird die angestrebte umfassende Präsenz normativer deliberativer Mechanismen für Themenbezüge jeglicher Art beschrieben, bei denen bisherige institutionalisierte Grenzziehungen pri-

---

**220** | Habermas 1992a, S. 370.

**221** | Abweichend hier die überdenkenswerte Perspektive von Shapiro (2003, S. 43f.) in Anlehnung an Hirschman (1970), die die Variabilität des Stimmengewichts bei Entscheidungen in Abhängigkeit von den jeweiligen akteursspezifischen Ausstiegskosten betont, um die Effektivität der Stimmen derjenigen Betroffenen, die sich resultierenden Konsequenzen nicht entziehen können, positiv zu beeinflussen.

vater und öffentlicher Natur grundsätzlich zur Disposition stehen – dies mit dem Ziel gesamtgesellschaftlichen Fortschritts.<sup>222</sup>

*Allgemeinwohl:* Im Fokus einer am Allgemeinwohl (*common good*) orientierten öffentlichen Debatte stehen globale oder innergesellschaftliche Wohlstandsdisparitäten, die ihrerseits direkte Konsequenzen für das partizipatorische und kommunikative Egalitätsprimat in deliberativer Prozesse besitzen. Allein durch Praxis der deliberativen Argumentation werden motivationale Momente bei den agierenden Akteuren vermutet, die sich sowohl in der Akzeptanz der deliberativen Rechtfertigung an sich als auch in der Qualität ihrer argumentativen Beiträge niederschlagen und ergo einen positiven Effekt zugunsten des allgemeinen Wohlergehens erzielen.<sup>223</sup>

Diese für die Legitimitätsgenerierung grundsätzlichen Prinzipien öffentlicher Deliberation können in ihrer Anwendung durchaus missinterpretiert, falsch verwendet oder in beabsichtigter Weise missbraucht bzw. manipuliert werden. Darüber hinaus bleiben die Deliberationsresultate und die eigentliche Argumentationsqualität unbestimmt und ihrerseits offen für notwendige Selbstreflexionen.<sup>224</sup>

Das übergeordnete Ziel deliberativ-demokratischer Prozesse kann demnach mit der Konsolidierung von politischem Dissens umschrieben werden, worunter Zielspekte wie die Legitimierung kollektiver Entscheidungen und Meinungen, die Anregung einer Partikularinteressen überwindenden Perspektive auf gesamtgesellschaftliche Problemstellungen, die Verankerung von gegenseitigem Respekt geprägten Entscheidungsprozessen sowie die potentielle Reformulierung oder Revidierung fehlerbehafteter kollektiv getroffener Entscheidungen subsumiert werden können.<sup>225</sup>

Insbesondere der Aspekt der dynamischen Konzeption politischer Rechtfertigung, damit die theorieinhärente politische und moralische Vorläufigkeit und Korrekturmöglichkeit auf inhaltlicher Entscheidungsebene sowie prinzipienrelevanter Metaebene, wird durch Gutmann und Thompson (2004) hervorgehoben. Die innerhalb ihrer Theorie deliberativer Demokratie genannten »prozeduralen« Prinzipien werden durch zusätzliche, als essentiell zu betrachtende »substantielle« Prinzipien ergänzt.

<sup>222</sup> | Vgl. J. Cohen 1997 [1989], S. 80; sowie Habermas 1992a, S. 371.

<sup>223</sup> | Vgl. J. Cohen 1997 [1989], S. 75ff., 80; sowie – wenn auch weniger deutlich herausgearbeitet – Habermas 1992a, S. 371.

<sup>224</sup> | Vgl. Benhabib 1996, S. 72.

<sup>225</sup> | Vgl. Gutmann und Thompson 2004, S. 10ff.; vgl. zum Aspekt der zeit- bzw. kontextabhängigen Revision von Mehrheitsentscheidungen auch Benhabib 1996, S. 72.

Letztgenannte Spezifizierung erfolgt in Abgrenzung zu einer rein prozessorientierten Auslegung der deliberativen Perspektive in der Lesart Habermas' als »pure proceduralist«<sup>226</sup> und soll die Modalitäten einer möglichst fairen politischen Kooperation in bzw. unter (demokratischen) Gesellschaften konzipieren.<sup>227</sup> Als normative Maßstäbe der Bedingungen von Deliberation gelten, vergleichbar der rein prozeduralen Perspektive, somit Prinzipien wie:<sup>228</sup>

*Reciprocity*: Gegenseitigkeit wird als das Grundelement deliberativer Theorie und als Ausgangspunkt nachfolgend abgeleiteter Prinzipien konzipiert. Gegenseitig *akzeptable* Begründungen (nicht zwangsläufig beidseitig vorteilhaft oder universell gerechtfertigt) werden auf Basis intrinsischer Rechtfertigungsmotive (keinesfalls Eigeninteresse oder Altruismus) im Prozess der Deliberation in einen Konsens oder Dissens überführt.<sup>229</sup>

**226** | Gutmann und Thompson 2004, S. 95 bzw. Anmerkung 1, S. 199.

**227** | Vgl. Gutmann und Thompson 2004, S. 111ff., 116ff. Vergleiche auch das strukturelle Argument von Fraser 1992, S. 118ff., die konstatiert, dass gesellschaftliche Ungleichheiten in unmittelbarem Zusammenhang mit faktischen Disparitäten in der öffentlichen Sphäre stehen, gesellschaftliche Egalität bzw. die Eliminierung gesellschaftlicher Ungleichheit damit als Voraussetzung einer kritischen (deliberativen) Öffentlichkeit gelten kann.; vgl. ebenfalls Fraser 1996, S. 79f. Im Problembewusstsein ähnlich argumentiert auch Bohman 1997, wenn er sich dem normativen »ideal of equal effective social freedom« mittels eines in Anlehnung an Amartya Sen formulierten »capability approach« (Befähigungsansatz) anzunähern versucht und nicht nur die gleichen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme aller Bürger sicherstellen, sondern die rein prozedurale deliberative Perspektive um die Sicherstellung der Fähigkeit der effektiven Nutzung dieser Möglichkeiten erweitert sehen will.

**228** | Vgl. Gutmann und Thompson 2004, S. 133ff.

**229** | Vgl. Gutmann und Thompson 1996, S. 53. Einschränkend beobachtet Habermas 2006, S. 414f., jedoch auch, dass der dominierende Teil medienvermittelter politischer Kommunikation in zeitgenössischen westlichen Gesellschaften nicht den idealtypischen Ansprüchen von Deliberation genügt – es an Reziprozität zwischen Sprecher und Adressaten im egalitären Argumenten- bzw. Meinungsaustausch fehlt. Unabhängig davon betont er jedoch die grundsätzliche Anwendbarkeit des deliberativen Politikmodells, wenn er mit Bezug auf andere Kommunikationsebenen und -arenen schreibt: »Mediated political communication need not fit the pattern of fully fledged deliberation«.

*Publicity*: Gefordert wird eine weitestgehende Öffentlichkeit der Argumentationslinien und Begründungskontexte bei zeitgleicher Akzeptanz potentieller Gründe der Geheimhaltung.<sup>230</sup>

*Accountability*: Hiermit ist die Rechenschaftspflicht bezüglich bzw. Zurechenbarkeit von Akteursentscheidungen gemeint, dies gegenüber den durch Entscheidungen gebundenen Akteuren und denjenigen, die von Entscheidungen, Gesetzen und Politiken signifikant betroffenen sind.<sup>231</sup>

Als komplementäre substantielle Prinzipien, die als Schlüsselbausteine von (globaler) Deliberation fungieren, werden somit verstanden:<sup>232</sup>

*Basic Liberty*: Dieses Prinzip beschreibt Grundfreiheiten wie die Rede-, Religions- und Gewissensfreiheit sowie die universale Rechtsgleichheit.

*Basic Opportunity*: Hierunter werden Aspekte wie die institutionelle und politische Absicherung elementarer Lebensgrundlagen (u.a. Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Arbeit und Einkommen) verstanden.<sup>233</sup>

*Fair Opportunity*: Dieses Prinzip umfasst die über die existentiellen Notwendigkeiten hinausreichende gerechte bzw. nicht-diskriminierende Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen.<sup>234</sup>

Insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Verflechtungen zwischen der intra- und internationaler Sphäre bzw. aufgrund der Erodierung dieser klaren Distinktion unterstreichen Gutmann und Thompson (2004) die Notwendigkeit einer grenznegierenden Konzeption von Deliberation, die trotz der dann gegebenen Multiplizität gesellschaftlicher Interessenskonstellationen sowohl in nationalen als auch internationalen Foren die Etablierung deliberativer Prinzipien anvisiert.<sup>235</sup> Mit Dryzek (1999)

**230** | Vgl. Gutmann und Thompson 1996, S. 97ff., 101f.

**231** | Vgl. ebd., S. 129.

**232** | Vgl. Gutmann und Thompson 2004, S. 136ff.

**233** | Vgl. Gutmann und Thompson 1996, S. 217.

**234** | Vgl. Gutmann und Thompson 1996, S. 310f.; Alternativ fasst Young 1999, S. 155, letztere Prinzipien unter dem Begriff der Gerechtigkeit zusammen und betont unter dem Aspekt der Inklusion ein weiteres, in der Habermasschen Konzeption schon angeklungenes Prinzip, welches sie als elementar begreift, da » [...] a deliberative procedure is legitimate only if all interests, opinions, and perspectives present in the polity are included in the deliberations [...]«.

**235** | Vgl. hierzu auch Thompson 1999, S. 120ff.

sind speziell Kommunikation und Deliberation als demokratietheoretische Kernelemente die Voraussetzungen eines Interaktionsmodus, welcher den Anforderungen fluider politischer Grenzziehungen gerecht wird und grenzüberschreitende Verständigung und Stipulationen initiiert.<sup>236</sup> Den jeweiligen (inter-)nationalen Foren obliegt es nunmehr, die Bürger und politischen Entscheidungsträger über die Ansprüche und Forderungen der durch die Konsequenzen des politischen Handelns signifikant Betroffenen zu informieren. Dem vorgeschlagenen Reziprozitätsdiktum wird nur dann Rechnung getragen, wenn sich hier einer Perspektivenkongruenz zwischen den Bürgern einer verfassten Gesellschaft (electoral constituents) und den substantiell Betroffenen, oft global-dispersen Nicht-Bürgern (moral constituents), angenähert wird, was mit der Formel »deliberative democracy should promote the globalization of deliberation« pointiert reduziert werden kann.<sup>237</sup> Für Martinsen (2009) besitzt das Konzept deliberativer Demokratie im Vergleich zum liberalen Paradigma<sup>238</sup> eine höhere Sensibilität gegenüber transformatorischen Aspekten gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse und scheint zudem auf eine »stärkere Affinität zur Herausbildung von netzbasierten Formen politischer Öffentlichkeit« sowie auf eine größere Offenheit gegenüber »grenzüberschreitenden Kommunikationsprozessen in der Weltgesell-

**236** | Vgl. Dryzek 1999, S. 44.

**237** | Gutmann und Thompson 2004, S. 39, vgl. S. 36-39. Nach Gutmann und Thompson beschränken sich viele Vertreter deliberativer Konzeptionen auf den nationalen Rahmen, da sie die Meinungs- und Interessensheterogenität der internationalen Sphäre für die Generierung eines Konsens als abträglich erachten, die Bindungs- und Wirkkraft der rechtlichen Strukturen und internationalen Institutionen als zu gering einschätzen und zudem dem steuerzahlenden Bürger eine hervorgehobene Rechtfertigungspflicht seitens der jeweiligen Repräsentanten zugestehen. Kritisch zu den Möglichkeiten der Umsetzung einer tatsächlich globalen Deliberation aller Betroffenen äußert sich Shapiro 2011, S. 270. Diese grundlegenden praktischen Restriktionen erkennt auch Benhabib 1996, S. 73f. bzw. 87, hier zunächst ohne direkte Bezugnahme zum globalen Niveau, an und betont – vergleichbar zu Habermas – nicht die Notwendigkeit eines allumfassenden deliberativen Forums, sondern vielmehr die Institutionalisierung von netzwerkartigen Verknüpfungen *zwischen* den diversen Öffentlichkeiten.

**238** | Das liberale Paradigma erscheint mit Martinsen (2009, S. 61) in seiner Betonung der »Institutionenfixiertheit repräsentativer Demokratien und der gesellschaftlichen Beharrungskraft systemischer Imperative« hinter aktuellen Entwicklungen zurückzubleiben und das primär nationalstaatliche Repräsentationsprinzip allenfalls zögernd anzupassen. Habermas (2007, S. 435) warnt jedoch in selbstkritischer Weise davor, Demokratisierungsanstrengungen oberhalb des Nationalstaates primär in Favorisierung von Deliberation und Öffentlichkeit zu betreiben, da inklusive demokratische Teilhaberechte wie das Wahlrecht von ebenbürtiger Bedeutung sind.

schaft«<sup>239</sup> zu verweisen.<sup>240</sup> Zeitgleich geht auch Dryzek (2006) davon aus, dass die kommunikationstechnologisch induzierte Globalisierung die Möglichkeiten deliberativer Aushandlungsprozesse in Governance-Netzwerken verbessert haben und eine »deliberative globalization« als Basis möglicher Alternativkonzepte zum Status quo von Globalbeziehungen fungieren könnte.<sup>241</sup> Unisono unterstreicht auch Crack (2008) das grundsätzliche Potential deliberativer Überlegungen für einen extraterritorialen Raum sich überlappenden transnationaler Öffentlichkeiten zur Bearbeitung von Problemstellungen der internationalen Beziehungen oder Global Governance, auch wenn sie die gegenwärtige Existenz dieser deutlich kritisch beurteilt.<sup>242</sup>

Prinzipiell sieht sich die konkrete Ausgestaltung und die theoretische Konzeption deliberativer Demokratie nebst der elementaren Öffentlichkeit *idealtypisch* stets mit der ihr inhärenten Vorläufigkeit und der konstanten Herausforderung der ihr konstitutiven Prinzipien konfrontiert.<sup>243</sup> Dies vergleichbar mit einem Modus permanenter Eigenreflexion vor allem im Zusammenhang mit gegenwärtigen Globalisierungsnotwendigkeiten.

---

**239** | Vgl. Martinsen 2009, S. 61.

**240** | Wenngleich Klaus (2006, S. 103) die Bedeutung des normativen Fundamentes der Habermasschen Überlegungen insbesondere auch für sich transnationalisierende symbolisch-mediale Räume betont, kritisiert sie jedoch aus akteurszentrierter Perspektive die alleinige Übertragung des Konzeptes des wertfreien, rational argumentierenden Öffentlichkeitsdiskurses nationaler Couleur auf eine darüberliegende Ebene. Diese erfolgt demnach ohne die notwendige Reflexion der tatsächlichen räumlichen Grenzziehungen des Diskursraumes, deren Zustandekommen und Definitionsinstanz bzw. ohne die Erörterung von Fragen des Inklusionsanspruches (Wer darf sprechen?) oder der (Nicht-)Sichtbarkeit von Artikulationen (Wer erfährt Resonanz?).

**241** | Vgl. Dryzek 2006, S. 103f.

**242** | Vgl. Crack 2008, S. 65f., 64, 186, 193.

**243** | Vgl. Gutmann und Thompson 2004, S. 138.

### 3.4.2. Öffentlichkeit und die Entfaltung kommunikativer Macht

#### 3.4.2.1. Kritische Öffentlichkeit und responsive Kommunikationsflüsse

In der klassischen Definition lässt sich unter Öffentlichkeit bzw. einer »public sphere« ein Bereich des sozialen Lebens verstehen, in dem eine sich herauskristallisierende öffentliche Meinung in möglichst responsiven gesellschaftlichen Kommunikationsflüssen Gestalt annehmen kann.<sup>244</sup> In Öffentlichkeiten großen Ausmaßes erfordert die oben beschriebene Form der Kommunikation spezifische Einrichtungen zur Informationsübertragung und Resonanzerzeugung auf Seiten des Publikums (je nach Intention ggf. auch Formen zur Beeinflussung und Manipulation). Diese Aufgaben werden in heutigen Öffentlichkeitsformationen durch massenmedial-kulturelle Artefakte wie Zeitungen, Magazine, Rundfunk, Fernsehen oder neuere Kommunikationstechnologien (Internet, Mobilkommunikation bzw. technisch-medial konvergente Innovationen) wahrgenommen.

Mit Habermas (1974 (1964)) gewinnt die emergierende *öffentliche Meinung* ihre Bedeutung insbesondere durch ihre Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber den herrschenden (staatlichen) Strukturen. Diese kann per Definition jedoch nur unter der Voraussetzung eines partizipativ rasonierenden Publikums hervortreten und ist idealtypisch zudem von der reinen Meinung, die als kulturelle Annahme, normative Attitüde bzw. kollektives Vorurteil oder Wertvorstellung verstanden werden kann, abzugrenzen. Öffentlichkeit als vermittelnde Sphäre zwischen Gesellschaft und Staat, in der sich das Publikum als Träger der öffentlichen Meinung selbstorganisiert, ist ihrer Intention nach kritisch gegenüber der Ausübung politischer Macht, bedarf aber parallel einer institutionellen Absicherung, um den anspruchsvollen Konstitutionsprinzipien wie der freien Zugänglichkeit und Teilnahme und einem repressionsentledigten Meinungsaustausch zu entsprechen sowie eine daraus kommunikativ begründete demokratische Legitimation zu ermöglichen.<sup>245</sup> Fraser (1992) bezeichnet Öffentlichkeiten, deren deliberative Praxis vor allem in der Meinungsformierung liegt, nicht im tatsächlichen Treffen von bindenden Entscheidungen, als »weak publics«. Die, gegebenenfalls diskutable, Trennung von Staat und Zivilgesellschaft in der Habermasschen Konzeption wird dann spezifiziert, wenn dieser Form von Öffentlichkeit die als »strong publics« deklarierten Öffentlichkeiten, wie beispielsweise Parlamente

<sup>244</sup> | Peters (2007[1994], S. 58) spricht bei normativ anspruchsvollen Konzeptionen von »Öffentlichkeit im emphatischen Sinn«.

<sup>245</sup> | Vgl. Habermas 1974 (1964), S. 49f.



u.ä. entgegengesetzt werden – und damit Diskursräume öffentlicher Meinungsbildung *und* konkreter Entscheidungsfällung.<sup>246</sup> Entscheidend ist mit Niesen (2007) in Rekurs auf Habermas jedoch die Verknüpfung beider Sphären, damit die Verflechtung formalisierter politischer Koordination und anarchischer Kommunikationsflüsse der politischen Öffentlichkeit, wobei die subversiven Aspekte der kommunikativen Freiheit ein »genuin anarchisches Moment der Diskurstheorie« begründen, welches innerhalb, nicht anstelle, der etablierten institutionellen Rahmen Autoritätsverhältnisse kritisch herausfordert – dies innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens, aber auch in Governance-Strukturen jenseits des Staates.<sup>247</sup>

Grundsätzlich geschieht die Verortung von Öffentlichkeit im Kontext eines umfassenden demokratischen politischen Systems. Habermas nimmt mit seinen Überlegungen zur strukturellen Charakteristik dieses politischen Systems direkten Bezug auf die Arbeiten von Peters (1993).<sup>248</sup> Dieser Konzeption nach lassen sich Kommunikations- und Entscheidungsprozesse innerhalb des politischen Systems auf einer horizontalen Achse vorstellen, die ihrerseits durch die gegensätzlichen Pole Zentrum und Peripherie gekennzeichnet ist. Diese Unterscheidung von Zentrum und Peripherie wird durch die Differenzierung der Peripherie in Input- und Output-Peripherie spezifiziert.

Im Zentrum des politischen Systems lassen sich demnach die Regierung, Verwaltung, das Gerichtswesen, der parlamentarische Bereich und die Parteien auffinden. Innerhalb des an sich polyarchisch strukturierten Zentrums steht die Handlungsfähigkeit der Akteure in direkter Abhängigkeit zur organisatorischen Komplexität. Die Sensibilität des parlamentarischen Komplexes für gesellschaftliche Themen steht in reziprokem Verhältnis zur eigenen Problemverarbeitungskapazität, die in der Verwaltung auf einem vergleichsweise höherem Niveau erfolgen kann. Die Strukturierung des Zentrums erfolgt nach dem beschriebenen Distanzprinzip, womit eine zentrumsinhärente Peripherie ausgemacht werden kann, in der sich Institutionen wie Universitäten, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen auffinden lassen. Die Output-Peripherie ist durch politikfeldspezifische komplexe Netzwerkstrukturen zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Organisationen und Spitzenverbänden gekennzeichnet, die in politisch-regulatorisch wichtigen, aber intransparenten Bereichen eine Koordinationsfunktion erfüllen, wobei ihre Einflussnahme auf die Ausgestaltung und Imple-

**246** | Vgl. Fraser 1992, S. 134.

**247** | Vgl. Niesen 2007, S. 11f., 13; Normative Vorstellungen von Öffentlichkeit sind mit Peters 2007[1994], S. 64, zumeist mit einer vor- oder antiinstitutionellen bzw. oppositionellen Konnotation assoziiert.

**248** | Vgl. Peters 1993, S. 344ff.

mentierung von Politiken nicht rechtsstaatlich demokratischen Prinzipien entspricht. Der Input-Peripherie, die sich insbesondere durch die gesellschaftspolitisch relevante Problem- und Bedürfnisartikulation gegenüber dem Parlament und dem Verwaltungskomplex auszeichnet, werden neben Verbänden, die als Vertreter partikularer Interessen agieren, auch kulturelle Organisationen (z.B. Akademien), gemeinwohlorientierte öffentliche Interessengruppen, aber auch Kirchen und karitative Verbände zugerechnet. Insbesondere diese meinungsgenerierenden, themenzentrierten und übergreifend auf öffentliche Einflussnahme und Aufmerksamkeit spezialisierten Vereinigungen bilden durch ihre informellen, vielfach differenzierten und komplex vernetzten Kommunikationen die zentrale zivilgesellschaftliche Infrastruktur der Peripherie – dies in einer durch Massenmedien dominierten Öffentlichkeit.<sup>249</sup>

Die dem Zirkel der Politikgenerierung zugrunde liegende Prämisse geht davon aus, dass politische Willensbildungsprozesse ihren Impuls aus der Input-Peripherie empfangen, ihre Autorität im Zentrum des Systems erhalten und zur Output-Peripherie gelangen. Die Legitimität der getroffenen Entscheidungen ist jedoch insgesamt abhängig von den peripheren Meinungs- und Willensfindungsprozessen in der Distanz.<sup>250</sup> Mit Habermas müssen bindende Entscheidungen dem diskurstheoretischen Demokratie- und Öffentlichkeitsverständnis nach,

»um legitim zu sein, von Kommunikationsflüssen gesteuert sein, die von der Peripherie ausgehen und die Schleusen demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren am Eingang des parlamentarischen Komplexes oder der Gerichte (gegebenenfalls auch am Ausgang der implementierenden Verwaltung) passieren. Nur dann kann ausgeschlossen werden, daß sich auf der einen Seite die Macht des administrativen Komplexes oder auf der anderen Seite die soziale Macht der auf den Kernbereich einwirkenden intermediären Strukturen gegenüber einer kommunikativen Macht, die sich im parlamentarischen Komplex bildet, verselbstständigen«.<sup>251</sup>

Diese als idealtypisch zu bezeichnende Situation wird jedoch durch Habermas eingeschränkt, da allein aus Komplexitätstheoretischer Perspektive eine Bezugnahme zur Peripherie bei allen zu treffenden Entscheidungen als unmöglich erscheint. Die Mechanismen des zentralen politischen Systems sind insbesondere durch etablierte Routinen und Muster gekennzeichnet, wobei es entsprechend normativen Überlegungen entscheidend ist, welche immanenten Machtkonstellationen sich aufzeigen und wie

**249** | Vgl. Habermas 1992a, S. 429ff.

**250** | Vgl. Peters 1993, S. 340f.

**251** | Habermas 1992a, S. 432.

sich diese beeinflussen lassen, d.h. inwieweit diese Mechanismen eine Sensibilität für Impulse aus der distanten Peripherie bewahren. Diese Sensibilität wird vor allem in nicht antizipierten konfliktären Situationen durch die öffentliche Meinung eingefordert und bietet zugleich die Möglichkeit der Regulierung von Machtkreisläufen. Insgesamt sind die Entscheidungsprozesse des Zentrums bezüglich der normativen Aspekte von Problemstellungen in Krisensituationen unmittelbar an den Diskurs der Peripherie gebunden und bedürfen somit einer funktionierenden agilen politischen Öffentlichkeit.<sup>252</sup> Die Entkopplung der administrativen und sozialen Macht von der auf demokratischer Basis erzeugten kommunikativen Macht steht somit in direktem Verhältnis zur Fähigkeit der Peripherie, gesellschaftliche Probleme zu identifizieren, zu thematisieren und in das Zentrum des politischen Systems auch gegen existierende Filter oder Barrieren einzubringen, um die etablierten und gegebenenfalls indifferenten Routinen zu stören. Ein wesentlicher Anteil der mit deliberativen Politikvorstellungen verknüpften Erwartungen entfällt somit auf die strukturellen Charakteristika der peripheren Meinungs- und Willensbildung. Entscheidend sind hierbei die eine spontane Meinungsbildung ermöglichenden, nicht institutionalisierten öffentlichen Kommunikationsnetzwerke, die als resonanzfähige und autonome Öffentlichkeiten neben zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und einer liberalen politischen Kultur in einen mit Habermas lebensweltlichen Kontext eingebunden sein müssen.<sup>253</sup>

Öffentlichkeit als wesentliches Element des gesamtgesellschaftlichen Gefüges lässt sich nach Habermas demnach nicht als Institution oder Organisation begreifen. Auch die Konzeption als System ist nicht adäquat, da zwar interne Differenzierungsprozesse möglich sind, Öffentlichkeit nach außen jedoch eher durch ihre Offenheit, Permeabilität und Flexibilität der Grenzziehungen zu beschreiben ist. Deshalb lässt sie sich vielmehr

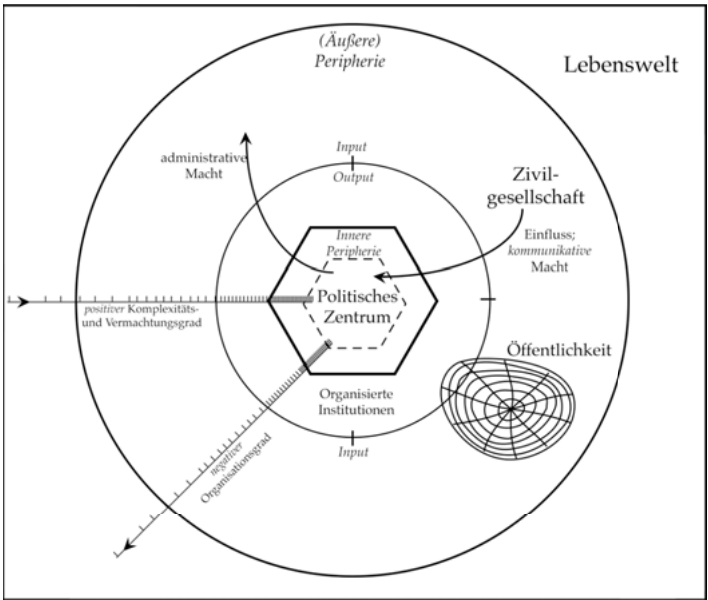
»[...] als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen* beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, daß sie sich zu themenspezifisch gebündelten *öffentlichen Meinungen* verdichten. Wie die Lebenswelt insgesamt, so reproduziert sich auch die Öffentlichkeit über kommunikatives Handeln, für das die Beherrschung einer natürlichen Sprache ausreicht; sie ist auf die *Allgemeinverständlichkeit* der kommunikativen Alltagspraxis eingestellt.«<sup>254</sup>

252 | Vgl. ebd., S. 433.

253 | Vgl. ebd., S. 434.

254 | Ebd., S. 436, H.i.O.

Abbildung 3.2.: Öffentlichkeit und gesellschaftliche Kommunikationsflüsse



Quelle: Abgewandelte Darstellung in Anlehnung an Horster (1999, S. 11)

Nichtsdestotrotz erscheinen die netzwerkartigen Formationen öffentlicher Kommunikation nicht völlig autark von systemischen Einflüssen, wie sie beispielsweise die Massenmedien hervorbringen. Es scheint daher angebracht, auf den komplementären Charakter von Systemen und Netzen hinzuweisen und im juxtaponitionalen Sinne eine Integration bzw. Synthese dieser zunächst disparat erscheinenden Konzepte zu berücksichtigen. Wenngleich nicht vollständig geklärt werden kann, ob nun das Netz oder das System als konstitutiver Bedingungsfaktor des jeweils anderen gelten kann, scheint es naheliegend, Netze als funktionale Bestandteile von Systemen zu verstehen oder Systeme auch als funktionale Knoten von Netzen zu konzipieren. Dies lässt Grassmuck festhalten:

»Das Dazwischen der Systeme soll als ›Netzwerk‹ bezeichnet werden. Die Umwelt besteht nicht nur aus einem unmarkierten Raum, einem Horizont von Kontingenzen sowie weiteren als Systeme beobachtbaren Elementbündeln. Das Mittel

für die Verbindung der Elemente eines Systems und für seine Kopplung an andere Systeme über räumlich und zeitlich immer größere Distanzen ist das Netz. [...] Netze spielen *innerhalb* von Systemen und *Systemgrenzen-überschreitend* eine Rolle. Netze sind ein entscheidendes Element bei der Kopplung von Individuen und sozialen Systemen zu größeren Systemeinheiten [...]».<sup>255</sup>

Die Einflüsse der systemimmanenten medialen Eigenlogiken, hier insbesondere Exklusions-, Selektions- oder Aufmerksamkeitsprozesse, lassen sich entsprechend mit den von Habermas angedachten Filter- und Synthesemechanismen innerhalb öffentlicher Kommunikationsnetzwerke in Beziehung setzen.<sup>256</sup>

Weiterführend ist Öffentlichkeit mit Habermas durch eine Kommunikationsstruktur gekennzeichnet, die Bezug auf den durch kommunikatives Handeln hergestellten sozialen Raum nimmt. In diesem sprachlich konstituierten öffentlichen Raum begegnen sich Akteure nicht unmittelbar, sondern schaffen durch das eigene kommunikative Verständigungshandeln eine geteilte Kommunikationssituation, wobei es von Bedeutung ist, dass diese Raumstruktur nicht von einer alleinigen Reduzierung auf wechselseitige Beobachtungen, »sondern vom gegenseitigen Zugeständnis kommunikativer Freiheit«<sup>257</sup> gekennzeichnet ist. An anderer Stelle vervollständigt Habermas seine Überlegungen und beschreibt Öffentlichkeit als ein, wie erwähnt, komplexes Netzwerk, das sich durch eine vielschichtige topologische Ausdifferenzierung sich überschneidender internationaler, nationaler, regionaler, kommunaler sowie subkultureller Arenen auszeichnet. Dabei können sich durch sachliche Spezialisierung nach funktionalen Aspekten bzw. nach Themen- und Politikfeldern Teilöffentlichkeiten herausbilden, die von einer grundsätzlichen Durchlässigkeit gekennzeichnet sind und sich vor allem durch temporäre Exklusionsmechanismen konstituieren. Öffentliche Kommunikation kann sich mit Habermas in einer weiteren Dimension gemäß ihrer Kommunikationsdichte, Organisationskomplexität und Reichweite in entspre-

**255** | Grassmuck 2002, S. 25, H.i.O.

**256** | Die Ursprünge systemischen Denkens lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen. Für eine kurze Übersicht der etymologischen Basis sowie der sprachgebrauchlichen Entwicklung des Systembegriffes vergleiche von der Stein (1968), der im Wesentlichen auf Ritschl (1906, 66f.) und die dort beschriebenen, für das heutige Systemverständnis wichtigen Lambertschen Systemüberlegungen rekurriert. Der Systemgedanke fand zunächst Verwendung in den Formal- und Naturwissenschaften (vgl. zur Definition von Bertalanffy 1968, v.a. S. 19; Laszlo 1972, S. 5f.). Gleichzeitig erhielten entsprechende Überlegungen Eingang in die Sozial- bzw. Kommunikationswissenschaft, wo sie erhebliche Ausdifferenzierungen erfuhren (vgl. beispielsweise Luhmann (1984), Rühl (1979), Marcinkowski (1993) oder etwa Blöbaum (1994)).

**257** | Habermas 1992a, S. 437.

chende Ebenen differenzieren, womit sich episodische Öffentlichkeiten (z.B. Straßenöffentlichkeit) von veranstalteten Präsenzöffentlichkeiten (Konzerte, Parteiveranstaltungen) und abstrakten Medienöffentlichkeiten, die das räumlich separierte Publikum integrieren, unterscheiden lassen.<sup>258</sup>

Im Hinblick auf die stetig zunehmende Relevanz bzw. Dominanz medienvermittelter Kommunikation im Kontext eines dispersen Publikums, weist Habermas darauf hin, dass die medial abstrahierten Kommunikations- und Raumstrukturen von Öffentlichkeit sich parallel von einfachen interpersonellen Interaktionen distanzieren. Diese Generalisierung von Öffentlichkeit und die mit ihr einhergehende Betonung von Inhalten und Stellungnahmen entlastet einerseits vom direkten Entscheidungszwang, macht andererseits aber bei gegebener Öffentlichkeitsausweitung und entsprechendem Inklusionsanspruch unter Bedingungen tendenzieller Anonymität ein höheres Ausmaß an Erklärungen und kontextuellen Einordnungen bei gleichzeitigem Verzicht eines elaborierten sprachlichen Codes notwendig.<sup>259</sup> In diesem Zusammenhang wird zudem deutlich, dass nicht ausschließlich die notwendige Dissemination inhaltlicher bzw. argumentativer Kommunikationen von Bedeutung ist, sondern dass das diskursive Niveau und die resultierende Qualität öffentlicher Diskurse in unmittelbarem Zusammenhang mit den Normen einer gemeinsam verfolgten Kommunikationspraxis stehen, die einer umfänglichen Auseinandersetzung mit den vorliegenden Informationen und Argumenten das Primat einräumt. Habermas konstatiert diesbezüglich:

»Deshalb bemißt sich das Gelingen öffentlicher Kommunikation auch nicht per se an der ›Herstellung von Allgemeinheit‹, sondern an formalen Kriterien des Zustandekommens einer qualifizierten öffentlichen Meinung. Die Strukturen einer vermachteten Öffentlichkeit schließen fruchtbare und klärende Diskussionen aus.«,<sup>260</sup>

Das qualitative Niveau des Prozesses öffentlicher Meinungsbildung ist gleichzeitig Gradmesser für die Legitimität des Einflusses bzw. des Einflusspotentials, welches öffentliche Meinung in sich trägt und welches im Idealfall in tatsächlicher politischer Macht aufgeht. Jeglicher, aus öffentlicher Kommunikation resultierender, potentieller politischer Einfluss ist in letzter Instanz immer mit der Resonanz des Publikums verknüpft. Ein weiteres Merkmal von Öffentlichkeit besteht nach Habermas darin, dass diese sich nicht willkürlich herstellen lässt. Insbesondere strategische Akteure,

---

**258** | Vgl. Habermas 1992a, S. 452.

**259** | Vgl. ebd., S. 437. Diese Aspekte erhalten im Kontext der internationalen bzw. potentiell globalen Medienkommunikation nochmals verstärkte Relevanz.

**260** | Ebd., S. 438, H.i.O.

die Öffentlichkeiten ihren Zielsetzungen entsprechend thematisch besetzen, sind darauf angewiesen, dass sich Öffentlichkeit inklusive eines Publikums bereits strukturell konstituiert hat und selbstreferentiell reproduziert. Die Basis der problemsensibilisierten Generierung von Aufmerksamkeit durch Öffentlichkeit liegt somit immer in der potentiellen Betroffenheit der in der Lebenswelt verwurzelten Bürger, somit außerhalb des politischen oder wirtschaftlichen Systems.<sup>261</sup> Die Öffentlichkeit schließt demnach an die impulsgebenden Kommunikationsnetzwerke familiären oder darüber hinausgehenden Charakters an, ohne diese zu zerstören und erweitert bzw. generalisiert interpersonelle Interaktionen, womit die in der kommunikativen »Alltagspraxis vorherrschende Verständigungsorientierung auch für eine *Kommunikation unter Fremden* [...], die in komplex verzweigten Öffentlichkeiten über weite Distanzen geführt wird«, bestehen bleibt.<sup>262</sup>

Die mit dieser Konzeption von Öffentlichkeit verbundenen hohen normativen Inklusions- bzw. Egalitätsansprüche stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem kommunikativen Freiheitsgrad des öffentlichen Diskurses. Durch eine Analyse der partizipierenden Akteure und des qualitativen Niveaus öffentlicher Diskussionen ist mit Habermas eine Unterscheidung zwischen *autochthonen* und *vermachteten* Öffentlichkeiten möglich. Diese Öffentlichkeitsmodi unterscheiden sich insbesondere durch eine einerseits mit Legitimität ausgestatteten kommunikativen Macht und eine andererseits politisch-administrativ geschaffenen Macht, die sich durch eine fehlende bzw. geringfügige legitimatorische Basis charakterisieren lässt.<sup>263</sup> Generell sind Diskurse demnach nicht durch die Ausübung von Herrschaft gekennzeichnet. Sie generieren jedoch die benannte kommunikative Macht, welche die administrative Macht zwar nicht substituiert, aber das Potential der Beeinflussung in sich trägt – und damit letztendlich die Gewährung oder aber Revokation von Legitimität.<sup>264</sup> Diese Art öffentlicher Legitimitätskommunikation, als publizierte Artikulation individueller Legitimitätszuschreibungen,<sup>265</sup> sollte von anderen Formen von Legitimität, wie sie beispielsweise durch die Analyse von Einstellungen oder des Wahlverhaltens zutage treten, abgegrenzt werden. Insbesondere letztere Ausprägung verweist auf die legitimatorische Bedeutung verfassungsrechtlicher oder anderer vertragsrechtlicher Arrangements und damit vor allem auf die elektoralen Legitimationsmechanismen gesellschaftlicher Institutionen. Nichtsdestotrotz kann die Relevanz öffentlicher Dis-

---

261 | Vgl. ebd., S. 439ff.

262 | Ebd., S. 442, H.i.O.

263 | Vgl. ebd., S. 453.

264 | Vgl. Habermas 1990, S. 44.

265 | Vgl. Kap. 3.3

kurse für die Legitimierung politischer Ordnungen mit Peters vor allem in der langfristigen Beeinflussung der normativen Erwartungshaltungen und Kriterien, die der Einschätzung politischer Institutionen zugrunde liegen, vermutet werden. Das Einflusspotential öffentlich-diskursiver Kommunikation zeigt sich demnach in einer auf lange Sicht wirksamen Verschiebung des Meinungsspektrums bzw. in der sukzessiven und diffusen Veränderung der kulturellen Repertoires. Eine sich parallel dazu entwickelnde Konvergenz gemeinsamer normativer Standards kann dann als Basis diskursiv getragener politischer Legitimität dienen.<sup>266</sup>

In Analogie zu den Habermasschen Überlegungen müsste ein globales Vergesellschaftungsniveau durch das Kommunikationsnetzwerk einer globalen politischen Öffentlichkeit gestützt werden.<sup>267</sup> Deren Basis läge in einer verbindenden politischen

**266** | Vgl. Peters 2007[2005], S. 354f. Peters (S. 375f.) weist aber auch darauf hin, dass Fragen zur Legitimität und Qualität eines politischen Systems differenziert zu betrachten sind. Aus normativer Perspektive muss ein gutes politisch-institutionelles Arrangement legitim sein. Gleichzeitig ist nicht jede gegenwärtige legitime politische Konstellation automatisch als gut zu betrachten, dies insbesondere wenn Defekte und Defizite augenscheinlich sind. Die aktuellen Diskussionen um die Demokratie- bzw. Repräsentationsdefizite innerhalb von EU und UN-Sicherheitsrat können diese Überlegung beispielhaft illustrieren.

**267** | Die Fokusverschiebungen öffentlichkeitsbezogener Betrachtungen im zeitlichen Verlauf werden dann deutlich, wenn Habermas (1965) in seiner frühen öffentlichkeitstheoretischen Abhandlung ausschließlich an einer Stelle Bezug auf das Konzept einer Weltöffentlichkeit bzw. einer internationalen öffentlichen Meinung nimmt. Die normative Bedeutung von »Öffentlichkeit als Prinzip für die internationalen Beziehungen« wird durch die äquivalenten Funktionen von Öffentlichkeit im nationaler und internationalen Kontext begründet, wenngleich der substantiell-faktische Einfluss parallel relativiert wird, da die Responsivität der Exekutiven oft im Propagandistischen verbleibt (vgl. ebd., S. 255, Fußnote 131). Auch Fraser (2007) fordert eine Reformulierung der ursprünglichen öffentlichkeitstheoretischen Annahmen und nachfolgender Kritik, in deren Kontext Öffentlichkeiten stark mit dem modernen Territorialstaat und nationalen Vorstellungen korrelieren. Insbesondere folgende implizite sozialtheoretische Vorannahmen von Öffentlichkeit sind in einem post-westfälischen bzw. transnationalen Kontext vermehrt zu hinterfragen: a) die Gleichsetzung von Öffentlichkeit und staatlichen Strukturen bzw. der souveränen Gewaltausübung in einem abgrenzbaren Territorium; b) die Gleichsetzung von Mitgliedern der Öffentlichkeit und staatsbürgerlicher Nationalzugehörigkeit; c) die Fokusverengung kritischer Öffentlichkeit auf nationalbeschränkte Ökonomien; d) die Fokussierung der Öffentlichkeit auf nationale Medien und nationale Medieninfrastruktur; e) die Gleichsetzung von Öffentlichkeit und einer geteilten nationalen Sprache; und f) die Verortung der kulturell-strukturellen Ursprünge von Öffentlichkeit in national-literarischen Formen der früh-kapitalistischen Geschichte des 18. bzw. 19. Jahrhunderts (vgl. ebd., S. 9f.). Habermas



Kultur, einer vitalen Zivilgesellschaft (Interessenverbände, NGOs, Bürgerinitiativen u.ä.) und politischen Parteien, die sich direkt mit Entscheidungen global agierender Institutionen auseinandersetzen und so ihrerseits in langfristiger Perspektive zur Etablierung eines globalen Parteiensystems beitragen. Ähnlich nationaler Integrationsprozesse würde die entscheidende Voraussetzung einer globalen demokratischen Willensbildung in florierenden globalen Kommunikationskreisläufen liegen, die durch zivilgesellschaftliches Engagement und durch kritische Massenmedien getragen werden, »denn weder der Deliberation noch der Öffentlichkeit sind von Haus aus nationale Grenzen eingeschrieben«. <sup>268</sup> Eine damit verbundene potentiell konvergierende, synchrone Themensetzung, die ein unabgeschlossenes, disperses und anonymes Publikum in seinen durchaus kontroversen Argumentationen zusammenführt und die resultierende globale öffentliche Meinung (bzw. Meinungen) in ihrer kommunikativen Macht bündelt, wäre ein adäquates demokratietheoretisches Pendant zur Proliferation global wirksamer Governance-Prozesse und Entscheidungen. <sup>269</sup> Dies da insbesondere inter- bzw. transnationale Governance-Strukturen in ihrer Ausgestaltung als vielfach demokratisch nicht responsive sowie zugleich fragmentierte und überlappende Autoritätsinstanzen mit Cerny (1999) zu einer Erosion und Aushöhlung von Demokratie auf globalem Niveau und einem Zustand bzw. zu einer Phase anhaltenden chaotisch-anarchischen »neomedievalism« führen. <sup>270</sup>

Inwieweit komplementäre Vergesellschaftungsformen, Institutionen und Governance-Netzwerke auf globalem Niveau von einer grenztranszendierenden Transpa-

---

(2007) selbst nimmt eine Reformulierung seiner ursprünglichen Annahmen vor, wenn er festhält: »Das deliberative Verständnis von Demokratie erlaubt zunächst einmal, die traditionelle Verknüpfung der Selbstbestimmung mit der Zugehörigkeit der Bürger zur historischen Schicksalsgemeinschaft einer Nation aufzulösen. In dem Maße, wie sich die politische Integration der Bürger über die Teilnahme am Prozess der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung selbst vollzieht, kann die Aufgabe, staatsbürgerliche Solidarität unter Fremden zu stiften, von askriptiven Größen wie Muttersprache, Nationalität, angestammter Kultur und eingewöhntem Ethos auf die Leistungen der politischen Kommunikation übergehen« (ebd., S. 435f.).

**268** | Ebd., S. 436.

**269** | Vgl. Habermas 1997, S. 183f.

**270** | Vgl. Cerny 1999, S. 14, 21. Diese Neuauflage einer mediävistischen Konstellation umfasst neben konfligierenden institutionellen Gerichtsbarkeiten, fluiden Territorialgrenzen, kontestierten Eigentumsrechten, lokalen und internationalen rechtsfreien Räumen sowie der wachsenden Ungleichheit und Isolation gesellschaftlicher Klassen auch die wachsende Entfremdung bzw. Divergenz zwischen globalen Metropolen, Innovationen bzw. globaler Kommunikation und einer marginalisierten Peripherie.

renz und Responsivität gekennzeichnet sind und sich das Habermassche Postulat »Öffentlichen Kommunikationskreisläufen, [...] , wohnt eine entgrenzende Dynamik inne«<sup>271</sup> als zutreffend erweist, bleibt im Rahmen dieser Studie zu den medialen Deskriptionsspezifika der Vereinten Nationen eine zentrale Fragestellung. Dies insbesondere dann, wenn jeweils spezifische soziale und kulturelle Kontextbedingungen (kollektive historische Erinnerungen, differierende Relevanzstrukturen, Interpretationsmuster bzw. -matrizen) verstetigende Wirkung auf die Grenzziehungen nationaler Öffentlichkeit besitzen.<sup>272</sup>

### 3.4.2.2. Öffentlicher Diskurs und Nicht-Thematisierungen

Ein wichtiges Charakterisierungsmerkmal demokratischer Streit- bzw. Deliberationskulturen ist im Kontext der Multiplizität (welt-)gesellschaftlicher Akteurs- und Interessenskonstellationen mit Czerwick (1990) die unbewusste oder bewusste *Nicht-Thematisierung* von grundsätzlich argumentationswürdigen Themenzusammenhängen, die ihrerseits einen nachhaltigen Einfluss auf öffentliche Deliberationsprozesse besitzt. In analytischer und demokratietheoretischer Dimension besteht damit die unabdingbare Notwendigkeit der *äquivalenten* Betrachtung von thematischen Omissionen, agendakonformen Themensetzungen und relevanten Thematisierungsschwellen.<sup>273</sup> Nicht-Thematisierungen können dann angenommen werden, wenn sich massenmediale Marginalisierungstendenzen aufzeigen bzw. weder exekutive oder legislative Instanzen, Interessensvereinigungen oder öffentliche Verwaltungen dem Sujet eine thematische Relevanz zuweisen, noch öffentlichkeitswirksam aktiv werden und sich eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Themenkomplex allenfalls in einem fachspezifischen Expertenzirkel vollzieht – dies obwohl die Notwendigkeit einer näheren Auseinandersetzung aus Perspektive des potentiellen Betroffe-

**271** | Habermas 2007, S. 436, H.i.O. Habermas ist sich an dieser Stelle der allenfalls temporären und themenspezifischen Emergenz transnationaler Öffentlichkeiten bewusst, ebenso der fehlenden publikumsintegrierenden Relevanzstrukturen eines hintergründig geteilten Wissenshorizontes, bleibt aber hinsichtlich der schwindenden Isolation von Öffentlichkeiten »im Horizont einer Weltgesellschaft« (ebd.) optimistisch. Ähnlich zuversichtlich argumentiert Hjarvard 2001, wenn er die Globalisierung von Öffentlichkeit als einen »*process through which the national public sphere gradually becomes deterritorialized*« (S. 24, H.i.O.) begreift und bei aller Bedeutung des Nationalen die zunehmende Offenheit und globalen Verknüpfungen innerhalb des nationalen Rahmens unterstreicht, die eine »*global reflexivity*« (ebd.) der Argumentationen zwischen nationalen Öffentlichkeiten deutlicher werden lassen.

**272** | Vgl. Peters 2007[1999], S. 294f.

**273** | Vgl. Czerwick 1990, S. 177.

nenkreises, der sachlichen Dringlichkeit, des inhärenten Konfliktpotentials oder der ideellen bzw. materiellen Konsequenzen zu antizipieren wäre.<sup>274</sup> Insgesamt scheint es dabei sinnvoll zu sein, Nicht-Thematisierungen jeweils in Relation zu anderen Themen zu begreifen, was einerseits eine verabsolutierende Schwellenwertdefinition thematischer Omissionen vermeidet und andererseits die zeitlichen Dynamiken bzw. Themenzyklen und unterschiedlichen Themengewichtungen auf lokaler, nationaler oder globaler Ebene eher approximiert.<sup>275</sup>

Czerwick nimmt in seinen Überlegungen auf verschiedene, zum Teil auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte und theoretisch nicht zwangsläufig kompatible, Erklärungsansätze Bezug. Dabei können aus *medientheoretischer Perspektive* sowohl auf individueller Ebene des Journalisten (Einstellungen, Rollenverständnis, Publikumskonstruktion, externer Konformitätsdruck), auf medienorganisatorischer Ebene (Redaktionsstrukturen- und Hierarchien, Normen, Eigentumsverhältnisse, redaktionelle Themenaushandlungsprozesse) und auf gesellschaftlicher Ebene (zugewiesene Medienfunktion wie Kritik- und Kontrolle bzw. ein unterstelltes Manipulations- bzw. Verwertungsprimat der Medien) unterschiedliche Begründungszusammenhänge von thematischen Auslassungen gefunden werden (vgl. hierfür im Kontext internationaler Medienberichterstattung Kapitel 3.5.2 bis Kap. 3.5.4).<sup>276</sup> Aus *organisations- bzw. machtheoretischer Perspektive* ließen sich dann Themenomissionen einerseits als organisationsspezifische Komplexitätsreduzierungen und damit sinnstiftende Grenzziehungen begreifen, während andererseits Nicht-Thematisierungen als Resultat expliziter oder impliziter politisch-hegemonialer Interessen in Form direkter Interventionen (Sicherheitsapparate, Polizei, Zensur, Manipulationen, Desinformation und Propaganda) oder indirekter Einflüsse (strukturelle Barrieren für system- oder elitenkritische Themensetzungen) wirken. Ein *staats- bzw. parteipolitischer Ansatz* betont mögliche Wirkmechanismen wie eine übergeordnete Bedeutung staatlicher Geheimhaltung oder aber parteirelevante Themenrestriktionen zur Vermeidung des äußerlichen Anscheins innerparteilicher Inkonsistenz bzw. der Suggestierung von Geschlossenheit. Darüber hinaus hebt die *sozialpsychologische Perspektive* im Kontext möglicher Themenauslassungen die individuell antizipierte Isolation oder gesellschaftlich-kollektive Verdrängung bzw. Tabuisierung bei entsprechender Thematisierung

274 | Vgl. ebd., S. 179.

275 | Vgl. ebd., S. 178f.

276 | Viele dieser Aspekte, die zu einer Vernachlässigung von Nachrichten führen können, benennt auch Vock (2007, S. 44), die diese in einer Vier-Felder-Matrix von materiellen/ideellen Faktoren und externen/internen Faktoren systematisiert.

als potentielle Bedingungsfaktoren hervor.<sup>277</sup> Nicht-Thematisierungen können nun aber nicht nur als Konsequenzen vorheriger Selektionsprozesse angesehen werden, sondern einfach auch als Resultate der Komplexität (global-)relevanter Themenkomplexe und sind auch nicht per se negativ zu bewerten (z.B. bei Auslassungen zur Konfliktvermeidung). Notwendig bleibt damit eine stets situative Evaluation der relativen thematischen Omission, dies im Kontext der allgemeinen thematischen Diversität, der Struktur der Themenagenda sowie mit Bezug auf die Gewichtung einzelner Themen.<sup>278</sup>

In jedem Fall sind das demokratische Trilemma zwischen Themenrelevanz, -überlastung und -restriktion sowie die Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie für einen responsiven demokratischen Lern- und Adaptationsprozess im Rahmen argumentativer Deliberation, welche eine überindividuelle Rationalisierung von Partikularinteressen und -perspektiven begünstigt, von fundamentaler öffentlichkeitstheoretischer Bedeutung. Vorangegangene Überlegungen verweisen in Ansätzen auf weiterführende Argumentationen, die sich durch einen deliberationskritischen oder rejektiven Grundtenor auszeichnen und auf die im nachfolgenden Kapitel eingegangen werden soll.

### 3.4.3. Kritik deliberativer Argumentationsprinzipien

Die Prinzipien (normativer) deliberativer Demokratievorstellungen stoßen bei einer Reihe von Autoren, trotz unterschiedlicher Argumentationen im Detail, auf eine ablehnende bzw. verweigernde Haltung, wenn sie auf einen »[...] realistischen Ansatz zur politischen Philosophie«<sup>279</sup> bzw. einen demokratiethoretischen Realismus insistieren und die idealistisch-optimistische Perspektive der deliberativen Thesen im Hinblick auf den vorherrschenden Modus demokratischer Politik kritisieren.<sup>280</sup>

<sup>277</sup> | Vgl. Czerwick 1990, S. 181ff.

<sup>278</sup> | Vgl. ebd., S. 184, 190f.

<sup>279</sup> | Geuss 2011, S. 36.

<sup>280</sup> | Geuss beanstandet insbesondere die zeitgenössische Prävalenz der (neo-)kantianischen Perspektive, wenn er – entgegen dem Primat ethisch-prinzipieller Überlegungen – als Ausgangspunkt aller politischer Analysen Aspekte aktueursspezifischer Handlungsfähigkeit, Macht, Interessen und deren Beziehungen zueinander in den Vordergrund rückt bzw. formelhaft fragt: »Wer ›tut‹ wem was zu wessen Nutzen?« (ebd., S. 41). Als problematisch wird die ethisch-normativ zentrierte Denkart von Politik betrachtet und damit die a) Verabsolutierung universaler Prinzipien (Rationalität (vgl. dem konträr v.a. die tendenzielle Inkonsistenz menschlichen Handelns, die Inkonsistenz des Werte- bzw. Präferenzsystems, die allg. Wissensdefizite, die faktische Unbestimmtheit von Argumenten und Überzeugungen oder das Primat der Ei-

Somit stellen auch für Shapiro (1999) Interessensdifferenzen und Machtdisproportionalitäten die tiefer liegenden Konstanten für moralischen Dissens in der Politik dar, da sie in ihrer Grundsätzlichkeit den deliberativen Prozess beeinflussen und sich als implizite oder explizite Intentionen und/oder ökonomisch-finanzielle Macht unmittelbar in der Formierung öffentlich-deliberativer Debatten niederschlagen.<sup>281</sup> Shapiro (2003) weist zudem darauf hin, dass die rechtliche und institutionelle Verankerung von deliberativen Prozeduren insofern auch ein Risiko darstellt, da sie die Möglichkeit der Verstetigung bestehender Machtrelationen fördern bzw. deren Egalisierung retardieren oder aber simple Verhandlungsmechanismen evozieren kann.<sup>282</sup> Ein adäquater Weg die endemischen Macht- und Hierarchiestrukturen zu limitieren (Ideal der »nondomination«), liegt demnach eher in der grundlegenden Stärkung der Opposition als in einem rationalen, a priori ausbalancierten Deliberationsprozess.<sup>283</sup>

Mit Dunn (2000), für den Politik in dem Moment emergiert, in dem fundamentale menschliche Interessen tiefgreifend und dauerhaft konfligieren, ist eine mediatierende Interessenstransformation äußerst kritisch zu betrachten, da »judgments of interest depend upon extraordinarily complicated and hazardous causal judgments, they are ineliminably controversial«<sup>284</sup> und entziehen sich somit einer allein argumentbasierten, tatsächlich tief-konsensualen Entscheidung. Damit bleibt neben der Permanenz inhaltlicher Diskrepanzen der konfliktäre Charakter von strukturell bedingten Interessenskollisionen aufgrund einer kaum zu umgehenden Parteilichkeit und Voreingenommenheit im Urteilsvermögen latent vorhanden.<sup>285</sup> Das zwanghafte parteiische Handeln als Basis von Individual- oder Gruppenentscheidungen zeigt sich demnach im öffentlichen politischen Diskurs durch eine weithin beobachtbare Selbstbezogenheit und insbesondere dann, wenn Politik im Modus von Nervosität, Reaktivität, Kurzsichtigkeit und Voreingenommenheit agiert.<sup>286</sup>

---

geninteressen usw.)); b) die fehlende Reflexion dieser Prinzipien in ihrer historischen Varianz und c) die ausbleibende Inbezugsetzung dieser Prinzipien zu historischen, soziologischen oder ökonomischen Diskursen (vgl. ebd., S. 12, 19). Ein theoretischer Ansatz, der faktische Macht(disparitäten) konzeptionell ausschließt oder unterbelichtet, ist mit Geuss »nicht bloß gravierend unzulänglich, sondern schadet aktiv, weil er mystifizierend wirkt« (ebd., S. 128).

**281** | Vgl. Shapiro 1999, S. 29, 31f., 34.

**282** | Vgl. Shapiro 2003, S. 43-49.

**283** | Vgl. Shapiro 2011, S. 251, 271.

**284** | Dunn 2000, S. 25.

**285** | Vgl. ebd., S. 24, 26ff., 34.

**286** | Vgl. ebd., S. 338.

Insbesondere im Kontext der symbiotischen und oft disparitätischen Beziehungen traditioneller Regierungen und Systemen privater Governance bzw. international agierender Unternehmen erkennen Autoren wie Wolin (2008) Tendenzen eines »inverted totalitarianism«. Dieser reduziert unter Ausbeutung der Autorität und Ressourcen des Staates, Demokratie allein auf eine rhetorische Funktion, indem er den Bürgern sein konsumptorisches Postulat oktroyiert, eine tendenzielle politische Passivität und Marginalisierung der Bürger implizit intendiert und eine vor allem durch die Eliten beeinflusste »managed democracy« forciert, die den basalen Anforderungen deliberationstheoretischer Überlegungen zuwiderläuft.<sup>287</sup>

Aus kommunitaristischer, nach eigener Intention explizit realitätsorientierter und kritisch-wohlwollender Perspektive, argumentiert Walzer (2004) hinsichtlich vieler Punkte in vergleichbarer Weise und sieht dabei die idealistische Vision von vernunftbegründeten Deliberationsprozessen oft mit Aspekten wie (politischer) Leidenschaft, ideologischer Bindung, Solidarität, Mut, aber auch simplem Konkurrenzdenken konfrontiert.<sup>288</sup> Ergänzend erscheinen in der Kritik vier weitere Argumente als wichtig. Als zwingend wird somit einerseits die Notwendigkeit der Anerkennung fundamentaler Differenzen begriffen, die die deliberationstheoretische Vorbedingung der Anerkennung des Anderen als rational agierenden Gegenüber als obsolet betrachtet, um einen am politischen Status quo ausgerichteten *modus vivendi* anstelle eines prospektiven Verständigungsideals zu etablieren.<sup>289</sup> Andererseits wird trotz des egalitären Impetus deliberationstheoretischer Überlegungen das Faktum gesellschaftlicher Ungleichheit kaum durch deliberative Prozesse an sich remedierte, denn eben erst diese Gleichheit kann als basale Voraussetzung egalitärer, im Verfahren der Deliberation getroffener, Entscheidungen angesehen werden.<sup>290</sup> Somit werden nicht nur die Universalität eines Interessens- und Statusgrenzen überwindenden rationalen Argumentes in Frage gestellt, sondern vor allem auch räumliche und zeitliche Restriktionen betont. Walzer konstatiert »[...] the central problem of deliberative democracy: deliberation in itself is not an activity for the demos«<sup>291</sup> – dies nicht aufgrund angezweifelter intellektueller Kapazitäten, sondern angesichts der im Kontext benannter Einschränkungen erfolgenden tendenziellen Exklusion aktiv bzw. passiv marginalisierter Gruppierungen.<sup>292</sup> Letztlich betont Walzer zudem die Bedeutungslosigkeit der

**287** | Vgl. Wolin 2008, S. xiii, xvi, 131, 151ff.

**288** | Vgl. Walzer 2004, S. 91f.

**289** | Vgl. ebd., S. 104.

**290** | Vgl. ebd., S. 105.

**291** | Ebd., S. 109.

**292** | Vgl. ebd., S. 105, 107.

dichotomen Trennung von leidenschaftlichem Engagement (passion) und prinzipiengetreuer Rationalität, denn in negativer wie positiver Ausgestaltung kann allein das leidenschaftliche Engagement anti-hierarchischer Politik die strukturellen Bedingungen gesellschaftlicher Realitäten reformulieren. Dies allerdings nur »unless it arouses the affiliative and combative passions of the people at the lower end of the hierarchies«,<sup>293</sup> was in politischen Auseinandersetzungen selten allein durch das bessere bzw. rationale Argument erfolgt.

Auch Connolly (2005) versteht ein allein vernunftbasiertes argumentatives Ethiksystem bzw. die Trennung ethischer Prinzipien von der emotionalen Ebene als defizitär, wenn er festhält: »To cultivate an ethical disposition of connectedness across difference is to refine our capacities of feeling.«<sup>294</sup> Aus einem zutiefst pluralistischen Verständnis der Diversität global-anthropologischer Beziehungen heraus unterstreicht Connolly u.a. die Irreduzibilität von Moralität auf die alleinige Deduktion von Leitlinien auf Basis universal-abstrakter Prinzipien sowie das Fehlen eines global-konsensualen Weltwissens, wobei er die Etablierung bzw. Verteidigung eines tiefen multidimensionalen Pluralismus (»bicameral orientation«) als Garant für die Dauerhaftigkeit von Demokratie begreift.<sup>295</sup>

Fundamental für das Verständnis zeitgenössischer Demokratie ist mit Runciman (2008) zudem die Anerkennung einer kontinuierlichen Divergenz zwischen beanspruchten moralischen Prinzipien oder Standards und dem eigentlichen politischen Handeln und Agieren, was ihn von einer strukturellen »hypocrisy in (world) politics« sprechen lässt, die sich in ihrer Unvermeidlichkeit und Immanenz<sup>296</sup> als inkonform bzw. schwer vereinbar mit den vorgestellten normativen Referenzpunkten deliberativer Politik oder Öffentlichkeit erweist.

In seiner politiktheoretischen Auseinandersetzung verfolgt Philp (2007) innerhalb dieser »realistischen« Demokratieperspektive einen »induktiven« Ansatz, wenn er das Verhältnis von Moralphilosophie und Politik nicht als hierarchische Beziehung zugunsten ersterer deutet, sondern den politischen Prozess in seiner Autonomie und Identität als distinkte Instanz sui generis interpretiert. In dieser werden abstrakte Werte bzw. Standards vielmehr durch die kontextabhängigen Interpretationen, Implementierungen und das jeweilige politische Agieren geprägt und entsprechende normative Horizonte, politische Realitätsentwürfe und institutionelle Arrangements ausgebildet. In diesem Kontext gewinnen dann politische Tugenden und Qualitäten der agierenden

**293** | Ebd., S. 130.

**294** | Connolly 2005, S. 91f.

**295** | Vgl. ebd., S. 4, 69, 92, 161.

**296** | Vgl. Runciman 2008, S. 12, 14.

Akteure an Bedeutung und verweisen auf die eigentliche Komplexität von Politik, die nunmehr vom deliberativen Verständnis abweichend, zum Teil benannte Aspekte wie die menschlicher Leidenschaft, Ambitionen, politischer und persönlicher Loyalität oder Integrität sowie die historischer Erinnerungen und Streitigkeiten als substantielle, nicht zu eliminierende Elemente politischen Geschehens einschließt. Die Standards politischen und öffentlichen Handelns sind damit in großem Umfang im jeweiligen historischen Umfeld zu kontextualisieren, was das Bewusstsein für die Fragilität und zeitgeschichtliche Exzeptionalität politischer Institutionen einschließt. Die Maßstäbe politischen Agierens, die für etablierte, zumeist konsensual validierte politische Ordnungen gelten, können nicht simplifizierend als universell-normative Imperative für jede politische Ordnung gelten, wenn damit einflussreiche Umgebungsrestriktionen ausgeblendet werden.<sup>297</sup> Zusammenfassend sollten diese Inkongruenzen gegenüber idealtypischen Vorstellungen deliberativer Demokratie bzw. Politik mit Philp nicht vereinfachend als menschliche Defizite verstanden werden, sondern vielmehr als »a function of the conflicts and irrationalities inherent in acting to set the pattern of action for others against a history of previous attempts and their intended and unintended consequences«.<sup>298</sup> Neben generellen Prinzipien müssen auch situative motivationale Kontexte gelebten (gesellschafts-)politischen Handelns konzeptionalisiert werden.<sup>299</sup>

Obige Überlegungen spiegeln sich auch in der kommunikationswissenschaftlichen Arbeit von Cottle und Rai (2008) wider, wenn diese medialvermittelten deliberativen Prozessen politischer Kommunikation jeweils gleichbedeutende Kommunikationsmodi (»Display«: Rhetorik, Performance, Image, Affekt; »Deliberation«: Argumentation, Begründung, Analyse) zuordnen und damit eine über die rein rationalistische Interpretationsweise hinausreichende Perspektive auf internationale Kommunikation anzuregen suchen.<sup>300</sup>

#### **3.4.4. Weltöffentlichkeit und Verflechtungsgeschichte**

Den Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung zur Transnationalisierung bzw. Globalisierung von Öffentlichkeiten stellt die Öffentlichkeitskonzeption nach Habermas und die mit ihr verbundenen normativen Ansprüche an öffentlicher Kommunikation dar. Für das hier zugrunde gelegte Öffentlichkeitsverständnis soll zudem

---

**297** | Vgl. Philp 2007, S. 3f., 240f.

**298** | Ebd., S. 214.

**299** | Vgl. ebd., S. 15.

**300** | Vgl. Cottle und Rai 2008, S. 166.



auf die geschichts- bzw. kulturwissenschaftlichen Überlegungen von Shalini Randeria und auf das von ihr geprägte Konzept der *entangled histories*<sup>301</sup> eingegangen werden, welches komplementär verwendet wird und um das der Terminus Öffentlichkeit vervollständigt werden soll. Öffentlichkeit ist, wie es Habermas (1965) in seiner Studie gezeigt hat, in einen geschichtlichen Konstitutionsprozess eingebettet, kann damit als historische Entität begriffen werden. Der expliziten Fokussierung der, durch die postkolonialen Studien<sup>302</sup> inspirierten, Konzeption auf historisch fortwährende gesellschaftliche bzw. zivilisatorische Interaktions- und Austauschbeziehungen entsprechend, wird Geschichte von Randeria als *entanglement*, als Verflechtungsgeschichte, verstanden. Dabei sind nicht nur die in Relation stehenden gesellschaftlichen Entitäten in Teilen Resultate eben dieser Beziehungen, sondern auch die Verflechtungen an sich weisen einen rekursiven Charakter auf. Die zahlreichen verwobenen Strukturen (Entitäten, Verflechtungen) erscheinen somit als Basis eines transnationalen Geschichtsverständnisses, wobei die, in ihren Ausprägungen und Entwicklungspfaden ausdifferenzierte, moderne Welt in ihrer Vernetzung und Zusammengehörigkeit als »geteilte« bzw. »gemeinsame« Geschichte<sup>303</sup> gelesen werden kann und die koloniale Moderne als Element europäischer Modernisierungsprozesse zeitgleich als Bedingung und Konsequenz dieser verstanden wird.<sup>304</sup>

In seiner inhärenten Dialektik verweist das Konzept ebenso auf die ambivalenten Eigenschaften historischer Interaktionszusammenhänge, indem es einerseits den Entwicklungsprozess der modernen Welt durch den Austausch unterschiedlicher Kulturen und Gesellschaften als historisch gemeinsam (shared) konstituiert versteht und andererseits den Aspekt interaktionsbedingter Separations- bzw. Distanzierungstendenzen (divided) als Antipol impliziert. Erstere Perspektive fokussiert in der Betonung der Gemeinsamkeiten und Interaktionen die Bedeutung eben dieser Relationen

---

**301** | Vgl. Randeria 2001, S. 292.

**302** | Die postkoloniale Forschungsperspektive versteht den Kolonialismus als konstitutiv für die europäische Moderne sowie als wesentliche Erklärungskomponente der globalen Geschichte, ihrer Machtverhältnisse und Wirkpotentiale auf die gegenwärtige soziale Realität. Insgesamt soll dieser Zugang, der durch eine relationale und plurale Sichtweise gekennzeichnet ist und sich gegenüber Verflechtungen und Hybridität tolerant zeigt, einem essentialistischen Verständnis von Identität, einer Konzeption autarker nationalstaatlicher Gesellschaften sowie einem durch Uniliniarität gekennzeichneten Geschichtsverlauf alternativ gegenüberstehen (vgl. Randeria 1999b, S. 377).

**303** | Vgl. Randeria 1999a, S. 90; vgl. Randeria 1999b, S. 376ff. vgl. auch im Kontext von Globalisierung Eckert und Randeria 2009, S. 11.

**304** | Vgl. Conrad und Randeria 2002, S. 17, 22; vgl. Randeria 1999b, S. 378.

für die Konstitution von und die Entwicklung in historisch-gesellschaftlichen Entitäten, wie beispielsweise Nationalstaaten oder Regionen. Allerdings determiniert die Basalkategorie der Interaktion nicht den Modus dieses Interagierens, so dass sich die Beziehungen nicht zwangsläufig durch ein macht- bzw. interessenneutrales Äquilibrium auszeichnen müssen, sondern oft als hierarchisch oder repressiv angelegte Disbalancen in Erscheinung treten. Das Spektrum möglicher Verflechtungsmodi zwischen den sozio-historischen Entitäten reicht damit von einer (un)bewußten Ausblendung, einer einseitig aufoktroierten Inkorporation oder freiwilligen Assimilation bis hin zu einer umfassenden reziproken Einflussnahme.<sup>305</sup> Grundsätzlich sind die betrachteten Entitäten in diesem Verständnis jeweils historische Konstrukte, die in ihrer thematischen, kontextuellen oder zeitlichen Spezifität einen unterschiedlichen Verflechtungs- bzw. Interaktionsgrad aufweisen und dementsprechend auf einem lokalen, nationalen, internationalen oder aber transnationalen Niveau korrespondierende Erklärungsmomente finden können. Randeria sieht in ihrem interaktionsorientierten Verflechtungsansatz eine adäquate Möglichkeit zur Beschreibung der modernen Welt in ihrer Heterogenität, wobei neben dem Aspekt einer gemeinsam konstituierten Geschichte im Austausch zwischen Europa und der außereuropäischen Welt der Blick auch auf die Antagonismen und Ungleichheiten zwischen den Nationalstaaten gelenkt werden kann. Diese Verflechtungsperspektive ermöglicht oder verlangt somit eine Relativierung oder gar Negierung tradiert, oft als absolut und exklusiv wahrgenommener hemisphärischer Grenzziehungen sowie eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber internationalen Disparitäten. Diese Aspekte erscheinen auch im Rahmen der hier zu hinterfragenden Konzeption von Globalisierung von Interesse, die mit Eckert und Randeria (2009) immer einer geographischen und historisch-temporalen Kontextualisierung und Rückbindung bedarf und aus Perspektive dieser Komplexität keine universell verbindliche Beschreibung aller gesellschaftlichen Prozesse beinhalten kann, wie sie aktuell vielfach unter dem Begriff der Globalisierung subsummiert werden.<sup>306</sup>

Dieser Entwurf erscheint damit sowohl auf den Begriff von Öffentlichkeit als auch auf die Instanzen der zur Diskussion stehenden transnationalen oder globalen Öffentlichkeiten übertragbar, die dann als relational-konstituierte und sozio-historische Entitäten zu verstehen wären. Diese *entangled public spheres* wären somit nicht als autarke Öffentlichkeiten sui generis zu verstehen, sondern stets im Kontext ihrer spezifischen Interaktions- bzw. Verflechtungsverhältnisse zu betrachten, in denen Öffentlichkeiten sich in einem verflochtenen Konstitutionsprozess sowohl organisato-

**305** | Eine vergleichbare Argumentation, welche durch eine Vielzahl illustrativer Beispiele gestützt wird, lässt sich auch bei Trojanow und Hoskoté (2007) finden.

**306** | Vgl. Conrad und Randeria 2002, S. 17ff.; vgl. Eckert und Randeria 2009, S. 9, 11f.

risch als auch thematisch etablieren. Den Überlegungen Randerias folgend, oszillieren die dann aus der grundsätzlichen Perspektive der Verflechtung wahrgenommenen *geteilten* bzw. *gemeinsamen Öffentlichkeiten* zwischen den Polen tendenzieller Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten einerseits und möglichen austauschbedingten Differenzierungsbestrebungen andererseits, wobei jedoch der basale Verknüpfungscharakter nicht zur Disposition steht. Vergleichbar zur Variabilität des jeweiligen Interaktions- bzw. Austauschmodus (omissiv, hierarchisch, reziprok) ist auch die Intensität der Vernetzungsrelationen zeitlich und kontextuell gebunden und bedingt damit das jeweilige Öffentlichkeitsniveau (lokal, national, international, transnational, global), welches zur Beschreibung und Erklärung einbezogen werden kann. Zusammenfassend betrachtet erscheint auf Grundlage der obigen Ausführungen die Vorstellung einer singulären und universalen Weltöffentlichkeit als ein nicht adäquater Beschreibungsrahmen. Insbesondere die notwendige und unvermeidbare Rückbindung von Öffentlichkeit an einen konkreten geographischen und damit einen politischen bzw. gesellschaftlichen Referenzrahmen begründet die Annahme einer Vielzahl spezifischer Öffentlichkeiten, die in ihren gegenseitig konstitutiven Bezugnahmen gegebenenfalls auf Globalisierungstendenzen verweisen können – dies jeweils unter den Bedingungen einer durch tendenzielle Ungleichheit gekennzeichneten Konstellation der Moderne.

Um der Frage der Verflechtungsmodi von Weltöffentlichkeiten in einer theoretisch fundierten Vorgehensweise nachzugehen, werden nachfolgend eine Reihe von Dimensionen und ihnen zugeordneter Indikatoren vorgestellt, die eine detaillierte Evaluation vorliegender Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsformationen – auf Ebene der Medieninhalte – ermöglichen sollen.

### 3.4.5. Evaluationsdimensionen globaler Öffentlichkeiten

Ausgehend von den grundsätzlichen theoretischen Voraussetzungen deliberativer Öffentlichkeiten und der sich insbesondere im Hinblick auf die weltpolitische Rekonfiguration anschließenden Frage zur potentiellen Genese einer globalen Öffentlichkeit sollen im nachfolgenden Abschnitt die Möglichkeiten zur Evaluierung transnationaler bzw. globaler Kommunikationsbeziehungen beschrieben werden, die ihrerseits die Basis für die durchgeführten empirischen Untersuchungen darstellen (vgl. Kapitel 4).

Die Integration oder Verdichtung landes- bzw. regionenüberschreitender Kommunikationsflüsse zu einer Instanz transnationaler Öffentlichkeit lässt sich mit Tobler (2006) einerseits hinsichtlich ihrer Art bzw. Qualität (Multidimensionalität) und andererseits in Bezug auf ihr Maß bzw. ihre Quantität (Gradualität) bewerten. Dies erlaubt für die potentiell aufgespannten Kommunikationsräume nicht nur eine dichotomische

tome Unterscheidung zwischen einer umfassenden oder defizitären Integration von politischer Öffentlichkeit, sondern vielmehr eine den Dimensionsdefinitionen folgende jeweilige Verortung innerhalb eines Spektrums positiv bzw. negativ gerichteter Interdependenz.<sup>307</sup> In Anlehnung an die Arbeiten von Brüggemann u. a. (2006) und unter Bezugnahme auf die Überlegungen von Tobler (2006) lassen sich die folgenden analytischen Transnationalisierungsdimensionen (massenmedialer) Öffentlichkeiten unterscheiden:<sup>308</sup>

*Visibilitätsdimension:* Diese Dimension beschreibt in vertikaler Transnationalisierungsorientierung den massenmedialen Aufmerksamkeitsfokus und die daraus resultierende öffentliche Sichtbarkeit von inter-, trans- oder supranationalen Institutionen, Akteuren und Governance-Prozessen.

*Geographische Monitoring-Dimension:* In horizontaler Transnationalisierungsorientierung bezeichnet diese Dimension die länderspezifische Aufmerksamkeitsallokation und den damit verbundenen Grad wechselseitiger Präsenz anderer Nationen und geographischer Weltregionen im Öffentlichkeitsdiskurs.

*Konvergenzdimension:* Diese Dimension korrespondiert mit der Forderung einer möglichst hohen Äquivalenz der unterschiedlichen Öffentlichkeiten bezüglich ihrer Aufmerksamkeits- und Relevanzzuweisungen für übereinstimmende Kommunikationsereignisse.

---

**307** | Vgl. Tobler 2006, S. 113.

**308** | Die Dimensionen *Visibilität* und *Geographisches Monitoring* beschreiben in ihrem Kern das, was Brüggemann u. a. (2006, S. 215) als *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* und *Gegenseitige Beobachtung* bezeichnen. Die weiteren aufgeführten Analysedimensionen entsprechen der Darstellung von Tobler (2006, S. 113f.). Die vorliegenden Transnationalisierungsdimensionen umfassen damit unterschiedliche Analysesituationen, die sich ihrerseits jedoch nicht notwendigerweise exkludieren. Zum Tragen kommen damit Endogenisierungs- bzw. Lokalisierungsprozesse von globalen bzw. extra-nationalen Dynamiken, damit globale Formationen, die Aushandlungsprozessen zwischen globalen, nationalen und lokalen Gegebenheiten unterliegen oder aber Denationalisierungstendenzen von bis dato im nationalen Raum verorteten und national konstruierten Prozessen (vgl. Sassen 2007a, S. 41).

*Interdiskursivitätsdimension:* Interdiskursivität legt den Fokus auf die notwendigen kontinuierlichen Austauschprozesse und wechselseitigen Bezugnahmen in Form von Positions-, Argumentations- und Sprecherreferenzen sowie den damit verbundenen Grad an grenzüberschreitender Anschlusskommunikation.

*Identitätsdimension:* Die Existenz bzw. Konstruktion einer kollektiv vertretenen Identität wird als Voraussetzung für die Etablierung einer öffentlichkeitsübergreifenden Kommunikationsgemeinschaft verstanden, in der gleichsam wirkende Prozesse von Inklusion und Exklusion ein geteiltes, grenztranszendierendes Bewußtsein von Zusammengehörigkeit begründen.

*Politikprozessdimension:* Interkorrelationen zwischen öffentlicher Kommunikation und Prozessen des politischen Systems müssen in ihrer Kontinuität und Nachhaltigkeit den demokratietheoretisch notwendigen sachlichen und zeitlichen Bezug zwischen den Zyklen öffentlicher bzw. massenmedialer Problemfeldsensitivität (issue-attention-cycles) und den inter-, trans- oder supranationalen Politikzyklen (policy-cycles) herbeiführen.

Nachfolgend sollen nun die dimensionsspezifischen Indikatoren, die in ihrer Quantifizierbarkeit Aussagen zum jeweiligen Grad der Vernetzung transnationaler bzw. globaler öffentlicher Kommunikation erlauben, näher beschrieben werden.

Die Dimension der *Visibilität* lässt sich durch die Indikatoren (a) Beachtung globaler Institutionen/Akteure und (b) Fokus auf globale Politiken charakterisieren, welche einerseits Auskunft über die öffentliche Präsenz von Akteuren oberhalb des nationalstaatlichen Niveaus geben und andererseits die unmittelbare Sichtbarkeit von internationalen Politiken oder Global Governance Prozessen im massenmedialen Diskurs bewerten und damit Einschätzungen zur Bedeutung und zum öffentlichen Legitimationsdruck grenzüberschreitend agierender Akteure und ihrer in der Konsequenz global wirkenden Politiken ermöglichen.<sup>309</sup> In Ergänzung dazu soll (c) der *Modus der Institutionen/Akteurs-Referenzierung* als zusätzlicher Indikator eingeführt werden. Die spezifische Gewichtung der jeweiligen Referenzierungspassage innerhalb der journalistischen Beiträge (Titel bzw. Byline, Fließtext oder simple Kurzreferenz) erlaubt eine differenziertere Einschätzung des Stellenwertes der Bezugnahme auf eine(n) trans- oder supranationale(n) bzw. globale(n) Institution/Akteur im entspre-

309 | Vgl. Brüggemann u. a. 2006, S. 216.

chenden thematischen Kontext. Dies erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn eine Untersuchung der öffentlichen Kommunikation über alle Formen journalistischer Beiträge erfolgt und diese ihrerseits keinen restriktiven Vorselektionsprozess durchlaufen haben.

In der Dimension *Geographisches Monitoring* kann die *länderspezifische Aufmerksamkeitsallokation* als Indikator für Muster und Extensionen transnationaler Kommunikationsnetzwerke gelten und damit zur Bewertung von Relevanzeinschätzungen der nationalen Öffentlichkeit gegenüber anderen Regionen und Ländern, ihren Öffentlichkeitsdiskursen und deren Rückwirkungspotentiale auf die eigene Öffentlichkeit dienen.<sup>310</sup>

Indikatoren zur Beurteilung von Konvergenzmomenten umfassen nach Tobler die Bereiche der (a) Themenkonvergenz, (b) Synchronität, (c) Konvergenz der Berichterstattungsintensität, (d) Deutungskonvergenz und (e) Sprecherkonvergenz. Insbesondere die drei erstgenannten Indikatoren lassen sich demnach als unerlässliche Voraussetzungen einer transnational verknüpften Öffentlichkeit begreifen. Indem sich unterschiedliche Öffentlichkeiten auf identische Kommunikationsgegenstände beziehen, etablieren sie Kommunikationsereignisse, auf deren Grundlage eine transnationale Öffentlichkeit ermöglicht wird. Außerdem ist neben einer geteilten thematischen Aufmerksamkeit auch die zeitlich parallele Berichterstattung und somit eine synchrone Kommunikation unerlässlich, damit Öffentlichkeiten in Überwindung ihrer Partikularität als vernetzt bzw. integriert gelten können. Zudem muss die Berichterstattungsintensität öffentlichkeitsübergreifend die Wahrnehmungs- bzw. Aufmerksamkeitsschwelle des Publikums überschreiten, um Resonanz in Form einer kritischen Auseinandersetzung mit der Themensetzung internationaler Medienberichterstattung zu erzeugen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass kommunikative Ereignisse innerhalb eines geteilten Problem- bzw. Themendeutungshorizonts wahrgenommen werden müssen, wobei die alleinige Interpretation der globalen Themenagenda innerhalb nationalpartikularer Diskursgrenzen auf einen desintegrativen Öffentlichkeitscharakter verweist und dem Ausdifferenzierungsprozess einer globalen Meinung diametral entgegensteht. Ein zudem wichtiger Indikator bezieht sich auf die Konvergenz sichtbarer Sprecherkonstellationen, die einerseits einen Aufschluss über die themenspezifischen Kommunikations- und Definitionshierarchien und andererseits Auskunft über die Orientierung der Transnationalisierung geben. Im Modus einer vertikalen top-down Transnationalisierung erfahren insbesondere inter- bzw. supranationale Akteure mediale Beachtung, während im Zusammenhang einer sichtbaren Aufmerk-

---

310 | Vgl. Brüggemann u. a. 2006, S. 216.

samkeit für zivilgesellschaftliche bzw. nationale Akteure im Kontext internationaler bzw. globaler Themenfelder von einer bottom-up Transnationalisierung gesprochen wird. Eine horizontale Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten tritt dann in Erscheinung, wenn Akteursgruppierungen unterschiedlicher Öffentlichkeiten in anderen bzw. im Idealfall im jeweils anderen Öffentlichkeitsdiskurs sichtbare Resonanz bzw. Anschlusskommunikation erzeugen.<sup>311</sup>

Über diese basalen Kriterien zur Evaluierung potentiell globaler Öffentlichkeitsnetzwerke hinaus werden für die Dimension der Interdiskursivität weitere Indikatoren transnationaler Verflechtung insbesondere im Hinblick auf den aus demokratietheoretischer Perspektive geforderten umfassenden diskursiven Austausch zwischen nationalen Öffentlichkeiten benannt.<sup>312</sup> Während (a) die Argumentations- und Sprecherreferenzialität den Fokus auf die Referenzierung von extra-nationalen Positionen und die diskursive Inklusion von Sprechern anderer Öffentlichkeiten ausrichtet, betont (b) die Arenenreferenzialität die Bedeutung der expliziten Zitation von Medien anderer Öffentlichkeiten im Rahmen der internationalen Berichterstattung. Tobler sieht hierin einen transnationalen Beobachtungsmodus zweiter Ordnung, in dem mit zunehmender (wechselseitiger) Referenzierung ausländischer Medien diese als valide und legitime Quellen begriffen werden und damit eine qualitativ vernetztere Öffentlichkeitssphäre begründen.<sup>313</sup>

In relativer Unabhängigkeit zur Intensität wechselseitiger diskursiver Bezugnahmen kann Transnationalisierung bzw. Globalisierung auch als Prozess der verstärkten medialen Konstruktion bzw. Etablierung einer auf einem kollektiven Identitätsbewusstsein gründenden Kommunikationsgemeinschaft konzipiert werden.<sup>314</sup> Innerhalb dieser Dimension kann der Indikator »Identitäts- und Differenzsemantik« darüber Auskunft geben, inwieweit Sprecher unterschiedlicher Ursprungsöffentlichkeiten eine grenzüberschreitende, dezidiert inklusive Identitätssemantik im Sinne einer (globalen) kollektiven Zusammengehörigkeitsäußerung präferieren, damit das Ni-

---

**311** | Vgl. Tobler 2006, S. 114ff.

**312** | Vgl. Brüggemann u. a. 2006, S. 216.

**313** | Vgl. Tobler 2002, S. 72; vgl. Tobler 2006, S. 117.

**314** | Habermas (1997, S. 189) weist diesbezüglich darauf hin, dass »kollektive Identität« dabei nicht als ontische Entität verstanden werden darf, sondern dass das politische Selbstverständnis immer in untrennbarem Zusammenhang mit kommunikativen demokratischen Prozessen zu betrachten ist, deren Ergebnis ein möglichst umfassender intersubjektiv geteilter Kontext zur potentiellen Verständigung sein sollte und als Basis für Formen demokratischer *citizenship* auf nationalem oder aber – analog zur Fragestellung dieser Studie – auf globalem Niveau dient.

veau tendenziell exkludierender nationaler Differenzsemantiken verlassen, um so Öffentlichkeit(en) regionalen oder globalen Charakters durabel zu festigen.<sup>315</sup>

Geographisch disperse Öffentlichkeiten können dann als ein politisch integriertes öffentliches Kommunikationsnetz verstanden werden, wenn sie ihrerseits mit politischen Entscheidungsprozessen korrelieren und damit in der Politikdimension die »prozessuale Politikbezogenheit« (Konkordanz von medialen Themensetzungen und den Ereignissen im politischen System/Prozess) als Indikator nicht nur Aussagen über das Ausmaß kommunikativer Transnationalisierung zulässt, sondern zugleich Indizien für die potentielle Legitimation globalen politischen Agierens bereitstellt.<sup>316</sup>

Die vorangegangenen Überlegungen möglicher Evaluationsdimensionen und zugehöriger Indikatoren transnationaler bzw. globaler Kommunikationsbeziehungen werden in Tabelle 3.1 nochmals zusammengefasst.<sup>317</sup>

---

**315** | Vgl. Brüggemann u. a. 2006, S. 217; vgl. Tobler 2006, S. 118. Der von Tobler zudem aufgeführte Indikator »Betroffenheit« wird hier nicht weiter berücksichtigt.

**316** | Vgl. Tobler 2006, S. 119.

**317** | Nach Weßler (2004, S. 187) verspricht vor allem die Analyse der Vernetzungen zwischen nationalen Diskursen valide Aussagen zur Emergenz globaler Öffentlichkeit. In Prozessen gegenseitiger Beobachtung und (reziproker) Zirkulation von Themen und Ideen erkennt er die Hauptindikatoren globaler Öffentlichkeit, dies deutlich vor Parametern wie global agierenden Medien oder kosmopolitischen Identitäten, deren absehbare Formung angezweifelt wird.



Tabelle 3.1.: Evaluationsdimensionen und -indikatoren globaler Kommunikation

Orientierung	Öffentlichkeitsdimension	Indikatoren	Operationalisierung <sup>a</sup>
Vertikale Transnationalisierung	Visibilität	Beachtung globaler Institutionen/ Akteure	Häufigkeit der Referenzierung von UN-Institutionen, UN-Akteuren und UN-Sprechern
		Fokus auf globale Politiken Modus der Institutionen/ Akteurs-Referenzierung	Häufigkeit von UN-Fokusartikeln Gewichtung der UN-Bezugspassagen (Titel, Fließtext, Kurzfassung), Darstellungsform des Artikels
Horizontale Transnationalisierung	Konvergenz	Geographisches Monitoring	Gewichtung der Länder- und Regionennennungen
		Themenkonvergenz	Thematische Äquivalenz in unterschiedlichen Öffentlichkeiten
		Synchronität	Temporale Äquivalenz in unterschiedlichen Öffentlichkeiten
	Interdiskurs	Identität	Äquivalenz des thematischen Aufmerksamkeitsgrades
		Deutungskonvergenz <sup>b</sup>	Äquivalenzausmaß der über den nationalpartikularen Diskurs hinausreichenden Themeninterpretation (Reziproke) Resonanzmuster unterschiedlicher Sprechersensembles in den nationalen Öffentlichkeiten
Identität	Interdiskurs	Sprecherkonvergenz	Austausch und wechselseitige Bezugnahmen von Sprechern und Positionen separater Öffentlichkeiten Diskursiver Austausch via expliziter Medienzitationen
		Argumentations- bzw. Sprecherreferenzierung	Konstruktion einer transnationalen Kommunikationsgemeinschaft durch Inkludierungs- bzw. Exkludierungsprozesse oberhalb der nationalen Differenzemanantik
	Politikbezogtheit	Argumentreferenzialität	Sachlicher und zeitlicher Bezug zwischen den Zyklen öffentlicher Problemfeldsensitivität (issue-attention-cycles) und den inter-, trans- oder supranationalen UN-Politikzyklen (policy-cycles)
		Identitäts- und Differenzemanantik	

Quelle: Modifizierte Darstellung in Anlehnung an Tobler (2006, S. 119) und Brüggemann u. a. (2006, S. 218).

<sup>a</sup> Die Angaben zur Operationalisierung der Dimensionen erfolgen hier im Hinblick auf den gewählten Untersuchungsgegenstand – die Berichterstattung zu den Vereinten Nationen.

<sup>b</sup> Die Aufführung dieses Indikators erfolgt im Hinblick auf seine grundsätzliche Bedeutung, die hier allerdings primär im Bereich qualitativer Inhaltsanalysen vermutet wird und in der vorliegenden quantitativ ausgerichteten Studie nicht weiter verfolgt wird.

### 3.5. INTERNATIONALE BERICHTERSTATTUNG UND MEDIENGLOBALEISIERUNG

In diesem Abschnitt zur internationalen bzw. zur zu hinterfragenden globalen Medienberichterstattung soll es nachfolgend zunächst um den momentanen Status und die gegenwärtig erkennbaren Entwicklungslinien der Auslandsberichterstattung gehen, welche an sich als eine Paradoxon vorherrschender Globalisierungsvorstellungen angesehen werden kann (Kap. 3.5.1). Nachdem ein der Orientierung und Systematisierung dienender analytischer Referenzrahmen zur internationalen Medienberichterstattung vorgestellt wurde (Kap. 3.5.2), erfolgt die Darstellung bisher destillierter Muster und Strukturationstheoreme (Kap. 3.5.3). Die die Auslandsberichterstattung prägenden Kriterien der Nachrichtenselektion werden mit Hinblick auf die Nachrichtenwerttheorie beschrieben (Kap. 3.5.4), wobei auf Aspekte der theoretischen Ausdifferenzierung (Kap. 3.5.4.1) und der Universalität der Faktoren (Kap. 3.5.4.2) eingegangen werden soll. Abschließend soll die aktuelle Studienlage zur Existenz bzw. Genese globaler Öffentlichkeitsstrukturen reflektiert werden, wobei der Argumentation, Medien bzw. Öffentlichkeiten als substantiell globalisiert zu be- greifen, explizit nicht gefolgt wird (Kap. 3.5.5).

#### 3.5.1. Auslandsberichterstattung als Globalisierungsparadox

Nachfolgend sollen nun einige Entwicklungen und Tendenzen in der internationalen Medienberichterstattung beschrieben werden, in deren Konsequenz Auslandsberichterstattung durchaus als ein Paradoxon globalisierungstheoretischer Diskussionen und Annahmen verstanden werden kann.<sup>318</sup>

Schon der Friedensnobelpreisträger von 1912, Elihu Root, hat darauf hingewiesen, dass die allgemeine Öffentlichkeit moderner Demokratien entsprechend ihrem Selbstverständnis und ihrer Kontrollfunktion insbesondere mit Hinblick auf den Bereich der internationalen Beziehungen einen umfangreichen Bildungs- und Informationsgrad aufweisen muss, um ihrem Anspruch einer kompetenten Reflexion außenpolitischer Entscheidungsprozesse gerecht zu werden. Entscheidend ist ein erweitertes Verständnis der internationalen bzw. diplomatischen Beziehungen, welches insbesondere die Gründe von Entwicklungen in ihrer historischen Prozesshaftigkeit einbezieht

---

**318** | Vgl. Russo 2009, S. 24; vgl. Mikich 2003, S. 119. Zu vielen der nachfolgend angesprochenen problematischen Aspekten internationaler Berichterstattung und zu möglichen Alternativen bzw. Lösungsansätzen vergleiche auch die Beiträge im Nieman Report 2010, v.a. S. 6-20 und S. 45-62.

und sich nicht nur auf die oberflächlich beobachtbaren Effekte beschränkt.<sup>319</sup> Aktuelle Beschreibungen von Globalisierung vorwegnehmend betont Root, dass mit einer »increased intercommunication and interdependence of civilized states« die Relevanz reflektierter Öffentlichkeiten wächst, um als verantwortliche Demokratie in der Weltgemeinschaft über die nationalen Eigeninteressen hinaus den moralischen Verpflichtungen gegenüber den Nationen möglichst vorurteilsfrei gerecht werden zu können.<sup>320</sup>

Eine Reihe von Untersuchungen und Einschätzungen aktuelleren Datums können jedoch als Indikatoren für eine Entwicklung gewertet werden, welche die oben beschriebene Zielvorstellung konterkarieren. Selbst ein Globalisierungstheoretiker wie Held (2007a) beschreibt den Zustand der internationalen (Kommunikations-)Beziehungen und deren Aussichten in deutlich pessimistischen Worten, wenn konstatiert wird:

»Perversely, globalization seems to have dramatized the significance of differences between peoples; far from the globalization of communications easing understanding and the translation of ideas, it seems to have highlighted what it is that people do not have in common and find dislikeable about each other. Moreover, the contemporary drivers of political nationalism – self-determination, secure borders, geopolitical and geoeconomic advantage – place an emphasis on the pursuit of the national interest above concerns with what it is that human beings might have in common«.<sup>321</sup>

Die Studie von Utley (1997) verweist im nun detaillierter zu betrachtenden Bereich der Medien am Beispiel dreier großer amerikanischer TV-Networks (ABC, CBS, NBC) auf die paradoxe Situation eines seit dem Abklingen des kalten Krieges deutlich abnehmenden Umfanges an Auslandsberichterstattung. Dies in einer Phase zunehmender internationaler ökonomischer und politischer Vernetzungen sowie einer de facto hegemonialen Position der USA, deren Medien zeitgleich auf der Suche nach einem neuen Basisframe internationaler Berichterstattung als Alternative zum bisher dominierenden Ost-West-Konflikt zu sein scheinen.<sup>322</sup> Ein vergleichbares Bild zeich-

---

**319** | Vgl. Root 1922, S. 3ff., 7f.

**320** | Vgl. ebd., S. 6, 8f.

**321** | Held 2007a, S. 192f.

**322** | Vgl. Utley 1997, S. 2, 5f. Der Umfang der im Jahr 1996 von Auslandsbüros veröffentlichten Beitragsminuten sank im Vergleich zum Basisjahr 1988 um 51 Prozent, während für den Umfang der politischen Auslandsberichte insgesamt eine Reduzierung um 44 Prozent festgestellt werden konnte.

nete ebenfalls schon die Untersuchung von Norris (1995), die in der Analyse zweier US-Networks (ABC, CBS) zeigte, dass die internationale Berichterstattung in der Phase der politischen Transition zu Beginn der 90er Jahre mit einem Anteil von 44 Prozent einen Höhepunkt erreichte, in dessen Folge jedoch ein deutlicher Anteilsrückgang beobachtet werden konnte, der sich knapp unter dem durchschnittlichen Niveau von 33% zu Zeiten der Ost-West-Auseinandersetzungen konsolidierte.<sup>323</sup> Gestützt wird die Beobachtung dieses Negativtrends für den Bereich der internationalen Berichterstattung auch durch die Erhebungen von Moisy (1996), der neben dieser journalistisch-isolatorischen Entwicklung auch auf das stetig abnehmende Interesse des US-amerikanischen Publikums hinweist.<sup>324</sup> Auch Moore (2010) zeichnet am Beispiel der britischen Presse eine negative Entwicklungslinie für internationale Nachrichten nach, wenn innerhalb eines dreißigjährigen Betrachtungszeitraums die Artikelanzahl um deutliche 39 Prozent einbricht bzw. deren titelspezifischer Anteilswert im Durchschnitt von 20 auf 11 Prozent sinkt. Auf quantitativer Ebene und qualitativer Ebene der Sichtbarkeit von Auslandsnachrichten zeigt sich demnach ein signifikant regressiver Gesamttrend (Rückläufigkeit innerhalb der ersten zehn Seiten -80%, auf dem Titelblatt -70%).<sup>325</sup> Während die von Hanson (1995) verfasste Studie zur Entwicklung der internationalen Presseberichterstattung in der *Times of India* noch darauf verweist, dass der Anteil der Auslandsartikel im Untersuchungszeitraum (1985 - 1993) mit durchschnittlich circa 33 Prozent einer relativen Konstanz unterliegt,<sup>326</sup> legen die Analysedaten von Bansal (2002) mit einem Anteil an internationalen Berichten von 26 Prozent im Jahr 2001 einen rückläufigen Trend auch im indischen Pressekontext nahe.<sup>327</sup> Einen solchen Negativtrend wollen Allen und Hamilton (2010) in

**323** | Vgl. Norris 1995, S. 363ff. Augenfällig waren demnach auch der klare Rückgang der Durchschnittsanzahl von Auslandsbeiträgen sowie der vergleichbar rückläufige Gesamtsendezeitumfang von 45 Prozent in 1973 auf 27% im Jahr 1995. Auch der Anteil internationaler Themen bei den Titelschlagzeilen liegt in der Nachphase des kalten Krieges (1992 - 1995) mit einem Anteil von nur noch 27 Prozent sichtbar unter den historischen Anteilswerten von 42 Prozent in der Hochphase des Kalten Krieges.

**324** | Vgl. Moisy 1996, S. 9, 10f.

**325** | Vgl. Moore 2010, S. 9, 12, 17, 21. Eine dezidiert auf den US-amerikanischen Presseraum ausgerichtete Synopse einzelner Entwicklungslinien der internationalen Berichterstattung, dies mit dem Grundtenor eines generellen »underreportings« im Bereich der Auslandsberichterstattung zu »Normalzeiten«, findet sich beispielsweise auch bei Ruß-Mohl 2009, S. 150ff.

**326** | Vgl. Hanson 1995, S. 375.

**327** | Vgl. Bansal 2002, S. 34. Die eigene Berechnung des relativen Anteils erfolgte auf Basis von Tab. 1.

ihrer Longitudinalstudie (1927 - 1997) für die US-Presselandschaft allerdings nicht bestätigen und proklamieren »[...] lamentations about the decline of foreign news during the twentieth century were overstated.«<sup>328</sup>

Deutlich abweichend hiervon beschreiben sowohl der US-amerikanische Journalist David D. Shaw (2001) als auch die Auslandskorrespondentin Pamela Constable (2007) als Chronisten einer kontinuierlichen Entwicklung die stetige Reduzierung der personellen und infrastrukturellen Ressourcen (Korrespondenten und Auslandsbüros)<sup>329</sup> bei einer Vielzahl von TV-Networks und Zeitungen (Ausnahmen hier die *Los Angeles Times*, *New York Times* und *Washington Post*). Diese wurde einerseits von einer selektiven Verengung der internationaler Berichterstattung auf einige wenige Ereignisse und andererseits von einer erkennbaren Zunahme an Inlandsnachrichten bzw. Meldungen aus dem Bereich der Soft News begleitet.<sup>330</sup> Insbesondere

**328** | Allen und Hamilton 2010, S. 642.

**329** | Hamilton und Jenner (2004) vertreten allerdings Auffassung, dass die rein quantitative Betrachtung der Anzahl der »traditional elite foreign correspondents« kein verlässlicher Qualitätsindikator der internationalen Medienberichterstattung mehr sein kann. Sie plädieren für eine erweiterte Typologie von Auslandskorrespondenten, die neben traditionellen *foreign correspondents* auch *parachute journalists*, *foreign foreign correspondents*, *local foreign correspondents*, *foreign local correspondents*, *in-house foreign correspondents*, *premium foreign correspondents* oder aber *amateur correspondents* einbezieht (vgl. Hamilton und Jenner 2004, S. 313ff.; vgl. auch Wu und Hamilton 2004). Die Studie von Bunce (2011, S. 30) zeigt jedoch, dass die diskursive Qualität der Auslandsberichte von lokalen nationalen Korrespondenten/Stringern insbesondere in Krisen- und Konfliktgebieten (autoritärer Staaten) oft unmittelbarem externen Druck unterliegt, der eine kritische und quellendiversifizierte Berichterstattung verhindert bzw. erschwert. Agenturen und Medien vertrauen jedoch allein diesen Inhalten – ein gewichtiges Problemfeld internationaler Öffentlichkeiten. Eine Verteidigung des Konzeptes des »parachute journalism« findet sich wiederum bei Erickson und Hamilton (2007, S. 141ff.).

**330** | Vgl. D. Shaw 2001, der den Rückgang der internationalen Berichterstattung US-amerikanischer Medien seit Beginn/Mitte der 80er Jahre auf insgesamt 70% - 80% beziffert; vgl. Constable 2007; vgl. zur gleichen Problembeschreibung im US-TV-Kontext auch Fleeson 2003; Auch Meckel 1998, S. 273f., sieht die US-amerikanische und deutsche TV-Auslandsberichterstattung zwar nicht als »Restgröße« marginalisiert, klassiert sie jedoch als »gefährdete Spezies der Informationsleistungen des Mediums«, die sich eher durch eine zunehmende analysegetriebene Interpretations- und Orientierungsfunktion als durch eine kontextbefreite, rein chronologische Funktion auszeichnen sollte. Hinweise auf den Trend der stärkeren Gewichtung lokaler Ereignisse in den US-Medien finden sich schon bei Bogart 1985, S. 85f. Ähnliche Kritik findet sich bei Stanton 2007, S. 198ff., der den primär ökonomisch induzier-

die sich verstetigenden ökonomischen Renditeerwartungen im Kontext des informationstechnologischen Fortschritts und die Erwartungshaltung des Publikums<sup>331</sup> und dessen Fragmentierung werden als Gründe für diese Entwicklung genannt, die nach Constable einer fundierten Berichterstattung über gesellschaftliche Zusammenhänge jenseits diplomatischer bzw. politischer Informationspolitik bzw. Propaganda entgegensteht.<sup>332</sup> Doch eben diesen Aspekt einer gesteuerten Auslandsberichterstattung

ten Zwang zur Lokalisierung komplexer globaler Fragestellungen der westlichen Medien auf Grundlage einer vermeintlich antizipierten Publikumshaltung kritisiert und eine Transformation der journalistischen Praxis fordert, um so einem Bedeutungsverlust der Medien im Kontext internationaler Politik vorzubeugen. Als langjähriger AP-Korrespondent betont Rosenblum 1993, S. 56f., die Relevanz der Kontextkenntnisse als Basis des Interesses für einzelne Nachrichtereignisse und die kritische Evaluation möglicher Fehler und Auslassungen in der Auslandsberichterstattung. Vergleiche hier unisono Philo 2004, S. 222f., mit dem insbs. Kontextdarstellungen und regelmäßige Wiederholungsintervalle kognitive Assoziations- und Verständnismuster festigen und die grundsätzliche Aufmerksamkeit für marginalisierte Regionen wie z. B. Afrika wecken. Damit fällt den Medienorganisationen im Umkehrschluss eine belegbare Schlüsselrolle in der Formung der Perzeptionen von Entwicklungsländern zu.

**331** | Langzeitauswertungen der US-Publikumspräferenzen (1986-2006) verweisen auf das vergleichsweise geringe Interesse (letzter Rankingplatz) des Publikums für Auslandsnachrichten (vgl. M. J. Robinson 2007a, S. 3, 29). Dieses verbleibt im Zeitverlauf unverändert auf niedrigstem Niveau und verzeichnet keine signifikanten positiven oder negativen Änderungstrends (vgl. M. J. Robinson 2007b, S. 12f.).

**332** | Nüchtern konstatiert Hamilton (2010, S. 656, 657ff.) die strukturellen Änderungen des US-Medienmarktes und die Reduktion der Bearbeitung internationaler Themen durch erfahrene Journalisten. Im Kontrast zu obigen Aussagen erkennt er in der zunehmenden Verfügbarkeit von nutzergenerierten Inhalten (Twitter, Youtube, kuratierten Blogs, Website-Aggregatoren), in Inhalten von Regierungen und NGOs (idealtypisch transparente Ausweisung), in Abonnements der tendenziellen gesellschaftlichen »Elite« (Investoren, politische Akteure und formale Bildungselite), im Wachstum werbefinanzierter Ethno-Medientitel, in der Soft News-Programmadaption internationaler Themen oder der Nutzung von globalen Journalistennetzwerken und der extra-nationalen Syndizierung von Artikeln elementare Positivtrends für ein zukünftiges »Auslandsnachrichtenmosaik«. Insbesondere Baum (2003, S. 111f.) erkennt in den Soft News ein Potential zur Vermittlung von Auslandsnachrichten und einen Kausalzusammenhang zur anschließenden Nutzung von traditionellen Auslandsnachrichten (»Gateway-Hypothese«). Bromley und Clarke (2012, S. 16) teilen einen vergleichbaren Optimismus, wenn sie zum aktuellen Wandlungsprozess festhalten: »[i]nternational news is dead: long live international news« und in dem von ihnen edierten Band vor allem das demokratisierende Potential des technisch induzierten Bürgerjournalismus bzw. jenes nutzergenerierter Inhalte hervorzu-

kritisiert auch Mücke (2008), wenn er auf den zunehmenden hintergründigen, äußerst effektiven und manipulativen Einfluss von professionellen PR-Agenturen (in Kriegs- und Krisensituationen) aufmerksam macht, die ihrerseits von den journalistischen Limitationen profitieren.<sup>333</sup>

Während Randal (2000) in Betrachtung der genannten Entwicklungslinien noch einen Gegentrend erwartet und insgesamt eine verhalten optimistische Zukunftsperspektive zeichnet,<sup>334</sup> erkennt Altmeppen (2010) im Wesentlichen einen global zu beobachtenden Prozess zunehmender Ökonomisierung, den er als den treibenden Faktor

---

heben suchen. Auch Livingston und Asmolov (2010, S. 747) urteilen abweichend optimistischer, wenn sie prognostizieren, dass ein, wenngleich schlankeres, »core element of traditional news service« erhalten bleiben wird (im US-amerikanischen Raum v.a. die *NYT*, *WP*, *LA Times*, das *Wall Street Journal* oder die *BBC* und Auslandsnachrichteninitiativen bzw. -netzwerke wie z.B. *Globalpost*) und dieses insgesamt in einem Global Governance System verorten, in welchem Auslandsberichterstattung vor allem technologisch induziert koevolviert. Sambrook (2010, 97ff.) erkennt in der aktuellen Transitionsphase des internationalen Journalismus sogar eine notwendige marktinduzierte Korrektur, auf die viele Medienunternehmen nicht oder zu langsam reagieren und erwartet, dass »innovation and opportunity afforded by digital technology seems likely to herald a new golden age for those interested in reporting the world« (ebd., S. 102). Das klassische Auslandsbüro wird durch flexiblere (lokale) Arrangements ersetzt, die privilegierte Stimme des Korrespondenten durch die Vielzahl medienexterner (Netz-)Stimmen erweitert, die es nunmehr gilt zu aggregieren, kuratieren, zu verifizieren und zu analysieren – dies als primäre Aufgabe in der digitalen Nachrichtenwelt, ohne natürlich die Grundverantwortung der Korrespondenten als unabhängige Augenzeugen zu vernachlässigen. Dieser technologische Optimismus korrespondiert interessanterweise jedoch kaum mit zuvor getätigten Überlegungen: »Digital newsgathering may be cheaper, but the additional productivity is soaked up by the expansion in channels and outlets, all reflecting a similar core agenda. An exponential growth in output rests on a reduced base of professional international newsgathering. In such circumstances it is hardly surprising that opinion-led journalism is drowning out fact or evidence-based journalism« (ebd., S. 31). Gerade Studien zu Online-Nachrichtenaggregatoren wie *Google News* verweisen auf eine grundsätzlich limitierte Kernagenda internationaler Nachrichten (vgl. PRC 2006), womit eher von einer oberflächlichen Themenmultiplizität, denn einer tieferen Themendiversität gesprochen werden kann. Williams (2011, S. 168, 174) will trotz dieser Entwicklungen noch nicht den Tod der Auslandsberichterstattung konstatieren, spricht eher von ihrer Transformation, wenngleich eine grundlegende Skepsis spürbar bleibt.

**333** | Vgl. Mücke 2008, S. 19ff.

**334** | Vgl. Randal 2000, S. 34.

der stetigen Umfangsreduzierung von Auslandsberichterstattung ansieht und deutlich pessimistisch konstatiert:<sup>335</sup>

»Based on these structural and long-term assumptions, it can be proposed that there exists no future possibility of an increasing component of foreign news, in particular for global news reporting«. <sup>336</sup>

Unisono kritisiert McChesney (2011) die strukturellen Limitationen der US-amerikanischen Medien vor allem im Kontext der weltpolitischen Entwicklungen seit den einschneidenden Ereignissen vom 11. September 2001, wenn er bemerkt:

»Whereas Americans once tended to be misinformed about world politics, now they are uninformed. The US citizenry is embarrassingly and appallingly ignorant of the most elementary political realities in other nations and regions. It is an unmitigated disaster for the development of a meaningful democratic debate over international policy, and highlights a deep contradiction between the legitimate informational needs of a democratic society and the need for profit of the corporate media«. <sup>337</sup>

Auch Osnos (2010) umschreibt das 21. Jahrhundert als eine für den Journalismus traumatische Phase, als eine Ära, welche retrospektiv als »at best, severely chastening and, at worst, catastrophic« erscheinen wird. Er schließt in seiner Literaturdiskussion jedoch verhalten optimistisch im Vertrauen auf die Innovationskraft und Adaptationsfähigkeit des Journalismus insbesondere in Bezug auf die Mobilisierung finanzieller Ressourcen. <sup>338</sup>

Einzelne Medienorganisationen versuchen somit die antizipierbaren Berichterstattungsdefizite durch die Ausrichtung an und die Einbindung von aktuellen technologischen Entwicklungen sowie der konsequenten Redefinition des Begriffes des Auslandskorrespondenten, der in Konsequenz einer vollständigen Rollen- und Aufgabenrestrukturierung als ein den gesamten Nachrichtenverarbeitungsprozess inkorporierender Generalist – und damit als Einpersonen-Auslandsbüro – agieren muss, zu kompensieren. <sup>339</sup> Denn folgt man Carroll (2007), so ist es insbesondere eine profun-

**335** | Veranstaltungen wie die Diskussionsrunde »*Cultivating New voices, Approaches, and Audiences for national – and international – reporting in an era of global interconnectedness and shrinking news budgets*« (11. July 2011) am Berkman Center der Harvard University unterstreichen die Relevanz dieser Entwicklungen.

**336** | Altmeyden 2010, S. 568.

**337** | McChesney 2011, S. 111f.

**338** | Vgl. Osnos 2010.

**339** | Vgl. Dorroh 2008.



de Auslandsberichterstattung, die einer Medienorganisation die zwei zunächst nicht-monetären, schwer zu quantifizierenden Attribute Glaubwürdigkeit und Exklusivität garantiert und damit langfristig sowohl einen qualitativen als auch finanziellen Zuzugewinn für den jeweiligen Medientitel begünstigt.<sup>340</sup>

Diesen Überlegungen folgend begreifen Institutionen wie die Nachrichtenagentur *Associated Press* das Segment der internationalen Medienberichterstattung als zukünftigen Wachstumsmarkt und investieren strategisch in den Ausbau ihrer Auslandskapazitäten. Neben der infrastrukturellen Erweiterung des Korrespondentennetzwerkes durch neue bzw. wachsende Dependancen (v.a. in Ost-, und Südostasien und im Nahen Osten) sollen qualitative Vertiefungen in Form von Analysebeiträgen erfolgen und durch die Generierung von Soft News der bisherige Geschäftsfokus der Breaking News erweitert werden, um sowohl auf Ebene der geographischen Distribution als auch der Formatpräsenz ökonomischen Zielvorgaben zu entsprechen.<sup>341</sup>

Das Gesamtresümee ihrer Eindrücke veranlasst die Journalistin Sonia Mikich (2003) in Bezug auf die inhaltliche Ebene der internationalen Berichterstattung deutscher TV-Medien jedoch, von einem Trend zur »geistigen Provinzialisierung« zu sprechen. Insbesondere die Dominanz ausländischer Berichterstattung im nahezu imperativ erscheinenden Kontext von Kriegen, Krisen, Katastrophen und Krankheiten – dies mit einer überproportional deutlichen Bezugnahme auf die Entwicklungsländer, die zunehmende Trivialisierung, Entpolitisierung sowie der kommunikationstechnologisch induzierte Aktualitätszwang mit der einhergehenden Verunmöglichung investigativen journalistischen Arbeitens führen ihrer Ansicht nach zu einer defizitären, demokratietheoretisch inakzeptablen medialen Gesamtbeschreibung der komplexen Realität, die globale Politik in einer unausgeleuchteten und damit legitimatorisch schwer zugänglichen Sphäre belässt.<sup>342</sup> Internationale Berichterstattung soll-

---

**340** | Vgl. Carroll 2007, S. 6f. Interessant ist hier auch die Entwicklung des *Economist*, der seine Auflagenstärke (Print und Digital) im Zeitraum 2003 bis 2013 um 73 Prozent steigern konnte – dies trotz oder aufgrund seines internationalen Fokus (vgl. The Economist 2013). In einer Selbstcharakterisierung hat der ehemalige Editor Bill Emmott die Perspektive des Magazins als explizit global ausgerichtet bezeichnet (in Shanor 2003, S. 61)

**341** | Vgl. Ricchiardi 2008.

**342** | Vgl. Mikich 2003, S. 118ff. Vergleichbar äußert sich Schwanebeck (2003, S. 29), der für die internationale Berichterstattung im deutschen öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen deutliche Einschränkungen hinsichtlich ihrer Informations-, Interpretations- und Politikfunktion feststellt. Ein wesentlich optimistischeres Fazit bezüglich der deutschen TV-Auslandsberichterstattung zieht Lilienthal (2003, S. 31ff.), wenn er trotz bekannter Unzulänglichkeiten neben dem Bemühen um die Vermittlung von »good news« auch eine Vielfältigkeit

te vielmehr als analytisches Frühwarnsystem kommender Konflikte fungieren und hintergründige ökonomische und sozio-kulturelle Entwicklungen jenseits der reiner Eventfokussierung antizipieren, um Außenpolitik nicht innerhalb eines Nachrichten-vakuums agieren zu lassen und das distante, aber dennoch verflochtene Andere bzw. Fremde in seiner konstruierten Abgrenzbarkeit durch Vertrautheit aufzulösen.<sup>343</sup>

Aalberg u. a. (2013) weisen darauf hin, dass weniger marktorientierte Mediensysteme oder Sender tendenziell einen höheren Anteil an Auslandsberichterstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht (Umfang, weniger Soft News) aufweisen.<sup>344</sup> Russo (2009) zeigt diesbezüglich, dass in den USA allein das non-profit orientierte Syndizierungsnetzwerk *NPR* (National Public Radio) die einzige Rundfunkmedienorganisation darstellt, welche den Umfang der Auslandsberichterstattung ausbaut, wenngleich diese Entwicklung in Relation zur Spezifität der Demographie, des

---

in der Setzung von Auslandsthematiken konstatiert, die über den klassischen Kanon der Kriegs- und Krisenberichterstattung hinausreicht – dies vor allem erkennbar im direkten Vergleich mit anderen Ländern. Auch Breckl (2006, S. 160) beispielsweise erkennt für die Auslandsmagazine der öffentlichen Rundfunkanstalten *ARD* (*Weltspiegel*) und *ZDF* (*auslandsjournal*) Ansätze einer vergleichsweise differenzierteren und ausbalancierteren Auslandsberichterstattung (Breite des thematischen Spektrums und Weite des Kulturverständnisses (vgl. ebd., S. 123)). Ein fundamental kritischer Aspekt bleibt jedoch die Tendenz einer fehlenden publikumsorientierten Darstellung global-struktureller Kontexte und potenzieller Lösungsansätze und damit die vorrangige Vermittlung von faktischem Geschehen ohne das transformatorische Impulse und Notwendigkeiten benannt werden (vgl. ebd., S. 162). Einen pessimistischeren Befund liefert die Studie von Renneberg (2011), die auf Basis einer qualitativen Interviewstudie von Auslands-korrespondenten (Region Lateinamerika) schlussfolgert, dass ohne grundsätzliche Reformen des öffentlich-rechtlichen Systems die internationale Berichterstattung den Anforderungen der gegenwärtigen Globalisierungssituation nicht gerecht wird (vgl. ebd., S. 260). Katz und Liebes (2007, S. 157f.) erkennen darüber hinaus einen grundsätzlichen Trend für TV-Medienevents, sich in zunehmendem Maße an disruptiven Elementen wie Katastrophen, Terror und Krieg auszurichten und dem Motto »No more Peace!« anstelle eines »No more War!« den Vorrang zu geben. Einen prägnanten Problemaufriss bieten diesbezüglich auch Behmer und Wimmer (2005, S. 48ff.), die neben den offensichtlichen Defiziten auf Medieninhaltsebene auch die mangelnde Intensivierung kommunikationswissenschaftlicher Forschungsanstrengungen im Bereich des Development-, Dritte-Welt- bzw. Globaljournalismus kritisch beurteilen.

**343** | Vgl. Mikich 2007, S. 7f.

**344** | Vgl. Aalberg u. a. 2013, S. 394f. (Abb. 1 und 2), 403. Die TV-Berichterstattung z.B. in Indien verdeutlicht diesen Befund (Insgesamt: 13%, Privat: 9%, Öffentlich: 16%). Gegenteilig zeigt sich die Situation z.B. in Italien, Südkorea und Japan.

Bildungsniveaus und der Einkommenssituation des Publikums zu betrachten ist.<sup>345</sup> Burman (2009) verweist auf ähnliche programm- und organisationsspezifische Internationalisierungsanstrengungen der *CBC* (Canadian Broadcasting Corporation) seit dem Jahr 2007, bleibt für den Gesamtkomplex der Medien jedoch äußerst pessimistisch gestimmt.<sup>346</sup> Eine entsprechend positive Entwicklung können Kolmer und Semetko (2010) seit 2003 auch für die öffentlich-rechtlichen TV-Sender (*ARD*, *ZDF*) in Deutschland feststellen, wobei sie zeigen, dass der zu konstatierende deutliche Negativtrend der privaten TV-Kanäle im internationalen Niveauvergleich noch positiv bewertet werden kann.<sup>347</sup> Einen ähnlichen Kompensationseffekt für die Negativentwicklung bei den kommerziellen Sendern stellt Harding (2009) für die öffentlichen Programme der *BBC*, hier vor allem der digitalen Angebote, fest, dies jedoch bei gleichbleibender Reichweitenproblematik. Der Grundtenor einer Marginalisierung von internationalen Nachrichteninhalten bleibt jedoch weiterhin bestehen, wenn er festhält: »the first step to the ›global switch-off‹ is well under way«.<sup>348</sup>

Dass obige Aussagen insgesamt durchaus in ihrem medientypspezifischen und geographischen Untersuchungskontext betrachtet werden müssen, erscheint naheliegend. Es ist zu vermuten, dass die angeführten Studienergebnisse kein abschließendes Urteil über einen ubiquitären regressiven Entwicklungstrend in der Auslandsberichterstattung zulassen, sondern das diese vor dem Hintergrund geographischer Beschränkungen bzw. lokaler Dynamiken eingeordnet werden müssen.<sup>349</sup> Vorliegende Forschungsdesiderate, welche sich insbesondere auf die Entwicklungen in den nicht-westlichen Regionen der Welt beziehen, können in ihrer Bearbeitung gegebenenfalls relativierende Erkenntnisse liefern, in deren Konsequenz vermeintlich global getrof-

**345** | Vgl. Russo 2009, S. 27f.; vgl. NPR 2009; vgl. zur grundsätzlichen Qualität des *NPR*, auch im historischen Vergleich, Cozma 2010.

**346** | Vgl. Burman 2009, 137ff., 141.

**347** | Vgl. Kolmer und Semetko 2010, S. 708f. Die Anteile an TV-Auslandsnachrichten betragen demnach für 2007/2008: Deutschland: 45%, Schweiz: 47%, Frankreich: 34%, UK: 39%, Italien: 29%, Spanien: 36%, Südafrika: 34% und die USA: 23% (vgl. hier insbs. Tab. 3). Vergleiche auch die Eigendarstellung des *ZDF* 2011, in der auf den kontinuierlich gestiegenen Anteil von produzierten Sendeminuten der assoziierten Auslandsstudios in 2010 (Basis 2007) verwiesen wird.

**348** | Harding 2009, S. 27.

**349** | Beispielsweise erkennt Sambrook (2010, S. 98f.) neben den krisenhaften Symptomen des westlichen internationalen Journalismus positive Entwicklungen u.a. in Afrika und China. Zudem prognostiziert er eine die globale Nachrichtenagenda beeinflussende Verschiebung der aktuell dominierenden westlichen Nachrichtenkultur zugunsten eines asiatischen Modells.

fene Annahmen revidiert werden müssen. Zeitgleich – und das ist die eigentlich spannende Herausforderung – kann und sollte damit auch eine globale Ausbalancierung der kommunikationswissenschaftlichen Studienlage an sich unterstützt werden.

### 3.5.2. Analytischer Referenzrahmen zur Auslandsberichterstattung

Zur Analyse der (globalen) Medienberichterstattung zu den Vereinten Nationen soll auf den von Hafez (2002b) vorgeschlagenen generellen theoretischen Referenzrahmen zur massenmedialen Auslandsberichterstattung zurückgegriffen werden.

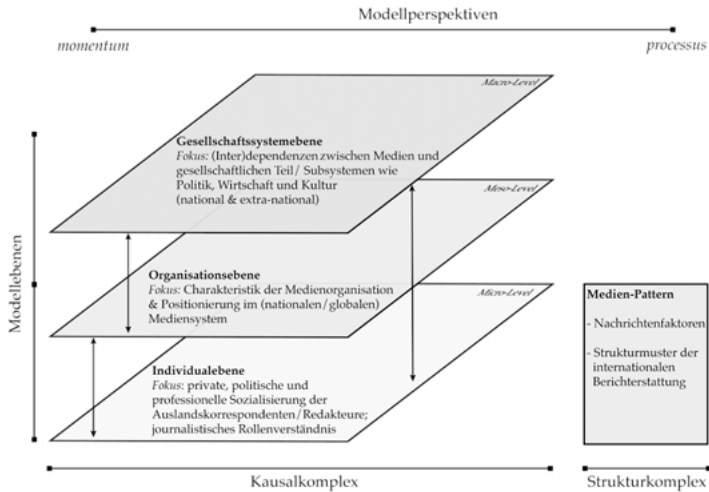
Das dargestellte Theoriegerüst (Abb. 3.3) versucht in seinem holistischen Ansatz einerseits die medieninhaltsrelevanten Darstellungsmuster und andererseits die Begründungs- und Wirkungszusammenhänge im Bereich der inter- bzw. transnationalen massenmedialen Kommunikation zu fassen und führt mit dem entsprechenden *Strukturkomplex* und *Kausalkomplex* zwei Modelldimensionen ein, in denen neben den (a) agendabestimmenden Nachrichtenfaktoren und anderen strukturellen Mustern der globalen Medienberichterstattung auch (b) unterschiedliche Modellebenen von Einflusspotentialen (Individual-, Organisations- und Gesellschaftssystemebene) einbezogen werden.<sup>350</sup>

Beiträge der internationalen bzw. globalen Berichterstattung können, Hafez folgend, auf dem *Micro-Niveau* bzw. der *Individualebene* als potentielle Konsequenzen entsprechender politischer Sozialisierungsprozesse, d.h. der individuellen Sozialisation, verstanden werden, welche Medieninhalte hinsichtlich ihres Framings, der thematischen Schwerpunktsetzung oder Omission mitgestalten. Darüber hinaus liegt der Fokus innerhalb dieser Betrachtungsebene auf dem professionsbezogenen Verständnis der jeweiligen journalistischen Rollenkonzeption<sup>351</sup> und wirksamen Verhaltenskodizes im Kontext internationaler Ereignislagen. Während somit einerseits Stereotypen und Ideologien als Einflussfaktoren konzipiert werden, wird andererseits auf die konkurrierenden Rollenmodelle der internationalen Berichterstattung verwiesen. In Anlehnung an B. C. Cohen (1963) benennt Hafez mit den abzugrenzenden Ideen des *neutralen Informanten* und des *aktiven außenpolitischen Mitgestalters* (in den al-

<sup>350</sup> | Vgl. auch nachfolgend Hafez 2002b, S. 31ff.

<sup>351</sup> | Hafez (ebd., S. 78) formuliert die zugrunde liegende Hypothese folgendermaßen: »Berufsrollen sind im Bereich der internationalen Darstellungsprozesse in Massenmedien Antizipationen der gesellschaftlichen Wirkung und Bedeutung von Auslandsbildern und Auslandsberichterstattung. Die aus diesen Wirkungsannahmen abgeleiteten Intentionen (Wirkungsabsichten) können auf den Produktionsprozess der Auslandsberichterstattung zurückwirken und die Beschaffenheit des Auslandsbildes mitbestimmen«.

Abbildung 3.3.: Referenzrahmen der Einflusspotentiale und  
Strukturen inter- bzw. transnationaler  
Medienberichterstattung



Quelle: Graphisch überarbeitete und modifizierte Darstellung  
auf Basis von Hafez (2002b, S. 32)

alternativen oder komplementären Nuancen des *Repräsentanten der Öffentlichkeit*, des *außenpolitischen Kritikers* oder des *außenpolitischen Advokaten*) Idealtypen journalistischer Rollenkonzeptionen, die um das normative Rollenverständnis des *kulturellen Übersetzers* ergänzt werden und jeweils typenspezifische Darstellungsimplicationen vorweisen.<sup>352</sup> Insgesamt können die Bereiche der politischen und professionellen

**352** | Dem Feld der Interkulturalität und Translation im Kontext der Auslandskorrespondenz sowie den verbundenen Äquivalenzproblematiken widmen sich auch Hahn, Lönnendonker und Schröder (2008). Übersetzungsleistungen sind dabei nicht nur sprachliche Umkodierungen, sondern auch immer kulturelle Umkodierungen in einem ambiguitätsbehafteten Kommunikationsverhältnis zwischen differenten sozio-kulturellen Bezugsrahmen. Adaptationen in Form von »transkreativen« Reformulierungsprozessen, die präzise Wortübertragungen durch publikumssensitive und den sozio-kulturellen Kontext beachtende »Sinn-für-Sinn-Übersetzungen« substituieren, beschreiben hierbei die notwendigen Kompetenzen von Auslandskorrespondenten am treffendsten (vgl. ebd., S. 53ff., 58, H.i.O.).

Sozialisation als potentiell konfliktäre bzw. ggf. konkurrierende Sphären innerhalb des theoretischen Micro-Niveaus verstanden werden.<sup>353</sup>

Den analytischen Schwerpunkt des *Meso-Levels* bzw. der *Organisationsebene* stellt die Medienorganisation und ihre spezifische strukturelle und verhaltensbezogene organisationale Charakteristik (Medientyp (Print, Web), Periodizität (Tages-, Wochen-, Monatsrhythmus), präferierte Darstellungsform (Nachricht, Meinungsbeitrag)) sowie ihre Positionierung im (inter-)nationalen Mediensystem (Leitmedienumcharakter, geopolitische Verortung) dar. In diesem Zusammenhang können das Verhältnis von journalistischen Eigenbeiträgen zu Agenturinhalten,<sup>354</sup> die Stellung der Auslandsredaktion in der Organisationshierarchie, die Vernetzungsqualität und -quantität von Zentralredaktion und Korrespondenten(network),<sup>355</sup> die politischen

---

**353** | Vgl. Hafez 2002b, S. 73f., 79f.

**354** | Hafez (ebd., S. 94ff.) kondensiert als ein wesentliches Ergebnis seiner Forschungssynopse die zentrale Stellung (internationaler) Nachrichtenagenturen heraus, denen eine durch relative Passivität gekennzeichnete Redaktion der Medienorganisation gegenübersteht. Deren wesentliche Tätigkeit besteht zumeist im Redigieren, da die Agenturen einen erheblichen Einfluss auf das Spektrum, die Selektion und Strukturierung (Agenda Setting) und auf die formale Gestaltung der internationalen Medienberichte besitzen. Die direkten Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten der Nachrichtenagenturen müssen insgesamt aber relativiert werden, da sie ihrerseits ebenfalls Medienorganisationen sind, deren journalistische Beiträge auf allen der o.g. theoretischen Modellebenen (Micro-, Meso-, Macro-Niveau) vergleichbaren Wirkparametern ausgesetzt sind. Dabei tritt auch bei den großen, global agierenden Agenturen eine relativ deutliche nationale und/oder hemisphärische Verankerung zutage (Affinität gegenüber nationalen Positionen im Rahmen außenpolitischer Kontexte, tendenzielle Präferenz von offiziellen und dem globalen Norden zuzuordnenden Informationsquellen). Agenturen zeigen damit ein vergleichbares Verhalten zu den im Informationsfluss kaskadisch nachgelagerten Medienorganisationen und verweisen im Hinblick auf ihre Passivität im Bereich der Nachrichtenrecherche und -generierung auf eine besondere Empfänglichkeit für Kommunikationsinhalte einer aktiv agierenden *public diplomacy* von vor allem national-exekutiven Akteuren, aber auch internationalen Exekutiven und Organisationen, womit insbesondere der Identifizierung, Transparenz und Einordnung referenzierter Quellen in der internationalen Medienberichterstattung eine qualitativ nicht zu vernachlässigende Bedeutung zukommt (vgl. ebd., S. 97ff.).

**355** | Einerseits sind unter diesem Aspekt nach Hafez die sozialen Beziehungen zwischen Redakteuren und Auslandskorrespondenten gefasst, die die tendenzielle Kollision der an sich kontingenten Erwartungserwartungen von Auslandsredaktion- und Korrespondent im Hinblick auf die Steuerungsansprüche seitens der Redaktion und die damit verbundenen potentiell konfliktären Aushandlungsprozesse beschreiben. Andererseits sind hier die komplexen Verflechtungen interdependenter Wirkvariablen wie die (ggf. starken und homogenisierenden) Einflüsse von

oder normativen Intentionen des Verlages, die Positionierung im Spektrum nationaler oder internationaler innerjournalistischer Meinungsführerschaft sowie die ökonomisch relevanten Nachfrage- und Konsumentenstrukturen (öffentliches Interesse) als Restriktions- oder Fazilitationsfaktoren von auslandsorientierter Medienberichterstattung betrachtet werden.<sup>356</sup>

Fokus des *Macro-Levels* bzw. der *Gesellschaftssystemebene* sind die (Inter-)Dependenzen zwischen den Medien und anderen gesellschaftlichen Teil- bzw. Subsystemen wie Politik, Wirtschaft und Kultur bzw. der Gesellschaft als aggregierte Gesamtsphäre. Das spezifische Interesse kann dabei, je nach Fragestellung, auf die nationale Auslandsagenda und die nationalinhärenten Einflussfaktoren, die Interdiskursbeziehungen zwischen nationalem und extra-nationalem Raum oder auf die in der extra-nationalen Sphäre relevanten medialen Funktionsaspekte der internationalen Krisen- und Konfliktkommunikation oder inter- bzw. transkulturellen Kommunikation<sup>357</sup> gerichtet sein. Gleichmaßen können grundsätzliche global-demokratische Kommunikationsanforderungen an zunehmend komplexere Global Governance Konstellationen und Prozesse von Relevanz sein.<sup>358</sup>

Mediensysteme erscheinen dabei in ihren systemischen Verflechtungen zu anderen Systemen je nach eingenommener Perspektive zugleich als agierende Subjekte und passive Objekte, womit die journalistische Themenagenda und außenpolitische Handlungsagenda multidirektionalen Aushandlungs-, Einfluss und Beeinflussungsprozessen zwischen medialem und politischem System unterliegen, die sich in ihrer Tendenz an einem systemischen Äquilibrium orientieren, dieses aber mit der Konsequenz eines temporär einseitigen Systemprimats durchaus durchbrechen können.<sup>359</sup>

---

Nachrichtenagenturen und das im Vergleich zur Heimatredaktion oft divergente Meinungsführemilieu für die Berichterstattung der Korrespondenten von Interesse. Wobei letzterer Punkt, trotz medienlogischer Restriktionen, für den Korrespondenten die Chance birgt, durch die extensive Rezeption extra-nationaler Medientitel (d.h. lokaler Titel aus Sicht des Korrespondenten) einen Emanzipationsprozess gegenüber den tendenziell dominierenden Agenturen oder im Verhältnis zur eigenen Medienorganisation zu initiieren (ebd., S. 105ff.).

**356** | Vgl. detaillierter auch ebd., S. 88ff.

**357** | Vgl. ausführlich ebd., S. 108ff.

**358** | Die theoretischen Aspekte des vorgestellten Modells lassen sich, quasi unabhängig von der wissenschaftstheoretischen Zugangsperspektive, beispielsweise auch in den von Hannerz (2004) und Dreßler (2008) vorgelegten ethnographischen Studien zur Sphäre der Auslandskorrespondenten bzw. Auslandsberichterstattung auffinden.

**359** | Vgl. Hafez 2002b, S. 128-130.

Aus modelltheoretischer Perspektive kann, wenngleich von Hafez nicht explizit thematisiert, zudem angenommen werden, dass das Verhältnis der beschriebenen analytischen Ebenen zueinander als non-hierarchisch zu charakterisieren ist und die unterschiedlichen Komplexitätsniveaus sich in einem Reziprozitätsverhältnis befinden, welches in der Summe zu dem durch individuelle, organisationale und umweltsystemische Faktoren getragenen Gesamtbild der internationaler Medienberichterstattung führt. Als ergänzend können außerdem die dem Referenzrahmen hinzugefügten Modellperspektiven *momentum* und *processus* verstanden werden, die auf die grundsätzliche Möglichkeit einer statischen oder zeitlich-fluiden Betrachtung des Kausal- bzw. Strukturkomplexes verweisen und damit zueinander komplementäre Analyseaspekte globaler Medienberichterstattung akzentuieren.

### 3.5.3. Muster & Strukturtheoreme der internationalen Medienberichterstattung

Die Analyse der Determinanten transnationaler Kommunikation bzw. massenmedial vermittelter Auslandsberichterstattung steht in direktem Zusammenhang mit den zutiefst normativ geprägten Überlegungen zur Genese einer potentiell globalen Weltöffentlichkeit. Strukturelle Asymmetrien und (Inter)Dependenzen, die Einfluss auf die Charakteristik von Kommunikationsinhalten haben, wurden schon in den 1970er Jahren insbesondere durch die Nationen der Dritten Welt in den Debatten zur *New World Information and Communication Order* (NWICO) thematisiert. Die UNESCO fungierte hierbei als politisch-organisatorische Arena. Die aktuelleren Diskussionen einer *Information Society* auf dem *United Nations World Summit on the Information Society* (WSIS) können als Komplement dieser Entwicklungen verstanden werden, wenngleich unter anderen Perspektiven auf und Bedingungen für die Prozesse globaler Media Governance.<sup>360</sup> In der UNESCO-Mediendeklaration von 1978 wurde durch das Engagement der Entwicklungsländer ein konzeptioneller Perspektivenwechsel vom »*free flow of information*« zum »*free and balanced flow of information*«<sup>361</sup> vollzogen.<sup>362</sup> Die Unausgewogenheiten und Verzerrungen in den internationalen Kom-

---

**360** | Eine Darstellung der historischen Entwicklungslinie erfolgt in Carlson (2003).

**361** | UNESCO 1979, S. 100ff.

**362** | Wörtlich heisst es hierzu in Artikel X, Abs. 2: »It is important that a free flow and wider and better balanced dissemination of information be encouraged.« Darüber hinaus wird in Artikel XI konstatiert: »For the establishment of a new equilibrium and greater reciprocity in the flow of information, which will be conducive to the institution of a just and lasting peace and to the economic and political independence of the developing countries, it is necessary to correct



munikationsbeziehungen, die von den Entwicklungsländern als Dominanz westlicher Nachrichtenagenturen und Massenmedien wahrgenommen wurden, fanden ihre Dokumentation im durch die MacBride-Kommission im Auftrag der UNESCO erstellten Report *Many Voices, One World*.<sup>363</sup> Das Defizit im Kommunikationsfluss lässt sich demnach aufgrund der festgestellten Ungleichgewichte metaphorisch als Einbahnstrasse charakterisieren.<sup>364</sup> Die Autoren halten fest, dass sich die Flussrichtung von Informationen und bspw. medialen Programmen in geographischer Dimension am jeweils kleineren Land, in technologischer Dimension am Land mit dem jeweils eingeschränkteren technischem Niveau, in politischer Dimension an dem Land mit dem geringeren politischen Einflusspotential ausrichtet und das im nationalen Kontext dieses Muster sein Pendant in der einseitigen Kommunikationsausrichtung vom vermachteten Zentrum zur zivilgesellschaftlichen Peripherie findet.<sup>365</sup> Insgesamt las-

---

the inequalities in the flow of information to and from developing countries, and between those countries«. Eine kritische Einschätzung des Verhandlungsverlaufes und der Resultate findet sich bei Becker (1985, S. 48ff.).

**363** | Ein Überblick zur Entwicklung einflussreicher Nachrichtenagenturen und ihre Problematisierung im Zusammenhang mit der Neuen Informations- und Kommunikationsordnung findet sich bei Siebold (1984, S. 45ff.).

**364** | Die Einschätzung einer sowohl quantitativen als auch qualitativen Disparität des globalen Nachrichtenflusses (insbs. in der südlichen Hemisphäre) basiert dabei auf dem basalen Konzept der *Verteilungsgerechtigkeit* (*distributive justice*), wie es schon im Rahmen der Diskussion um die Neuausrichtung der globalen Wirtschaftsbeziehungen (*New International Economic Order*) formuliert wurde. Der strukturelle Zusammenhang bzw. die Abhängigkeit kommunikationstheoretischer und -praktischer Überlegungen von faktisch wirkenden internationalen Macht-, Handels-, Produktions- und Finanzmarktstrukturen sowie der nachrichtenhärente strategische Wert von Informationen in den internationalen Beziehungen generierte in der Auseinandersetzung mit diesem grundlegenden Konzept ein merkliches Konfliktpotential in den Diskussionen um die *NWICO* (vgl. Alleyne 1997, S. 57). Alleyne konstatiert zudem, dass selbst bei maximaler Pressefreiheit, garantiert durch fehlende staatlich-invasive Reglements, ökonomische und ideologische Faktoren Einfluss auf die internationale Berichterstattung haben und schließt daraus: »Distributive justice applied to international news coverage, and liberal-democratic press theory and ideology, are fundamentally incompatible. The more liberal-democratic the world press system is, the more unlikely it is that claims for equal coverage of regions will be realized« (ebd., S. 88).

**365** | Analyseebenen zur Balance des Nachrichtenflusses können das Verhältnis zwischen a) entwickelten und Entwicklungsländern, wenn der Informationsfluss durch das Bestehen oder Nichtbestehen angemessener Infrastrukturen bestimmt ist; b) Ländern mit unterschiedlichen

sen sich die beschriebenen Mechanismen auf alle Weltregionen übertragen und in verschiedenen Konstellationen (historisch, kulturell, sprachlich) und unterschiedlich intensiven Ausprägungen auffinden. Am deutlichsten werden die Diskrepanzen jedoch im Verhältnis zwischen westlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern, deren Beziehungen sich durch eine Nord-Süd-Ausrichtung des Nachrichtenflusses auszeichnen.<sup>366</sup> Die quantitative Unausgeglichenheit zwischen dem Norden und Süden resultiert aus der Disparität der Volumina von Nachrichten- und Informationsflüssen in die Entwicklungsländer und den ihnen gegenüberstehenden Kommunikationsflüssen in die Industrienationen. Das Missverhältnis äußert sich damit durch eine tendenziell unidirektionale Beziehung, in der die Länder der Dritten Welt einem überproportional starken Informationsfluss aus den Industrienationen unterliegen, dies aber vice versa nicht gilt, obwohl die Entwicklungsländer in Summe den überwiegenden demographischen Anteil der Weltbevölkerung stellen.<sup>367</sup>

Die Vielschichtigkeit des Problemzusammenhangs zeigt sich demnach auch in der Unausgeglichenheit bezüglich der Informationsquellen. Die strukturelle Konzentration der Nachrichtenselektion und Verbreitung folgt demnach den ökonomischen und politischen Machtstrukturen, wobei die wesentlichen Kommunikationsflüsse durch die dominierenden, meist westlichen Nachrichtenagenturen bestimmt werden, die damit die internationale Nachrichtenagenda prägen und im Zuge dessen die meisten Entwicklungsländer in den Status reiner Informationskonsumenten gedrängt werden.<sup>368</sup> Die bestehende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von international dominierenden Akteuren, dies aufgrund ihrer kommunikationsstrukturellen Unzulänglichkeiten wie dem Mangel an finanziellen und professionellen Kapazitäten, führt wiederum zu einem Defizit an entwicklungsländerspezifischen Informationsquellen und Nachrichten. Letztere sehen sich zudem mit einem hohen Grad an Indifferenz, hohen Aufmerksamkeitsbarrieren und restriktiven Selektionskriterien in den Auslandsredaktionen der Welt konfrontiert.<sup>369</sup> Die Entwicklungsländer befinden sich somit in einem paradoxen Dilemma, da die Berichterstattung über sie selbst, in Abwesenheit direkter Kommunikationsbeziehungen untereinander, aber auch das Informieren über die Auslandsgeschehnisse über dieselben dominierenden globalen

---

politischen und sozio-ökonomischen Systemen; c) entwickelten Ländern, die demselben politischen System angehören, besonders zwischen größeren und kleineren Ländern und d) den Ländern der Dritten Welt selbst sein (UNESCO 1981, S. 63).

**366** | Vgl. ebd., S. 189.

**367** | Vgl. Masmoudi 1979, S. 172f.

**368** | Vgl. ebd., S. 173.

**369** | Vgl. UNESCO 1981, S. 190.

Agenturen erfolgt. Damit wird jedoch die Perspektive eben dieser Agenturen oktroiert, deren Selektionsmechanismen Entwicklungsländer – sofern sie überhaupt in den Fokus gelangen – oft negativ-konfliktär kontextualisieren.<sup>370</sup> Eine jedoch überwiegend ethnozentrisch geprägte Nachrichtenselektion, die sich nach den Anforderungen der Öffentlichkeit des eigenen Ursprungslandes richtet, vernachlässigt die internationale Wirkungsdimension und führt in anderen Ländern zu einer möglichen Irrelevanz der Berichterstattung.<sup>371</sup> Da Verzerrungen und Unausgewogenheiten in gewisser Weise die dominierenden Interessen der Gesellschaften widerspiegeln, von denen sie ausgehen, können sie tendenziell ein destabilisierendes Einflusspotential auf die gesellschaftspolitischen Strukturen anderer (Entwicklungs-)Länder aufbauen.<sup>372</sup>

Der politische Charakter des MacBride-Berichtes wird dann ersichtlich, wenn einerseits festgestellt wird, dass die Problematik der einseitigen Ausrichtung des Nachrichtenflusses sowohl auf die entwickelten Länder als auch auf die Entwicklungsländer zutrifft<sup>373</sup> und andererseits konstatiert wird, dass »die Einbahnstraße der Kommunikation jedoch grundsätzlich ein Spiegelbild der in der Welt vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen [ist], die die Abhängigkeit der ärmeren von den reicheren Ländern perpetuieren bzw. vergrößern«.<sup>374</sup> Die insbesondere von den Entwicklungsländern geforderte Etablierung einer neuen Weltkommunikationsordnung, im Sinne einer Demokratisierung von Kommunikationsverflechtungen in der unidirektionale Flüsse durch bidirektionale Austauschprozesse ersetzt werden, soll zu einem höheren Grad an kommunikativer Autonomie, Gegenseitigkeit, Enthierarchisierung und kultureller Identität führen.<sup>375</sup>

Neben den Überlegungen zu den Kommunikations- und Informationsflüssen im internationalen Umfeld setzt sich der MacBride-Bericht auch mit der Qualität der Medien- und Kommunikationsinhalte auseinander und nimmt auf dieser Ebene (a) eine definitorische Kritik der Konzepte Nachricht und Nachrichtenwert und (b) eine Kritik der Nachrichtenaufbereitung und -dissemination vor. Die klassische Begriffsbestimmung einer Nachricht durch Elemente wie Aktualität, Neuigkeit usw. muss demnach insbesondere im internationalen Kommunikationszusammenhang um eine umfassende Kontextualisierung der jeweiligen Ereignisse ergänzt werden. Das

**370** | Vgl. Masmoudi 1979, S. 173f.

**371** | Vgl. ebd., S. 174f.

**372** | Vgl. UNESCO 1981, S. 64.

**373** | Vgl. auch Hafez 2002b, S. 55.

**374** | UNESCO 1981, S. 192.

**375** | Vgl. ebd., S. 18, 27, 186.

Verständnis von Nachricht nicht nur als singuläres Ereignis, sondern deren Verortung im jeweiligen Entstehungsumfeld und ihre Einordnung innerhalb eines übergreifenden Entwicklungsprozesses, soll zudem zu einer Problemsensibilisierung und einem erweiterten Interessensradius führen. Dabei wird deutlich, dass Informationen und hier im engeren Sinne Nachrichten als nationale Ressource und pädagogisches Potential verstanden werden.<sup>376</sup> Trotz der Kritik des Nachrichtenwertkonzeptes im Hinblick auf die primäre Reduzierung auf Nachrichten devianten Charakters (Krisen, Konflikte, Katastrophen, politische und wirtschaftliche Missstände) wird dieser funktionelle Aspekt nicht vollständig aufgegeben, sondern um eine komplementäre Nachrichtendefinition vervollständigt, die die gesellschaftspolitische Relevanz der Nachricht für das Land, welches im Mittelpunkt der Berichterstattung steht, betont und zudem auf die (impliziten) Potentiale von Kommunikation für gesellschaftliche Transformations- und Entwicklungspfade hinweist.<sup>377</sup>

Neben den beschriebenen Ausblendungen und simplifizierenden Reduzierungen, die sich in der internationalen bzw. globalen Medienberichterstattungspraxis auffinden lassen, führt der Bericht weitere Aspekte an, die als Unzulänglichkeiten in der Auslandsberichterstattung verstanden werden:<sup>378</sup>

- Überbetonung insignifikanter Ereignisse
- Präsentation disparater Fakten und Teilwahrheiten als konsistent wirkendes Ganzes
- intendierte Fehlinterpretationen durch implizite Schlussfolgerungen
- Exaggeration potentieller Antagonismen als präventive Legitimation von Handlungsmustern von Individuen, Gesellschaft und Politik
- Omittieren relevanter Fakten und Ereignisse

Ursachen für tendenzielle Deformationen in der globalen Berichterstattung sehen die Autoren des Reports unter anderem darin, dass sich journalistische Entscheidungen am antizipierten Interesse ihres Publikums ausrichten, dass stereotype und ethnozentrische Perspektiven Schwerpunktsetzungen und Interpretationen beeinflussen, dass fehlendes länder- bzw. regionenspezifisches Hintergrundwissen einer korrekten Einordnung und einem umfassenden Verständnis entgegensteht und dass medieninhären-

---

**376** | Vgl. UNESCO 1981, S. 203f.

**377** | Vgl. ebd., S. 192, 204.

**378** | Vgl. UNESCO 1981, S. 204f. Formulierungen in Anlehnung an Hafez 2002b, S. 55f.

te Format- und Zeitrestriktionen grundsätzlich komplexe Darstellungserfordernisse konterkarieren.<sup>379</sup>

Zusammenfassend geht der MacBride-Bericht somit von einem multidimensionalen Modell zur internationalen Berichterstattung aus, in dem auf Basis der Relation des Elements zum Ganzen (Kontextdimension), des Ereignisses zur Entwicklung (Prozessdimension) und der Kommunikationsinhalte zur vermittelten Realität (epistemologische Dimension) die Möglichkeit erwächst, die Inhaltsstrukturen internationaler bzw. globaler medienvermittelter Kommunikation näher zu bestimmen.<sup>380</sup> Auch wenn der Bericht in der Analyse quantitativer und qualitativer Defizite in der internationalen Berichterstattung insbesondere Bezug auf die westlichen Industrieländer nimmt,<sup>381</sup> betrachtet er sie jedoch nicht als eine homogene Gruppierung, sondern weist auf Unterschiede hin<sup>382</sup> und unterstreicht zudem, dass die genannten Probleme eine Entwicklungsaufgabe für alle Mediensysteme darstellt – sowohl für die westlichen Industrienationen als auch für die Entwicklungsländer.<sup>383</sup>

Wenngleich sich die Intensität der Auseinandersetzungen um die Neujustierung der globalen Kommunikationsbeziehungen nach der Veröffentlichung des MacBride-Berichtes in Politik und Wissenschaft verringert hat,<sup>384</sup> und Hamilton und Lawrence (2010b) sogar bemerken, dass »[o]ne iteration of the New International Information Order is passé«,<sup>385</sup> zeigt sich jedoch eine fortwährende Relevanz der in die Diskussion um die NWICO eingebrachten Argumente. Die Notwendigkeit zur Demokratisierung weltumspannender Kommunikationsbeziehungen in den Bereichen Politik, Technologie, kulturelle Identität, Menschenrechte und internationaler Zusammenar-

---

**379** | Vgl. UNESCO 1981, S. 205.

**380** | Vgl. Hafez 2002b, S. 56.

**381** | Vgl. UNESCO 1981, S. 192.

**382** | Vgl. ebd., S. 229.

**383** | Vgl. UNESCO 1981, S. 193, 228; Letzterer Aspekt wird unterstrichen in der Berichtsanalyse von Hafez 2002b, S. 55.

**384** | Kleinwächter (1993, S. 16ff.) weist auf den relativen Relevanzverlust des NWICO-Konzeptes in den 1980er Jahren und den erneuten Bedeutungszugewinn in den 1990er Jahren unter den gravierend veränderten geopolitischen und technologischen Vorzeichen hin. Insbesondere die sich mit Beginn dieser Dekade etablierenden *MacBride Round Tables* (zu den verabschiedeten Statements vgl. Vincent, Nordenstreng und Traber 1999, S. 313ff.) können als Indikatoren einer konzeptuellen und organisatorischen Reanimierung im Sinne einer interdisziplinären und zivilgesellschaftlich verankerten *Media Reform Movement* (vgl. Traber und Nordenstreng 1992) verstanden werden.

**385** | Hamilton und Lawrence 2010b, S. 633.

beit bleibt virulent, dies sowohl hinsichtlich der Etablierung des »Right to Communicate« als auch in den aktuelleren Diskussionen zu den Bedingungen und der Ausgestaltung einer globalen Informationsgesellschaft (*Global Information Society*). Diese ist trotz des veränderten geopolitischen, global-ökonomischen und technologischen Kontextes de facto weiterhin durch eine unausgewogene Verteilung von Kommunikationsressourcen und Asymmetrien im Kommunikationsaustausch (international wie intranational)<sup>386</sup> und einer damit nahezu unveränderten strukturellen Problemlage<sup>387</sup> gekennzeichnet, die sich in der persistenten »informationellen und medialen Unterlegenheit der Entwicklungsländer«<sup>388</sup> bzw. in der ausbleibenden Diffusion perspektivwechselinduzierender alternativer Weltsystementwürfe in den dominierenden journalistischen Zentren<sup>389</sup> widerspiegelt.<sup>390</sup>

Padovani und Nordenstreng (2005) kritisieren in diesem Zusammenhang die eigentlichen Debatten zur Überwindung der substantiellen Defizite globaler Kommunikationszusammenhänge (»digital divide«) im Rahmen des *United Nations World Summit on the Information Society* (WSIS), da diese nicht nur die historischen Bezugnahmen zu früheren Auseinandersetzungen um globale Kommunikationsdisparitäten (NWICO) ausschließen, sondern auch die ex post als nicht zielführend erkannte dominante politische Perspektive früherer Jahre durch eine primär informationstech-

**386** | Vgl. Mastrini und Charras 2005, S. 274f.

**387** | Vgl. Sosale 2003, S. 389; vgl. im Grundtenor übereinstimmend auch Kleinwächter 1993, S. 19.

**388** | Hafez 2005b, S. 190.

**389** | Vgl. Sosale 2003, S. 384ff.

**390** | Pasquali (2005, S. 295ff.) verweist auf die anhaltend unterschiedlichen konzeptuellen Schwerpunktsetzungen zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens. Während erstere Kommunikation(sbeziehungen) vorwiegend vor dem Hintergrund des Begriffes der Freiheit diskutieren, erhalten in den Entwicklungsländern insbesondere Fragen zum universellen Menschenrecht auf Kommunikation (*right to communicate*), der Demokratisierung von Kommunikation (Themenpluralität, Minoritäteninvolvierung, öffentliche Kontrolle von Medienorganisationen und Medienkonzentrationen) sowie zum allgemeinen Zugang und einer aktiven Partizipation ihre Relevanz. Obwohl der globale Süden durch die NWICO-Diskussionen im besonderen Maße als für Kommunikationsdefizite und -disbalancen sensibilisiert erschien, kann paradoxerweise eine vergleichsweise Stagnation gegenüber dem Norden konstatiert werden. Diese ist demnach unter dem Einfluss dominierender Marktlogiken oder politisch-autoritärer Strukturen in Asien und Afrika durch einen langsamen Fortschrittsprozess bzw. in Lateinamerika durch eine regressive Entwicklung in Bezug auf die Faktoren Diversität, Demokratisierung und Partizipation gekennzeichnet.

nologisch geprägte Sichtweise (Konnektivität und Infrastruktur) ersetzen. Dabei entspräche ein beidseitig informierter sowie kommunikationshistorisch sensibilisierter Ansatz eher einem adäquaten Analyserahmen zur Reflexion dieses UN-Millenniumsziels.<sup>391</sup>

Als die umfangreichste empirische Einzelanalyse der internationalen Medienberichterstattung gilt die *Foreign News-Studie*, welche von der *International Association of Mass Communication Research* (IAMCR) stellvertretend für die UNESCO durchgeführt wurde.<sup>392</sup> Als wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung von

---

**391** | Vgl. Padovani und Nordenstreng 2005, S. 265, 268; Mastrini und Charras (2005, S. 280ff.) weisen in Bezug auf die offizielle Deklaration des WSIS (*Building the Information Society: a Global Challenge in the New Millennium*) ebenfalls auf eine Reihe von veränderten Schwerpunktsetzungen hin, die hinter die in der NWICO-Diskussion identifizierten Problemfelder und -definitionen zurückfallen und die konstant existenten Konfliktarenen internationaler (Kommunikations-)Beziehungen ausblenden. Erkennbar ist demnach die benannte Aufgabe einer primär kulturell bzw. gesellschaftlich geprägten Perspektive auf Kommunikationsprozesse zugunsten einer technologisch und ökonomisch orientierten Sichtweise, die einerseits durch den definitorischen Shift vom Konzept der »Kommunikation« zu dem der »Information« erkennbar wird und sich außerdem in der Verschiebung der bis dato organisatorischen Verantwortlichkeit der UNESCO in den Bereich der International Telecommunication Union (ITU) zeigt. Kritik wird zudem gegenüber der Vernachlässigung medienökonomischer Konzentrationsprozesse und deren Folgen (zur Relevanz dieser vgl. u.a. Thussu 2005, S. 55ff.), der Ausblendung der Bedeutung von traditionellen (Massen-)Medien, Lokalmedien und öffentlich-rechtlichen Medien für die globale Informationsgesellschaft sowie im Hinblick auf den dominierenden Internet-Fokus (wie u.a. auch bei Schmemmann 2010, S. 763) geäußert. Darüber hinaus wird die ausbleibende Reflektion der ursächlichen sozio-ökonomischen Bedingungen, die dem konstatierten »digital gap« zugrunde liegen, kritisch betrachtet (vgl. auch Padovani 2005, S. 331f.). Diskursanalysen weisen zudem darauf hin, dass der MacBride-Bericht in seinen inhaltlichen Grundintentionen von Demokratisierung und Entwicklung sein aktuelles Pendant eher in der alternativen Deklaration des zivilgesellschaftlichen Plenums des WSIS (*Shaping Information Societies for Human Needs*) findet, als in der offiziell verabschiedeten Erklärung (vgl. ebd., S. 333f.).

**392** | Die Studie umfasste die Regionen *Afrika* (Algerien, Elfenbeinküste, Kenia, Tunesien, Zaire (heute DR Kongo), Sambia), *Asien* (Australien, Indien, Indonesien, Malaysia Thailand), *Naher Osten* (Ägypten, Iran, Libanon), *Nordamerika* (USA), *Lateinamerika* (Argentinien, Brasilien, Mexiko), *Osteuropa* (Ungarn, Polen, die ehemalige UdSSR und Jugoslawien) sowie *Westeuropa* (BR Deutschland, Finnland, Griechenland, Island, Niederlande, Türkei). Die Auswahl der Untersuchungsländer reflektiert die Heterogenität der Mediensysteme hinsichtlich des jeweiligen nationalen Entwicklungsniveaus, des politischen Systems und der

Sreberny-Mohammadi u. a. (1985) können die folgenden Strukturtheoreme der internationalen Medienberichterstattung festgehalten werden:<sup>393</sup>

- Regionalismus
- Metropolitanismus
- Konfliktzentrierung
- Politikzentrierung
- Elitenzentrierung
- Dekontextualisierung
- Omittieren von Strukturproblemen der internationalen Beziehungen
- Agenda-Limitierung/ Quellen-Ambiguität (»Secondary Gatekeeping«)

Die internationale Medienagenda orientiert sich mit Blick auf die geographische Aufmerksamkeitszuweisung demnach deutlich an den als universell anzusehenden Strukturprinzipien des *Regionalismus* (geographical proximity) und parallel existenten *Metropolitanismus* (periphery-center orientation), inklusive der damit verbundenen Unterrepräsentation bestimmter geographischer Regionen (vgl. Tab. 3.2). Erklärungspotentiale für regionale Konzentrationseffekte können sowohl in an sich diametralen Assoziations- und Dissoziationstendenzen als auch in gegenläufigen Homogenitäts- bzw. Heterogenitätsvermutungen auf kultureller, politischer, wirtschaftlicher oder identifikatorischer Ebenen liegen. Diese definieren und beschreiben damit medial-antagonistische oder konvergierende Raumzusammenhänge. Gleichzeitig lässt sich insbesondere für die Länder des globalen Südens eine Metropolenorientierung erkennen, die sich vor allem durch die verhältnismäßig intensive Aufmerksamkeitszuweisung für die Regionen des globalen Nordens (Westeuropa, USA) auszeichnet. Die dabei zu erkennende fehlende Reziprozität der Kommunikationsbeziehungen zwischen den Industrienationen und peripheren Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, die sich in der Gesamtbetrachtung durch ein vergleichsweise deutlich höheres demographisches und geographisches Gewicht auszeichnen, lässt als Einflussfaktoren der

---

spezifischen sozio-ökonomischen Organisation. Studienbasis waren zwei Berichterstattungswochen (ein chronologischer Wochenverlauf sowie ein konstruiertes Wochensample) aus dem Jahr 1979, welche im Zusammenwirken von dreizehn international verteilten Forschergruppen bearbeitet wurden (vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 3ff.).

**393** | Vgl. zu den empirischen Befunden Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 33ff. Mit Ausnahme des letztangeführten Punktes erfolgt die Benennung und Darstellungsordnung in Anlehnung an Hafez 2002b, S. 58.



Tabelle 3.2.: Regionen Ranking (Foreign News-Studie)

Weltregion	Medienberichtsregion/ Akteursursprungsregion <sup>a</sup>							
	Nordamerika	Lateinamerika	Afrika	Naher Osten	Asien	Osteuropa	Westeuropa	Int. Allg.
Nordamerika <sup>a</sup>	1/1	6/7	5/5	2/2	4/4	7/3	2/6	8/8
Lateinamerika	3/3	1/1	6/6	4/4	5/6	6/6	2/2	8/6
Afrika	5/5	8/8	1/1	2/2	5/6	7/7	3/3	5/4
Naher Osten	3/2	6/8	4/4	1/1	5/5	7/3	2/6	8/7
Asien	3/3	8/8	5/6	4/2	1/1	6/7	2/3	7/5
Osteuropa	6/6	8/8	7/7	4/6	3/4	1/1	2/2	4/3
Westeuropa	2/2	8/8	5/7	3/3	5/6	4/4	1/1	7/5
Rang Region/Akteur	3/2	7/8	5/6	2/1	4/5	6/4	1/3	8/7
Rang Gesamt	3	7	6	1	4	5	2	8

Quelle: Zusammenfassung der Ergebnistabellen in Sreberny-Mohammadi u. a. (1985, S. 42, 45).

<sup>a</sup> Die Darstellung der Ränge entspricht folgender Lesart: Rang Berichtsregion/Rang Akteursursprungsregion.

globalen Nachrichtengeographie vor allem historische und damit kolonialgeschichtliche Determinanten oder ökonomische Variablen, wie die der Möglichkeit zur Nachrichtenproduktion und Distribution, als plausibel erscheinen.<sup>394</sup>

Darüber hinaus hat Hafez (2002b) in seiner Analyse der *Foreign News*-Studie darauf hingewiesen, dass die Region des Nahen Ostens nach Westeuropa auf einen höheren geographischen Aufmerksamkeitsgrad als Nordamerika (USA) verweist.<sup>395</sup> Bezieht man daneben die Studienergebnisse zum jeweiligen nationalen Hintergrund der inhaltsanalytisch erfassten Akteure ein, so wird deutlich, dass der Nahe Osten das Muster der nachrichtengeographischen Hierarchie, d.h. der tendenziellen Ausblendung des globalen Südens, vollständig durchbricht und in der Gesamtrangfolge vor allen anderen Weltregionen aufzufinden ist (vgl. Tab. 3.2).<sup>396</sup>

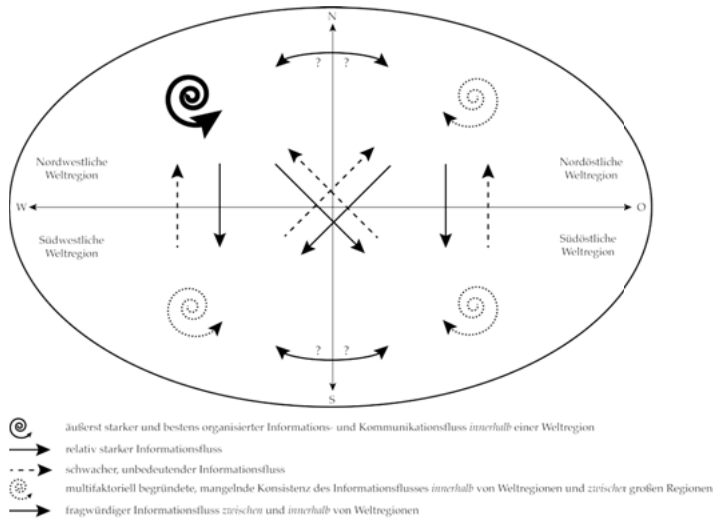
Resümierend lässt sich für die internationalen Kommunikationsbeziehungen eine unausbalancierte Repräsentationsreziprozität zwischen den Industrie- und Entwick-

**394** | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 42.

**395** | Vgl. Hafez 2002b, S. 58f.

**396** | Trotz der Bedeutung der obigen Studienanmerkungen kann die Kritik von Hafez (ebd., S. 59) hinsichtlich des Nichterkennens der besonderen Berichterstattungsstellung des Nahen Ostens durch die Autoren der *Foreign News*-Studie nicht vollständig geteilt werden und sollte daher präzisiert werden. Einen »intense Middle East focus« und die »position as top-ranking region overall« (Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 42, 43) wurde von den Autoren der Studie auf Grundlage des von ihnen erstellten mehrdimensionalen Gesamtrankings (Eventlokalität, Akteursnationalität) konstatiert (ebd., S. 45). Allerdings dominierte bei der Interpretation die Konfliktperspektive als Bewertungskontext (ebd., S. 42f.), so dass die Anmerkungen von Hafez im Rahmen der Diskussion der Strukturmuster Regionalismus bzw. Metropolitanismus auf einen wichtigen, vernachlässigten Aspekt hinweisen und insbesondere dort ihre Relevanz erhalten.

Abbildung 3.4.: Internationale Informations- und Kommunikationsbeziehungen



Quelle: Fleck (1984, S. 236); graphisch abgewandelte Darstellung

lungsländern feststellen (Nord-Süd-Disparität) und aufgrund der fehlenden Kommunikationsflüsse innerhalb der südlichen Hemisphäre zudem ein Süd-Süd-Kommunikationsdesiderat bilanzieren.<sup>397</sup> In diesem Zusammenhang ist die gewählte Perspektive auf die Nord-Süd-Relationen insofern von Bedeutung, da sich die Kommunikationsflüsse in den Süden aus Blickwinkel der Entwicklungsländer als durch den Norden dominiert darstellen, während der Aufmerksamkeitsgrad für Entwicklungsregionen im geopolitischen Norden durch eine tendenzielle Unsichtbarkeit bzw. Unterrepräsentation gekennzeichnet ist.<sup>398</sup> Die unterschiedlichen Intensitäten und qualitativen Charakteristika der Informations- bzw. Kommunikationsbeziehungen zwischen und auch innerhalb der Weltregionen fasst in einem detaillierteren Ausmaß, die innerregionalen Asymmetrien beachtend, obige Abbildung zusammen (Abb. 3.4).

Dass diese strukturellen Gegebenheiten durchaus als dynamische Konstellationen begriffen werden müssen, darauf weist Sonwalkar (2001) am Beispiel der Entwick-

<sup>397</sup> | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 43.

<sup>398</sup> | Vgl. Hafez 2002b.

lungen in Indien hin, wo mit der Etablierung neuer, der südlichen Hemisphäre inhärenter hegemonialer Machtrelationen die Notwendigkeit einer multizentrischen Perspektive erwächst. Diese überwindet die einseitige Ausrichtung auf die Dominanzstrukturen des globalen Nordens zugunsten einer komplementär-analytischen Inklusion der ausdifferenzierten Peripherie emergierender politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Gravitationspunkte, einschließlich der resultierenden komplexeren Machtverhältnisse internationaler Kommunikationsbeziehungen.<sup>399</sup>

In diesem Zusammenhang weist Thussu (2010 [2006]) jedoch darauf hin, dass trotz dieser Dynamiken und einiger Indikatoren existierender »contra-(subaltern) flows«<sup>400</sup> eine weitgehende Diversifizierung und Demokratisierung der globalen Medienlandschaft aussteht und die »dominant flows« des globalen Nordens, mit den USA als innerem Zentrum, bei fortwährenden Disparitäten gleichbleibend dominierend sind.<sup>401</sup> Vor dem Hintergrund einer auf lange Sicht gegebenenfalls möglichen »new cartography of global communication«, getragen durch die sich tektonisch verschiebenden bzw. rejustierenden global-ökonomischen Kräfteverhältnisse der aufstrebenden BRIC-Ökonomien, konstatiert er jedoch für den gegenwärtigen Status globaler Kommunikationsbeziehungen:

»One should therefore avoid the temptation to valorise them [contra-flows; DCU] as counter-hegemonic to the dominant Americana. Subaltern flows are unlikely to have a significant impact on the American hegemony of global media cultures, which, arguably, has strengthened not weakened given the localisation of media content, despite the supposed decentring of global media.«<sup>402</sup>

**399** | Vgl. Sonwalkar 2001, S. 506f., der diese anhaltende Entwicklung mit dem Ausdruck »little cultural/ media imperialism« umschreibt.

**400** | Die Begrifflichkeit wurde von den Autoren Boyd-Barrett und Thussu (1992) im Titel einer Evaluationsstudie über den Status von alternativen Nachrichtennetzwerken und deren Etablierungsgrad im globalen Agentursystem verwandt und nachfolgend auf die unterschiedlichsten Medienkontexte, hier vor allem auf audio-visuelle Formate (TV, Film), ausgedehnt. Als »transnational flows« werden somit Phänomene wie Telenovelas, Bollywood, Al-Jazeera (Katar), TV5 (Frankreich), Telesur (pan-lateinamerikanisch), CCTV-9 (China), RTTV (Russland) und M-Net (pan-afrikanisch) gewertet, während zum Beispiel Zee TV (Indien), MBC (pan-arabisch) und TRT International (Türkei) als »geo-cultural flows« betrachtet werden und in der Summe gemeinsam die subalternen Medienflüsse darstellen.

**401** | Vgl. Thussu 2010 [2006], S. 222f., 234.

**402** | Ebd., S. 235.

Darüber hinaus kann eine tendenzielle *Konfliktorientierung* als ein den obigen Strukturprinzipien nachgeordnetes Merkmal internationaler Medienberichterstattung angesehen werden, womit kritisch-konfliktäre, ausschließlich temporär als relevant erachtete Ereignisse, die vorwiegend der globalen Peripherie entstammen, als *hot* oder *breaking news* Eingang in die mediale Themenagenda finden.<sup>403</sup> Dabei kann eine Diskrepanz zwischen der jeweiligen mediensystemspezifischen Autodeskription bzw. Selbstwahrnehmung und parallel existenten journalistischen Fremdperzeptionen anderer Mediensysteme beobachtet werden,<sup>404</sup> die, in der Gegenüberstellung von Zentren und Peripherien bzw. nordwestlicher und südlicher Hemisphäre, durch die »Konstruktion einer negativ-chaotischen Fernwelt« bei zeitgleicher »Konstruktion einer positiv-harmonischen Nahwelt«<sup>405</sup> gekennzeichnet ist.

Außerdem lässt sich die thematische Ausrichtung auslandsorientierter Medienbeiträge zum überwiegenden Teil durch eine starke *Politikzentrierung* charakterisieren, womit der primär politische Fokus andere Bereiche, wie die der Kultur, Religion, Wissenschaft, Umwelt und Gesundheit dominiert.<sup>406</sup>

Das beschriebene Strukturmuster lässt sich zudem um das der erkennbaren *Elitenzentrierung* ergänzen, die wesentlich durch die Konzentration auf politische Akteure der Exekutiven und Legislativen gekennzeichnet ist und damit das Gewicht anderer gesellschaftlicher Akteure wie Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und Bürger im Rahmen der Auslandsberichterstattung verhältnismäßig gering ausfällt. Von Bedeutung ist zudem, dass diese Fixierung auf die politische Elite einen nationalstaatlichen Referenzrahmen erhält, denn multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und andere intergouvernementale oder internationale Körperschaften erhalten in Relation ebenfalls geringe Aufmerksamkeit.<sup>407</sup> Es lässt sich vermuten, dass sich die Präsenz der medialen Akteure an den obigen Strukturmerkmalen ausrichtet, damit vorwiegend jeweils nationale, regionale und/oder metropolitane Handelnde umfasst und den global-geographischen Bias sowie das beobachtete Reziprozitätsdefizit um eine Dimension erweitert.

Hafez (2002b) hat die Konsequenzen der in der *Foreign News*-Studie angesprochenen Phänomene der vorrangig ereignisorientierten und geringfügig prozessorientierten internationalen Nachrichtenberichterstattung<sup>408</sup> mit den Strukturmerkmalen

**403** | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 42, 45f.

**404** | Vgl. ebd., S. 46.

**405** | Hafez 2002b, S. 61.

**406** | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 45.

**407** | Vgl. ebd., S. 48, 50.

**408** | Vgl. ebd., S. 42, 52.

der *Dekontextualisierung* und *Omission struktureller Problemen der internationalen Beziehungen* gefasst. Damit ist einerseits die tendenzielle Exklusion journalistisch-komplexerer Analysen von Kausalbeziehungen in politischen, ökonomischen, kulturellen oder sozialen Langfristentwicklungen beschrieben, deren Ursachen in den medienorganisatorischen Raum-, Zeit- oder Finanzrestriktionen, den medienspezifischen Relevanzkriterien und Faktoren der Informationsselektion, aber auch in der variierenden journalistischen Themenfeldkompetenz aufzufinden sind.<sup>409</sup> Andererseits wird mit letzterem Muster auf die ausbleibende mediale Beschreibung der Ätiologie struktureller global-politischer bzw. -ökonomischer Konfliktlinien verwiesen, wie sie in den Nord-Süd-Beziehungen existent sind. Gleichzeitig wird aber auch die fehlende Metareflexion global wirkender, analytischer oder ideologischer und nur scheinbar ontologischer Konzepte von »Erster Welt« und »Dritter Welt«, von »islamischer Welt« und »westlicher Welt«<sup>410</sup> angedeutet, die in Medienbeiträgen allenfalls auf einem marginalen Niveau erfolgt.<sup>411</sup>

Ein schwierig zu examinierender Punkt der Auslandsberichterstattung ist die Intransparenz des Verhältnisses von globalen Agenturen (*AFP, AP, Reuters*) zu national agierenden Agenturen, Journalisten oder Korrespondenten, welches in aller Regel durch einen kaskadisch verlaufenden Nachrichtenselektionsprozess (int. → nat.) gekennzeichnet ist, in dessen Konsequenz *Secondary Gatekeeping Effekte* zu einer *Limitierung der Themenagenda* und *ambiguitätsbehafteten Quellenlage* führen können.<sup>412</sup> Dabei werden ursprüngliche Quellenzuschreibungen, Berichtsperspektiven, Schwerpunktbildungen, Selektionsroutinen und eventuelle interessengeleitete Ein-

---

**409** | Vgl. Hafez 2002b, S. 65.

**410** | Vgl. ebd., S. 67.

**411** | Hafez (ebd., S. 61ff.) schlägt für die Beurteilung von medialen Strukturmerkmalen, wie denen der tendenziellen Konfliktperspektive oder thematischen Politikzentrierung, ein »Modell der Dominanzvermeidung« vor. Während Realitätsvermutungen einer paritätischen Aufteilung von Ereignissen nach positiver, negativer und neutraler Valenz oder die Annahme einer per se äquivalenten Relevanz von Themenfeldern aus epistemologischer Sicht als nicht verifizierbar und aus normativer Perspektive als streitbar erscheinen, argumentiert dieses Modell »simple« für eine mediale Über- bzw. Unterrepräsentation von Ereignisvalenzen oder Themenbereichen, wenn der Umfang der relativen Häufigkeit dieser Valenz- oder Themenkategorie die Hälfte der journalistischen Beiträge übersteigt – (welt-)gesellschaftliche Komplexität dadurch eine einseitige Reduktion erfährt.

**412** | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 50, 52.

flusnahmen politischer, ideologischer oder wirtschaftlicher Art einer transparenten Beurteilung entzogen.<sup>413</sup>

Die unter der Hypothese einer wesentlichen geopolitischen Wandlung der Nachrichtengeographie zu Beginn der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts durchgeführte Replizierung der *Foreign News*-Studie unterstrich in ihren Ergebnissen nochmals die Konstanz verschiedener Strukturmerkmale (wie z.B. Regionalismus, Politikzentrismus) und damit deren Universalcharakter innerhalb der internationalen Medienberichterstattung.<sup>414</sup>

### **3.5.4. Kriterien der Nachrichtenselektion: Nachrichtenwerttheorie**

#### **3.5.4.1. Entwicklungslinien und Ausdifferenzierung**

Die Diskussion einer globalen Öffentlichkeit erfordert die Auseinandersetzung mit den Kriterien und Prozessen der Themen- bzw. Nachrichtenselektion, da letztere als Erklärungspotentiale für die Kritik einer thematisch-horizontalen Verschränkung von nationalen Öffentlichkeiten fungieren können. Die kommunikationswissenschaftliche Nachrichtenselektionsforschung kann dabei trotz des Mangels an einer umfassenden empirisch-validen Theorie<sup>415</sup> in Form der Nachrichtenwertforschung Analysemomente zur Erklärung journalistischer Themensetzungen in der (internationalen) Medienberichterstattung aufbieten.<sup>416</sup> Prinzipielle Annahme der an der Nachrichtenwerttheorie orientierten Forschung ist die Überlegung, dass die Publikations-

---

**413** | Blomqvist (2002, S. 102ff., 203) weist im Rahmen ihrer linguistischen Untersuchung der Veränderungen von Auslandskorrespondentenbeiträgen im Verlaufe des Veröffentlichungsprozesses darauf hin, dass insbesondere beim Überspringen der Institutionengrenze zwischen Medienorganisationen (Agentur (hier *DPA*) und Pressetitel) wesentliche Änderungen am Ursprungsmaterial erfolgen. Presseredakteure nutzen demnach ihre (titelspezifisch notwendigen) Freiheitsgrade bei der Textredigierung, wobei neben Informationsänderungen und Themenschwerpunktverschiebungen auch häufig Quellenindikatoren eliminiert oder substituiert werden, was neben dem Mangel an Transparenz und Vollständigkeit auch die Nachverfolgbarkeit von Positionen und Argumenten negativ beeinflusst.

**414** | Vgl. Hagen u. a. 1998, S. 206ff.

**415** | Vgl. Ruhrmann und Göbel 2007, S. 3; vgl. Schulz 1976, S. 32.

**416** | Einen kompakten Überblick über die Ausdifferenzierung bzw. die teilweise Reformulierung und Aufgabe verschiedener Nachrichtenfaktoren in einigen wesentlichen Studien der letzten Jahrzehnte bieten Eilders (2006, S. 8) sowie darauf bezugnehmend mit leichten Modifikationen Ruhrmann und Göbel (2007, S. 13).

wahrscheinlichkeit eines Ereignisses in proportionalem Verhältnis zum Auftreten von spezifischen, den Nachrichtenwert bestimmenden, Nachrichtenfaktoren steht.<sup>417</sup> Als langfristig einflussreich haben sich die Metastudie von Østgaard (1965) sowie die empirischen Arbeiten von Galtung und Ruge (1965) erwiesen, deren Untersuchungen Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Nachfolgestudien waren und damit maßgeblich zur Etablierung der primär inhaltsanalytisch orientierten europäischen Forschungstradition beigetragen haben.<sup>418</sup>

Auf Basis der Ausführungen Østgaards erfolgte durch Galtung und Ruge eine Systematisierung und Ausdifferenzierung der Selektionsfaktoren. Im Rahmen ihrer Untersuchung zur internationalen Medienberichterstattung wurden dabei eine Reihe von Nachrichtenfaktoren identifiziert, denen ein potentieller Einfluss sowohl auf die journalistische Selektion als auch auf den nachfolgenden Rezeptionsprozess zugeschrieben wird.<sup>419</sup> Diese sollen nachfolgend kurz näher charakterisiert werden:<sup>420</sup>

Dauer des Ereignisses (*frequency*): Die Konkordanz der Ereignisspanne mit dem Publikationsrhythmus des Mediums erhöht die Wahrscheinlichkeit der Veröffentlichung. Langfristige Entwicklungen werden demnach eher in Publikationen mit geringerer Veröffentlichungsfrequenz Aufmerksamkeit finden, was im Umkehrschluss zu einer Vernachlässigung dieser in Medien mit höherem Aktualitätsdruck führt, da diese sich primär Ereignissen kurzer Zeitspanne zuwenden.

Schwellenfaktor (*threshold*): Das Überschreiten der Nachrichtenschwelle wird mit einer hohen Magnitude des Ereignisses (absolute bzw. zunehmende Intensität) umso wahrscheinlicher.

Eindeutigkeit (*unambiguity*): Nicht ambiguitätsbehaftete Ereignisse, die in ihrer Interpretation eindeutig sind, werden gegenüber denen mit potentiell ambivalenten Bedeutungen bevorzugt.

**417** | Vgl. Schulz 1976, S. 30. Die Begrifflichkeit des »news value« geht dabei auf Walter Lippmann 1997 [1922], Kap. XXIII, zurück, der diesen in Auseinandersetzung mit der nachrichtenweltlichen Komplexität und dem daraus resultierenden Selektionsdruck prägte.

**418** | Vgl. Eilders 2006, S. 6.

**419** | Galtung und Ruge (1965, S. 65) konzentrieren sich in ihrer Studie primär auf die Mechanismen des journalistischen Selektionsprozesses, jedoch nicht ohne, entsprechend ihres mehrstufigen Selektionsmodells, auf die Bedeutung dieser für die rezipientenbezogenen Auswahlentscheidungen hinzuweisen, mit denen sich in Ansätzen z.B. Sande (1971) und umfangreicher Eilders (1997) in Anschlussstudien auseinandersetzen.

**420** | Vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 66ff.

Bedeutsamkeit/ Identifikation (*meaningfulness, identification*): Kulturelle Nähe (*cultural proximity*) als Indikator für den Grad des Ethnozentrismus sowie Relevanz (*relevance*) als Einflussfaktor bei distanten Ereignissen, die jedoch eine Identifizierung durch Involvierung begründen, bedingen die Selektionswahrscheinlichkeit positiv.<sup>421</sup>

Konsonanz (*consonance*): Vorhersehbare Ereignisse (*predictability*) und solche, die in Übereinstimmung mit den Erwartungen auftreten, erfüllen das Selektionskriterium Konsonanz.

Überraschung (*unexpectedness*): Das Unvorhersehbare und/oder das Seltene »*within the meaningful and the consonant*«<sup>422</sup> erwirken Aufmerksamkeit und werden somit berichtenswert.

Kontinuität (*continuity*): Ein einmal journalistisch aufgegriffenes Ereignis erfährt eine, wenngleich temporär begrenzte, Phase verstärkten Interesses, in der eine Erklärung der ursächlichen Beachtungszuweisung und parallel die Transformation des ehemals außergewöhnlichen Charakters erfolgt.<sup>423</sup>

Komposition/Variation (*composition*): Ein unausgeglichenes Verhältnis von Nachrichten bzw. Ereignistypen (z.B. ein relatives Übergewicht von Auslandsnachrichten) begünstigt einerseits die Selektion komplementärer bzw. verschiedenartiger, aber tendenziell insignifikanter Nachrichten und führt andererseits gleichzeitig zu einer erhöhten Selektionsbarriere für Nachrichten des auszubalancierenden Ereignistyps.

Elitenationen (*reference to elite nations*) und Elitepersonen (*reference to elite people*): Die Konzentration auf Elitenationen und Elitepersonen erfolgt nicht nur aufgrund ihrer potentiellen Bedeutung, sondern auch aufgrund der Möglichkeit einer übergreifenden Identifikation mit diesen. Gleichzeitig impliziert dies jedoch eine Unausgeglichtheit in der Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen bzw. Nationen im geopolitischen Weltgefüge.

---

421 | Galtung und Ruge bemerken außerdem, dass der Aspekt der *Identifikation* die basale Verbindung zwischen den beiden Faktordimensionen Ethnozentrismus und Relevanz darstellt (vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 86, Anmerkung 10).

422 | Ebd., S. 67, H.i.O.

423 | Vgl. hierzu auch Østgaard 1965, S. 51.



Personalisierung (*reference to persons*): Ihrer Art nach komplexe strukturelle gesellschaftliche Entwicklungen werden zu einem hohen Maße personifiziert und damit, z.B. aus Gründen der Identifikation, Einzelpersonen bzw. -gruppen zugerechnet.

Negativismus (*reference to something negative*): Die Berichterstattung beinhaltet eine Disbalance zugunsten negativ konnotierter Ereignisse, die vorrangig selektiert werden.

Während die ersten acht Faktoren von Galtung und Ruge als *kulturunabhängig* und damit als relativ autonom von anderen Pressesystemdeterminanten konzipiert werden, sind die letzteren vier als *kulturabhängig* zu verstehen und hinsichtlich ihres Selektionseinflusses primär in der nordwestlichen Region der Welt zu verorten.<sup>424</sup> Darüber hinaus formulieren Galtung und Ruge bezüglich der Wirkung der von ihnen vorgestellten Selektionsfaktoren verschiedene Hypothesen. Je umfangreicher Ereignisse demnach den beschriebenen Kriterien entsprechen und Nachrichtenfaktoren auf sich vereinen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung als berichtenswerte Nachricht (*Additivitätshypothese*). Das Nichtvorhandensein einzelner Selektionsfaktoren oder deren geringe Ausprägung in einer Dimension kann durch andere Kriterien, die in stärkerer Intensität zutreffen müssen, kompensiert werden (*Komplementaritätshypothese*). In Anlehnung daran führt die Abwesenheit oder eine nur geringe Anzahl an Nachrichtenfaktoren zu einem Ausschluss von der Berichterstattung (*Exklusionshypothese*). Zudem wird davon ausgegangen, dass die Faktoren, welche die Selektion eines Ereignisses begünstigen, insbesondere akzentuiert werden (*Verzerrungshypothese*) und das Selektions- und Verzerrungsprozesse auf allen Ebenen der Nachrichtengenerierung bzw. -produktion wirken, sich somit multiple potenzieren (*Replikationshypothese*) und deren Effekte demnach vor allem Auswirkungen im Entstehungsprozess internationaler Medienberichterstattung besitzen.<sup>425</sup>

Auf Basis des Kriterienkataloges von Galtung und Ruge erfolgt durch Schulz (1976) eine Reformulierung und Ausdifferenzierung der Selektionsfaktoren, die nunmehr in sechs Dimensionen zusammengefasst werden, wobei auf den grundsätzlich unvollständigen und hypothetischen Charakter des Kriterienkataloges hingewiesen wird. Faktoren wie Dauer, Thematisierung (bzw. Kontinuität)<sup>426</sup> werden der Dimension *Zeit* zugeordnet, während *Nähe* Aspekte der räumlichen, politischen und kulturel-

<sup>424</sup> | Vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 68.

<sup>425</sup> | Vgl. ebd., S. 71f.

<sup>426</sup> | Ereignisse, die im Kontext bereits eingeführter Thematiken referenziert werden, sind durch einen höheren Nachrichtenwert gekennzeichnet (vgl. Schulz 1976, S. 80).

len Proximität sowie der Relevanz umfasst. Kriterien wie die regionale oder nationale Zentralität, persönlicher Einfluss und Prominenz werden unter dem Begriff *Status* subsummiert,<sup>427</sup> während Faktoren wie Überraschung und Struktur in der Dimension *Dynamik*, andere wie Konflikt, Kriminalität, Schaden und Erfolg unter *Valenz* bzw. weitere Nachrichtenfaktoren wie Personalisierung und Ethnozentrismus unter dem Oberbegriff *Identifikation* aggregiert werden.<sup>428</sup>

Die Untersuchung von Schulz vollzog durch die Aneignung des konstruktivistischen Grundverständnisses außerdem einen methodologischen Perspektivenwechsel. Während in den beschriebenen Vorgängerstudien der Vergleich einer ontischen Realität und einer medial vermittelten Realität als Methode zur Bestimmung des Devianzgrades von Medienberichterstattung und faktischem Geschehen diente, erscheint diese Vorgehensweise in epistemologischer Konsequenz des konstruktivistischen Paradigmas als obsolet. Im Verständnis eines realitätskonstituierenden Charakters lassen sich Nachrichtenfaktoren nicht mehr als genuin ereignisbezogene Merkmale sondern vielmehr als journalistische Definitions- und Interpretationsmechanismen einer Realität verstehen, die sich weder falsifizieren noch verifizieren lässt. Ihre Beschreibung erfolgt demnach durch journalistische Definitionen und Hypothesen von Wirklichkeit, die ihrerseits den Blickwinkel auf das Weltgeschehen determinieren und in der Rezeption nicht zwangsläufig als originäre Konstruktionsdeterminanten erkannt werden.<sup>429</sup> Die Tabelle B.1 im Anhang stellt nochmals einige Entwicklungen in der Ausformulierung der Nachrichtenfaktoren zusammenfassend dar.

### 3.5.4.2. Universalität und Generalisierbarkeit

Die empirischen Forschungen zur Nachrichtenwerttheorie können aktuell auf keinen final konsolidierten Untersuchungsstand verweisen, was sich sowohl in den unterschiedlichen Bewertungen hinsichtlich der Vollständigkeit, relativen Gewich-

**427** | In einer anschließenden Studie nahm Schulz (1977) eine weitere Reformulierung des von ihm aufgestellten Nachrichtenfaktorenkatalogs vor, in deren Zusammenhang die Dimension »Status« um den Faktor »Eliteinstitution« erweitert wurde. Damit sollte der institutionelle Einfluss im Rahmen von Führungs- und Herrschaftsfunktionen als potientes Selektions- bzw. Relevanzkriterium beschrieben werden (vgl. Schulz (ebd.) zit. n. Eilders (1997, S. 37f.)). Im Kontext internationaler Politik bzw. der hier näher zu untersuchenden UN-Berichterstattung erscheint dieses zusätzlich eingeführte Kriterium als unmittelbar plausibel und wird zudem in nachfolgenden Katalogen anderer Autoren fortgeführt (vgl. z.B. Staab 1990, S. 120).

**428** | Vgl. Schulz 1976, S. 32ff.

**429** | Vgl. Schulz 1976, S. 25ff., insbs. S. 28ff.; vgl. hinsichtlich einer erkenntnistheoretischen Auseinandersetzung zudem Staab 1990, S. 100 - 111.

tung<sup>430</sup> und wechselseitigen Exklusivität bzw. Unabhängigkeit der Faktoren<sup>431</sup> als auch der universellen Gültigkeit der Selektionskriterien in nicht-westlichen Ländern bzw. Weltregionen äußert. Insbesondere auf den letztgenannten Aspekt soll mit Blick auf die in dieser Studie vorliegende Vergleichssituation der UN-Berichterstattung in vier Untersuchungsländern im weiteren Verlauf etwas umfangreicher eingegangen werden. Darüber hinaus soll in Ansätzen die Frage nach der Unveränderlichkeit der Nachrichtenfaktoren im zeitlichen Verlauf angesprochen werden.

Trotz der von Harcup und O'Neill (2001) angemerkten methodischen Schwierigkeiten bei der forschungspraktischen Umsetzung der einzelnen von Galtung und Ruge (1965) aufgestellten Faktorendefinitionen,<sup>432</sup> konnte Schulz (1976) in seiner darauf aufbauenden Untersuchung, die sich sowohl auf die internationale als auch nationale Medienberichterstattung in Deutschland erstreckte, einige zentrale Annahmen der Nachrichtenwertforschung stützen. Er zeigte in dieser vor allem für den deutschsprachigen Raum bedeutsamen Analyse, dass insbesondere Nachrichtenfaktoren wie Dauer (kurzer zeitlicher Umfang), Thematisierung, Zentralität, persönlicher Einfluss (Elitepersonen), Struktur (inkomplex), Personalisierung sowie Nähe (geographisch, politisch, kulturell)<sup>433</sup> sich für die internationale Medienberichterstattung als dominant und einflussreich erwiesen, wobei zudem auf die grundsätzliche Bedeutung des Nachrichtenfaktors Ethnozentrismus<sup>434</sup> hingewiesen wird.<sup>435</sup> Insgesamt zeigen sich außerdem Unterschiede in der Gewichtung einzelner Nachrichtenfaktoren in Abhängigkeit vom jeweiligen Medientyp und Medientitel.<sup>436</sup> Die Gültigkeit der von Galtung und Ruge (1965) formulierten Additivitätshypothese im Sinne einer sich aggregierenden Wirksamkeit auf den Nachrichtenwert konnte von Schulz für den Geltungsbereich der Faktoren Komplexität, Thematisierung, persönlicher Einfluss,

---

**430** | Vgl. Schulz 1976, S. 95.

**431** | Beispielsweise korreliert das Selektionskriterium geographische Nähe in vielen Fällen mit einem höheren Maß an kultureller Nähe, die sich in sprachlicher oder religiöser Dimension zeigen kann (vgl. z.B. Schwarz 2006, S. 53).

**432** | Vgl. Harcup und O'Neill 2001, S. 268f.

**433** | Vgl. Schulz 1976, S. 83ff., S.94.

**434** | Vgl. ebd., S. 105f.

**435** | Auch wenn Schulz (ebd., S. 88f.) Negativität nicht als einen der wesentlichen Nachrichtenfaktoren für die internationale Berichterstattung der untersuchten deutschen Medien identifiziert, wird er beispielsweise bei Eilders (1997, S. 42) und Eilders (2006, S. 10f.) als ein für die Auslandsberichterstattung einflussreicher Faktor aufgeführt.

**436** | Vgl. Schulz 1976, S. 100ff.

Ethnozentrismus, Negativität sowie Erfolg spezifiziert werden.<sup>437</sup> Darüber hinaus erwies sich in dieser Studie das Erklärungspotential der Nachrichtenfaktoren vor allem für den Nachrichtenwert der internationaler Berichterstattung als auffällig hoch. Dies kann gleichzeitig auch als konstante Wirksamkeit dieser Selektionskriterien für alle medienspezifischen Organisationsinstanzen verstanden werden und insbesondere die beim kaskadischen Durchlauf extra-nationaler Nachrichten zum Tragen kommende Verzerrungs- bzw. Replikationshypothese bestätigen,<sup>438</sup> was Schulz insgesamt einen »allgemeinverbindlichen Kanon von Selektions- und Interpretationsregeln«<sup>439</sup> konstatieren lässt.<sup>440</sup>

Auf eine mögliche Varianz der Nachrichtenfaktoren in Abhängigkeit vom jeweiligen nationalen bzw. gesellschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes verweist die komparative Analyse von Lange (1984), der die Inlandsberichterstattung von Printmedien u.a. in Ghana, Kenia, Südafrika, Uganda und den USA auf Muster unterschiedlicher Faktorengewichtungen untersucht. Die vergleichsweise deutliche Zukunftsorientierung, der feststellbar niedrigere Grad an Negativismus (tendenzielle positive Ereignisvalenz) und eine geringere Konfliktorientierung (Kooperationsbetonung) sowie eine verstärkte Elitenorientierung (Personen und Regierung) in den Ländern niedrigen Entwicklungsstandes verweisen darauf, dass ökonomische, politische, gesellschaftliche und kulturelle Parameter ein Einflusspotential auf die relative Gewichtung einzelner Nachrichtenfaktoren besitzen,<sup>441</sup> ohne diese vollständig zu determinieren.<sup>442</sup>

---

**437** | Vgl. Schulz 1976, S. 106.

**438** | Vgl. ebd., S. 98f.

**439** | Ebd., S. 117.

**440** | Eine teilweise Bestätigung erfuhren die Untersuchung von Galtung und Ruge (1965) exemplarisch durch Sande (1971) und Peterson (1981). Beide stimmen hinsichtlich der Faktoren Elitenationen und Negativität (dies im Gegensatz zu Schulz) überein. Während Sande die Wirksamkeit der Kriterien Elitepersonen und Personifizierung aufzeigt, kann Peterson für ersteren Faktor und für den Faktor Frequenz keine Belege finden, untermauert jedoch die Bedeutung des Kriteriums Relevanz. Beide Autoren stützen sowohl die Additivitäts- als auch Komplementaritätshypothese (vgl. Sande 1971, S. 228ff.; vgl. Peterson 1981, S. 153ff.). Einen Überblick zu einer Reihe von kleineren Analysen einzelner Faktoren und Hypothesen sowie eine Einordnung und Bewertung dieser gewährt z. B. Eilders (1997, S. 42 - 48).

**441** | Vgl. Lange 1984, S. 78ff.; vgl. hierzu ebenfalls, wenngleich auch nicht durch empirische Untersuchungen gestützt, Long 1977, S. 10.

**442** | Vgl. grundsätzlich hierzu Schulz 1976, S. 31f.

Schwarz (2006) konnte in seiner quantitativen Studie zur Verallgemeinerbarkeit der Nachrichtenwerttheorie und der jeweiligen Relevanz einzelner Nachrichtenfaktoren in einem nicht-westlich industrialisierten Kontext die Validität dieses theoretischen Ansatzes nachweisen. Am Beispiel der Auslandsberichterstattung dreier mexikanischer Pressetitel konnten die von Galtung und Ruge (1965) aufgestellten Hypothesen der Selektivität, Additivität und Replikation empirisch bestätigt werden. Darüber hinaus erwiesen sich für die internationale Berichterstattung in diesem kulturellen Kontext die Faktoren Kontroverse, Etablierung des Themas (Thematisierung) und möglicher Erfolg bzw. Nutzen als journalistisch besonders relevante Selektionskriterien bzw. als Mechanismen der Bedeutsamkeitszuweisung. Andere Faktoren wie Relevanz, Personalisierung und Negativität erweisen sich demnach als vergleichsweise weniger einflussreich für eine Projektion der medialen Beachtung. Die Studie bietet in diesem Zusammenhang Hinweise darauf, dass in den untersuchten mexikanischen Titeln Anzeichen einer erhöhten Aufmerksamkeit für kulturell distante Länder vorliegen,<sup>443</sup> womit das Einflusspotential des Faktors kulturelle Nähe relativiert würde, wenngleich diese Aussage nie isoliert von anderen Proximitätsfaktoren betrachtet werden kann.

In einer experimentell angelegten Studie untersucht Chaudhary (1974) den Einfluss unterschiedlicher gesellschaftlicher bzw. kultureller Sozialisation auf die Nachrichtenselektion US-amerikanischer und indischer Journalisten. Demnach lassen sich trotz abweichender kultureller Kontexte keine signifikanten Unterschiede bei der Zuweisung eines Nachrichtenwertes zur finalen Nachrichtenselektion feststellen, wobei diese Entscheidung allerdings auf einer unterschiedlichen relativen Gewichtung und damit Kombination der einzelnen Nachrichtenfaktoren beruht (Differenzen wurden für die Faktoren Nähe und Konflikt festgestellt). Im Gesamtfazit wird übergreifend auf einen hohen Grad an Übereinstimmung in der journalistischen Nachrichtenauswahl geschlossen, dies nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen sprachlichen Basis im Falle der untersuchten englischsprachigen Pressetitel und einem jeweils demokratischen politischen Umfeld.<sup>444</sup> In einer weiteren Untersuchung zur Kultursensitivität einzelner Nachrichtenfaktoren, zeigte Chaudhary (2001), dass die von Galtung und Ruge postulierte kulturelle Abhängigkeit des Faktors Negativität (i.d.F. die primäre Zurechnung zu den Mediensystemen der Industrieländer) durchaus differenzierter betrachtet werden muss. Wenngleich in ihrer Generalisierbarkeit eingeschränkt, zeigt die Gegenüberstellung einer US-amerikanischen und nigerianischen Tageszei-

<sup>443</sup> | Vgl. Schwarz 2006, S. 54ff.

<sup>444</sup> | Vgl. Chaudhary 1974, S. 240ff., S. 245f.

tung (individualistischer vs. kollektivistischer Kulturkontext), trotz teilweiser unterschiedlicher Gewichtungen des Nachrichtenkriteriums, keine statistisch signifikanten Unterschiede der internationalen Berichterstattung im Vergleich dieser industrieland-bzw. entwicklungslandspezifischen Kontexte.<sup>445</sup>

In einer historischen Zeitreihenanalyse (Anfang 17. bis Beginn 20. Jahrhundert) zur möglichen Variabilität bzw. Invarianz einzelner Nachrichtenfaktoren in der chronologischen Entwicklung zeigt Wilke (1984), dass der Faktor Personalisierung über den Untersuchungszeitraum eine relative Stabilität aufweist, während die nahezu vollständige Konzentration der Berichterstattung auf Elitepersonen im Zeitverlauf abgenommen hat. Diese personelle Diversifizierung begründet der Autor mit der parallel einhergehenden Erweiterung des medialen Themenspektrums. Allerdings ist diese Entwicklung in ihrer Deutlichkeit nicht im Bereich der politischen Nachrichten festzustellen,<sup>446</sup> was die Eindeutigkeit dieses Trends im Hinblick auf seine generalisierende Aussagekraft relativiert.<sup>447</sup> Allerdings konnte auch die Studie von Hafez (2002a) zur deutschen Nahostberichterstattung bei aller Bedeutung der Zentrums- und Eliteakteure einen medialen Diversifizierungstrend bzw. einen Aufmerksamkeitszuwachs für andere gesellschaftliche Akteure nachweisen.<sup>448</sup> Auch für

---

**445** | Vgl. Chaudhary 2001, S. 247ff.

**446** | Vgl. Wilke 1984, S. 182f.

**447** | Die Aussagen der von Wilke vorgestellten Studie beziehen sich auf zwei deutsche Zeitungen, die in Zeitintervallen von fünfzig Jahren im Zeitraum von 1622 bis 1906 untersucht wurden. Eine stärkere Einbeziehung von Personen ohne hervorgehobenen sozialen Status lässt sich allenfalls ab dem vorletzten Untersuchungszeitpunkt (1856) feststellen. Wenngleich aus historisch-langfristiger Perspektive die Veränderungen als signifikant erscheinen, bleiben Personen mit elitärem Status mit über zwei Dritteln Berichterstattungsanteil (letzter Datenpunkt 1906) gegenüber anderen Akteuren strukturell dominierend. Die Einschätzung, dass »[...] in the course of time [...] news reporting in the mass media has become rather independent of primarily status-oriented prominence [...]« (ebd., S. 183), muss aus historisch gerechtfertigter Perspektive jedoch mit heutigen Pressediskursstrukturen abgeglichen werden. Als Vergleich lassen sich beispielhaft die Daten der Untersuchung von Schulz (1976, S. 57) heranziehen, aus denen hervorgeht, dass in einer nunmehr ausdifferenzierten Presselandschaft deutliche Unterschiede zwischen nationalen Qualitätstiteln wie z.B. der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (geringer Anteil von Nicht-Elitepersonen) und Boulevardtiteln wie der *Bild* (hoher Anteil) existieren, was im Wesentlichen auch auf die thematischen Strukturen der einzelnen Titel zurückgeführt werden kann. Insbesondere die Akteursstrukturen im Umfeld internationaler Politikberichterstattung sind in hohem Maße durch Handlungsträger der politischen Eliten geprägt (ebd., S. 59).

**448** | Vgl. Hafez 2002a, S. 75, 79.

den geographischen Fokus der Berichterstattung zeigt sich Wilke demnach eine deutliche Variabilität im Zeitverlauf. Dieser konnte zeigen, wie eine zunächst deutlich international (i.d.F. vorwiegend europäisch) ausgerichtete Berichterstattung, die damit den Annahmen der Bedeutung der Faktoren Nähe und Ethnozentrismus widerspricht, eine merkliche Wandlung erfährt und ethnozentrische bzw. nationale Themensetzungen bzw. geographische Bezüge an Relevanz gewinnen. Als konstant bedeutsam über alle untersuchten Epochen ist, wenn auch nicht explizit in der Studie erwähnt, die anhaltende regionale Zentralität und der damit in diesem Fall feststellbare Eurozentrismus.<sup>449</sup> Darüber hinaus wird eine zeitliche Invarianz bezüglich der hohen Relevanz von Elitenationen konstatiert und parallel eine stetige Verringerung der thematischen Kontinuität festgestellt, die ursächlich mit der einhergehenden inhaltlichen Diversifizierung begründet wird.<sup>450</sup> Insgesamt begreift Wilke Nachrichtenberichterstattung und die sie prägenden Faktoren als eine von historischen Entwicklungen, von den Strukturen der Öffentlichkeit und den Funktionen der Presse abhängige Variable,<sup>451</sup> die sich damit in hohem Maße durch ihre gesellschaftsspezifische Kontingenz auszeichnet.

### 3.5.5. Mythos Medienglobalisierung

Um die Stoßrichtung der nachfolgenden Argumentation für die Analyse des Verhältnisses von Medien, Global Governance bzw. globaler Demokratie und globaler Öffentlichkeit anzudeuten, lassen sich mit Sparks (2005) die öffentliche Verfügbarkeit und Diffusion von Informationen und die Möglichkeit der Diskussion potentieller politischer Alternativen als grundsätzlich notwendige, wenngleich nicht hinreichende, Bedingungen für die Etablierung einer globalen demokratischen Ordnung verstehen. Nichtsdestotrotz ist gerade für die demokratiethoretisch essentielle grenzüberschreitende Publizität und Kommunikation, hier insbesondere für den Komplex der Massenmedien, der fortwährende Modus einer kultur- bzw. ethnozentrischen und nationalstaatlichen Orientierung dominierend, was Sparks konstatieren lässt:

»A global democratic order is difficult to achieve, because the bulk of the media in the world are organised along the lines of states, they are produced by people who are denizens of particular states, they are articulated in the languages spoken in particular states, their business depends upon markets defined by particular states and they are subject to the regulatory regimes of particular states. Most

**449** | Vgl. Wilke 1984, S. 184f.

**450** | Vgl. ebd., S. 186f.

**451** | Vgl. ebd., S. 188.

of the press and broadcasting are national in scope and consequently they report and debate global issues from the narrow perspectives of the national interests with which they identify. The idea of a global public sphere coming is contrary to their entire practice«. <sup>452</sup>

In diesem Auftaktzitat klingen eine Reihe von Dimensionen an, die nachfolgend in Anlehnung an die differenzierte sowie als seminal zu charakterisierende Analyse von Hafez (2005b) näher beleuchtet werden sollen – und in derer Konsequenz *massen-mediale Globalisierung*, in weiten Teilen, als *Mythos* verstanden werden muss, dies mit unmittelbaren Effekten auf die Konzeptionen von Global Governance und global-demokratischen Öffentlichkeitsvorstellungen. Entsprechend wird mit den Bereichen a) Auslandsberichterstattung, b) Satellitenfernsehen, c) Entertainment, d) Internet, e) Auslandsrundfunk, f) Medien und Migration, g) Medienpolitik und h) Medienökonomie ein Spektrum unterschiedlichster Aspekte öffentlicher Medienkommunikation von grundsätzlicher globalisierungstheoretischer Relevanz näher betrachtet. Zur Stützung der globalisierungsskeptischen These vorliegender Studie im Rahmen der UN-Medienberichterstattung sollen die benannten Medienkontexte in ihrer argumentativen Komplementarität nachfolgend beschrieben werden.

Gemäß der einführend dargestellten kritischen Perspektive konstatiert Hafez für den Komplex der *Auslandsberichterstattung*, dass diese den normativen Erwartungen an einen fundamental systemtransformatorischen und tatsächlich tiefenwirksamen interdependenten Globalisierungsprozess im Sinne einer Dezentrierung, Denationalisierung und eines kosmopolitischen Deeskalationsverhaltens im Kontext internationaler Krisen und Konflikte auf Dekaden hinaus nicht gerecht wird. <sup>453</sup> Die exponierte Position der internationalen Medienberichterstattung, als potentiell mediatorischer Globalisierungsagent, reduziert sich an Stelle einer multiperspektivischen Beschreibung des Weltpanoramas und der Überwindung geographischer und kultureller

---

**452** | Sparks 2005, S. 38. Vollständig konträr hierzu argumentiert beispielsweise M. Shaw 2000, S. 33, für den die (welt-) gesellschaftlichen Transformationsprozesse und zunehmenden Interkonnektivitäten nationaler Medien, trotz beibehaltender national geprägter Interpretationsmuster, vor allem durch die zu beobachtenden thematischen Konvergenztendenzen auf die Etablierung einer globalen Öffentlichkeit hindeuten. Diese fungiert dann als Basis einer globalen Zivilgesellschaft, wenngleich insgesamt nicht von einer zwangsläufigen Unilinariät dieser Entwicklungen ausgegangen wird. Auch Malek und Kavoori 2000, S. xi, erkennen in (internationalen) Nachrichten ein Genre, welches den Prozess der Medienglobalisierung bestens versinnbildlicht. Gleichwohl liefern die Analysen des edierten Bandes jedoch zahlreiche empirische Daten für eine gegenläufige Argumentation.

**453** | Vgl. Hafez 2005b, S. 41.



Distanzen primär auf eine Verstetigung monodimensionaler nationaler Partikularperspektiven.<sup>454</sup>

Die Vorstellung, dass allein die technologische Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Nachrichten eine neue Qualität globaler Medienberichterstattung begründet, wurde schon durch die Arbeit von Gurevitch, Levy und Roeh (1991) widerlegt, die eine »domestication of the foreign«<sup>455</sup> ausmachten. Demnach sind geographisch distante Ereignisse einem narrativen Framing unterworfen, welches die Kompatibilität (Verständnis, Ansprache, Relevanz) mit den jeweiligen nationalen Publika stützt und Bedeutungskonstruktionen der Ereignisse in Übereinstimmung mit den kulturellen und ideologischen Gesellschaftsverhältnissen formuliert. Diese Beobachtung, dass »faktisch identische« Ereignisse aus international komparativer Perspektive in Abhängigkeit von politischen und gesellschaftlichen Parametern deutlich divergieren, lässt Gurevitch, Levy und Roeh das Konzept einer umfänglichen Medienglobalisierung hinterfragen, wenn sie konstatieren, dass die Domestizierungstendenzen von internationalen Nachrichten als »*countervailing force to the pull of globalization*«<sup>456</sup> betrachtet

---

**454** | Vgl. Hafez 2005b, S. 39f.; Abweichend hiervon insistiert A. Robertson 2010, S. xii, in expliziter Negation der von Hafez vertretenen These Medienglobalisierung als Mythos zu begreifen, darauf, dass Medienakteure vielmehr als relevante Impulsgeber massenmedial vermittelter kosmopolitischer Momente zu betrachten sind. Sie stützt sich hierbei vor allem auf die Kritik des empirisch-methodischen Zugangs, der über die alleinige Analyse der internationalen Themenagenda hinaus, durch eine qualitativ-interpretative Komponente ergänzt werden sollte, um die narrativen Techniken von Globalnachrichten und damit neben dem *Was* auch das *Wie* der Auslandsberichterstattung zu erfassen. Insbesondere letzterem Komplex wird das Potential zugesprochen, neben dem ausschließlichen Informationsaspekt auch Dimensionen einer kosmopolitischen Orientierung herauszuarbeiten, die sich vor allem in der Formierung eines öffentlichen Bewusstseins (*awareness*), der Erzeugung von Empathy (*compassion*) und der Überwindung von Identitätsdichotomien (*Self vs. Other*) im Prinzip des Perspektivenwechsels zeigt (vgl. ebd., S. 32). Dies insbesondere durch das den TV-Nachrichten innewohnende »potential to cultivate cosmopolitan outlooks by sophistication« (ebd., S. 140) und einem dieser Auffassung folgenden Verständnis, dass Medien »as one of the main mnemonic sites in contemporary society, could be contributing to a sense of belonging to a larger collectivity by forging imagined social relationships that extend across time as well as space« (ebd., S. 142). Dem entgegenstehend zweifelt Hafez 2011a, S. 7, die Perspektive des Kosmopolitanismus im Kontext von Analysen zum globalen Journalismus jedoch an, wenn er den faktischen Einfluss von Massenmedien auf existente Wertesysteme hinterfragt.

**455** | Gurevitch, Levy und Roeh 1991, S. 206.

**456** | Ebd., S. 207, H. i. O.

werden können.<sup>457</sup> Einen Ausweg aus dieser Situation (selbst)auferlegter oder nicht reflektierter Restriktionen journalistischer Auslandsberichterstattung erkennt Hafez im Anschluss an Kleinsteuber (2002) im Konzept des *dialogischen Journalismus*, das durch eine entsprechende Sensibilität gegenüber verständnisfördernden wechselseitigen Austauschprozessen und deren grundsätzlichen Notwendigkeit gekennzeichnet ist und welches die alleinige Kommunikation *über* andere Weltregionen durch eine Kommunikation *mit* anderen Weltregionen ersetzt.<sup>458</sup>

Darüber hinaus verweist Hafez auf die zumeist überschätzten Potentiale medialer Macht und die damit einhergehende Vorstellung direkter medialer Einflussnahme auf entscheidende Prozesse internationaler Politik. Die grundsätzliche Tendenz zu fragmentarischen Weltbildern, der zudem zu beobachtende Reflex vor allem etablierter,

---

**457** | Vgl. ebd., S. 206f. Ähnlich argumentiert Riebert (1998, S. 293), wenn sie bestätigt, dass »[...] television news acts to ›nationalise‹ foreign conflicts to domestic frameworks [...]«, womit diese letztendlich zur »preservation of the nation state in an era of increasing globalisation« beitragen. Auch Clausen (2004) unterstreicht die Universalität von Domestizierungstendenzen in Nachrichtenproduktionsprozessen in deren Konsequenz »globale« Berichterstattung immer ein partikulares Spezifikum aufweist. Domestizierung wird dabei jedoch als dialektischer Prozess verstanden, der sowohl Globalisierungs- als auch Lokalisierungsprozesse fördert. Dies geschieht indem einerseits das komplexe Spektrum internationaler Nachrichten grundsätzlich aufgezeigt wird, zeitgleich aber die Dimension einer nachrichtenpraktisch antizipierten Notwendigkeit der lokalen Einbettung mit dem Ziel größtmöglichen Publikumsverständnisses eingeschlossen wird. Clausen versteht mediale Domestizierung somit nicht als Antipode zum Konzept der Globalisierung und distanziert sich damit von einem Verständnis von Domestizierung, wie sie es bei Gurevitch, Levy und Roeh (1991) identifiziert, welches das Nationale als (politische) Intervention gegenüber Globalisierungsprozessen konnotiert (vgl. Clausen 2004, S. 27ff.). Dieser Argumentation wird hier insbesondere im Hinblick auf den letztgenannten Aspekt nicht gefolgt, da die Konsequenzen einer überdeutlichen Domestizierung von Nachrichteninhalten (Ethnozentismus, nationale Akteurs-, Meinungs- und Relevanzstrukturen usw.) den Vorstellungen einer weitestgehend kosmopolitisch bzw. interdiskursiv orientierten Verständigungsperspektive deutlich zuwiderlaufen. Hierbei ist der Aspekt der Omission ganzen Themenkomplexe noch gar nicht in die Betrachtung eingeflossen.

**458** | Vgl. Hafez 2005b, S. 59; vgl. Kleinsteuber 2002, S. 11ff. Der Modus der monologisch-unidirektionalen Nord-Süd-Beziehungen müsste demnach vor allem durch eine dialogische Reformulierung internationaler Berichterstattung erfolgen, in der insbs. Stimmen aus den entfernten Weltregionen Gehör finden (v.a. Kommunikatoren jenseits der Exekutivsphäre). Diese konvergieren in den journalistischen Beiträgen dann gemeinsam mit nationalen Perspektiven zu einer Melange eigenen Charakters (vgl. ebd., S. 16).

auch kritischer Medien zur zumindest temporären Nationalzentrierung und tendenziellen Konsensusposition gegenüber der Exekutiven, zeigt das grundsätzliche Gewicht nationaler Politik im medial-politischen Spannungsverhältnis.<sup>459</sup> In diesem Zusammenhang bestärkt Hafez in seiner Analyse die Kritiker des sogenannten *CNN-Effektes* wie P. Robinson,<sup>460</sup> wenn letzterer diesen als mythisches Konstrukt begreift. Medien in ihrem egozentrischen Produktionsmodus sind eben nicht die treibenden Akteure einer deeskalierenden, kosmopolitischen Perspektive auf Prozesse der internationalen Politik, sondern begünstigen tendenziell Konflikteskalationen. Zudem sind sie in ihrer Wirkung, entgegen oft geäußerten Annahmen, keine kausal effektiven Gestaltungsfaktoren zentraler außenpolitischer Problemkomplexe, sondern folgen zumeist (nationalen) Politikzyklen, anstatt diese richtungsweisend zu beeinflussen.<sup>461</sup> Wenn-

---

**459** | Vgl. Hafez 2005b, S. 58.

**460** | Vgl. P. Robinson 2002; P. Robinson 2005.

**461** | Vgl. Hafez 2005, S. 76ff. P. Robinson (2005, S. 346ff.) bekräftigt seine kritische Haltung gegenüber der Eintrittswahrscheinlichkeit des *CNN-Effektes* und begründet dies durch die disziplinierende und unabhängigkeitszerstörende Wirkung der Post-9-11-Ideologie des »war on terror« sowie die zunehmende Tendenz zum aktiven Informationsmanagement durch die Exekutive (Agenda Building). Konsequenzen sind eine geringere Chance alternativer Perspektiven und das dezimierte Potential einer außenpolitisch wirksamen Einflussnahme der Mainstream-Medien.; vgl. zudem mit kritischem Tenor Strobel (1996); Hinsichtlich der theoretischen Heterogenität des Konstruktes in der Literatur und der methodischen Unzulänglichkeiten der Überprüfung ähnlich kritisch Gilboa (2005, S. 37f.); Mit P. Robinson (2002, S. 25ff.) haben Medien vor allem dann einen außenpolitischen Impact im Kontext humanitärer Krisen bzw. unerwarteter Ereignislagen, wenn a) ein hoher Grad politischer Unsicherheit (*policy uncertainty*, i. S. eines fehlenden Konsensus oder unzureichender Koordination in der politischen Exekutiven) sowie b) ein kritisches Framing ggü. Politiken seitens der Medien mit hoher Empathiebekundung und -erzeugung ggü. den Betroffenen zusammenfallen. Vergleichbar benennt Ammon (2001, S. 91ff.) fünf Bedingungen unter denen Medienberichterstattung ihr Einflusspotential tatsächlich umsetzen kann: a) komplexe humanitäre Notfallsituationen (dies bedeutet aber zugleich hohe Restriktionen im Themenspektrum), b) hoher Handlungsdruck bei hoher Ereignisintensität, c) Macht- bzw. Entscheidungsvakuum, d) Autonomie der Medien (Zugang, Freiheit) sowie e) Visibilität in distributiver und inhaltlich-bildlicher Hinsicht. Darüber hinaus wird von Hafez (2005b, S. 78) die Existenz eines Konsens bzw. die Klarheit in der politischen Bewertung der Ereignissituation benannt (vgl. für eine Literatursynopse weiterer »Erfolgsfaktoren« Gilboa 2005, S. 37). Speziell für den Kontext von UN-Missionen konstatiert Anthonsen (2003, S. 302): »[...] media cannot govern, accelerate or impel state decisions on participation in peace operations. This contradicts the notion of a CNN effect«.

gleich also Auslandsjournalismus auf extra-nationale Informationen rekurriert, ist mit Hafez aufgrund der genannten Defizite, Deformationen und fehlenden Interrelationen, in der Gesamtanalyse eine Verortung des Subsystems Auslandsberichterstattung innerhalb eines inklusiven kommunikativen Weltsystems nicht gegeben.<sup>462</sup> Zumeist wird internationale Medienberichterstattung damit basalen normativ-demokratiethoretischen Anforderungen einer kritischen globalen Publizität nicht gerecht.

Auch für die Prognosen und die in der Globalisierungsdebatte häufig vertretene Grundeuphorie gegenüber den Potentialen des *Satellitenfernsehens* empfiehlt Hafez Zurückhaltung.<sup>463</sup> Demnach wird innerhalb dieser Dimension eine eklatante Discrepanz zwischen technisch globalem Reichweitenpotential und tatsächlicher Reichweite bzw. eigentlichem Nutzungsverhalten offensichtlich. Eine direkte grenzüberschreitende Nutzung extra-nationaler Satellitensender – und damit eine von nationalen Medieninstanzen ungefilterte Nutzung ausländischer Programminhalte – bleibt damit eine Ausnahmesituation, deren gesellschaftliche Relevanz sich auf eine kleine, kosmopolitisch orientierte, oft ökonomisch privilegierte Gruppe reduziert. Dieses Paradox einer technologisch induzierten Ausdifferenzierung des nationalen Programmspektrums trotz globaler Relevanz- und Problemhorizonte scheint im Wesentlichen durch Effekte linguistischer Restriktionen begründet zu sein, die den nationalen oder regionalen Rahmen als mediales Gravitationszentrum erscheinen lassen. Die Heterogenität global verfügbarer Satellitenprogramme wird damit durch die sprachlichen Homogenitätsanforderungen des breiten Publikums heruntergeregelt und nur in speziellen Kontexten ist eine Abweichung von diesem dominanten Nutzungsmuster zu beobachten.<sup>464</sup> Ausnahmesituationen direkter grenzüberschreitender Mediennut-

---

**462** | Vgl. Hafez 2005b, S. 59.

**463** | Vgl. für nachfolgende Argumentationslinie sofern nicht anders angegeben Hafez 2005b, S. 81-106. Hinsichtlich eines bestechenden technophilen Optimismus vgl. Pelton 2010 [2004]; Auch Gurevitch 1992, S. 192, 186f., begreift TV-Nachrichten als ein »truly global phenomenon«, welches ein globales Publikum erzeugt, Akteure der Öffentlichkeit und die Konstruktion einer globalen öffentlichen Meinung beeinflusst und mediatorisch in Konfliktsituationen wirkt.

**464** | Exemplarisch stützt die Studie von Geniets (2011) die genannten Aspekte durch eine Publikumsbefragung indischer Zuschauer und konstatiert, trotz grundsätzlichen Vertrauens in die Professionalität der internationalen TV-Kanäle (insbs. BBC und CNN), eine emotionale Distanz (fehlende »Indianness«) zu diesen Sendern und parallel eine Präferenz für nationale und/oder hindisprachige Medienanbieter (ebd., S. 43, 64). Letztere, wie z.B. *Aaj Tak*, *Star News* oder *India TV*, besitzen eine größere Reichweite innerhalb Indiens, dies vor den englischsprachigen TV-Sendern und deutlich vor den internationalen Anbietern wie *BBC World News* und *CNN* (vgl. *BBC World News: India Monthly Report* (Juni 2010) zit. nach Geniets 2010, S. 81f.).

zung bleiben damit Medienanwendungen in homogenen Sprachräumen (bspw. im deutschsprachigen Raum zwischen Deutschland, Teilen der Schweiz und Österreich sowie Indien und Bangladesch), im Rahmen des multilingualen Auslandsrundfunks, die Auslandsmediennutzung diasporischer Gemeinschaften (Migrationskontext) sowie die Medienkonsumption globaler kosmopolitischer Eliten.<sup>465</sup> In einer daran an-

**465** | Eine diametrale Position hierzu nimmt Volkmer (1999) mit ihrem netzwerktheoretisch inspirierten Ansatz ein, wonach insbesondere informations- und netzwerktechnologische Innovationen wie die Satelliten- und Internettechnologien als einflussreiche Katalysatoren der Formierung eines globalen öffentlichen Raumes zu betrachten sind. Dieser ist demnach als autonome Entität sui generis und somit nicht als Derivat einer lokalen Öffentlichkeitsinstanz zu verstehen, bildet durch parallele Diskurse ein mehrfach fragmentiertes, nicht-universales Konstrukt und kann in seiner inneren Struktur durch seinen mediativen, non-hierarchischen sowie non-hegemonialen Charakter beschrieben werden. Volkmer (ebd.) hält fest: »[...] it is the push-pull (Internet) technology – the paradigm change from (mass- or narrow-) distribution to network technology, which finally shifts the dialectics of global/local dualism to the one of universalism/particularism, without reference to local authenticity [...] and has formatted a new global public sphere. Whereas the modern public sphere spaces required citizens [sensu Habermas; DCU], forming ›rational‹ political opinions, the global public sphere is a multi-discursive political space, a sphere of mediation (not imperialism), this new type has no center, nor periphery, the agenda setting, contexts are shaped – mediated – by autonomously operating media systems [...]. In such an environment, ›the international information order‹ conventional patterns of international communication (of North/South, developing and developed, central and peripheral nations) are becoming obsolete«.

In der Konsequenz dieser Entwicklungen wird nach Volkmer (2003) durch die »global public sphere as an extra-societal political space« (ebd., S. 13) einerseits die klare Kategorisierung der ehemals dichotomen Trennung von Auslands- und Inlandsnachrichten innerhalb nationaler Öffentlichkeiten undeutlicher und neue transnationale Medienorganisationen (insbs. *CNN*) entstehen in Ergänzung zu den klassischen international ausgerichteten Institutionen wie der *BBC* und *Deutschen Welle*. Andererseits wird der Etablierung dieses translokalen politischen Informationsraumes eine vergleichbare Wirkung auf alle nationalen Kommunikationsräume zugeschrieben, dies in Unabhängigkeit zur jeweiligen Verortung innerhalb der geopolitischen Hemisphäre oder vom demokratischen Entwicklungsstadium. Volkmer geht davon aus, dass die Aufmerksamkeitsstrukturen innerhalb dieses Raumes die konventionellen Themensetzungshierarchien hinter sich lassen, somit eine geo-thematische Demokratisierung im Sinne einer Themenbeachtungsäquivalenz bewirken sowie Resonanz in den nationalen Öffentlichkeiten und den (außen-)politischen Handlungsstrategien erzeugen (vgl. ebd., S. 11 f.). Der strukturelle Wandlungsprozess nationaler Kommunikationsbeziehungen zeigt sich demnach vor allem in den dialektischen Aushandlungsprozessen konfligierender und konkurrierender globaler und nationaler

schließenden normativen global-demokratiethoretischen Betrachtung des Satellitenfernsehens konstatiert Hafez entsprechend:

»Um die Welt durch das Satellitenfernsehen stärker zu vernetzen, die grenzüberschreitende Fernsehnutzung zu stärken und damit auch die Herausbildung von gemeinsamen politischen Diskursen und die weltweite Verbreitung der Demokratie zu fördern, bedürfte es einer inhaltlichen Neuorientierung und Internationalisierung vieler Fernsehprogramme auf *allen* Kontinenten.«<sup>466</sup>

Ein kausaler Zusammenhang zwischen *globalen* Medientechniken und direkten Demokratisierungseffekten ist demnach nicht zu erkennen, was aber die grundsätzliche Bedeutung von Medien in Demokratisierungsprozessen natürlich nicht schmälert. Vielmehr relativiert bzw. bezweifelt Hafez die Bedeutung globaler Medien für die Generierung lokaler Demokratisierungsimpulse. Einerseits dokumentieren Globalmedien faktisch geschehene Ereignisse tendenziell in einem nachlaufenden Beobachtermodus, als diese strategisch antizipierend zu induzieren und andererseits sind sie bzw. das dazugehörige Equipment nicht zwangsläufig weltweit vorhanden. Darüber hinaus würde eine Überbewertung des globalen Niveaus die Relevanz interpersoneller politischer Kommunikation und ihre innewohnenden Multiplikatoreffekte ungerechtfertigterweise negieren. Zusätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die untergeordnete gesellschaftspolitische Relevanz globaler bzw. westlicher Medieninhalte dem geringen Differenzierungsgrad und dem allenfalls situativen Aufmerksamkeitsfokus globaler Medienangebote geschuldet ist (hier v.a. der ereignisorientierte Konfliktfokus, die Betonung radikal-oppositioneller bzw. das Ausklammern mediatorischer Positionen usw.<sup>467</sup>). Die Rezeption globaler Satellitenprogramme reduziert sich mit Hafez in letzter Konsequenz somit auf einen »Demonstrationseffekt«,<sup>468</sup> der mit hoher Wahrscheinlichkeit, trotz aller Perspektivenerweiterungen für einzelne Rezipienten, die Entwicklungslinien längerfristiger Demokratisierungsprozesse zumeist systematisch ausblendet. Analog können die von Hafez hervorgebrachten Argumente auch für das hier im Vordergrund stehende Verhältnis von Medien und interna-

---

Politikperspektiven. Wirkungspotentiale existieren demnach für Aspekte der politischen Partizipation und Identität, des allgemeinen Staats- bzw. Weltbürgerschaftsverständnisses sowie für den politischen Journalismus und die Nachrichtengenerierung innerhalb dieser Konzeption von globaler Öffentlichkeit (vgl. Volkmer 2003, S. 15).

**466** | Hafez 2005b, S. 94. Hervorhebung DCU.

**467** | Bei letzterem Aspekt spricht Hafez (2005a, S. 151) auch von einer Schweigespirale der internationalen Medien in Bezug auf die demokratische Artikulation der moderaten Opposition.

**468** | Vgl. ebd., S. 152.

tionalen, supranationalen oder intergouvernementalen Institutionen und Governance-Netzwerken gelten, da auch dieses Verhältnis den gleichen Wirkmechanismen unterworfen ist und ein kontinuierlich begleiteter Demokratisierungsprozess mit dem Ziel eines größtmöglichen Legitimationszugewinns schwer zu realisieren bleibt.

Innerhalb der internationalen Medienlandschaft scheint zudem eine empirische Evidenz dahingehend zu existieren, dass grenzüberschreitende Verflechtungen vom Phänomen der Regionalisierung gekennzeichnet sind. Hafez (2005b) rekurriert hier auf die Überlegungen von Sinclair, Jacka und Cunningham (1996) und Straubhaar (1997), die in ihren Untersuchungen Gegenbelege zu einer voreiligen und simplifizierenden Annahme von pan-globalen Medienstrukturen und -verknüpfungen liefern und vielmehr auf die Relevanz geo-linguistischer Regionen<sup>469</sup> bzw. geo-kultureller Märkte<sup>470</sup> hinweisen.<sup>471</sup> Kennzeichnend sind einerseits die für externe bzw. westliche Einflüsse erfolgenden Reartikulationen und Remodulationen, die zunächst kulturimperialistische Vorstellungen westlicher Globalisierungseinflüsse relativieren, sich sodann in der Melange westlicher Nachrichtenformate und nationaler bzw. innerregionaler Nachrichteninhalte oder in der Imitation bzw. Adaptation westlicher Technologien und Programmierungen äußern und damit medienkulturelle Artefakte eigenen Charakters etablieren, die ihrerseits zuvorderst den benannten regional-gravitatorischen Kräften unterliegen. Diese sind andererseits auch in medienökonomischer Dimension quantifizierbar und deuten ebenfalls auf die strukturelle Genese eines neuen Regionalismus hin. Hafez weist außerdem darauf hin, dass dem Fokus entlang geo-linguistischer bzw. geo-kultureller Demarkationen zumindest das medienwirkungstheoretische Potential regionaler oder zivilisatorischer Identitätskonstruktionen innewohnt,<sup>472</sup> wenngleich auch intraregionale Öffnungstendenzen möglich sind. Zusammen-

**469** | Vgl. Sinclair, Jacka und Cunningham 1996, S. 5, 11ff. Diese Regionen unterliegen primär geographischen Gegebenheiten, gleichwohl wirken aber gemeinsame kulturelle, linguistische oder historische Formierungen und Verbindungen raumintegrierend.

**470** | Vgl. Straubhaar 1997, S. 291. Hinweise auf die qualitative Veränderungen in den globalen Medienbeziehungen zeigt schon Straubhaar 2010 [1991], S. 276, an Ländern in Lateinamerika (insbs. Brasilien) auf. Aspekte wie die der kulturellen Nähe und Relevanz in Form der Präferenzierung nationaler oder regionaler TV-Programme dienen hierbei als Indikatoren.

**471** | Hafez (2001, S. 3f., 8) verweist auf die Medienentwicklungen im Nahen Osten, die vor allem Tendenzen einer innerregionalen Proliferation von Medienorganisationen und einer primär regionenzentrierten Eigentümer- bzw. Investitionsstruktur aufweisen.

**472** | Hafez (2005b, S. 103ff.) nimmt hier Bezug zur zivilisationskollidierenden These Huntingtons, wobei er deutlich macht, dass für die Betrachtungen interkultureller Relationen nicht so sehr die Perspektive des *clash of civilizations*, sondern die eines *lack of communication* Re-

menfassend wird diesem (satellitentechnologischen) Medienregionalismus ein isolationistisches Potential zugeschrieben, wobei die Offenheit bzw. Durchlässigkeit gegenüber Globalisierungseinflüssen nicht determinierbar ist bzw. kommunikativ fluide bleibt.

Entsprechend der angedeuteten skeptischen Perspektive fordert Hafez<sup>473</sup> eine Relativierung bzw. differenziertere Gewichtung unterschiedlicher Aspekte der *Entertainment* bzw. *Unterhaltungskultur*, die oft selektiv als Argumentationspunkte innerhalb einer Globalisierungsdebatte fungieren, die sich ihrerseits durch einen unausweichlichen Trend zur global-uniformen Hegemonialkultur und zum primär westlich geprägten Kulturimperialismus auszeichnet.<sup>474</sup> Die nahezu globale Verfügbarkeit von

---

levanz besitzt. Denn kulturelle Globalisierungstendenzen im verständigungsorientierten Sinne sind in hohem Maße von kulturellen Machtkonstellationen abhängig, die ihrerseits weitestgehend mit kommunikativen Hegemonialstrukturen koinzidieren.

**473** | Vgl. zur Basis nachfolgender Argumentationslinie Hafez 2005b, S. 115-134.

**474** | Die Debatte der Einflussphären und -potentiale westlicher Medienorganisationen verweist dabei unmittelbar auf die These des *media imperialism* bzw. *cultural imperialism*. Sparks (2007) argumentiert, vergleichbar wie Hafez, differenzierter, wenn er die in Teilen vorherrschende Dominanz einiger Medienprodukte aus einzelnen Ländern nicht an sich als Imperialismus versteht, sondern eher als Konsequenz spezifischer Machtstrukturen begreift. Medieninhalte dominieren demnach nicht andere Medieninhalte, noch andere Länder, aber die globale Verfügbarkeit ist an die ungleichen Machtverhältnisse im Weltgefüge gekoppelt (ebd., S. 215). Imperialismus wird daher *nicht* mit Medien- oder Kulturimperialismus gleichgesetzt. Der von der Theorie des kulturellen Imperialismus herausgearbeiteten Dominanz einiger Akteure im Feld der globalen Zirkulation von Medienprodukten wird dahingehend zugestimmt, dass diese ökonomischen Strukturen die Artikulationsfreiheit der materiell nicht Privilegierten restringiert. Allerdings wird die Vorstellung, dass Medienunternehmen als Imperialisten agieren verworfen, da diese Begrifflichkeit der Politik bzw. dem Staat vorbehalten werden sollte. Oft beinhalten mediale Erzeugnisse die Wert- und Interpretationsstrukturen der (imperialen) Staaten, denen sie entstammen und Medienorganisationen profitieren vom Grad der politischen und militärischen Dominanz, ohne dass sie oder die Medieninhalte bzw. -produkte jedoch auf einen eigenständigen imperialistischen Charakter verweisen (ebd., S. 214f.). Die obigen Aspekte sind in einer umfassenderen Kritik der Imperialismustheorie eingebettet: a) Verflechtungsgrad zwischen Medien, Staat und anderen Bereichen (z.B. Militär) im Sinne einer gemeinsamen Expansionsstrategie: die Sphären unterliegen zwar einer kapitalorientierten Funktionslogik, sind aber dennoch als distinkt zu bezeichnen (vgl. ebd., S. 208); b) Passivität der Peripherie: diese wird aufgrund der multiplen Interpretationsmöglichkeiten von medialen bzw. kulturellen Produkten in Frage gestellt, wenngleich auf einen allgemeinen Mainstreaming-Effekt hingewiesen wird, der auch durch mangelnde Selektionsalternativen (Oligopol einiger Länder) hervortreten kann



westlichen (insbs. US-amerikanischen) Kulturgütern wird in dieser Lesart fälschlicherweise mit der vollständigen Verdrängung lokaler bzw. indigener Kulturzusammenhänge gleichgesetzt, bei der kulturelle Medienartefakte als Hegemonialsubstitute politischer oder militärischer Dominanz homogenisierend agieren<sup>475</sup> und das Kon-

(vgl. ebd., S. 210); c) der Staat als einziger Garant einer authentischen nationalen Kultur: die Vorstellung von Kultur als singulärem Artefakt wird aufgegeben, da sie der Komplexität sozialer Gemeinschaften und gesellschaftlicher Prozesse widerspricht und zudem das Konzept einer dominanten Kultur, die in ihrer Hegemonie subalterne Varianten und Versionen unterdrückt, impliziert (vgl. ebd., S. 211); d) Aufgabe der dichotomen Trennung zwischen Zentrum und Peripherie: die innere Heterogenität der Peripherie als auch die des Zentrums wird oft ausgeblendet, jedoch können alternative Relationen autonomer (kultureller) Entwicklungen in einer bipolaren Konzeption theoretisch nicht erfasst werden (vgl. ebd., S. 211f.).

**475** | Als Vertreter dieser These betrachtet Schiller (2010 [1991], S. 247f.), auch nach den Umbrüchen der geopolitischen Landschaft Anfang der 1990er Jahre, medienkulturellen Imperialismus als Unterkategorie eines allgemeinen Imperialismus, der in entwickelten Ökonomien die Ziele des finanziell-industriellen Komplexes unterstützt (Aufrechterhaltung oder Etablierung der Konsumgesellschaft), wobei die Sphären der Kultur und Ökonomie untrennbar miteinander verknüpft sind. Kulturelle Artefakte sind dabei stets systemideologische Entitäten, die in gegenwärtigen Ökonomien an Bedeutung gewinnen. Schiller (ebd., S. 249, H.i.O.) sieht diese *transnational corporate cultural domination* in Form einer kulturellen Dominanz der US-Medienunternehmen als das zentral wirkende Konzept, welches parallel zur abnehmenden nationalstaatlichen Machtposition an Bedeutung gewinnt und demnach einem nicht autonom agierenden Publikum gegenübersteht. Vergleichbar argumentiert McPhail (2010, S. 16ff., 23), wenn er in seiner bereits 1981 formulierten »Electronic Colonialism Theory« die weltweit uniformierenden Einflüsse westlicher Medien auf Sozialisierungsprozesse und Argumentationshaushalte beschreibt. Wenngleich Iwabuchi (2010 [2002]) das Konzept amerikanischer Kulturhegemonie immer noch als maßgeblich erachtet, so konstatiert er doch im Kontext des ökonomischen und kulturellen Bedeutungszuwachses Japans (»Japanization«) und des relativen Machtverlustes der USA eine Dezentrierung transnationaler kultureller Machtstrukturen. In deren Konsequenz kann Globalisierung nicht mehr ausschließlich mit Amerikanisierung bzw. westlicher Kulturdominanz gleichgesetzt werden, sondern muss um die Perspektiven anderer emergierender Zentren und die der Bedeutung intraregionaler Kulturdynamiken ergänzt werden (vgl. ebd., S. 418, 420f., 425f.). Ähnlich argumentiert Sonwalkar (2001) am Beispiel Indiens. Während Tunstall (1977) trotz einiger Kritikpunkte (vgl. ebd., S. 40, 57, 62) die fundamentale These Schillers stützt und konstatiert »The media are American«, erfolgt in Tunstall (2008) eine Revision dieser. Aufgrund der veränderten geopolitischen Machtkonstellationen (v.a. China, Indien) und polyzentrischen Dynamiken wird nunmehr die These vertreten »The media were American«. Neben der Bedeutung der reinen Bevölkerungsdichte in diesen Weltregionen wird festgestellt,

zept multizentrischer Globalisierungsgeometrien an sich egalitärer, autonom-dynamischer und sich reflexiv beeinflussender Kulturen suspendieren.<sup>476</sup> Die Präsenz vermeintlich hegemonialer kultureller Objekte wie Filme oder Musik des Pop-Genres westlichen oder US-amerikanischen Ursprungs in entsprechenden Indizes ist demnach nicht mit einer ubiquitären Dominanz dieser oder einer Suppression indigener Kulturen gleichzusetzen, da der jeweilige lokale Kontext einen zeithistorisch spezifischen sozio-kulturellen Rahmen bereitstellt, in dem eine Re- bzw. Neuinterpretation, eine spezifische Decodierung oder aber resistive Ablehnung erfolgen bzw. nicht intendierte Diskursanschlüsse in der Folge des Imports kultureller Artefakte auftreten können.<sup>477</sup> Dennoch ist das kulturverändernde Einflusspotential von importierten Medien nicht gänzlich zu verneinen. Da das Wirkpotential kultureller Importe nicht vollständig evaluiert werden kann, dieses vielmehr den Besonderheiten jeweils nicht-universeller gesellschaftshistorischer Momente unterliegt, präferiert Hafez zwischen den Polen eines globalen Kulturimperialismus einerseits und einer vollständigen lo-

---

dass in der Publikumshierarchie nationale Medien deutlich vor regionalen und lokalen liegen und damit noch vor der Nutzung internationaler Medien. Bei aller Präsenz euro-amerikanischer Medien und deren (momentaner) Bedeutung, ist zeitgleich ein relativer Relevanzverlust zu beobachten, vor dessen Hintergrund von der (US-)Imperialismusthese und der damit verbundenen alleinigen Definitionsmacht der globalen Medien- und Nachrichtenagenda Abstand genommen werden muss (vgl. Tunstall 2008, S. 10, 449ff.). Auf die jeweiligen Spezifika und Dynamiken innerhalb der unterschiedlichen Weltregionen machte schon Straubhaar (2010 [1991], S. 264) aufmerksam, indem er, rekurrierend auf Galtung (1971), mit dem Begriff der »asymmetrical interdependence« analytisch-konzeptionell auch die relative Autonomie nationaler Entwicklungslinien zu fassen suchte. Damit kann das simplifizierende dependenztheoretische Konzept im Bereich der Medien durch die Vorstellung eines Kontinuums zwischen den Polen totaler Dependenz und maximaler, wenngleich asymmetrischer Interdependenz, ersetzt werden.

**476** | Gleichwohl kann mit Sparks im Hinblick auf die Etablierung originär globaler Medieninhalte die Auffassung vertreten werden, dass sich diese, sofern existent, primär an den Verhältnissen und Bedingungen der wohlhabenden Nationen ausrichten, vor allem wenn sie ihren Ursprung in den nicht-westlichen Ländern haben und adaptiert werden müssen, um das Niveau eines potentiell globalen Medienproduktes erreichen zu können (vgl. Sparks 2007, S. 180ff.).

**477** | Hafez (2005b) lehnt sich hierbei an die Untersuchungen von Liebes und Katz (1994[1993]) an, die am Beispiel der populären und international distribuierten TV-Soap *Dallas* zeigen, dass die Heterogenität zwischen und innerhalb von Gesellschaften (Ethnie, Kultur, Bildung, Alter, Gender und Klasse oder Milieu) tendenziell Ambiguitäten in der Interpretation von Medieninhalten begründet, die es nicht erlauben, von einer dominanten Lesart oder einem monolithischen Wirkeffekt auszugehen (vgl. ebd., S. 8ff.).

kalen Dekontextualisierung andererseits das vermittelnde Konzept der Globalisierung,<sup>478</sup> in welchem situative kulturelle Aushandlungsprozesse elementare Bedeutung erlangen. Hafez macht zudem darauf aufmerksam, dass die Verbreitungsprozesse kultureller Impulse nicht unabhängig von ökonomischen Machtkonstellationen und kommerziellen Interessen sind und damit Kulturkontakte via Medienprodukte einen deutlichen Bezug zur ökonomischen Dimension der Globalisierung besitzen. Die westliche ökonomisch-kulturelle Hegemonie erfährt aber ihrerseits durch die Dynamiken multipler kultureller Zentren in Asien (*Bollywood*), Afrika (*Nollywood*) oder Lateinamerika restringierende Momente<sup>479</sup> und kann als globalisierungsdominierend auch nur in den äußerst kommerzialisierten Segmenten von Musik und Film begriffen werden. Damit muss mit Hafez der konzeptuellen Annahme einer primär westlich bzw. US-amerikanisch induzierten kulturellen Globalhegemonie in einer gesamtevaluativen Perspektive Skepsis entgegengebracht werden.<sup>480</sup>

Wengleich das *Internet* (im engeren Sinne das *WWW*) entsprechend seiner – zumindest theoretisch – dezentral-ernetzen, egalitären sowie offenen und responsiven Grundanlage als potentiell globales Kommunikationsnetzwerk betrachtet werden kann, sind mit Hafez sowohl auf infrastruktureller, partizipatorischer als auch inhaltlicher Ebene einige quantitative und qualitative Indikatoren gegeben, die eine skeptische Grundhaltung gegenüber diesem weitverbreiteten Verständnis nahelegen.<sup>481</sup>

**478** | R. Robertson (1995, S. 27ff.) versucht durch dieses Konzept die Dichotomie der in der Globalisierungsdebatte meist diametral angeordneten Begrifflichkeiten Homogenisierung und Heterogenisierung bzw. Universalismus und Partikularismus aufzuheben. Diesbezüglich beobachtet er »*the interpenetration of the universalization of particularism and the particularization of universalism*« (R. Robertson 1992, S. 100, H.i.O.). Ähnlich plädiert auch Sreberny-Mohammadi (1992, S. 122, 135f.) für die Erweiterung der zunächst bipolaren Vorstellungen von Globalisierung und Lokalisierung um die analytische Ebene des Nationalen, die als eine wichtige Instanz internationaler Kommunikation medienrelevante Regularien, kulturelle Identität und nationale Öffentlichkeit ko-definiert.

**479** | Exemplarisch prognostiziert Rohn (2009, S. 552) für die Märkte China, Indien und Japan eine Zunahme (kultureller) Barrieren, dies in Korrelation zur ökonomischen Prosperität.

**480** | Ähnlich argumentieren Cottle und Rai (2008, S. 176), wenn sie auf Basis der Strukturen von internationalen TV-Nachrichten schließen, dass sowohl für die Perspektive der »global dominance« als auch für die der »global public sphere« keine *exklusiven* empirischen Belege existieren.

**481** | Es wird hier, sofern nicht anders angegeben, der Argumentationslinie und den Ausführungen von Hafez 2005b, S. 135-157, gefolgt.

Obwohl die Bedeutung von Internetanwendungen global ungebrochen zunimmt,<sup>482</sup> zeigen sich im Bereich der physisch-infrastrukturellen Allokation der Kommunikationskapazitäten enorme Disparitäten *zwischen* den Weltregionen, dies insbesondere zwischen globalem Norden und globalem Süden, aber auch *innerhalb* der einzelnen Regionen. Die größten Kapazitäten existieren somit zwischen Europa und Nordamerika sowie Nordamerika und Lateinamerika/Asien/Pazifik (beide gleichauf), mit Abstand folgend zwischen Europa und dem asiatisch-pazifischen Raum und kaum bzw. nicht existent sind Kommunikationswege zwischen den Regionen Asien, Lateinamerika und Afrika (vgl. hierzu Abb. A.2 und Abb. A.3 im Anhang).<sup>483</sup> Hafez weist darauf hin, dass auch die eigentlichen Kommunikationsflüsse der digitalen Informationen, damit ihre Intensitäten und Richtungen, keine ausgeglichenen Verhältnisse aufweisen, sondern dass diese zwischen den USA und Europa besonders intensiv sind, dies deutlich vor den USA und Asien, wobei in beiden Fällen der digitale Informationsfluss seinen Ursprung zumeist in den USA hat, diese damit als Hub oder Informations(mono)pol gelten können. Insgesamt verweisen vorliegende Daten schon für diese Betrachtungsdimensionen nicht auf eine genuin umfassende Globalisierung, sondern eher auf etablierte transatlantische Beziehungen – und damit auf Verflechtungen innerhalb des industrialisierten Nordens.<sup>484</sup> Insgesamt weisen diese

**482** | Die *Global Internet Map 2011* von *TeleGeography* (vgl. Abb. A.3 im Anhang) verweist auf eine Auslastung der kommunikationstechnologischen Infrastruktur durch Internetapplikationen von ca. 80 Prozent. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der verfügbaren Internetbandbreite betrug im Zeitraum 2007 - 2011 demnach 58% (leicht konsolidierender Trend), aber auch der globale Internetverkehr wies eine Steigerung von 56 Prozent auf. Insbesondere die Wachstumsraten für den Traffic in Südasien (100%), Afrika (83%) und Nahost (98%) sind im direkten Vergleich (Westeuropa: 55%) immens (vgl. *TeleGeography Research 2011*, S. 2f.).

**483** | Die Daten von *TeleGeography* zeigen für den Vergleich der Infrastrukturkapazitäten für den afrikanischen Kontinent ein Gesamtbandbreiteverhältnis von 1 (Afrika) : 9 (Lateinamerika/Karibik) : 15 (Asien/Pazifik, inkl. Türkei, arab. Halbinsel, Iran) : 30 (Nordamerika) : 70 (Europa) (eigene Berechnung auf Basis von Abb. A.3 im Anhang).

**484** | Hafez (2005b, S. 138) bemerkt jedoch auch, dass es für eine finale Beurteilung eines vorliegenden Globalisierungstrends einer direkten Gegenüberstellung der Entwicklungsraten nationaler bzw. regionaler Kommunikationsflüsse mit denen des internationalen Internetinformationsflusses bedarf, wobei erstere im Umfang deutlich von letzteren übertroffen werden müssten. In diesem Kontext referenziert Hafez außerdem die Studie von Havalais (2000), die den Umfang der im nationalen Raum verbleibenden Verlinkungsstrukturen in den USA (90%) und Europa (ca. 60%) und die enge Verknüpfung beider Kommunikationsräume dokumentiert und damit eine globalisierungskritische Perspektive zusätzlich stützt. Zudem scheint eine grenz-

Asymmetrien zwischen den industrialisierten und sich entwickelnden Ländern, aber auch die intraregionalen und intranationalen Disparitäten, auf einen eklatant ausfallenden *digital gap* bzw. eine digitale Spaltung (*digital divide*)<sup>485</sup> hin, in deren Zuge eine Perpetuierung der Technologie- und Wissensakkumulation innerhalb des globalen Nordens bei vergleichweisem Minder- bzw. Nichtprofitieren der Mehrheit des globalen Südens offensichtlich wird und eine durch digitale Kommunikationstechnologien forcierte kommunikative Vernetzung von Bürgern und Wissensbeständen fragwürdig erscheint.<sup>486</sup> Hafez lenkt den Blick zudem auf die möglichen Konsequenzen einer

---

überschreitende Verlinkung vor allem im wissenschaftlichen Umfeld erkennbar, dies deutlich vor dem Themenbereich Nachrichten (vgl. auch Balnaves, Donald und Hemelryk Donald 2001, S. 91). Elvestad (2009, S. 112, 118) zeigt in ihrer Analyse, dass sich Muster der traditionellen Mediennutzung auf das Internet übertragen lassen und das Interesse an internationalen Nachrichten nicht nur dem an lokalen Nachrichten unterliegt, sondern dass Nachrichten im Internet generell ein vergleichsweise niedrigeres Aufmerksamkeitsniveau erreichen. Unisono betont eine Analyse britischer Internetanwender den primär nationalen Nutzungshorizont, wenn sie diesbezüglich festhält, dass »audiences rarely encounter the wider world online« und konstatiert »[i]t is rarely used to broaden horizons, and the developing world is not a core focus of interest for these audiences« (Fenyoe 2010, S. 3, 7). Die Untersuchungen von Wu (2007) indizieren für US-amerikanische Webseiten auf inhaltsanalytischer Ebene einen mit den traditionellen Medien vergleichbaren restriktiven Berichtshorizont, der sich vor allem auf den Nahen Osten sowie die ökonomischen und militärischen Elitenationen beschränkt und insbesondere durch die großen Agenturen definiert wird (vgl. ebd., S. 549). Auch Berger (2009, 362f.) erkennt gleichbleibende Muster der Domestizierung und einseitigen Kommunikationsflüsse im Vergleich von neuen und traditionellen Medien und verbindet diese mit dem Trend westlicher Medien (insbs. US, UK) zur Hyperlokalisierung – dies konträr zur allgemeinen Globalisierungsthese.

**485** | Skeptisch bis ablehnend zeigt sich Compaine (2001), der die Existenz und politische Relevanz der digitalen Kluft als Mythos klassifiziert. Diese Auffassung wird hier explizit nicht geteilt.

**486** | Sparks stellt medienübergreifend fest, dass insbesondere die in ihrer technisch-infrastrukturellen Ausrichtung potentiell global wirkenden Medien wie Satellitenfernsehen und das Internet, aber auch international distribuierte klassische Printpublikationen insgesamt starken lokalen politischen und ökonomischen Restriktionen unterliegen. Zudem verweisen die gesellschaftlichen Nutzungsmuster auf eine einseitige Disbalance zugunsten einer formal hochgebildeten sowie wirtschaftlich gut situierten Elite, die vor allem den wohlhabenden Weltregionen zugehörig ist und damit der normativen Idee einer umfassenden und allgemein zugänglichen globalen Öffentlichkeit konträr gegenübersteht (vgl. Sparks 2005, S. 38ff.; Sparks 2000, S. 83ff.; Sparks 1998, S. 113ff.).

Dominanz ökonomisch-induzierter Internetkommunikation, die den globalisierungstheoretischen und öffentlichkeitstheoretischen Ansprüchen global-kommunikativer Verständigung innerhalb der politischen Dimension tendenziell entgegenstehen.<sup>487</sup> Ein weiteren Aspekt, den Hafez in Bezug auf eine durch Globalisierungstendenzen getragene Universalisierung von Wissen und kommunikativ begründete Verständigung zu bedenken gibt, ist die zunehmende sprachliche Fragmentierung des Netzes im Sinne einer Multilingualisierungstendenz potentieller Nutzer und Netzinhalte. In deren Konsequenz können, trotz berechtigter kultureller Autonomiebestrebungen und zeitgleicher Relativierung der hegemonialen Dominanz der englischen Sprache, Partikularisierungen zu einem »babylonischen Netz«<sup>488</sup> führen, in dem konkurrierende Verflechtungsinself dem Ideal sozio-globaler Wissensverflechtungen entgegenstehen und gegebenenfalls nationalbetonte Tendenzen befördern.<sup>489</sup> Darüber hinaus erkennt Hafez auf qualitativer Ebene eine Divergenz zwischen sozialen Relevanz- und digitalen Präsenzstrukturen (Online/Offline-Diskrepanz). Letzteren fehlt oft ein real-politisches oder gesellschaftliches Pendant bzw. technologisch-vermittelte Erfahrungshorizonte korrelieren nicht mit Primäreindrücken direkter Welterfahrungen, was einen tendenziell »virtuellen Kosmopolitismus«,<sup>490</sup> den man als oberflächliche oder nicht-substantielle Globalisierung bezeichnen könnte, impliziert. In diesem Zusammenhang unterstreicht Hafez zudem die, trotz einer Entmonopolisierung der Informationszugänge und Diversifizierung des Artikulationsspektrums, gegebene Notwendigkeit einer kritischen Beurteilung des Mobilisierungsvermögens und der resultierenden Demokratisierungseffekte einer vernetzten globalen Zivilgesellschaft. Diese erscheint ihrerseits durch ihre fast ausschließliche Elitenresonanz (im globalen Norden und den Metropolen), die linguistischen Partikularisierungstendenzen,

---

**487** | Wiederum zeigen die Erhebungen von *TeleGeography*, dass insgesamt nur circa 31 Prozent des Internetverkehrs auf Anwendungen wie Web Browsing (23%), Email (4%) und Internetgespräche (4%) zurückgehen, damit auf Applikationen, die zumindest potentiell eine gesellschaftspolitisch relevante Vernetzung andeuten könnten. Andere Bereiche wie das klassische P2P (24%), Streaming (18%) oder Online Storage (10%) tragen mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts dazu bei (vgl. Abb. A.3 im Anhang).

**488** | Hafez 2005b, S. 141.

**489** | Die Projektionen von *TeleGeography* für das Jahr 2014 (Vergleichsbasis 2010) verweisen z.B. auf einen Zuwachs von 44 Prozent für Internetnutzer (i.d.F. broadband subscriber) aus dem asiatisch-pazifischen Raum, womit dann ca. 310 Millionen Menschen dieses Kommunikationsmedium in ihrer sprachlichen Diversität (v.a. Chinesisch) nutzen werden (vgl. Abb. A.3 im Anhang).

**490** | Hafez 2005b, S. 150.

die Proliferation digital verfügbarer Informationen, aber auch durch den Trend zur inhaltlichen Ökonomisierung des Netzes in ihrer faktischen Existenz und Relevanz fragwürdig. Die Wirkkraft traditionellen politischen Engagements behält dahingegen fortwährend ihre Relevanz und resultierende Demokratisierungsmomente ermöglichen zumeist die Freiheiten vernetzter Kommunikation – nicht vice versa.<sup>491</sup>

Ein vergleichsweise hohes Potential an Globalisierungsimpulsen bzw. Stimuli für global-kulturelle Austauschprozesse spricht Hafez<sup>492</sup> dem nur vermeintlich antiquierten *Auslandsrundfunk* (Radio, TV) zu, welcher (in einer dialogischen Grundanlage der Programme) insbesondere durch sein multilinguales Sendekonzept ein umfangreiches extra-nationales Publikum in den Zielländern erreichen könnte.<sup>493</sup> Spezielle Auslandsprogramme können, bei entsprechender strategischer Ausrichtungen, die al-

---

**491** | Vgl. für letzteres Argument auch Hafez (2011b). Optimistischer schätzen Betz und Brüne (2001, S. 16ff.) die Wirkkraft neuer Kommunikationstechnologien (i.e.S. des Internets) auf die Öffentlichkeitsstrukturen der autoritären Staaten unter den Entwicklungs- und Schwellenländern ein, die »sich unter wachsendem Globalisierungsdruck beschleunigt verändern« werden (ebd., S. 14). Ebenso konzipiert Bohman (2004, S. 140, 152) das Internet als Raum dezentrierter Öffentlichkeit, erkennt diesen als »public of publics« und verbindet mit ihm eine tendenziell dialogische kosmopolitische Kommunikation, die die Möglichkeit einer transnationalen deliberativen Demokratie realistischer erscheinen lässt.

**492** | Vgl. für nachfolgende Argumentationslinie wiederum Hafez 2005b, S. 159-169.

**493** | Die *Deutsche Welle* produziert beispielsweise ihr Radio- und Internetangebot in 30 Sprachen (darunter Bulgarisch, Hindi, Farsi und Türkisch), das Fernsehprogramm (*DW-TV*) wird in Deutsch und Englisch sowie in spanischen und arabischen Programmfenstern ausgestrahlt. Allerdings existieren – zweifelsohne breiter zu diskutierende – Pläne, die Stellung des englischsprachigen Programms zu stärken, um die »Potenziale in der Zielgruppe der globalen Entscheider und Teilnehmer am politischen Meinungsbildungsprozess auszuschöpfen« (Deutsche Welle (DW) 2014). Der External Broadcasting Service von *All India Radio* wird in 16 ausländischen Sprachen angeboten (darunter Arabisch, Burmesisch, Chinesisch, Französisch, Indonesisch, Nepali, Russisch, Swahili und Tibetisch). Die Studie von Rotheray (2010) erkennt neben einer allgemeinen Proliferation von internationalen Rundfunkakteuren einen aktuell ebenso durch lokale Anbieter getriebenen Wettbewerb, dies auf den unterschiedlichsten Plattformen (TV, Radio bzw. Online). Ökonomische Limitierungen führen, wie oben angedeutet, oft zu einer strategischen Entscheidung zugunsten einer Erweiterung der internationalen TV-Plattformen, bei einer zeitgleichen Einschränkung lokal-adaptierter Radioangebote und den potentiellen Konsequenzen hinsichtlich der Relevanz für das jeweilige lokale Publikum (ebd., S. 4f.). Grundsätzlich aber bleiben die Reichweiten des Auslandsrundfunks häufig vergleichsweise gering oder nicht eindeutig identifizierbar.

leinige, oft als propagandistisch wahrgenommene Funktion der Selbstdarstellung des Ursprungslandes überwinden<sup>494</sup> und durch zusätzliche Funktionen der Kompensation (Pluralismusgarant in Gebieten eingeschränkter Freiheitsrechte), Krisenintervention (Mediation, Friedensförderung) oder des Dialoges (Nord-Süd-, Orient-Okzident-, Süd-Süd-Kommunikation) ergänzt werden. Damit gingen sie in einem erweiterten Verständnis eines zeitgemäßen *Public Diplomacy* Ansatzes auf und nähern sich demokratischen Ansprüchen einer Sphäre globaler bzw. transnationaler Öffentlichkeit an.<sup>495</sup> Entscheidend scheint nach Hafez die Kompetenz und Stringenz einer global ausgerichteten staatlichen Medienpolitik zu sein, zu der der Auslandsrundfunk in einem finanziellen als auch rechtlichen Dependenzverhältnis steht und die bei weitestgehender organisatorischer und thematischer Freiheit des Rundfunks neben einer fortwährenden Selbstevaluation auch eine nationale Rückkoppelung durch eine verstärkte Rechenschaftspflicht gegenüber parlamentarischen Gremien und Expertenpublika umfasst. Problematisch bleibt damit jedoch immer noch eine darüber hinaus anzustrebende Intensivierung der Beziehungen bzw. die Resonanzzeugung zu/in der breiten Öffentlichkeit des Ursprungslandes des jeweiligen Auslandsrundfunksenders, um einerseits eine zusätzliche Kritikinstanz für dieses öffentliche Auslandsengagement zu gewinnen und andererseits dem Ziel einer Verflechtung der unterschiedlichen Publika zu entsprechen.<sup>496</sup>

**494 |** Beispielfhaft können hier die wenig kritisch-reflektierenden Auslandsrundfunksender wie *Radio Free Europe/ Radio Liberty* und *Voice of America* (USA) vor allem Kontext der Irak- und Afghanistan-Kriege sowie *China Radio International* oder *Voice of Russia* genannt werden.

**495 |** Diesbezüglich hohe Reputation und Modellcharakter genießen der *BBC World Service* und verstärkt auch die *Deutsche Welle*. Hafez (2005b, S. 164) weist darauf hin, dass die strukturelle globale Dominanz westlicher Auslandssender nicht zwangsläufig als eine Ausprägung kulturellen Imperialismus zu bewerten ist, sondern eine Einschätzung in Abhängigkeit von obigen Funktionsparametern erfolgen muss. Nichtsdestotrotz bleibt auch der Auslandsrundfunk ein Bestandteil einer umfassenderen (massen-)medialen Nord-Süd-Disparität, die sich in der faktischen Hegemonie westlicher Länder zeigt (vgl. Hafez 2003, S. 50).

**496 |** Mit Price (2010 [2002], S. 357, 363) sei darauf hingewiesen, dass der Auslandsrundfunk, neben anderen Medienkanälen und Implementationstechniken, für viele Staaten eine erkennbar politisch-strategische Komponente innerhalb einer umfangreicheren *foreign policy of information and global media space* darstellt, die auf die Durchsetzung nationalpartikularer Interessen bzw. die Beeinflussung öffentlich-medialer Diskurse abzielt. Nach einer Phase relativen Relevanzverlustes nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die Notwendigkeit einer kohärenten und effektiven auswärtigen Medienpolitik insbesondere aufgrund der Ereignisse im Umfeld des 11. September 2001 von staatlicher Seite neu formuliert. Dies gilt sowohl für die USA



Für den Komplex *Medien und Migration* im Kontext der zeitgenössischen Globalisierungsdebatte sowie den angeschlossenen Themendiskursen Inklusion und Identitätsdeskriptionen unterstreicht Hafez die grundsätzliche Ambivalenz der Wirkung von Medien. Diese können zeitgleich sowohl inklusionsfördernd als auch inklusions-supprimierend agieren, Identitätskonstrukte divergieren als auch -konvergieren lassen sowie Identitäten invariant verstetigen oder responsiv transformieren.<sup>497</sup> Globale oder zumindest global verfügbare Medien oszillieren demnach zwischen der Etablierung virtueller national(kultureller) Gemeinschaften bzw. Öffentlichkeiten der Diaspora und der Begünstigung multikultureller (friedliche Koexistenz) oder transkultureller (synthetischer Charakter) Entwicklungsdynamiken. Jedoch auch für erstere Konstellation bleibt das Potential einer exkludierenden bzw. inklusionsverweigernden Tendenz zur Ethnisierung stets kontingent, da bei einer parallelen bi-kulturellen oder multinationalen Mediennutzung gesellschaftliche Desintegration keine unilineare Zwangsläufigkeit darstellt, sondern die Heterogenität innerhalb der Diaspora stets das Hinterfragen nationalstaatlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Demarkationen einschließt. Zu den Paradoxien allgemein suggerierter Globalisierungstendenzen gehören mit Hafez jedoch auch die latenten Muster xenophober oder rassistischer Provenienz bzw. deren persistente gesellschaftliche Verankerung. Wenngleich die Beweisführung eines direkten Kausalzusammenhangs von Medien und fremdenfeindlichen Artikulationen oder Einstellungen schwierig ist, so bleibt die spezifische mediale Kontextbindung von MigrantInnen (*fixed repertoires* wie Kriminalität oder religiöser Fundamentalismus) – verstanden als langfristige Agendawirksamkeit einmal etablierter Diskurse – von Belang, da sie auf tieferliegende Stereotypen und Feindbilder nationaler, ethnischer oder religiöser Art schließen lässt. Die medial-kulturelle Begleitung des Ausbildungsprozesses kosmopolitischer Identitäten sieht Hafez gegenwärtig jedoch in einer »Phase der nationalistischen Regression und eines Festhaltens an Identitätsmustern der Nation«,<sup>498</sup> welche mit Appadurai (2006) zumeist »on some idea of ethnic purity or singularity and the suppression of the memories

---

(ebd., S. 345) als auch beispielsweise für Frankreich, welches, durch die Etablierung seines Sender *France 24*, seine globalen außenpolitischen Ambitionen dokumentiert (vgl. Nix 2007, S. 99f., 110). Selbiges kann auch für die international ausgerichteten Nachrichtensender *Russia Today* und *CCTV* (China) angenommen werden. Auch für Rotheray (2010, S. 4) erscheint der Auslandsrundfunk tendenziell eigenzentriert und kaum selbstkritisch gegenüber dem Ursprungsland und dessen Außenpolitik.

**497** | Vgl. für nachfolgende Argumentationslinie Hafez 2005b, S. 171-188.

**498** | Ebd., S. 188.

of plurality«<sup>499</sup> basieren. Nicht zuletzt wird dies durch einen Modus internationaler Berichterstattung begünstigt, der aufgrund überwiegend negativ bzw. chaotisch konnotierter Ereignisbeschreibungen, anstelle einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsperspektive, innergesellschaftlich die Wirkung einer Konzentration auf eine von Harmonie, Stabilität und Interpretationseindeutigkeit gekennzeichneten nationalen Proximalumgebung entfaltet.<sup>500</sup>

Hinsichtlich des Integrationsgrades globaler *Medienpolitik* bemerkt Hafez,<sup>501</sup> dass sich die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der nationalen Mediensysteme durch eine weitgehende Immunität bzw. relative Resistenz gegenüber Globalisierungstendenzen auszeichnen, womit Befürchtungen eines (kommunikationstechnologisch induzierten) nationalstaatlichen Kompetenz- bzw. Souveränitätsverlustes suspendiert werden können<sup>502</sup> und die Idee lokaler als auch globaler De-

**499** | Appadurai 2006, S. 45.

**500** | Ähnlich argumentiert Bauman (1998) wenn er mit Rückgriff auf Ryszard Kapuściński bezüglich einer medial verfestigten negativ konnotierten Fernwelt festhält: »A synthetic image of the *self-inflicted* brutality sediments in public consciousness – an image of [...] an alien, subhuman world beyond ethics and beyond salvation« (ebd., S. 75, H.i.O.). Viel grundsätzlicher und damit über den Bereich der Medien hinaus konstatiert Appadurai (2006, S. 44f.) zudem eine Globalisierung der Gewalt gegenüber Minderheiten und Fremden, welche er in dem Defizit nationalstaatlicher ökonomischer Souveränität gegenüber dominierenden Globalisierungstendenzen begründet sieht. Exemplarisch können zudem die Beobachtungen von Iriye (2007, S. 48) genannt werden, der aus global-historischer, wenngleich globalisierungstheoretisch inkonsistenter, Perspektive feststellt: »As the process of globalization became more and more global, America tended to grow more and more local. [...] It is an America that withdraws to itself, disconnects itself from the globe«, wobei »the psychological distance between the American people and others seems to have grown since September 2001« und obwohl »[g]lobalization continues apace, [...] it is almost as if the United States is no longer identified with it, mentally or emotionally«.

**501** | Vgl. für nachfolgende Argumentation, sofern nicht anders angegeben, Hafez 2005b, S. 189-207.

**502** | Vgl. unisono Waisbord und Morris 2001, S. xvi. Diese weisen jedoch auch auf die globalen Machtasymmetrien bei der Definition globaler Kommunikationspolitik hin, dies insbs. zuungunsten der Länder des globalen Südens; vgl. zudem Flew 2007, S. 171; vgl. Weiss 2003a, S. 6; Weiss 2003b, S. 298ff. Diese hält im Kontext allgemeinerer politisch-makroökonomischer Betrachtungen fest, dass die Tendenz der Machterosion und Aushöhlung des Staates in der globalisierungskritischen Perspektive des »constrained state« um eine Dimension des »enablenments«, im Sinne vermehrter, globalisierungsbedingter Interventionsanstrengungen staatlicher

mokratisierungseffekte durch eine verflochtene *Global Media Governance* konterkariert wird. Mit Hafez generiert zumeist die global-ökonomische Sphäre Impulse für medienpolitische Anstrengungen im multinationalen Kontext, wobei die politische Sphäre nahezu vollständig aktivierungsabhängig bzw. passiv-reaktiv agiert.<sup>503</sup> Die in

---

Akteure, ergänzt werden muss. Das Handlungsspektrum in wirkenden Globalisierungsprozessen ist dabei im Wesentlichen von der jeweiligen landesspezifischen normativen und organisationalen Konfiguration der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Institutionen bestimmt. Vergleiche hier auch Weiss 1997, S. 4, die den »myth of the powerless state« kritisiert und konstatiert, dass Globalisierung oft als Nebenprodukt staatlich induzierter/gestützter Wirtschaftsstrategien bzw. geförderter Verflechtungs- bzw. Internationalisierungsbestrebungen politischer Institutionen betrachtet werden kann. Waisbord 2007, o. S., betont bei aller notwendigen Skepsis die grundsätzliche Notwendigkeit staatlicher Rahmenbedingungen und Strukturen für die Etablierung eines demokratischen Journalismus. Die Irrtümlichkeit der Hypothese einer vollständigen Erosion der nationalstaatlichen Einfluss- und Restriktionspotentiale betont auch Sparks 2007, S. 158ff. Denn zum einen bleibt die Entscheidungskompetenz in Fragen der internationalen Media Governance auch in Bereichen der intergouvernementalen Zusammenarbeit (z.B. innerhalb der WIPO) den Nationalstaaten vorbehalten und zum anderen gilt auch für Medienangebote wie beispielsweise dem Satelliten-Fernsehen das Territorialprinzip, damit die unvermeidliche Rückbindung an einen bestimmten politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmen, was Sparks feststellen lässt, dass »[t]he belief that satellite broadcasting represents some form of ›extraterritoriality‹ that transcends the limits of the state system is simply false« (ebd., S. 165).

**503** | In diesem Kontext konstatieren Chakravarty und Sarikakis (2006) eine verstärkte Marginalisierung früherer Fragestellungen zur globalen Redistribution von Kommunikationsressourcen (NWICO-Debatte), dies bei einer parallelen »reregulation of neoliberal governance« (ebd., S. 36). Kennzeichnend ist hierfür die Bedeutungszunahme von WTO, Weltbank, IWF, der G8 und anderen regionalen oder bi- bzw. multilateralen Abkommen in Bereichen des Handels kultureller Güter, der Harmonisierung technologischer Standards und dem geistiger Eigentumsrechte. Im Rahmen dieser Medien- und Kommunikationspolitiken kann demnach von einem *relativen* Autonomieverlust des Staates gesprochen werden, dies in einem Umfeld zunehmender Akteurskomplexität (INGOs und v.a. ökonomische Akteure), wobei die klare Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik durch die Internationalisierung der Politikregime verwischt. Die tatsächliche Gebundenheit an diese internationalen Regime hängt darüber hinaus stark von der jeweiligen politischen, ökonomischen oder militärischen Machtposition des entsprechenden Staates ab, womit die Länder des globalen Nordens (v.a. die USA) einen größeren Unabhängigkeitsgrad besitzen. Eine Reorganisation und Reemanzipation zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure gegenüber der zunehmenden rechtlich-formalen und partizipatorischen Präsenz transnationaler Unternehmen (TNCs) sowie ggü. den Global Governance Konstellationen an

der medienpolitischen Debatte um eine *New World Information and Communication Order* (NWICO) diskutierten Probleme eines »free and balanced flow of information«<sup>504</sup> bleiben in ihrer strukturellen Grundsätzlichkeit bzw. der mit ihr verbundenen medialen Defensivposition der Länder des globalen Südens bis in heutige Tage bestehen und können allenfalls geringfügig durch temporäre Contra-Flow-Tendenzen (z.B. durch *Al-Jazeera*) relativiert werden, da insgesamt weder ein nachhaltiges und ungefiltertes (Medien-)Interesse an global-dispersen Ereignislagen, -kontexten und -entwicklungen existiert noch die Dominanz westlicher journalistischer Meinungsführer verwässert wurde oder die vielfach indirekte Wahrnehmung der Nationen und Gesellschaften innerhalb des globalen Südens via westlicher Nachrichtenagenturen durch ein alternatives Pendant ersetzt wurde. Historisch aktuellere Diskussionen im Rahmen des *United Nations World Summit on the Information Society* (WSIS) sind darüber hinaus in zweierlei Hinsicht zu kritisieren, da sie sich einerseits ausschließlich durch einen technologieorientierten Internet-Fokus auszeichnen und zudem auf eine implizite Akzeptanz des nationalstaatlichen Primats in einem kompetitiven Spannungsverhältnis um die kommodifizierte Ressource »Information« verweisen (vgl. im Detail auch Kap. 3.5.3).<sup>505</sup> Zu hinterfragen bleiben mit Hafez aber

---

sich erscheint aus Sicht der beiden Autorinnen zwingend, denn »[i]n the midst of these transformations, and despite the shifts in its institutional capacity, the nation-state remains the major site of ongoing competition over social conflict and cohesion and redistribution, precisely because supranational [...] bodies do not possess the requisite popular democratic legitimacy« (vgl. Chakravarty und Sarikakis 2006, S. 37ff., 39). Für eine kritische Evaluation der mit dem Marktparadigma verbundenen Konzepte (Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung) im Bereich der Telekommunikation aus Perspektive des globalen Südens und damit einer »new geography of inequality« vergleiche Chakravarty und Sarikakis (ebd., S. 172, 64ff.). Ähnlich beobachtet Winseck (2002, S. 32f.) in der Kommunikationspolitik der WTO eine »conceptual dissociation of communications from democracy«, wenn in WTO-Dokumenten jegliche Referenzen zu Kommunikationsaspekten wie Privatheit, Meinungsfreiheit, Pluralismus und Diversity sowie zu kulturellen bzw. öffentlich-rechtlichen Fragestellungen fehlen.

**504** | UNESCO 1979, 100ff.

**505** | Gänzlich gegensätzlich argumentiert Raboy (2010 [2004], S. 56f.), wenn er hinsichtlich des WSIS von der demokratisierenden Emergenz eines »new paradigm for global governance, in which information and communication issues are central« spricht bzw. konstatiert: »The WSIS has opened a new phase in global communication governance and global governance generally«. Sein Basisargument hierfür bezieht sich in erster Linie auf die zunehmende Einbindung eines diversifizierten Akteurspektrums (Zivilgesellschaft, multilaterale Institutionen und Körperschaften) und die unterschiedlicher Politikarenen, in deren Konsequenz die nationale

auch die euphorischen Erwartungen an einen primär medientechnologisch induzierten globalen Demokratisierungstrend, der vor allem in neuester Zeit eher stagnative bzw. retrograde Entwicklungssymptome vorweist. Gründe für diese paradoxe Degeneration medienfreiheitlicher Rahmenbedingungen werden vor allem im »Versagen der globalen Medienpolitik auf dem Weg in eine Neue Weltinformationsordnung [...] im Zeitalter der Globalisierung«<sup>506</sup> ausgemacht, wobei diese tendenzielle Marginalisierung einer *Global Media Governance* mit dem Ziel einer Revitalisierung (global-)demokratischer Grundrechte ggf. auf ein grundsätzliches Relevanzproblem innerhalb der internationalen Politik verweist – dies wiederum in gänzlichem Kontrast zu den Aktivitäten global-ökonomischer Interessen. Als Beispiele internationaler Medienpolitik unter dem Primat westlicher Kapitalinteressen können demnach das die geistigen Eigentumsregularien betreffende TRIPS-Abkommen (*Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights*) oder das Deregulierungs- und Privatisierungspostulat der Welthandelsorganisation (WTO) angeführt werden, die tendenziell weder zu einer Minimierung existierender Nord-Süd-Diskrepanzen führen noch andere Modernisierungs impulse setzen.<sup>507</sup> Beispielhaft bescheinigt Hafez der Medienpolitik der Europäischen Union, trotz des im globalen Vergleichsmaßstab hohen Grades an politischer, ökonomischer und rechtlicher Integration, allenfalls eine Art »reaktive Subsidiarität«,<sup>508</sup> da sie sich zumeist nationalen medienpolitischen Gesetzesrahmen unterordnet oder sich am ökonomischen Primat orientiert und dabei ihr eigenes gestalterisches Potential innerhalb fluid-formbarer Globalisierungsprozesse vernachlässigt.<sup>509</sup>

---

Souveränität nicht länger als absolut betrachtet werden kann. Parallel dazu stellt Raboy jedoch auch fest, dass zwischen den Akteuren ein enormes Macht-, Definitions- bzw. Einflussgefälle existiert und »[n]ational governments still wield tremendous leverage both on the territories they govern and as the only legally authorized participants in international deliberations«. Hafez (2005b, S. 198) kommentiert hierzu: »Um als Epoche machend zu gelten, müsste globale Medienpolitik mehr umfassen als einige internationale Abkommen im Zukunftsmarkt der Informationstechnologie«.

**506** | Ebd., S. 201.

**507** | Vgl. bezüglich der ausbleibenden paritätischen Innovationszyklen und beschränkten technologischen Diffusionsverläufen zwischen globalem Norden und Süden auch Thompson und Reuveny (2010, S. 5, 149ff.).

**508** | Hafez 2005b, S. 203.

**509** | Entsprechend den global-politischen Notwendigkeiten nennt Hafez (ebd., S. 196, 205) hier z.B. die Initiative zur Etablierung eines europäischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Aber auch Überlegungen globaler Medienförderung in Form von unabhängigen globalen Agen-

In *medienökonomischer* Hinsicht insistiert Hafez<sup>510</sup> auf eine Revidierung der Argumentation zugunsten der Annahme einer globalen Präsenz und Dominanz transnationaler Medienunternehmen bzw. westlich-hegemonialen Medienkapitals als basale Triebfeder umfassender Globalisierungsprozesse.<sup>511</sup> Obwohl westlichen Medienkonglomeraten (wie z.B. *Time Warner*, *Disney*, *News Corporation* und *Bertelsmann*) eine nicht unerhebliche Marktmacht in Bereichen der Unterhaltungs- und Softwareindustrie und ein Einflusspotential im globalen Nachrichtensystem (Agenturen, Auslandsrundfunk) zugesprochen wird, damit keinesfalls Problemfelder wie Machtkonzentration und -ungleichgewichte ausgeblendet werden, wird jedoch gleichzeitig konstatiert, dass sich die Kapitalflüsse (Foreign Direct Investments (FDI) und Einnahmen) des globalen Nordens primär auf die eigene geopolitische Hemisphäre konzentrieren. Damit wird ein spürbares Desinteresse hinsichtlich eines umfangreichen Engagements in Afrika, Asien und Lateinamerika, welches sich über die dynamischen Medienmarktentwicklungen wie in China und Indien hinaus erstreckt, deutlich.<sup>512</sup>

---

turen oder Kooperationen in Bereichen des Informations-, Bild-, bzw.- Nachrichtenaustausches können der Vision einer globalen Öffentlichkeit zuträglich sein.

**510** | Vgl. grundsätzlich, sofern nicht anders angegeben, für nachfolgende Argumentation Hafez 2005b, S. 209-219.

**511** | Hafez arbeitet sich in seiner Kritik vor allem an den Argumentationslinien wie sie von Herman und McChesney (1997), McChesney (2010 [1999]) oder Artz (2007) vertreten werden ab. Gestützt wird dieser tendenzielle Skeptizismus im Bereich der Medien ebenfalls durch Compaine (2002). Jedoch auch Vertreter der *Politischen Ökonomie* wie Gordon (1988, S. 58ff., 63) bezweifeln die allgemein zunehmende Offenheit der internationalen Ökonomie und auch Sutcliffe und Glyn (1999) verweisen auf Basis verschiedenster (global-)makroökonomischer Daten auf eine Reihe von Fehlinterpretationen, in deren Konsequenz der Integrationsgrad ökonomischer Globalisierung, aber auch die Novität des Phänomens deutlich überschätzt wird. Eine ähnliche skeptische Perspektive vertritt Weiss (1997, S. 26), die gleichzeitig aber auch die Adaptivität staatlicher Institutionen und deren Gestaltungsfähigkeiten unterstreicht. Wichtig ist hier auch die zuvor beschriebene Globalisierungsskepsis von Hirst und Thompson (1999).

**512** | Die Daten von Balnaves, Donald und Hemelryk Donald (2001, S. 60) weisen darauf hin, dass die großen Medienkonglomerate zwar im operativen Geschäft global tätig sind, das eigentliche Gravitationszentrum des Geschäftssumsatzes jedoch weiterhin die USA bleiben. Die regionenspezifischen Erträge für 1999 belaufen sich demnach auf: *Seagram* (USA: 52%, Andere: 48%), *Bertelsmann* (USA: 35%, Europa: 58%, Andere: 7%), *News Corporation* (USA: 75%, Europa: 16%, Andere: 9%), *Viacom* (USA: 79%, Andere: 21%), *Disney* (USA: 85%, Europa: 9%, Andere: 6 %), *AOL Time Warner* (USA: 79%, Andere: 21%). Insbesondere für die *News Corporation* machen die Autoren einen nachweislichen Amerikanisierungstrend in den 1990er

Gestützt wird die Argumentation medienökonomische Globalisierung als Mythos zu begreifen zudem von Flew (2007), der auf Basis des von der UNCTAD publizierten *Transnationality Index*<sup>513</sup> festhält, dass Medienunternehmen durchschnittlich einen geringeren Transnationalisierungsgrad aufweisen als Unternehmen in anderen Wirtschaftssektoren (Automobile, Pharmaindustrie usw.). Die »globalen« Medien sind damit eher als multinationale Unternehmen zu begreifen, die zwar international dispers operieren, aber in ihrer fundamentalen ökonomischen Geographie einen deutlichen Bezug zu ihrer jeweils nationalen Ursprungsbasis aufweisen.<sup>514</sup>

Als Ausnahmeerscheinung wird hier jedoch die *News Corporation* und ihre empirisch nachweisliche Globalisierungsstrategie angesehen.<sup>515</sup> Entgegen globalisie-

---

Jahren aus. Die Gewinnanteile aus dem US-Markt stiegen damit von 64% (1992) auf 69% (1996) bzw. 75% (1999), während der Anteil des australo-asiatischen Marktes von 17% auf 9 Prozent fiel bzw. der Europa-Anteil von 19% auf 16% zurückging (vgl. ebd., S. 67). Nahezu unverändert bleiben die regionalen Verteilungen in 2005 für *Time Warner* (USA: 79%, Andere: 21%) und *Viacom* (USA: 78%, Andere: 22%), leicht verändert für *Disney* (USA: 77,5%, Andere: 22,5%) und deutlich verändert für *News Corporation* (USA: 56%, Andere: 44%), womit die Zahlen als Gegenindikator des letztbeschriebenen Trends angesehen werden können (vgl. Flew 2007, S. 87).

**513** | Der *Transnationality Index* (TNI) umfasst aggregiert die drei Unternehmensdimensionen Auslandsvermögen, Auslandsumsätze und Auslandsbeschäftigte.

**514** | Vgl. Flew 2007, S. 85ff. Explizit widersprochen wird den Argumentationen von Hafez (2005b) und Flew (2007) durch Fuchs (2010, S. 43ff.). In einer theoretisch wie auch im Hinblick auf die empirisch multidimensionale Datenlage an sich plausiblen Diskussion eines *information imperialism* oder *media imperialism* Leninscher Definition bleibt allerdings die Definition der seiner Konklusion zugrunde liegenden Vergleichsbasis für eine direkte Kritik der genannten Arbeiten schwierig. Während Hafez und Flew sich eher an einem »engeren« Verständnis von Medienorganisationen orientieren (*Time Warner*, *Disney*, *News Corporation* usw.), kritisiert Fuchs diese empirische Restriktion und nimmt eine Erweiterung in Richtung informationstechnologischer Infrastruktur und Kommunikation (Computer- und Telekommunikationstechnologie) vor, um mit den Resultaten seines erweiterten Datensets seiner Grundthese Gewicht zu verleihen. Eine eingehendere Analyse auf Basis der von Fuchs genutzten Datenmaterialien scheint jedoch für eine medienökonomische Thesenprüfung interessant. Vergleichbar erachtete schon Boyd-Barrett (2006, S. 53) das Konzept des Medien-Imperialismus als adäquaten Analyserahmen einer US-Dominanz im Informations- und Kommunikationssektor.

**515** | Vgl. Compaine 2002; sowie Flew 2007, S. 88ff. Allerdings kann diese Auffassung selbst auf Basis der kritischen Perspektive von Fitzgerald 2012, S. 364, hinterfragt werden. Wenn gleich dieser die Entwicklung der *News Corporation* als »the continuing legacy of imperialism« (ebd., S. 360) bzw. als institutionelles Vehikel neoliberaler Wettbewerbsimperative (vgl. ebd.,

rungeuphorischen Annahmen zeigen nach Hafez jedoch vor allem die Medienmärkte des globalen Nordens globalisierungsunterminierende Reflexe nationalpartikularer Charakter, während parallel im Rahmen internationaler Institutionen und Regime (WTO, TRIPS) eine marktliberale Rhetorik gepflegt wird. Die Kritik einer pan-globalen Macht des Medienkapitals richtet sich somit auch gegen die Verallgemeinerung von Schlüssen, die ihr empirisches Korrelat vor allem in der westlichen Hemisphäre finden, aber mediale Monopolisierung- bzw. Oligopolisierungstrends oder inhaltliche Medienkonvergenzen globalen Maßstabes suggerieren. Diese sind so aber allenfalls innerhalb der Formation des globalen Nordens evident und vernachlässigen die Medienpluralität (TV, Radio usw.) und Akteursdiversität nebst ihrer Kapitalbasis, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene faktisch wirkende »GlobalisierungsfILTER«<sup>516</sup> darstellen.<sup>517</sup> Hinsichtlich der Verknüpfung kommerziell-ökonomischer Medieninteressen und korrespondierenden demokratietheoretischen Erwägungen kann mit Hafez überwiegend nicht von einem positiven oder gar kausalen Verhältnis von medienökonomischen Direkt- oder Beteiligungsinvestitionen und politischen Modernisierungseffekten ausgegangen werden. Kapitalströme des globalen Nordens ordnen sich aus wirtschaftlichem Kalkül tendenziell den nationalen politischen Rahmenbedingungen unter und Restriktionen werden teilweise in der Formulierung ihrer Geschäftsstrategien antizipiert, womit zumeist die Fortschreibung des politischen und kulturellen Status quo begünstigt wird.<sup>518</sup> Mediensystemische Verflechtungen redu-

---

S. 384) versteht, hier vor allem auf das globale Distributionsnetz aufmerksam macht, so bleiben – und das ist entscheidend – gemessen an den jährlichen Umsätzen die USA das Zentrum des unternehmerischen Handelns (2006: US/CAN: 56%, Europa: 30%, AUS/Asien/Andere: 14%). Zudem konzentriert sich das Anlagevermögen in 2006 zu 81 Prozent auf Nordamerika, während sich das letzte Fünftel auf andere Regionen verteilt (Europa: 8%, AUS/Asien/Andere: 11%), was insgesamt nicht für eine Globalität besonderen Ausmaßes spricht.

**516** | Hafez 2005b, S. 215. Hafez spricht allegorisch auch vom »Triumph der Provinzfürsten über die Global Player« (ebd., S. 213).

**517** | Exemplarisch kann hier der von der *Times of India* angeführte Protest gegen die Liberalisierung des indischen Pressemarktes bzw. die damit verbundene Öffnung für ausländische Investitionen angesehen werden (vgl. Betz 2003, S. 157). Höchstgrenzen für ausländische Direktinvestitionen im Informations- und Kommunikationssektor Indiens existieren z.B. für: terrestrisches Radio (FM): 26%, Kabelfernsehen: 49%, Zeitungen/Periodika sowie indische Editionen ausländischer Magazine: jeweils 26%, abweichend hiervon für wissenschaftliche/technische Magazine oder Journale bis zu 100% (vgl. DIPP 2012, S. 51–53).

**518** | McChesney (2010 [1999], S. 202) beschreibt in diesem Zusammenhang das von ihm postulierte »global commercial media system« als *radikal* in der Überordnung finanzieller In-



zieren sich demnach insbesondere auf politisch-wirtschaftliche Elitenkontakte sowie einer daraus resultierenden »politischen Domestizierung des globalen Kapitals«<sup>519</sup> und konterkarieren damit die Vorstellung vernetzter global-kritischer Medien autonomen Charakters.

Trotz dieser nahezu erdrückenden Evidenzlage der Absenz tatsächlich tiefenwirkender globaler Medienverflechtungen inhaltlicher und struktureller Art bleibt die Frage der möglichen Existenz bzw. Genese einer im Rahmen der UN-Berichterstattung emergierenden globalen Öffentlichkeit aus normativer als auch real-politischer Perspektive virulent. Davon unberührt bleibt zunächst die Frage, ob eine demokratische Meinungs- und Willensbildung auf einem Niveau »oberhalb« nationalstaatlicher Integration angesichts der (aktuellen) supra- bzw. internationalen Handlungskapazitäten (z.B. der Vereinten Nationen) und fluiden Global Governance Konstellationen tatsächlich auch einen verbindlichen Charakter erlangen kann, der den normativen Ansprüchen an nationalstaatlichen Möglichkeiten vergleichbar ist.<sup>520</sup>

### 3.6. SYNTHESE: GLOBALE MEDIENÖFFENTLICHKEITEN, GLOBAL GOVERNANCE UND DIE UN

Nachfolgender Abschnitt soll die vorangegangenen theoretischen Ausführungen zu den Themenkomplexen Globalisierung, Global Governance, Legitimität internationaler Organisationen, globale Öffentlichkeit und Medienberichterstattung nochmals zusammenführen. Zunächst sollen die Muster und Strukturationstheoreme (Kap. 3.5.3) sowie die Kriterien der Nachrichtenselektion (Kap. 3.5.4) innerhalb der internationalen Berichterstattung in Relation zu den verschiedenen normativen Aspekten (globaler) öffentlicher Deliberation (Kap. 3.4.1) gesetzt werden (vgl. Abb. 3.5). Damit soll

---

teressen vor lokalen Traditionen und Gebräuchen und *politisch konservativ* hinsichtlich eines Wandels globaler Sozialstrukturen. Exemplarisch können hierzu auch die Bemühungen der Regierungen in Indien, Saudi Arabien, Indonesien und China – respektive das Verhalten des kanadischen Mobilfunkanbieters *RIM (Blackberry)* – in der Debatte um die sicherheitspolitisch begründete Zugangsforderung zur Mobilfunk- bzw. Internetkommunikation dieses Kommunikationsdienstleisters genannt werden (vgl. z.B. Seeliger 2010; G. Blume 2011; NZZ Online 2010). Eine vergleichbar kontroverse Situation ergab sich für den britischen Mobilfunkbetreiber *Vodafone* im Kontext des beginnenden Transformationsprozesse in Ägypten (vgl. FAZ Online 2011).

**519** | Hafez 2005b, S. 219.

**520** | Vgl. Habermas 1997, S. 153.

nochmals das grundsätzliche Interdependenzverhältnis von Medien und Öffentlichkeit in komplexen Gesellschaften verdeutlicht werden. Die ihr innewohnenden deliberativen Diskurse sind in erheblichem Maße auch vom Argumentationsrepertoire und -spektrum der Medien beeinflusst, dies vor allem in internationalen bzw. globalen politischen Konstellationen, in denen den Exekutivakteuren und dem erweiterten Publikum die Primärerfahrungen fehlen bzw. allenfalls medial-vermittelt beschrieben werden. Daran anschließend sollen im zweiten Teil dieses Kapitels grundlegende Charakteristika und idealtypische Ansprüche an die Ausgestaltung globaler Öffentlichkeitsformationen im Kontext von Globale Governance und den Vereinten Nationen als Ausgangspunkt der nachfolgenden empirischen Untersuchungen modellhaft umrissen und mit den entsprechenden Evaluationsindikatoren in Beziehung gesetzt werden.

Eine mögliche Gegenüberstellung der strukturellen Anatomie internationaler Medienberichterstattung und den normativen Konditionen von Deliberation wird in Abbildung 3.5 versucht darzustellen. Hafez (2002b) hat die Äquivalenz und/oder Komplementarität der Studienergebnisse des *MacBride*-Berichtes, der *Foreign News*-Studie und der Nachrichtenwerttheorie herausarbeitet,<sup>521</sup> womit diese in einem Komplex subsumiert werden können. In seiner Kontrastierung mit den idealtypischen Bedingungen deliberativer Prozeduren öffentlicher Diskurse wird dagegen eher ein konfliktäres Verhältnis sichtbar. Umfängliche globale rationale Argumentationen werden durch strukturelle Muster wie die mediale Regional- und Konfliktzentrierung oder Dekontextualisierungstendenzen, die in den Nachrichtenselektionsfaktoren wie z.B. Dauer und Thematisierung ihre Entsprechung finden, eingeschränkt. Auch deliberative Egalitätsansprüche werden durch Proximitätsmuster (politische, geographische, kulturelle Nähe), einen ausgeprägten Status- bzw. Elitenfokus oder ethnozentrische Schwerpunktsetzungen tendenziell konterkariert. Entsprechende Diskrepanzen lassen sich auch für den Abgleich normativer Allgemeinwohlorientierungsvorstellungen (global common good) und der tatsächlichen medialen Präsenz von Strukturproblemen der internationalen Beziehungen festhalten. Zudem verdeutlicht werden benannte Defizite dann auch durch den Gegensatz von globalen Rechenschafts- bzw. Zurechenbarkeitsansprüchen (Gebundenheit an bzw. signifikante Betroffenheit von politischen Akteursentscheidungen) bzw. der medialen Einbindung entsprechender Akteursstimmen und der faktischen Proximitäts-, Elitestatus- und Ethnozentrismusorientierung der Medien, die auch im Rahmen der UN-Berichterstattung konstatiert wurde. Die medientheoretisch destillierten Muster, Strukturen und Faktoren müssen

---

521 | Vgl. Hafez 2002b, S. 71.

zusammengefasst demnach eher als Restriktionsgrößen denn als Promotoren einer globalen deliberativen Öffentlichkeit begriffen werden.

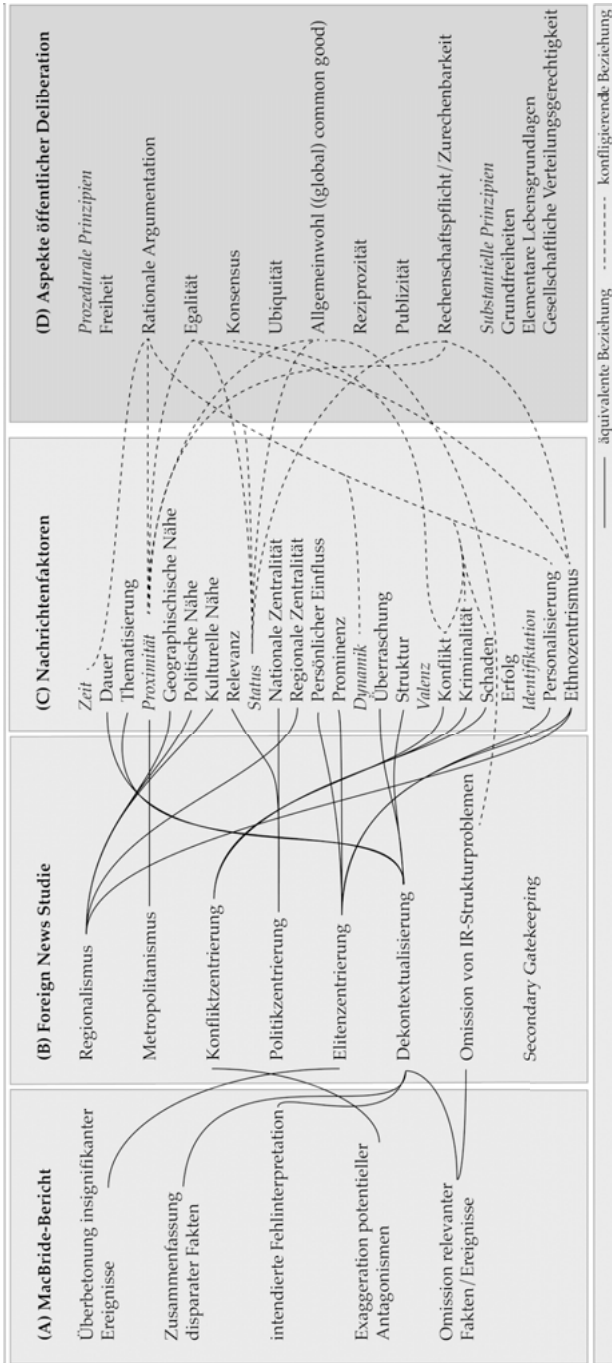
Insgesamt gelten diese Feststellungen in erster Linie für die hier betrachtete inhaltsanalytische Ebene und deren qualitativem Abgleich entlang der prozeduralen Prinzipien (Freiheit, rationale Argumentation, Egalität, Konsens, Ubiquität, Allgemeinwohl, Reziprozität, Publizität und Rechenschaftspflicht). Es sei hier angemerkt, dass sich die substantiellen Aspekte deliberativer Prinzipien (Grundfreiheiten, elementare Lebensgrundlage, Verteilungsgerechtigkeit) zunächst eher auf extramedialer Ebene verorten lassen. Gleichwohl bleiben sie als gesellschaftliche Rahmenbedingungen globaler Medienberichterstattung jedoch von elementarer Bedeutung.<sup>522</sup>

Vorgeschlagene Verknüpfungen (Abb. 3.5) erheben keineswegs den Anspruch auf Exklusivität und Vollständigkeit. Vielmehr sollen sie exemplarisch die Diskurslimitationen von empirischen Öffentlichkeiten aufzeigen, dies mit Verweis auf die Konsequenzen in legitimations-, öffentlichkeits- als auch globalisierungstheoretischer Hinsicht.

Wie lassen sich über diese Betrachtungen hinaus nun die grundlegenden Charakteristika globaler Öffentlichkeitsformationen zusammenfassen? Ganz grundsätzlich wird hier nun der Überlegung gefolgt, dass sich globale Öffentlichkeiten gegenüber anderen bestehenden Öffentlichkeitskonfigurationen oder -abstraktionsebenen durch ihre *Komplementarität* auszeichnen. Dieses Format von Öffentlichkeit substituiert andere Öffentlichkeitsebene nicht, sondern koexistiert mit Formen lokaler, micro-regionaler, nationaler, macro-regionaler oder internationaler Öffentlichkeit. Ein eng damit zusammenhängender, jedoch qualitativ nicht identischer Wesenszug von Öffentlichkeit liegt demnach auch in ihrem potentiellen Auftreten auf mehreren Abstraktionsebenen, was nachfolgend unter dem Begriff der *Multiplanarität* gefasst werden soll. Diese Ebenen sind jedoch keineswegs als distinkte Elemente anzusehen, sondern verkörpern entsprechend der globalisierungstheoretischen Überlegungen von Sassen eher Konstellationen »globaler Assemblagen« (vgl. Kap. 3.1.4). Für Globalisierungsprozesse im Allgemeinen wird somit die Relevanz konkreter Lokal- und Nationalspezifika (Kontexte, Pfadabhängigkeiten) konstatiert. Sassen unterstreicht die konstitutive Bedeutung der komplexen Architektur des Nationalstaates als eine der Schlüsselinstanzen zur Emergenz globaler Dynamiken, Prozesse oder Strukturen und

**522** | Niederschlagen tun sich diese Anforderungen beispielsweise im Kontext der für diese Untersuchung vorgenommenen Selektion der Untersuchungsländer und ihrer Pressetitel (vgl. Kap. 4.2.3 und Kap. 4.2.4), wenn Indizes wie der *Human Development Index* oder *Freedom of the Press Index* selektionsleitend zu Rate gezogen werden.

Abbildung 3.5.: *Deliberationsprinzipien und Strukturen bzw. Faktoren der internationalen Berichterstattung*



Quelle: Erweiterte Fassung auf Basis der Darstellung von Hafez (ebd., S. 71) und den Überlegungen von

J. Cohen (1997 [1989], S. 74f.), Habermas (1992a, S. 370f.), Gutmann und Thompson (2004, S. 133ff.) sowie

Gutmann und Thompson (1996, S. 53, 97ff., 101f., 129, 217, 310f.)

beschreibt damit ein »Paradox des Nationalen«. Globalisierung realisiert sich demnach vielfach innerhalb des Nationalen, womit die oftmals dominierende Dichotomie im Verhältnis des Globalen und Nationalen und die Annahme eines wechselseitigen Ausschlusses als obsolet verstanden werden kann. Das Territorialitätsprinzip, wonach der Nationalstaat als umfassender Container sozialer Prozesse agiert und damit das jeweilige nationale Gebiet eineindeutig mit dem Nationalen korrespondiert, wird entsprechend in Frage gestellt. Ein umfangreicher Teil globaler Entitäten erwächst somit aus Denationalisierungsprozessen von historisch zunächst national konstruierten Entitäten der politischen, ökonomischen, rechtlichen oder gesellschaftlichen Sphäre. Gleichwohl behalten globale Formationen ihre Bedeutung, auch wenn die alleinige Beschränkung auf das selbstevidente globale Niveau (inter- oder supranationale Institutionen und Prozesse) als unzureichend anzusehen ist.<sup>523</sup> Politisch-mediale Öffentlichkeiten und ihr immanente Kommunikationen können somit als national konstruierte, kommunikativ-verdichtete Entitäten betrachtet werden, die in ihrer historischen Spezifität auf Lokalisierungs- und Denationalisierungsmomente untersucht werden können. Dichotome Grenzziehungen der unterschiedlichen Ebenen haben daher eher analytischen Charakter und werden durch das parallele Auftreten des Globalen im Nationalen und vice versa aufgelöst bzw. unterlaufen, womit öffentlichkeitsspezifische multiskalare Momente offensichtlich werden. Diese *Multiskalarität* von Kommunikationen soll hier als ein weiteres elementares Merkmal von Öffentlichkeit gedacht werden. Insbesondere die gegenwärtige, wenngleich nicht wünschenswerte, Abwesenheit evident globaler oder macro-regionaler Medien unterstreicht die Bedeutung des Nationalen für mögliche Globalisierungsdynamiken. Diskursive Öffentlichkeiten sind somit nicht per se als nationale Container zu begreifen, sondern können auf Basis des Konzeptes »globaler Assemblagen« (Sassen) als potentielle Ausgangspunkte emergierender globaler Öffentlichkeitsformationen gelten. Gleichzeitig erscheint es plausibel, globale Öffentlichkeit aufgrund politischer, geographischer und gesellschaftlicher Komplexitäten nicht als singuläre, gar universelle Formation zu begreifen,<sup>524</sup> sondern globale Öffentlichkeiten als gegenstandsspezifische Instanzierungen zu betrachten. Diese Perspektive vielfacher themen- oder akteursspezifischer dezentrierter Öffentlichkeitsinstanzen soll hier durch das Öffentlichkeitsattribut der *Multiplizität* umrissen werden.

Insbesondere die Aufgabe der Vorstellung einer singulären und universalen Weltöffentlichkeit, dies vor allem unter den Bedingungen einer durch tendenzielle Un-

**523** | Vgl. Sassen 2006; Sassen 2007a; Sassen 2007b.

**524** | Vgl. anstelle vieler auch Bohman 1998, S. 201, 205ff.; Habermas 1990, S. 15ff.; Fraser 1992, S. 121ff.

gleichheit gekennzeichneten Konstellation der Moderne, macht es zeitgleich notwendig auf den jeweils konstitutiven Verflechtungscharakter von Öffentlichkeit hinzuweisen. Das hier vorliegende grundsätzliche Verständnis von Globalisierung und Öffentlichkeit orientiert sich an den Überlegungen Shalini Randerias, die auf Basis eines transnationalen Geschichts- und Kulturverständnisses das Konzept der Verflechtungsgeschichte (*entangled histories*) prägte (vgl. Kap. 3.4.4). Strukturen der gegenwärtigen Moderne lassen sich damit als Ergebnis einer »gemeinsamen« bzw. »geteilten« Geschichte begreifen.<sup>525</sup> Auch (globale) Öffentlichkeiten können, so die daran angelehnte Argumentation, als relational-konstituierte, sozio-historische Entitäten verstanden werden. Diese *entangled public spheres* sind somit nicht als autarke Öffentlichkeiten zu verstehen, sondern stets im Kontext ihrer spezifischen Interaktions- bzw. Verflechtungsverhältnisse zu betrachten, in denen sie sich sowohl organisatorisch als auch thematisch etablieren. Entsprechend den Überlegungen Randerias, oszillieren diese dann aus der grundsätzlichen Perspektive der Verflechtung wahrgenommenen »geteilten« bzw. »gemeinsamen Öffentlichkeiten« zwischen den Polen tendenzieller Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten einerseits und möglichen austauschbedingten Differenzierungsbestrebungen andererseits. Der basale Verflechtungscharakter steht dabei jedoch nie zur Disposition. Sowohl der jeweilige öffentlichkeitsspezifische Interaktions- bzw. Austauschmodus (omissiv, hierarchisch, reziprok) als auch die Intensität der Vernetzungsrelationen sind zeitlich und kontextuell gebunden. Letztere Relationen bedingen so das jeweilige Öffentlichkeitsniveau (z.B. lokal, national, international, global), welches zur Beschreibung und Erklärung einbezogen werden kann. Aus der Verflechtungsperspektive heraus definieren sich konkrete Öffentlichkeiten im Extremfall dann beispielsweise auch durch ein vollständiges Ausblenden anderer Öffentlichkeiten. Das relational-konstituierende Verständnis grundsätzlicher Verflechtung bleibt davon unberührt.

Über diese ganz grundsätzlichen Überlegungen hinaus können mit Bohman eine Reihe von Konditionen globaler Öffentlichkeit benannt werden, die sich als analytische Erweiterung der Vorstellung Habermas' verstehen lassen und denen hier weitestgehend gefolgt wird (vgl. Kap. 3.4.2). Notwendig erscheinen damit technologisch-fundierte global-orientierte Medien, eine Vielzahl transnationaler, lokaler Öffentlichkeiten und Teilöffentlichkeiten mit jeweiligem Publikum, Institutionen der Zivilgesellschaft sowie elementare staatliche Strukturen und internationale Organisationen.<sup>526</sup> In vergleichbarer Weise äußert sich Hafez, wenn er mit der globalen Zivil-

**525** | Vgl. hierzu Randeria 1999a; Randeria 1999b; Randeria 2001; Conrad und Randeria 2002; Eckert und Randeria 2009.

**526** | Vgl. Bohman 1998, S. 201.

gesellschaft (global civil society), einem Welt-Medienystem (global media system), welches sowohl einer politischen als auch ökonomischen Integration bedarf sowie einer global-diskursiven Öffentlichkeit (global public sphere) entscheidende Wandel-dimensionen potentiell pan-globaler Kommunikation beschreibt.<sup>527</sup>

Wie kann sich dem Phänomen globale Öffentlichkeit nun auf detaillierterer Ebene angenähert werden und welche modelltypischen Annahmen lassen sich treffen? Um den Umfang und die Art der Verflechtungen diskursiver Öffentlichkeiten näher beschreiben zu können, wurden in horizontaler und vertikaler Orientierung unterschiedliche Evaluationsdimensionen und -indikatoren beschrieben (vgl. Kap. 3.4.5). Diese umfassen mit den Dimensionen Visibilität (UN-Akteure, UN-Sprecher, UN-Fokusartikel, UN-Referenzierungsmodus), Geographisches Monitoring (Länderaufmerksamkeitsverteilung), Konvergenz (Themenkonvergenz, Synchronität, Intensität, Sprecherkonvergenz), Interdiskurs (Sprecher - und Medienreferenzialität) oder der politischen Prozessdimension unterschiedlichste Aspekte potentiell globaler Kommunikation und erlauben damit differenziertere Aussagen zum öffentlichkeitsspezifischen Verflechtungsgrad. Aus modellhafter Perspektive bleibt es jedoch schwierig, einen (prozentualen) Schwellenwert zu definieren, der die Globalität von Öffentlichkeit abschließend indiziert.<sup>528</sup> Auch Peters und Wessler weisen darauf hin, dass Aussagen, die die Emergenz eines speziellen Öffentlichkeitstypus mit einem konkreten Grenzwert (Schwellenwertmodell) verbinden, einem gewissen Grad an Willkürlichkeit unterworfen sind, da eine theoriegeleitete Spezifizierung aussteht und sich die Orientierung an empirisch gewonnenen Referenzwerten oft als kompliziert erweist. Als Forschungsstrategie wird daher das *gradualistische Modell* präferiert, welches Globalisierungseinschätzungen immer als Vergleichsaussagen zwischen unterschiedlichen Öffentlichkeiten formuliert.<sup>529</sup>

Für eine Vielzahl von Öffentlichkeitskonstellationen erscheint dieses nachfolgend auch als *relationales* oder *komparatives* bezeichnete Modell als eine treffende Bewertungsbasis. Nichtsdestotrotz kann für die hier zu analysierenden Indikatoren auch davon ausgegangen werden, dass Visibilitäts-, Geo-Monitoring- und Interdiskursindikatoren mit extra-nationalen Ausprägungen bzw. Konvergenzkennziffern jenseits der paritätischen 50-Prozent-Barriere in ihrer Orientierung auf eine erkennbare, da dominierende Global- bzw. Vernetzungsperspektive verweisen.

Jedoch hatte schon Fraser darauf hingewiesen, dass sich Vorstellungen zu globalen Öffentlichkeitsformationen nicht allein auf die Intensität kommunikativer Ver-

<sup>527</sup> | Vgl. Hafez 2005b, S. 33f.

<sup>528</sup> | Vgl. Tobler 2006, S. 113.

<sup>529</sup> | Vgl. Peters und Wessler 2006, S. 138ff.

flechtungen reduzieren dürfen, sondern dass diese stets vor dem Hintergrund normativer demokratietheoretischer Überlegungen zu konzipieren sind.<sup>530</sup>

Die mit dem Konzept der Global Governance konstatierte Proliferation von »Autoritätssphären« und angenommene Diversifizierung und Egalisierung von Machtinstanzen und Autoritätspolen<sup>531</sup> müsste – hier im Kontext der Vereinten Nationen – dann idealtypisch durch eine Form von Öffentlichkeit begleitet werden, die UN-Instanzen nicht nur in vermehrtem Umfang sichtbar werden lässt, sondern – und das unabhängig vom geographischen oder politischen UN-Aktionsradius – insbesondere das sich ausdifferenzierende UN-Akteurs- und Sprecherspektrum nachzeichnet bzw. kritisch begleitet und unifiziert. Natürlich lassen die vorgestellten Befunde zur internationalen Medienberichterstattung einige medienlogisch initiierte Fokusverengungen vermuten (vgl. Kap. 3.5.3 und Kap. 3.5.4). Aus der Perspektive demokratischer Transparenz- und Rechenschaftspflichten sollen hier nun – bei allen Schwierigkeiten einer Letztbegründung – Spektrumskonzentrationen bei denen das oberste Dezil der beobachteten UN-Akteure oder UN-Sprecher mehr als 50 Prozent der gesamten UN-Sichtbarkeit umfasst modellhaft als »unterkomplex« und Anteilswerte von über einem Drittel als »reduziert komplex« gewertet werden. Diese Modellierung orientiert sich implizit an Vorstellungen einer Dominanzvermeidung bestimmter Akteure/Sprecher,<sup>532</sup> wobei als Bezugsbasis vergleichsweise konservativ nur die Anzahl der medial erwähnten UN-Instanzen gewählt wird, nicht die Anzahl aller existierender UN-Institutionen. Letztere werden grundsätzlich als potentiell gleichwertig erachtet, auch wenn unbestrittene, teils nachvollziehbare organisationslogische Hierarchien und institutionenspezifische Relevanzzuschreibungen existieren. Eine Orientierung an UN-Exekutiv- oder Spitzenpositionen sollte jedoch nicht zulasten der eigentlichen Komplexität des UN-Systems und UN-Aufgabenfelder gehen, dies nicht zuletzt um die Situation alegitimer, d.h. medial nicht reflektierter UN-Instanzen, zu vermeiden.

Aus Perspektive sich globalisierender Öffentlichkeiten erscheint es zudem von Relevanz, dass sich diese den Vereinten Nationen zunehmend in UN-Fokusartikeln nähern und UN-spezifische Sichtbarkeit auch durch vermehrte Bezugnahmen in den Beitragstiteln erzeugen. Wenngleich journalistische Schreibkulturen als mögliche Einflussvariablen konzipiert werden können, erscheint die journalistische Aufmerksamkeits- bzw. Bedeutungszuschreibung für diese Artikelart und Bezugspassage in ihrer vermuteten Universalität als Globalisierungsindikator als plausibel. Die Analyse

<sup>530</sup> | Vgl. Fraser 2007, S. 7; Fraser 1992, S. 111.

<sup>531</sup> | Vgl. Rosenau 2007, S. 89ff.

<sup>532</sup> | Vgl. hierzu die Erläuterungen in Fußnote 411 bzw. Hafez (2002b, S. 62).



sich hauptsächlich mit den UN befassender Beiträge sowie die der UN-Titelreferenzen (Gegenpol: Kurzreferenz) ermöglicht dabei eine Detaillierungsebene, die über alleinige Einschätzungen der UN-Sichtbarkeit auf Basis von UN-Berichterstattungsanteilen hinausgeht.

Außerdem sollten sich global-orientierte Öffentlichkeiten im Kontext der Vereinten Nationen und Global Governance idealtypisch verstärkt journalistischen Darstellungsformen zuwenden, die im Bereich der Editorials oder anderer Kommentar- oder Meinungsformaten aufzufinden sind.<sup>533</sup> Unterstellt wird hier ein aus der Trennung von protokollierender und kommentierender Darstellungsform resultierender qualitativer Unterschied in der Akteurs- und Institutionensichtbarkeit, hier vor allem im konkreten Kontext der Vereinten Nationen.<sup>534</sup> Meinungsäußernde Darstellungsformen umfassen die Möglichkeit, neben der reinen Ereignisorientierung auch Kontextualisierungen vorzunehmen, Trends zu destillieren und Entwicklungsszenarien zu entwerfen. Gleichzeitig ermöglichen sie, als eine Art Meta- oder Orientierungsinstanz, argumentative Auseinandersetzungen mit Themen und Institutionen auch jenseits des Nachrichten-Mainstreams. Vor dem Hintergrund verflechtungstheoretischer Überlegungen und globaler Problemkonstellationen erscheint eine derartige Ausrichtung öffentlicher Kommunikation umso erstrebenswerter.

Die bisherigen Ausführungen zu Visibilität der Vereinten Nationen sollen jedoch nicht suggerieren, dass globale Öffentlichkeiten ausschließlich auf Grundlage globaler politischer Instanzen emergieren. Horizontale Vernetzungen scheinen auch ohne diese Kristallisationspunkte möglich. Beide Formen schließen sich per se nicht aus und werden hier als komplementär betrachtet, auch wenn dieser Aspekt fortwährenden öffentlichkeitstheoretischen Diskussionen unterliegt.

Als demokratietheoretisch relevantes Merkmal sollte globale Öffentlichkeit in ihrer geographischen Aufmerksamkeitsstruktur ihren Schwerpunkt im UN-Kontext primär nicht an tradierten Machthierarchien eines UN-Sicherheitsrates,<sup>535</sup> an dem vielfach kritisierten Regional- und Nationalzentrismus, den historisch-kolonialen Verflechtungen oder der Konzentration auf die eigene geopolitische Hemisphäre ausrichten,<sup>536</sup> sondern diese Sichtweise zugunsten der »supranationalen« Ebene der Vereinten Nationen aufgeben. Damit könnte anstelle von Partikularperspektiven ein UN-spezifischer Fokus in den Vordergrund treten, der sich an den geographischen

**533** | Vgl. zur selbigen Forderung im allgemeineren Kontext internationaler Berichterstattung Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 38.

**534** | Vgl. Neidhardt, Eilders und Pfetsch 2004, S. 22.

**535** | Vgl. Mahbubani 2007.

**536** | Vgl. Sreberny-Mohammadi u. a. 1985, S. 33ff.

Prioritäten der UN als Institution ausrichtet und der eine grundsätzliche Dezentrierung, welche sich nicht an den nachrichtenwerttheoretischen Proximitätsfaktoren ausrichtet, begründet. Empirisch ist jedoch aufgrund der vielfach dominierenden, maximal *internationalen* Perspektive und jeweiligen Interessensdifferenzen eine (geo-)politisch, ökonomisch oder kulturell begründete Regionalisierung, ansonsten sporadisch vernetzter regionaler Kommunikationsinseln zu erwarten. Eine durch ein mögliches UN-Engagement in der eigenen Hemisphäre, Region oder Nation begründete mediale Eigenzentrierung könnte bei gleichbleibender Globalausrichtung in vertikaler Orientierung durch eine erhöhte Sichtbarkeit von UN-Akteuren relative Kompensation finden.

Eine thematische und argumentative Offenheit kann weiterhin als Basalkriterium (globaler) normativer Öffentlichkeitsvorstellungen gelten. In Abwesenheit eines archimedischen Punktes scheint es weithin akzeptiert, die jeweilige Relevanz eines Themas oder Themenkomplexes – damit auch mögliche Themenbias – durch den öffentlichen Diskurs personaliter einschätzen zu lassen. Diese Überlegung impliziert die Zuschreibung einer gewissen öffentlichen Sensibilität und Kapazität, um essentielle Probleme erkennen und bearbeiten zu können.<sup>537</sup> Gleichzeitig scheinen eine Reihe von Limitationsfaktoren (Komplexität, Aufmerksamkeit, Kompetenz) eine im Vergleich zur gesellschaftlichen Vielschichtigkeit rigorose Themenselektion notwendig zu machen.<sup>538</sup> Die idealtypische Situation restriktionsloser Thematisierungen werden diskurstheoretisch auch insofern eingeschränkt, als dass Routineentscheidungen und -themen dem politischen System bzw. Zentrum überlassen werden und Öffentlichkeit sich zuvorderst konflikt- und krisensymptomatischen Problemlagen zuwendet, die auf einen inhärenten normativen Dissens verweisen.<sup>539</sup> Diese Vorstellungen distanzieren sich somit von radikal-diskursiven Auslegungen deliberativer Demokratie, die sämtliche Themen oder Entscheidungen durch öffentliche Auseinandersetzungen verhandelt sehen wollen.<sup>540</sup> Unabhängig davon bleibt auch im Kontext modellhafter UN-spezifischer Öffentlichkeitsüberlegungen entscheidend, dass »wichtige« Themen aus spezialisierten Teilöffentlichkeiten größtmögliche Aufmerksamkeit erfahren und ein großes Publikum erreichen, letzteres die Möglichkeit zur Themenauswahl hat und wichtige Themen nicht systematisch unterdrückt oder ausgeblendet werden.<sup>541</sup> In benannter Abwesenheit einer Superöffentlichkeit müssen sich entsprechend auch na-

---

**537** | Vgl. Peters 2007[1994], S. 82f.

**538** | Vgl. ebd., S. 84.

**539** | Vgl. Habermas 1992a, S. 433.

**540** | Vgl. Gerhards 1997, S. 5.

**541** | Vgl. Peters 2007[1994], S. 87.

tionale Öffentlichkeiten wechselseitig öffnen, um so eine Vernetzung relevanter und ineinander übersetzter Kommunikationen und damit arenenübergreifende Thematisierungen zu ermöglichen.<sup>542</sup> Wichtige, aber systematisch marginalisierte Themen könnten mit Peters durch einen Abgleich mit einer öffentlichen Agenda identifiziert werden, die aus einer egalitären und auf Verständigung ausgerichteten Relevanzdebatte unter Einbezug des gesamten Publikums resultiert. Obwohl diese an einem kontrafaktischen Kriterium ausgerichtete Vorgehensweise empirisch kaum umzusetzen ist, lassen sich verzerrte Themenselektionen zumindest indirekt erkennen. Peters nennt hier mögliche Kommunikationstabus, damit Themen, die beim Versuch der Thematisierung blockiert, ignoriert oder aufgeschoben werden. Zudem sprechen die Dominanz faktisch falscher Gefahrenszenarien und eklatante Inkonsistenzen öffentlicher Diskurse, hier die *nicht* thematisierte Diskrepanz von sozialen Praktiken und demonstrativ unterstützten normativen Prinzipien (z.B. Diskriminierung vs. Gleichheitsprinzip), für kommunikative Verzerrungsmomente.<sup>543</sup> Nicht zuletzt die Charta der Vereinten Nationen kann hier eine Reihe von Anknüpfungspunkten liefern und für eine Einschätzung thematischer Selektionsverzerrungen als normative Vergleichsfolie dienen.<sup>544</sup> Aber auch gemeinwohlorientierte internationale Akteure der Zivilge-

---

**542** | Vgl. Habermas 2001, S. 120.

**543** | Vgl. Peters 2007[1994], S. 87f.

**544** | Deutlich wird dies in Kapitel VI (Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten) wo es in Artikel 33 (1) heißt: »Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl«. Kapitel IX der UN-Charta (Internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet) hält in Artikel 55 zudem fest: »Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen a) die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg; b) die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und verwandter Art sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Erziehung; c) die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion« (DGVN o. J., S. 25, 36). Insbesondere letztere präventive Perspektive erscheint für eine Bewertung von thematischen Selektionsentscheidungen in Medienöffentlichkeiten nicht ganz unwesentlich.

sellschaft (NGOs wie Oxfam, Amnesty International etc.) können – trotz der »relativen Strukturschwäche« extra-nationaler Öffentlichkeit, die tendenziell einen geringeren Einfluss auf die Medien besitzt als ihr nationales Pendant – Themenimpulse setzen<sup>545</sup> und dementsprechende thematische Relevanzanforderungen und Marginalisierungstendenzen im UN-Kontext signalisieren.<sup>546</sup> Darüber hinaus können auch andere Interessen artikulierende Global Governance Akteure wie z.B. das Europäische Parlament, die Afrikanische Union oder die ASEAN als mögliche Referenzgrößen dienen. Die internationale Medienberichterstattung bewertende Analysen wie der *MacBride*-Bericht oder die *Foreign News*-Studie geben z.B. mit der festgestellten medialen Vernachlässigung von strukturellen Problemen der internationalen Beziehungen Indikatoren für mögliche Verzerrungseffekte.<sup>547</sup> Bisherige Studien unterstreichen außerdem die Wirksamkeit von Faktoren wie Domestizierungs- oder Dekontextualisierungstendenzen oder den ausgeprägten Politik- und Sicherheitsfokus im UN-Kontext. Gleichzeitig treten langwierige diplomatische Verhandlungsprozesse in den medialen Hintergrund, wobei gerade sie kritische Aufmerksamkeit und Verständnis für diesen essentiellen UN-Tätigkeitsschwerpunkt und die Mechanismen der Vereinten Nationen im Allgemeinen initiieren könnten.<sup>548</sup>

Zudem kann mit dem vorangegangenen Verweis auf die idealtypische Konstellation eines möglichst breiten Themenspektrums UN-Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer »inneren« Themenkomplexität eingeordnet werden. Während vorherige Überlegungen eher einen »externen« Maßstab einschlossen, ist hier der Grad der Themenkonzentration auf Basis der im UN-Mediendiskurs überhaupt sichtbaren Themen gemeint. Ähnlich zu obigen Ausführungen soll ein thematischer Konzentrationsgrad bei dem das oberste Dezil der beobachteten Themen mehr als 50 Prozent des gesamten UN-Themenspektrums umfasst als »unterkomplex« betrachtet werden, während Anteilswerte von einem Drittel nach hiesigen Modellvorstellungen als »reduziert komplex« gewertet werden. Diese Sichtweise impliziert jedoch auch, dass globale Öffentlichkeit im Kontext von Global Governance und der Vereinten Nationen sich nicht mit einer ausschließlichen oder dominierenden Politikzentrierung gleichsetzen

**545** | Vgl. Hafez 2002b, S. 117, 135, 137.

**546** | Von besonderem Interesse im UN-Kontext scheinen hier Organisationen, die mit der UN-Hauptabteilung Presse und Information (DPI) assoziiert sind oder einen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) besitzen.

**547** | Als relevant erscheinen hier auch Themenanalysen der UN selbst (vgl. hierzu Fußnote 782) oder von Medien-Watchdogs wie z.B. der »Initiative Nachrichtenaufklärung« (vgl. Pöttker und Schulzki-Haddouti 2007, S. 179f., 213f.).

**548** | Vgl. hierzu Kap. 2 und Kap. 3.5.3.

lässt. Eine Diversifizierung erscheint zwingend, da die Verhandlungsgegenstände von Politik nicht isoliert betrachtet werden können, sondern primäre Eindrücke und Beschreibungen aus dem Blickwinkel der (betroffenen) gesellschaftlichen Sphären wie Kunst, Kultur, Bildung, Gesundheit, Umwelt oder Wirtschaft einen gleichwertigen Stellenwert besitzen, der eine Multiperspektivität der Medienbeschreibungen einfordert. Dies nicht zuletzt um die Vielfalt zwischengesellschaftlicher Dialogdimensionen erfassen zu können.

Die in der internationalen Berichterstattung oftmals anzutreffende und teilweise dominierende Konfliktzentrierung dürfte bei aller Notwendigkeit zur medialen Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Antagonismen im Kontext UN-spezifischer Öffentlichkeitsüberlegungen idealtypisch eine geringere Bedeutung erhalten. Die Vereinten Nationen stehen per Charta den zugegebenermaßen unausweichlichen Konflikten dieser Welt als internationale Mediationsinstanz gegenüber und versuchen mit präventiven oder post-konfliktären Strategien diese zu verhindern oder zu ihrer Entspannung beizutragen. Nichtsdestotrotz gewinnen in Reaktion auf konfliktive Situationen UN-legitimierte Interventionen gegenwärtig zunehmend an Relevanz, so dass entsprechende Themenvalezen unweigerlich ihren Platz in der medialen Berichterstattung haben. Der Fokus sollte im UN-Kontext jedoch weiterhin in der Gesamtheit der diplomatischen Verhandlungsprozesse zu vermuten sein, was sich in neutralen oder negativ-neutralen Beitragsvalezen ausdrücken würde, nicht in der Dominanz einer medienöffentlichen Konfliktperspektive.

Darüber hinaus können interdiskursive Referenzen (Sprecher, Medien) als veritable Impulsgeber thematischer Konvergenzen agieren und idealtypisch als Ausdruck eines medial verwirklichten global-öffentlichen Pluralismus gelten. Allerdings gilt es die öffentlichkeitsübergreifenden Sprecherreferenzen weitgehender zu qualifizieren. In Anlehnung an das an anderer Stelle beschriebene Habermassche Zentrum-Peripherie-Modell kann auch der Modus interdiskursiver Referenzialität in entsprechenden Abstufungen als vermachtet (extra-nationale Elitenorientierung) oder autochthon (zivilgesellschaftliche Orientierung) beschrieben werden. Hiervon unberührt bleibt die mögliche Relativierung der jeweiligen Positionen im internationalen Raum, wenn nationale Eliten in der globalen Mächtehierarchie eine vergleichsweise Marginalisierung erfahren oder nationale zivilgesellschaftliche Akteure (NGOs) gegebenenfalls auf eine relative Elitisierung verweisen. Neben den Einschätzungen eines vermachteten oder egalitären Interdiskurses sieht sich globale Öffentlichkeit mit einem weiteren demokratierelevanten Aspekt konfrontiert. Hierbei laufen die Überlegungen auf das Problem möglicher »Legitimitätsdiskrepanzen« hinaus. Intendiert oder nicht intendiert können interdiskursive Sprecherzitationen Legitimitätsdefizite nationaler Eliten kompensieren, obwohl der elementare innergesellschaftliche

Rückhalt gering ausfällt. Gleichzeitig ist auch das (strategische) Ausblenden grundsätzlich legitimer nationaler Eliten seitens der globalen Öffentlichkeit möglich. Andererseits kann eine fehlende mediale Präsenz zivilgesellschaftlicher Sprecher und die mögliche Dominanz zentrumsnaher Sprecher in der faktischen Abwesenheit entsprechender gesellschaftlicher Strukturen begründet liegen, dies insbesondere in den Entwicklungsländern.<sup>549</sup> Aber auch existierende Strukturen der Zivilgesellschaft bedürfen in ihrem Facettenreichtum einer differenzierteren Betrachtung und Präzisierung ihrer tatsächlichen Gemeinwohlorientierung, dies auch unter Aufgabe der Dichotomie einer per se negativen Konnotation staatlicher Strukturen und eines grundsätzlich positiv assoziierten zivilgesellschaftlichen Engagements.<sup>550</sup> Die Summe dieser Aspekte erlaubt eine detailliertere Beurteilung der deliberativen Qualität der möglichst intensiven und vielfältigen interdiskursiven Sprecherverflechtungen. Die explizite wechselseitige Zitation von extra-nationalen Medien als weiterer Baustein interdiskursiver Öffentlichkeitsbeziehungen<sup>551</sup> kann in Form klassischer Preseschauen oder anderweitiger textueller Einbindungen Öffentlichkeitsvernetzungen auf Basis von Metabeobachtungen beschreiben und gleichzeitig Medien als spezifische meinungsrelevante Akteure innerhalb von Öffentlichkeiten und Global Governance Konstellation kennzeichnen. Ungeachtet einer naheliegenden Konzentration auf einige (nationale) Leitmedien, soll unter diesen dennoch eine in idealtypischer Ausgestaltung größtmögliche kontextspezifische geographische Diversität und eine maximale Dezentrierung journalistischer Aufmerksamkeit zu erkennen sein (De-Westernization, De-Regionalisierung usw.).

Die Frage nach der Präsenz und möglichen Dominanz einiger Medienorganisationen stellt sich im Kontext einer UN-Öffentlichkeit auch für gegenwärtige monopol- oder oligopolartige Strukturen im Bereich der (internationalen) Nachrichtenagenturen. Diese können sich in der Quellenstruktur der UN-Beiträge widerspiegeln und müssen zu anderen medienorganisationalen Quellentypen wie denen der Korrespondenten oder Redaktion ins Verhältnis gesetzt werden.<sup>552</sup> Der nicht unwesentliche Einfluss der Agenturen auf das Agenda-Setting könnte einerseits als Impuls einer globalen thematischen Kernagenda nebst eines (reziproken) Sprecherinterdiskurses gelesen werden. Allerdings muss diese Überlegung zeitgleich durch eine Problematisierung möglicher Diversitätsdefizite qualifiziert werden und vor dem Hintergrund einer –

**549** | Vgl. Asche 1984, S. 17.

**550** | Vgl. Lingnau 2003, 233ff.

**551** | Vgl. Tobler 2002, S. 72; Tobler 2006, S. 117.

**552** | Vgl. hier Kap. 3.5.2.

auch im UN-Kontext<sup>553</sup> – latent ideologisch oder national-restringierten Perspektive der Agenturen betrachtet werden. Wenngleich die Arbeit von Korrespondenten ebenfalls einer Reihe von Limitationen unterliegt, kann diesen Beiträgen im UN-Kontext jedoch eine andere Qualität zugeschrieben werden. Vergleichbares gilt für (internationale) UN-spezifische Gastbeiträge oder Interviews, durch die (extra-)nationale Politiker, Experten, Intellektuelle oder Vertreter von NGOs in Erscheinung treten und zur Diversifizierung des Themen- und Meinungsspektrums beitragen können. An dieser Stelle lassen sich idealtypische Annahmen möglicher Quellenanteile im Umfeld globaler Öffentlichkeitsformationen modellhaft wiederum auf die Vermeidung einzelner dominierender Quellentypen, hier insbesondere der (internationalen) Nachrichtenagenturen, reduzieren. Diese Perspektive arrangiert sich trotz aller öffentlichkeitstheoretischen Ansprüche mit den faktischen Notwendigkeiten des journalistischen Tagesgeschäftes globaler Medienberichterstattung, ohne diese vollständig aufzugeben.

Darüber hinaus kann sich der Prozess einer zunehmend global-orientierten Öffentlichkeit in der Konstruktion bzw. im Etablieren eines kollektiven Identitätsbewusstseins ausdrücken. Eine in unterschiedlichen Öffentlichkeiten mehrheitlich getragene inklusive Identitätssemantik würde nationale Differenzsemantiken überwinden und Ansätze einer UN-spezifischen Gemeinschaftszugehörigkeit signalisieren.<sup>554</sup>

Auf den Zusammenhang zwischen (globalen) diskursiven Öffentlichkeiten und der potentiellen Etablierung kommunikativer Macht, welche Institutionen, Akteuren, Regimen oder allgemeiner Entitäten unterschiedlichster Vergesellschaftungsniveaus Legitimität gewähren oder in Vertrauenskrisen revozieren kann, wurde grundsätzlich hingewiesen (vgl. Kap. 3.3 und Kap. 3.4.2). Bevor die für diese Untersuchung relevanten Modellvorstellungen spezifiziert werden, ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass es sich bei dieser Analyse *öffentlicher Legitimationskommunikation* nur um eine Dimension von Legitimität bzw. der ihr zugehörigen Legitimationsforschung handelt. Als Komplementärdimensionen können die befragungsgetriebene *Einstellungsanalyse* und die das Wahlverhalten beobachtende *politische Verhaltensanalyse* betrachtet werden.<sup>555</sup> Grundsätzlich stehen die genannten Dimensionen in keinem impliziten oder expliziten Hierarchieverhältnis. Auch Autoren wie Habermas warnten davor, Demokratisierungsanstrengungen und damit Legitimationsfortschritte in der internationalen Sphäre primär auf Aspekte der Deliberation und Öffentlichkeit zu

<sup>553</sup> | Vgl. zum Forschungsstand Kap. 2.

<sup>554</sup> | Vgl. grundsätzlich Habermas 1997, S. 189; Brüggemann u. a. 2006, S. 217; Tobler 2006, S. 118.

<sup>555</sup> | Vgl. Schneider u. a. 2006, S. 204ff.

reduzieren, da inklusive demokratische Teilhaberechte wie beispielsweise das Wahlrecht von ebenbürtiger legitimatorischer Bedeutung sind.<sup>556</sup> Die primäre Orientierung an der Analyse öffentlich-medialer Legitimationskommunikation liegt für diese Studie in der Vermutung dimensionsübergreifender Einflusspotentiale und genereller öffentlichkeitsspezifischer Multiplikationseffekte begründet. Medienöffentliche Legitimationsäußerungen können zudem als gegenwartsnahe und präzise Seismographen einer im Zeitverlauf zumeist fluiden Legitimationstendenz angesehen werden. Die Beziehungen zwischen und die komparative Betrachtung der aufgespannten Forschungsebenen, hier vor allem die möglichen Diskrepanzen, sind jedoch für eine Globaleinschätzung der akteursspezifischen Legitimationstendenzen von unverminderter Relevanz.

Die im öffentlich-medialen Diskurs zu beobachtenden Legitimationsaskriptionen verweisen neben der eigentlichen *Legitimationstendenz* (affirmativ, neutral, pejorativ)<sup>557</sup> auf eine Reihe weiterer Aspekte, die es ermöglichen, sie näher zu charakterisieren (vgl. hier Tab. 3.3). Der Aspekt *Legitimationssphäre* versucht hier vorangegangene Überlegungen zur Interdiskursivität von Medienöffentlichkeiten zu fassen und visiert dabei die Ursprünge der Legitimationsquellen an, damit deren Verortung im nationalen oder extra-nationalen Raum. Der Aspekt der *Legitimationsbasis* knüpft mit den Ausprägungen »elitär« und »egalitär« an die grundsätzlichen qualitativen Überlegungen zur kommunikativen Freiheit und Macht in (vermachteten oder autochthonen) Öffentlichkeiten<sup>558</sup> an und unternimmt den Versuch hegemoniale Strukturen im Spektrum der UN-Legitimitätsquellen zu fassen. Die Differenzierungen unter dem Aspekt der *Legitimationsebene* versuchen die unterschiedlichen Ebenen von Politik als mögliche Bezugspunkte von Legitimitätszuschreibungen zu berücksichtigen. Das Trias Struktur, Prozess und Inhalt orientiert sich dabei an der gebräuchlichen Gliederung des Politischen in Polity, Politics und Policy, wobei vereinfacht auch eine Gegenüberstellung einer strukturell-institutionellen und performanzorientierten Legitimationsperspektive angebracht erscheint. Insgesamt ergibt sich mit dem matrizenhaften Kombinieren der verschiedenen Ausprägungen die eigentliche Komplexität der UN-spezifischen Legitimitätszuschreibungen, die eine nuanciertere Einschätzungen zur UN-Legitimität und zu möglichen internationalen Legitimitätskrisen zulässt.

Idealtypisch würde öffentliche Legitimitätskommunikation im Kontext der Vereinten Nationen eine möglichst hohe Anzahl an legitimatorischen Zuschreibungen (affirmativ, neutral, aber auch pejorativ) für ein möglichst umfangreiches Spektrum

<sup>556</sup> | Vgl. Habermas 2007, S. 435.

<sup>557</sup> | Zu möglichen Beispielbewertungen vergleiche die Fußnoten 678 bis 680 auf Seite 233.

<sup>558</sup> | Vgl. Habermas 1992a, S. 453; vgl. Habermas 1990, S. 44.



Tabelle 3.3.: Systematisierung Legitimationsaspekte

Legitimationssphäre	Legitimationsbasis	Legitimationsebene	Legitimationstendenz
National	Elitär	Struktur	Affirmativ
		Prozess	Neutral
Extra-National	Egalitär	Inhalt	Pejorativ

an UN-Akteuren aufweisen. In repressionsfreien Öffentlichkeiten sind im Austausch der Argumente damit grundsätzlich alle Legitimationstendenzen als sinnvoll zu erachten, insbesondere wenn sie sich auf eine Vielzahl diverser UN-Akteure beziehen, die die Anzahl nicht oder geringfügig beachteter, damit legitimatorisch marginalisierter oder alegitimierter UN-Instanzen dezimiert. Legitimationsäußerungen können sich dabei auf alle der genannten Ebenen beziehen, wobei den auf die Struktur- bzw. Polity-Ebene bezogenen Legitimationsäußerungen im vorliegenden Verständnis ein vergleichsweise höheres Gewicht zukommt, da sie sich unmittelbar auf die politische Institution als solche, auf fundamentale Verfassungsprinzipien und Normengerüste oder die politisch-institutionelle Kultur beziehen. Vor allem für die Definition international-legitimatorischer Krisenmomente erscheinen sie qualitativ nochmals bedeutsamer. Gleichwohl kann eine solche Krise auch auf der inhaltlichen oder prozessualen Ebene (Policy- oder Politics-Ebene) verortet werden, sofern mehrheitlich pejorative Legitimationszuschreibungen über einen längeren Zeitraum zu beobachten sind. Die Legitimationsbasis sollte auch im Kontext der Vereinten Nationen auf eine tendenziell egalitär ausgerichtete diskursive Legitimationshierarchie verweisen. Diese Modellüberlegung impliziert, dass die elitären institutionellen Strukturen der Vereinten Nationen sich idealtypisch nicht nur auf massenmedial multiplizierte Legitimationsaskriptionen einer vergleichsweise kleinen, aber präsenten Elite stützen und sich damit ausschließlich systemisch-endogen oder netzwerkintern legitimieren. Auch an dieser Stelle kann das oben erwähnte relationale Modell zur vergleichenden Einschätzungen unterschiedlicher Öffentlichkeiten herangezogen werden, während für die Betrachtung einzelner Öffentlichkeitsstrukturen weiterhin Überlegungen zur Dominanzvermeidung sinnvoll erscheinen. Als zudem idealtypische Erwägung lassen sich im Umfeld von Global Governance ebenso global-verflochtene Legitimationsformationen im Sinne extra-nationaler Legitimitätsäußerungen einfordern. Neben rein vernetzungstheoretischen Aspekten können diese eigene (nationale) Legitimationsurteile relativieren oder bestätigen und für mögliche internationale Legitimitätsdefizite sensibilisieren.

Es sollen an dieser Stelle nochmals einige grundsätzliche Anmerkungen zum Verhältnis von Global Governance und globaler Öffentlichkeit und Medien gemacht werden. Wenn Global Governance als angebrachte Perspektive auf die gegenwärtigen internationalen Beziehungen eine Proliferation von relevanten Akteuren und eine zunehmende thematische Verflechtungsintensität zwischen den unterschiedlichsten Gesellschaftsniveaus konstatiert (vgl. Kap. 3.2), dann kann, wie oben dargelegt, eine globale Öffentlichkeit nicht allein auf das selbstevidente globale Niveau beschränkt bleiben. Diese empirische und normative Notwendigkeit wurde vor dem Hintergrund des Konzeptes »globaler Assemblagen«, der ihr eigenen Simultanität des Globalen im Nationalen und vice versa und der mit der verbundenen Auflösung der dichotomen Trennung dieser Ebenen einhergehenden Multiskalarität von Themen, Akteuren, Prozessen usw. diskutiert. Global Governance Konstellationen oder Globalität werden sich problemspezifisch in unterschiedlichsten Akteurs- und Themenzusammensetzungen und auf verschiedensten Niveaus (lokal, national, macro-regional, international, global usw.) formieren – eine Restriktion von Öffentlichkeit und des sie mitgestaltenden internationalen Journalismus auf ausschließlich globale Berichtsgegenstände, unter Vernachlässigung anderer Gesellschaftsebenen erscheint damit deplatziert.<sup>559</sup> Diese Perspektive erscheint damit nicht nur als Basis eines idealtypischen komplementären Nachrichtenverständnisses, welches die gesellschaftliche Relevanz der Nachricht für das im Berichtsfokus stehende Land unterstreicht,<sup>560</sup> sondern auch als Ausgangspunkt einer entsprechenden Resonanz und eines tieferen Verständnisses seitens des global-dispersen Publikums.

Damit sollten Massenmedien, die als Governance-Akteure sowohl als (passive) Objekte als auch als (aktive) Subjekte globaler Politik begriffen werden können, idealtypisch als kritische Global Governance Instanzen agieren, um als öffentlichkeitsetablierende Gravitationspole global-demokratischer und legitimatorischer Minimalanforderungen gelten zu können. Wenn Global Governance als regierungsähnliches Handeln ohne Regierung oder als intermediäres Konstrukt auf dem Weg zu einer Weltregierung angesehen wird, dann gilt es die Kritik an dem Konzept ernst zu nehmen (vgl. Kap. 3.2) und das technokratisch und effizienzgesteuerte Verständnis globaler Politik (Ordnungs- und Steuerungsmaxime) medial stets durch einen hegemonialanalytischen Blickwinkel zu kontrastieren, der Machthierarchien und globale Antagonismen fortwährend reflektiert.

---

**559** | Vgl. Hafez 2011a, S. 8.

**560** | Vgl. UNESCO 1981, S. 192, 204 oder Kap. 3.5.3.